

# Sitzungsbericht

## 18. Sitzung der Tagung 1994/95 der XIV. Gesetzgebungsperiode des Landtages von Niederösterreich Montag, den 5. Dezember 1994

---

### Inhalt:

1. Eröffnung durch Präsident Mag. Romeder (Seite 212).
2. Bekanntgabe von Änderungen in der Zusammensetzung von Ausschüssen (Seite 212).
3. Mitteilung des Einlaufes (Seite 212).
4. Anfragebeantwortung (Seite 213).
5. Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1995.  
**Berichterstatter:** Abg. Dirnberger (Seite 214).  
**Redner:** Finanzreferent LR Mag. Freibauer (Seite 216).
6. **Generaldebatte:**  
**Redner:** Abg. Ing. Dautzenberg (Seite 223), Abg. Gratzner (Seite 227), Abg. Dr. Bauer (Seite 230), Abg. Böhm mit Resolutionsantrag (Seite 237), Abg. Dr. Bauer (Seite 243).  
**Abstimmung** (Seite 244).
7. **Spezialdebatte:** Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung.  
**Berichterstatter:** Abg. Dirnberger (Seite 244).  
**Redner:** Abg. Ing. Gansch (Seite 244), Abg. Koczur (Seite 247), Abg. Präs. Ing. Eichinger (Seite 252), Abg. Dr. Bauer (Seite 254), Abg. Gratzner (Seite 258), Abg. Moser (Seite 261), Abg. Dr. Bauer mit Resolutionsantrag (Seite 266), Abg. Hoffinger (Seite 266),  
Abg. Uhl (Seite 268), Abg. Litschauer (Seite 271).  
**Abstimmung** (Seite 275).
8. **Spezialdebatte:** Gruppe 1, öffentliche Ordnung und Sicherheit.  
**Berichterstatter:** Abg. Dirnberger (Seite 275).  
**Redner:** Abg. Preiszler mit Resolutionsantrag (Seite 275), Abg. Sivec (Seite 280), Abg. Klupper (Seite 282), Abg. Knotzer (Seite 286), Abg. Egerer (Seite 289).  
**Abstimmung** (Seite 291).
9. **Spezialdebatte:** Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft.  
**Berichterstatter:** Abg. Dirnberger (Seite 291).  
**Redner:** Abg. Platzer (Seite 291), Abg. Friewald (Seite 294), Abg. Dkfm. Rambossek (Seite 297), Abg. Sacher (Seite 298), Abg. Hoffinger (Seite 303), Abg. Marchat (Seite 304), Abg. Nowohradsky (Seite 306), Abg. Platzer (Seite 308), Abg. Mag. Schneeberger (Seite 310), Abg. Kautz (Seite 312), Abg. Litschauer (Seite 315), Abg. Auer mit Resolutionsantrag (Seite 317), Abg. Hiller (Seite 320), Abg. Gruber (Seite 324).  
**Abstimmung** (Seite 325).

\* \* \*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER (um 10.00 Uhr): Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt, es ist unbeanstandet geblieben und demnach als genehmigt zu betrachten.

Ich bringe dem Hohen Haus zur Kenntnis, daß auf Grund der Meldungen des Landtagsklubs der ÖVP und der FPÖ folgende Änderungen in den Ausschüssen des Landtages eingetreten sind: Im Bau-Ausschuß tritt an Stelle des ehemaligen Abgeordneten Hülmbauer Herr Abgeordneter Ignaz Hofmayer als Mitglied. Im Kommunal-Ausschuß an Stelle des Abgeordneten Hülmbauer Herr Abgeordneter Ignaz Hofmayer als Ersatzmitglied und an Stelle des Abgeordneten Wolfgang Haberler Herr Abgeordneter Hrubesch als Mitglied. Im Landwirtschafts-Ausschuß tritt an Stelle des ehemaligen Abgeordneten Hülmbauer Herr Abgeordneter Karl Moser als Ersatzmitglied und an Stelle des Abgeordneten Hrubesch Herr Abgeordneter Haberler als Ersatzmitglied. Im Schul-Ausschuß tritt an Stelle des Abgeordneten Dr. Mautner Markhof Herr Abgeordneter August Breininger als Ersatzmitglied. Im Umwelt-Ausschuß tritt an Stelle des ehemaligen Abgeordneten Hülmbauer Herr Abgeordneter Hofmayer als Mitglied und an Stelle von Abgeordneten August Breininger Herr Abgeordneter Dr. Michael Mautner Markhof als Ersatzmitglied. Im Verkehrs-Ausschuß tritt an Stelle des Abgeordneten Karl Moser Herr Abgeordneter Hofmayer als Ersatzmitglied.

Ich bringe dem Hohen Hause folgenden Einlauf zur Kenntnis (*liest*):

Ltg. 238/A-3/16 - Antrag der Abg. Preisler u.a. betreffend Änderung der NÖ Bauordnung 1976.

Ich weise dieses Geschäftsstück zur weiteren Beratung dem Bau-Ausschuß zu.

Ltg. 226/E-1/13 - Eingabe der Stadtgemeinde Mödling betreffend Nachtbereitschaftsdienst der Ärzte,

Ltg. 227/E-1/14 - Eingabe der Marktgemeinde Senftenberg betreffend die Sicherstellung einer medizinischen Versorgung rund um die Uhr (ärztlicher Wochentagsnotdienst),

Ltg. 233/E-1/15 - Eingabe der Marktgemeinde Pitten betreffend Nachtbereit-

schaftsdienst der praktischen Ärzte,

Ltg. 234-1/16 - Eingabe der Stadtgemeinde Deutsch-Wagram betreffend Nachtbereitschaftsdienst der praktischen Ärzte,

Ltg. 235/E-1/17 - Eingabe der Gemeinde Heldenberg betreffend Sicherstellung einer medizinischen Versorgung rund um die Uhr (ärztlicher Wochentagsnotdienst) und

Ltg. 239/E-1/18 - Eingabe der Marktgemeinde Altenmarkt a.d. Triesting betreffend Sicherstellung einer medizinischen Versorgung rund um die Uhr (ärztlicher Wochentagsnotdienst).

All diese Vorlagen weise ich hiemit dem Gesundheits-Ausschuß zur weiteren Beratung und Beschlußfassung zu.

Ltg. 236/G-1/5 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des Gesetzes über die Gliederung des Landes Niederösterreich in Gemeinden (Markterhebung der Gemeinde Warth).

Ich weise dieses Geschäftsstück hiemit dem Kommunal-Ausschuß zur Beratung und Beschlußfassung zu.

Ltg. 230/V-17 - Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Vergabegesetz.

Der Verfassungs-Ausschuß möge diese Vorlage weiter beraten.

Ich habe die beiden neuen Mitglieder des Landtages, die Herren Abgeordneten Hofmayer und Koczur, ersucht, mir leitende Stellungen im Sinne des Unvereinbarkeitsgesetzes mitzuteilen. Die eingelangten Antworten weise ich unter der Zahl Ltg. 64/U-2/1 dem Verfassungs-Ausschuß zur Beratung und Beschlußfassung zu.

Ltg. 237/A-3/15 - Antrag der Abgeordneten Gratzner und andere betreffend Errichtung des Donau-Oder-Elbe-Kanales.

Ich weise dieses Geschäftsstück hiemit dem Verkehrs-Ausschuß zur weiteren Beratung und Beschlußfassung zu.

Ltg. 229/B-1/3 - Bericht des Finanzkontrollausschusses über die bei Ausübung seines Kontrollrechtes gemachten Wahrnehmungen I/1994 und

Ltg. 231/H-11/8 - Vorlage der Landesregierung betreffend A.ö. Krankenhaus Wr. Neustadt, Erweiterung der Kinderabteilung, Baulos 17.

Beide Vorlagen weise ich hiermit dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuß zur Beschlußfassung zu.

Ltg. 228/A-5/21 - Anfrage der Abg. Böhm und Dr. Bauer an Herrn LR Schimanek betreffend seine Amtsausübung.

Ich teile dem Hohen Haus mit, daß ich am 16. November 1994 diese Anfrage dem Herrn Landesrat Schimanek übermittelt habe mit dem Ersuchen, nach den Bestimmungen unserer Geschäftsordnung in der vorgegebenen Zeit diese Anfrage zu beantworten.

Ltg. 232/A-4/16 - Anfrage des Abg. Gratzner an LH Dr. Pröll betreffend Auslagerung von EDV-Arbeiten, "Outsourcing".

Ich darf hier bekanntgeben, daß ich diese Anfrage am 24. November 1994 dem Herrn Landeshauptmann zur Beantwortung übermittelt habe.

Ich gebe, Hohes Haus, weiters bekannt, daß die Anfragebeantwortung zur Zahl Ltg. 223/A-5/19 bereits eingelangt ist.

Die Anfragebeantwortung hat folgenden Inhalt:

Beantwortung der Anfrage des Herrn Abg. Marchat an LR Blochberger, Ltg. 223/A-5/19, betreffend Auswirkungen auf das Kleinklima durch die Hagelabwehrflieger:

"Zu 1. und 2.

Diese Fragen betreffen das Genehmigungsverfahren nach dem Luffahrtgesetz und fallen daher nicht in meinen Zuständigkeitsbereich.

Zu 3.

Zur Absicherung der Weinbauern besteht die Möglichkeit der Förderung der Verbilligung der Prämien für die Hagelversicherung.

Die derzeitige Regelung sieht vor, daß die Prämien für die Hagelversicherung um höchstens 25 % verbilligt angeboten werden. Die Finanzierung der Prämienverbilligung erfolgt durch Zuschüsse von Bund und Land in der Höhe von max. 25 % des Gesamtprämienaufkommens. Diese Regelung ist mit 31.12.1994 befristet.

Ab 1.1.1995 tritt eine neue gesetzliche Regelung in Kraft, die eine Anhebung der Verbilligung der Hagelversicherungsprämie von 25 % auf 50 % vorsieht. Die Finanzierung erfolgt von Bundeseite aus dem Katastrophenfonds. Die Länder haben entsprechende Budgetmittel gegenüberzustellen.

Mit dieser Maßnahme soll allen Landwirten, die in hagelgefährdeten Gebieten ihre landwirtschaftliche Nutzflächen haben, die Möglichkeit gegeben werden, eine Hagelversicherung zu finanziell noch günstigeren Konditionen abzuschließen."

Bevor wir zur weiteren Tagesordnung kommen, darf ich die Mitglieder des Soroptinisten-Klubs Waldviertel, welche auf der Galerie Platz genommen haben, um hier die Beratungen des Landtages mitzuverfolgen, herzlich begrüßen.

Ich darf weiters, Hohes Haus, bekanntgeben, daß morgen und übermorgen die Verhandlungen um 9.00 Uhr beginnen werden. Wir werden morgen die Verhandlungen bis 21.00 Uhr, so wie in den letzten Jahren durchführen und dann am Mittwoch eben bis zur Beendigung der Budgetdebatte mit entsprechender Beschlußfassung.

Hohes Haus! Wir kommen nunmehr zur Beratung des Voranschlags des Jahres 1995 und ich darf den Herrn Abgeordneten Dirnberger als Berichterstatter ersuchen, seinen Bericht zu geben und die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter Abg. DIRNBERGER (ÖVP):  
Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Als Berichterstatter obliegt mir die Aufgabe, dem Hohen Landtag den Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1995 zur Beratung und Beschlußfassung vorzulegen. Die Vorlage wurde vom Finanz-Ausschuß in eingehenden Beratungen gründlich durchgearbeitet.

Die Landesregierung hat gemäß Artikel 29 Absatz 2 der NÖ Landesverfassung 1979 den Voranschlagsentwurf der Einnahmen und Ausgaben des Landes für das Jahr 1995 rechtzeitig erstellt.

Der Aufbau des Landesvoranschlages 1995 entspricht den Bestimmungen der Verordnung des Bundesministers für Finanzen vom 14. Februar 1983, mit der Form und Gliederung der Voranschläge und Rechnungsabschlüsse der Länder, der Gemeinden und von Gemeindeverbänden geregelt werden (Voranschlags- und Rechnungsabschlußverordnung - VRV, BGBl.Nr.159 in der Fassung von BGBl.Nr.440/1986). Er besteht aus dem ordentlichen Teil, dem außerordentlichen Teil und dem Konjunkturausgleichsteil. Seine vertikale Gliederung erfolgt auf Grund des Ansatz- und Postenverzeichnisses der VRV innerhalb der einzelnen Teile (Haushalte) in Gruppen, Abschnitte, Unterabschnitte und Voranschlagsstellen nach funktionellen, finanzwirtschaftlichen und ökonomischen Gesichtspunkten. Nähere Ausführungen hiezu sind im Allgemeinen Teil der Erläuterungen zum Landesvoranschlag 1995 enthalten. Zur Erleichterung der Handhabung ist dort auch ein alphabetisch geordnetes Schlagwörterverzeichnis beigegeben.

Die Horizontalgliederung umfaßt die Einnahmen und Ausgaben des Haushaltsplanes 1995 in Gegenüberstellung zu den entsprechenden Voranschlagsbeträgen des Finanzjahres 1994 sowie den Beträgen der Jahresrechnung 1993.

Die bisher getrennten Hefte "Hauptteil", "Untervoranschläge" und "Nachweise" werden im Heft "Untervoranschläge, Beilagen" zusammengefaßt. Ein Auszug aus dem bisherigen "Hauptteil" schließt im vorliegenden Heft unmittelbar an den "Antrag" an.

Zum Gesamtvorschlag: Der Voranschlag 1995 sieht in Gegenüberstellung zum Voranschlag 1994 folgende Einnahmen und Ausgaben vor:

#### Voranschlag 1995

##### AUSGABEN

Ordentlicher Teil	S	43.964,658.000
Außerordentlicher Teil	S	1.594,681.000
Konjunkturausgleichsteil	<u>S</u>	<u>160,000.000</u>
Gesamtausgaben	S	45.719,339.000

##### EINNAHMEN

Ordentlicher Teil	S	39.639,927.000
Außerordentlicher Teil	<u>S</u>	<u>611,408.000</u>
Gesamteinnahmen	S	40.251,335.000

##### ABGANG

Ordentlicher Teil	S	4.324,731.000
Außerordentlicher Teil	S	983,273.000
Konjunkturausgleichsteil	<u>S</u>	<u>160,000.000</u>
Gesamtabgang	S	5.468,004.000

#### Voranschlag 1994

##### AUSGABEN

Ordentlicher Teil	S	41.117,732.000
Außerordentlicher Teil	S	1.478,196.000
Konjunkturausgleichsteil	<u>S</u>	<u>160,000.000</u>
Gesamtausgaben	S	42.755,928.000

##### EINNAHMEN

Ordentlicher Teil	S	38.280,058.000
Außerordentlicher Teil	<u>S</u>	<u>569,106.000</u>
Gesamteinnahmen	S	38.849,164.000

##### ABGANG

Ordentlicher Teil	S	2.837,674.000
Außerordentlicher Teil	S	909,090.000
Konjunkturausgleichsteil	<u>S</u>	<u>160,000.000</u>
Gesamtabgang	S	3.906,764.000

Das Gesamtausgabenvolumen des Voranschlages 1995 ergibt damit S 45.719,339.000 gegenüber dem Gesamtausgabenvolumen des Voranschlages 1994 von S 42.755,928.000 ergibt das eine Budgetausweitung um 6,93 % oder

S 2.963,411.000

Die Personalausgaben (Verwaltung) erhöhen sich um S 634,138.000

die Leistungen für Personal (Lehrer) steigen um  
S 237,029.000

Die Sachausgaben (ordentlicher, außerordentlicher und Konjunkturausgleichsteil) erfahren demgegenüber eine Erhöhung um  
S 2.092,244.000

Herkunft, Zweckwidmung und Begründung der einzelnen Einnahmen und Ausgaben sind in den Erläuterungen zum Landesvoranschlag 1995 ausführlich dargestellt, Änderungen gegenüber dem Vorjahr aus der Horizontalgliederung ersichtlich.

Die Bedeckung des Abganges wird eine weitere Fremdmittelaufnahme erforderlich machen und eine neuerliche Erhöhung des Schuldenstandes des Landes bewirken.

Zum Ordentlichen Teil:

Der ordentliche Teil des Voranschlages zeigt gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung der Einnahmen um 3,55 % oder S 1.359,869.000 und der Ausgaben um 6,92 % oder  
S 2.846,926.000

Der Anteil der Personalausgaben (Verwaltung) an den ordentlichen Ausgaben zeigt folgende Entwicklung:

Voranschlag 1993 .....	23,00 %
Voranschlag 1994 .....	22,36 %
Voranschlag 1995 .....	22,49 %

Die folgende Aufstellung zeigt den prozentuellen Anteil der einzelnen Gruppen am Ausgabenvolumen des ordentlichen Teiles des Voranschlages 1995 in Gegenüberstellung zum Voranschlag 1994:

Gruppe	Voranschlag	
	1995	1994
0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung	14,99 %	14,82 %
1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit	0,51 %	0,54 %
2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft	25,45 %	26,01 %
3, Kunst, Kultur und Kultus	1,61 %	1,40 %
4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung	27,14 %	26,97 %
5, Gesundheit	9,64 %	9,34 %

6, Straßen- und Wasserbau, Verkehr	7,04 %	6,65 %
7, Wirtschaftsförderung	3,45 %	3,48 %
8, Dienstleistungen	0,03 %	0,03 %
9, Finanzwirtschaft	10,14 %	10,76 %

Außerordentlicher Teil:

Im außerordentlichen Teil sind Ausgaben mit S 1.594,681.000 veranschlagt, denen Einnahmen von S 611,408.000 gegenüberstehen. Es ergibt sich somit ein ungedeckter Abgang im außerordentlichen Teil von S 983,273.000

Die einzelnen Vorhaben sind in den Erläuterungen zum außerordentlichen Teil des Voranschlages näher beschrieben.

Konjunkturausgleichsteil:

Der Konjunkturausgleichsteil enthält Ausgaben in Höhe von S 160,000.000

Diese vorgesehenen Kreditmittel betreffen investitionswirksame Ausgaben und sollen nur unter Berücksichtigung der Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1995 eingesetzt werden. Dadurch besteht die Möglichkeit, den Budgetvollzug mit den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen abzustimmen.

Sonderfinanzierungen:

Zur Budgetentlastung soll die Finanzierungsform für Investitionsgüter im Rahmen von Beschaffungsprogrammen, welche zur Erfüllung der laufenden Verwaltungsaufgaben erforderlich sind, sowie von Bauvorhaben schrittweise auf die Nutzungsdauer dieser Güter abgestellt werden. Im Jahresvoranschlag 1995 steht in diesen Fällen nur mehr ein Teilbetrag des Anschaffungs- bzw. Herstellungspreises zur Verfügung. Der gesamte Kaufpreisrest bildet dann eine Vorbelastung künftiger Finanzjahre. Die zur Erfüllung dieser rechtsverbindlichen Verpflichtungen aus den Kauf- bzw. Werkverträgen erforderlichen Landesausgaben in den folgenden Jahren bedürfen vor ihrer Vollziehung der Genehmigung durch den Landtag. Als Ausdruck des Einverständnisses ist eine diesbezügliche Ermächtigung im Antrag, Abschnitt III, Ziffer 7, enthalten.

Budgetvollzug:

Zur Durchführung des Landesvoranschlages 1995 werden wieder alle jene Bestimmungen beantragt, die sich schon bisher für den Budgetvollzug als notwendig oder zweckmäßig erwiesen haben.

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Vor Eröffnung der Generaldebatte, Hohes Haus, hat sich der Finanzreferent des Landes Niederösterreich, Mag. Edmund Freibauer zu Wort gemeldet.

LR Mag. FREIBAUER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zum drittenmal habe ich heute die Ehre, dem Hohen Haus einen Haushaltsentwurf zu präsentieren und diesen zu begründen. Heute ist der 5. Dezember und morgen der 6. Dezember. (*Heiterkeit im Hohen Hause.*) Deshalb möchte ich gleich einleitend feststellen, daß ich mich mit diesem Haushalt weder als Nikolo noch als Krampus fühle. Ich habe also weder als Nikolo Geschenke zu verteilen, noch als Krampus, die Rute ins Fenster zu stellen. Es ist dies vielmehr ein Budget, das ganz im Zeichen der Tatsache steht, daß sich Österreich und Niederösterreich am Beginn einer neuen, einer europäischen Ära befinden. Wir beraten dieses Budget am Vorabend des Beitrittes Österreichs zur Europäischen Union! Wir beraten dieses Budget und müssen gleichzeitig feststellen, daß aus diesem Grund der Haushalt 1995 noch ein "Unvollendeter" ist. Nachdem die finanziellen Auswirkungen des EU-Beitrittes, also die Aufteilung der Beitrittskosten einschließlich der Aufwendungen für die flankierenden innerstaatlichen Maßnahmen zwischen den Gebietskörperschaften noch nicht feststehen, ja noch nicht einmal in ihrer Gänze abgeschätzt werden können, wird es notwendig sein, im Frühjahr ein EU-Anpassungsbudget zu erarbeiten, zu beraten und im Landtag zu beschließen. Bisher hat ausschließlich der Bund Verpflichtungen gegenüber Brüssel und gegenüber den Sozialpartnern übernommen. Sollen die Länder und die Gemeinden in diese Verpflichtungen eingebunden werden - worüber grundsätzlich Bereitschaft besteht - sind darüber Finanzausgleichsverhandlungen zu führen. Aufgrund der Nationalratswahlen und der Neubildung der Bundesregierung erfolgen diese Verhandlungen leider sehr spät.

Aber auch ohne dieses "Eintrittsgeld" ist der vorliegende Voranschlag bereits als ein "Europa-Budget" zu bezeichnen, als ein Budget, das sich an den europäischen Herausforderungen und Chancen orientiert, die für kein anderes Bundesland so groß sind wie für Niederösterreich. Wir wollen in diesem größeren Europa ein guter, ein starker und leistungsfähiger Partner sein.

Voraussetzung dafür ist eine funktionierende Partnerschaft im Land selbst - eine Partnerschaft zwischen allen verantwortlichen Kräften, eine Partnerschaft innerhalb und mit den Gemeinden, eine Partnerschaft mit der Wirtschaft, eine Partnerschaft in und mit den Familien und nicht zuletzt eine Partnerschaft mit den sozial Schwächeren. Diese Partnerschaft zu stärken und zu festigen, zu vertiefen, dafür schafft der vorliegende Haushaltsentwurf eine gute Basis. Deshalb habe ich ihn unter das Motto gestellt: "Partnerschaft ist unser Weg".

Zunächst zu den Zahlen:

Der Landeshaushalt 1995 verzeichnet Gesamtausgaben von 45,7 Milliarden Schilling, Gesamteinnahmen von 40,2 Milliarden und somit einen Abgang von knapp 5,5 Milliarden Schilling. Es ist vor allem natürlich die letzte Zahl, die ins Auge sticht. Sie ist aber auch im Licht einer neuen Vorgangsweise, wenn Sie so wollen, einer neuen Budgetphilosophie, zu sehen. Wir haben diesmal nicht so knapp budgetiert wie in den letzten Jahren, aber dafür darf und wird es kein Nachtragsbudget mit einer Ausweitung des Defizits in diesem vorliegenden Zahlenwerk geben! Zusätzliche Aufgaben und Ausgaben müssen durch Umschichtungen im Budget finanziert werden.

Damit wird selbstverständlich der Vergleich mit dem Budget 1994 erschwert. Das Nachtragsbudget hat ja alljährlich einen Umfang von 1,1 bis 1,4 Milliarden Schilling gehabt, auch in diesem Jahr rund 900 Millionen Schilling. Um zu einem aussagekräftigen Vergleich zu kommen, muß man somit den vorliegenden Entwurf neben den Voranschlag 1994 plus Nachtragsbudget stellen. Also zu vergleichen ist der Voranschlag 1995 mit dem Gesamtvoranschlag 1994. Tut man das, dann steigen die Ausgaben gegenüber 1994 um 4,1 Prozent. Gleichzeitig erhöhen sich die Einnahmen leider nur um 2,9 Prozent, der Abgang erhöht sich damit um 14,3 Prozent.

Hohes Haus! Sie alle kennen unsere Leitlinie, wonach die Schulden nur im gleichen Ausmaß und im gleichen Tempo steigen dürfen wie die Einnahmen aus den Ertragsanteilen. Es ist aber auch klar, daß diese Meßlatte nicht an ein einzelnes Jahr angelegt werden kann, es ist also eine mittel- und längerfristige Zielsetzung. Was allerdings nachdenklich stimmt und nachdenklich stimmen muß, ist, daß die Erhöhung des Abganges bereits zum zweitenmal in unmittelbarer Folge sehr deutlich über jener der Einnahmen liegt. Dennoch kann ich dieses Budget und auch diesen hohen Abgang guten Gewissens vertreten und begründen. Lassen Sie

es mich so sagen: Bei der Erstellung dieses Budgets habe ich einige graue Haare bekommen, aber die Haare stehen mir noch nicht zu Berge. Und das aus folgenden Gründen:

- Zum Einen: Es ist aus einer Reihe von Gründen einfach eine Notwendigkeit, diesen Vorgriff zu machen. Wobei ich "Vorgriff" doppelt unterstreiche möchte, denn selbstverständlich muß das in den nächsten Jahren wieder eingebracht werden.
- Zum Zweiten: Wir können uns diesen neuerlichen Vorgriff leisten, weil Niederösterreich immer eine sehr verantwortungsbeußte und sparsame Finanzpolitik betrieben hat.

Damit möchte ich nunmehr auf die wichtigsten Ursachen für die exorbitante Erhöhung des Abganges eingehen.

Erstens: An der Spitze steht wieder der europäische Aspekt. Der bevorstehende Beitritt Österreichs zur Europäischen Union bietet gerade dem Land Niederösterreich große Chancen. Wir wollen diese Chancen nützen und wir werden sie nützen, um unser Land als europäische Zukunftsregion im Herzen dieses Kontinentes neu zu positionieren. Aber das erfordert auch entsprechende Rahmenbedingungen und Anstrengungen, die durch das Land zu schaffen sind. Der Ausbau der Infrastruktur, die weitere Verbesserung der Umweltbedingungen, die Schaffung von modernen Freizeiteinrichtungen, die weitere Forcierung des Wohnbaues, das sind nur einige Bereiche, die in diesem Zusammenhang wichtig sind. Und das stellt selbstverständlich auch erhebliche zusätzliche Anforderungen an den NÖ Landeshaushalt.

Gerade diese zusätzlichen Anforderungen und Ausgaben müssen aber auch im Sinne einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung gesehen werden. Weit höher als der Budgetabgang sind jene Mittel, die für langfristige Investitionen eingesetzt werden, von denen aber noch kommende Generationen profitieren werden - für neue Schulen, Kindergärten, für Krankenhäuser, für Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsanlagen, für Straßen, Wohnungen, Amtsgebäude und so weiter und so fort.

Zweitens: Natürlich spielt die konjunkturelle Entwicklung eine entscheidende Rolle. Die österreichische Wirtschaft befindet sich wieder in einem deutlichen Aufschwung, für heuer rechnen die Wirtschaftsforscher mit einem realen Wachstum von 2,8 Prozent. Für nächstes Jahr

werden 3 Prozent Zuwachs bzw. ein nominelles Wachstum von 5,8 Prozent erwartet. Österreich befindet sich damit im Gleichschritt mit Deutschland und anderen wichtigen Ländern in der Europäischen Union. Niederösterreichs Wirtschaft nimmt am gesamtösterreichischen Konjunkturaufschwung teil, ja es hat den in den letzten Jahren erarbeiteten Vorsprung gehalten. Der Beitritt zur EU wird sich weiterhin positiv auswirken, und zwar nicht nur aufgrund der 400 Millionen Schilling, die wir uns jährlich aus der EU-Regionalförderung erhoffen.

Aber auf der Einnahmenseite schlägt sich dieser Konjunkturaufschwung erst mit einem Verzögerungseffekt nieder. Das heißt, wir haben nach wie vor mit den Auswirkungen der Rezession, aber auch mit den Folgen der Steuerreform zu kämpfen. Das zeigt die Prognose der Experten, wonach das nominelle Brutto-Inlandsprodukt im nächsten Jahr um 5,8 Prozent steigen wird, die Einnahmen aus den Ertragsanteilen aber nur halb so stark, nämlich um voraussichtlich 2,75 Prozent.

Drittens: Dazu kommt ein weiterer Aspekt: Man kann, wenn ein Motor anspringt, nicht gleich wieder das Gas wegnehmen. Die wirtschafts- und arbeitsplatzrelevanten Förderungen weisen daher auch 1995 in unserem Budget erhebliche Zuwachsraten auf.

Viertens: Das System der Gemeindefinanzierung wird auf eine neue Basis gestellt. Darauf werde ich in der Folge noch ausführlich eingehen.

Fünftens: Sehr erhebliche Steigerungen, auf die ich später ebenfalls noch eingehen werde, wenn ich einzelne Budgetschwerpunkte behandle, sind auch im Sozial- und im Gesundheitswesen zu verzeichnen. Es sind Ausgaben, zu denen wir uns im Sinne der Solidarität mit den Schwächeren voll und ganz bekennen.

Sechstens: Ebenfalls etwas später werde ich die erheblichen Mehrausgaben im Schul- und vor allem im Kindergartenbereich bzw. bei der Kindertagesbetreuung begründen.

Siebtens - das habe ich bereits eingangs erwähnt - ergibt sich der hohe Abgang auch daraus, daß es 1995 kein Nachtragsbudget mit einer Erhöhung des Defizits geben wird. Ich betone es nochmals: Zusätzliche Aufgaben und Ausgaben, mit Ausnahme der EU-Beitrittskosten, müssen durch Umschichtungen im Budget finanziert werden! Das haben wir innerhalb der

Landesregierung bei den Budgetverhandlungen so vereinbart. Wir tragen damit auch einem immer wieder geäußerten Wunsch des Landtages Rechnung. Aber daraus ist auch eine hohe Verantwortung des Hohen Hauses abzuleiten und ich kann nicht umhin, in diesem Zusammenhang einen dringenden Appell an Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren Mandatare zu richten: Die Budgethoheit ist das wichtigste Recht des Landtages, aber sie beschränkt sich selbstverständlich nicht darauf, den Haushalt zu beraten und zu beschließen. Das Hohe Haus, jeder einzelne Abgeordnete, trägt auch die Mitverantwortung für die Einhaltung und Umsetzung des Zahlenwerkes. Ich habe kein Verständnis dafür, wenn in der Generaldebatte die Ausgaben und die Verschuldung beklagt werden und schon ein paar Stunden später von den gleichen Abgeordneten oder Fraktionen die ersten Resolutionsanträge mit kostenaufwendigen Forderungen vorgelegt werden. An einer konsequenten finanzpolitischen Linie führt im kommenden Jahr kein Weg vorbei!

Längerfristig ist es mein Ziel, daß sich der Landtag im Sinne dieser Verantwortung eine Selbstverpflichtung auferlegt und bereit ist, Limits für die Gesamtverschuldung des Landes zu setzen. Daß das funktionieren kann, dafür gibt es Beispiele in Deutschland und in den Vereinigten Staaten. Dieser Weg, Hohes Haus, würde es wesentlich erleichtern, den Vorgriff des Jahres 1995 - und 1994 - wieder einzubringen und damit unseren Budgetspielraum nicht nur zu erhalten, sondern zu erweitern. Auch diese Forderung gilt ganz besonders im Hinblick auf die Europäische Union. Als eines der wirtschaftlich stärksten und stabilsten Länder innerhalb der Union strebt Österreich die Teilnahme an der geplanten Wirtschafts- und Währungsunion an. Dazu ist es aber notwendig, die sogenannten "Maastricht-Kriterien" zu erfüllen, die eine jährliche Neuverschuldung von höchstens 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes und einen Schuldenstand von maximal 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes vorsehen. Diese beiden Grenzen sind sehr ernst zu nehmen, sie sind schon jetzt ein wichtiges Beurteilungskriterium der Finanzpolitik eines Staates durch die internationalen Finanzmärkte. Die Stabilität des Schillings, die Kreditwürdigkeit Österreichs und damit letztlich der Wirtschaftsstandort Österreich hängen maßgeblich von diesen Beurteilungen ab.

Es gilt also, die Bonität Österreichs zu sichern. Die Länder müssen dazu ihren Beitrag leisten und haben das - das gilt gerade für Niederösterreich - auch bisher schon getan. Wobei festzuhalten ist, daß die Grenzen der "Maastricht-

Kriterien" nicht für einzelne Gebietskörperschaften gelten, sondern für alle gemeinsam, für alle zusammen. Gefordert ist also die Konsolidierung aller öffentlichen Haushalte, der Budgets des Bundes, der Länder, der Gemeinden, der Sozialversicherungen. Das bedeutet, daß für die Länder künftig ein gewisser Druck entstehen wird, die Neuverschuldung einzudämmen, den Zuwachs des Schuldenstandes einzubremsen.

Wir liegen also mit unserer Zielsetzung, die Verschuldung mittelfristig nicht stärker steigen zu lassen als die Einnahmen aus den Ertragsanteilen, genau richtig. Bei der Präsentation meiner Budgetvorschau im Vorjahr hat man das noch nicht so ernst genommen. Warum dabei die Ertragsanteile, auf deren Höhe das Land keinen Einfluß hat, herangezogen werden, ist auch klar: Sie sind die einzige große Einnahmenkomponente, über die das Land frei verfügen kann. Alle anderen großen Einnahmen sind zweckgebunden. Wenn also die Verschuldung gleich stark steigt wie die Ertragsanteile, dann bleibt die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes weitgehend erhalten. Und somit auch der Gestaltungsspielraum der Landespolitik.

Hohes Haus! Lassen Sie mich nun auf einige Schwerpunkte des Budgetentwurfes eingehen und mit der Gemeindeförderung beginnen, weil es hier ab dem kommenden Jahr einschneidende Änderungen gibt. Die Leistungen für die Gemeinden ohne Bedarfszuweisungen erhöhen sich um 400 Millionen auf 4,3 Milliarden Schilling. Die Gemeindeförderungen werden also nicht gekürzt. Weit entscheidender aber ist, daß ab kommendem Jahr die Gemeindefinanzierung auf eine neue Basis gestellt wird. Die Stichworte dazu lauten "Landesumlage" und "Strukturhilfe"!

Vor einem Jahr habe ich in meiner Einbegleitungsrede von diesem Pult aus festgestellt, ich zitiere: "Die Landesumlage ist ein fester Bestandteil des Finanzausgleiches, der bis Ende 1995 gilt. Was im Interesse der finanzschwachen Gemeinden sicher nicht möglich ist, das ist eine ersatzlose Streichung. Sehr wohl aber kann man mit mir im Zug der Verhandlungen über den künftigen Finanzausgleich über jedes Modell reden, das einen Ausgleich in anderer Form schafft." Dann aber kam der Mehrheitsbeschluß vom 19. Mai dieses Jahres, der eine Streichung der Landesumlage bereits ab 1995 vorsah und in der Begründung mit der kryptischen Passage aufwartete, ich zitiere aus dem Antrag: "Die durch den Entfall der Landesumlage entstehenden Mindereinnahmen des Landes bewirken entsprechende Minderausgaben an Förderungen.

Es ist daher jenen Gemeinden, die jährlich mehr an Förderungsmitteln erhalten als die Landesumlage beträgt, ein jährlicher finanzieller Ausgleich durch das Land in der Höhe zu gewähren, der der Differenz zwischen Landesumlage und tatsächlich erhaltenen Förderungsmitteln entspricht." Sehen wir es ganz klar: Eine sofortige und volle Umsetzung dieses Mehrheitsbeschlusses vom Mai hätte den Landeshaushalt 1995 mit zusätzlich fast 900 Millionen Schilling belastet. Oder - das wäre die einzige Alternative - die finanzschwächeren Gemeinden wären unter die Räder gekommen. Ich bin daher sehr froh, daß in Gesprächen mit Landeshauptmann Erwin Pröll und Landeshauptmannstellvertreter Ernst Höger eine gemeinsame Lösung gefunden wurde, die vor allem den finanzschwächeren Gemeinden gerecht wird. Die Landesumlage wird stufenweise bis 1997 abgeschafft, mit kommendem Jahr erfolgt eine Reduzierung um 36 Prozent. Das heißt, für das Land ergibt sich eine Mindereinnahme von rund 312 Millionen Schilling im Jahre 1995. Diese Summe bleibt in den Gemeindekassen! Das bedeutet zweifellos eine sehr spürbare Stärkung aller NÖ Gemeinden.

Gleichzeitig wurden im Interesse der finanzschwächeren Gemeinden die Richtlinien für Bedarfswzuweisungen geändert. Ein Teil dieser Mittel wird nicht mehr projektbezogen ausgeschüttet, sondern dient dazu, die Kopfquote aller Gemeinden im Jahr 1995 auf mindestens 7.440,- Schilling anzuheben. Im kommenden Jahr werden bereits mehr als 350 Kommunen von dieser Neuregelung profitieren. Ich sehe diese Partnerschaft mit den Gemeinden nicht zuletzt im Hinblick auf die Aufgabe, den Wirtschaftsaufschwung weiter zu unterstützen und das Land für die Herausforderungen im größeren Europa zu rüsten. Denn es gilt, die Gemeinden in ihrer Funktion als größte öffentliche Investoren zu stärken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Ebenso offen wie der künftige Finanzausgleich ist die Zukunft des Krankenanstaltenszusammenarbeitsfonds. Die derzeitige KRAZAF-Regelung läuft mit Ende dieses Jahres aus - einmal mehr, ohne daß die "leistungsorientierte Krankenanstaltenfinanzierung" Wirklichkeit geworden ist. Da mit einem Neuabschluß in den wenigen Wochen bis zum Ende des Jahres nicht zu rechnen ist, ist eine Übergangslösung vorzunehmen, welche die zwischenzeitlich aufgetretenen Kostenverschiebungen ausgleicht. Im Grunde kann ich dazu wiederholen, was ich schon vor einem Jahr festgestellt habe: Die Krankenkassen steigern ihre Mittel lediglich im Ausmaß ihrer Bei-

tragseinnahmen, während die Länder und Gemeinden die stark steigenden Spitalskosten zu finanzieren haben. Diese Schere geht immer weiter auseinander. In der kurzen Zeit von 1990 bis 1994 sind die Gesamtkosten der österreichischen Krankenhäuser um 64,8 Prozent gestiegen, also in einem sehr kurzem Zeitraum eine sehr starke Steigerung von 64,8 Prozent. Die Leistungen des KRAZAF und der Sozialversicherungen sind in Summe aber nur um 42,4 Prozent gestiegen. Diese Differenz macht österreichweit eine Summe von 7,6 Milliarden Schilling aus. Diese Summe soll von den Ländern und Gemeinden zusätzlich zu bisherigen Belastungen in diesem Bereich finanziert werden. Ein Neuabschluß im kommenden Jahr erscheint mir daher nur denkbar, wenn keiner der Vertragspartner - also Sozialversicherung, KRAZAF, Länder und Gemeinden - überfordert wird. Sämtliche an der Finanzierung Beteiligten müssen anteilmäßig die laufenden, exorbitant steigenden Spitalskosten tragen, eine Abkoppelung einzelner Partner von der Spitalskostenentwicklung, wie sie derzeit noch gegeben ist, kann nicht mehr hingenommen werden.

Allerdings muß auch vor einer Illusion gewarnt werden. Mit der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung allein ist diese Frage nicht zu lösen, ja sie wird zunächst nicht einmal Kosteneinsparungen bringen. Auch das Land und die Gemeinden sind daher gefordert, eine Strukturreform des Gesundheitswesens in die Wege zu leiten. Am Beginn muß eine gründliche Durchleuchtung stehen. Gemeinsam mit dem Gesundheitsreferenten LR Wagner habe ich daher eine umfassende Studie über eine "Strukturreform des niederösterreichischen Gesundheitswesens" initiiert. Die notwendigen Vorarbeiten der Landesverwaltung stehen knapp vor dem Abschluß und dann erfolgt die Ausschreibung dieser Studie. Diese Studie soll vor allem das mögliche Einsparungspotential aufzeigen. Dieses könnte etwa in folgenden Bereichen zu finden sein: Abbau von Überkapazitäten landesweit und in einzelnen Krankenanstalten, Verbesserung des Zusammenwirkens zwischen stationären und ambulanten Leistungen, Vermeidung kleiner Abteilungen, Einsatz von Sonderanstalten, Tageskliniken und interdisziplinären Leichtpflegestationen. Darüber hinaus erscheint es besonders wichtig, die umfassende Gesundheitsvorsorge, die Gesundheitsförderung, die Gesundheitserziehung zu forcieren und vor allem auch die mobilen sozialen und sozialmedizinischen Dienste auszubauen. Mit den Gemeindevertreterverbänden wurde bereits vereinbart, diese Dienste im kommenden Jahr wieder um 10 Prozent auszuweiten. Das Potential, das hierin

liegt, zeigt eine kürzlich erarbeitete Effizienzanalyse der Hauskrankenpflege. Sie stellt fest, daß beim derzeitigen Ausbaustand der offenen Altenhilfe jährlich etwa 2.000 Personen der Aufenthalt in stationären Einrichtungen erspart werden kann. Auch ein Kostenvergleich wird in dieser Untersuchung angestellt: Die Betreuung einer schwer pflegebedürftigen Person erfordert in internen Abteilungen von Akut-Spitälern monatlich 70.700,- Schilling, in einem Heim 21.400,- Schilling und in der Hauskrankenpflege 8.700,- Schilling.

Eines, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, muß uns aber auch klar sein: Eine Strukturreform des Gesundheitswesens kann nur gelingen, das Einsparungspotential kann nur genutzt werden, wenn sich auch gewisse Einstellungen ändern. Wenn also alle Beteiligten bereit sind, von einem Prestigedenken Abstand zu nehmen und lokalpolitische Interessen hintanzustellen. Auch hier gibt es also ein weites Feld für den Ausbau einer echten Partnerschaft. Nur dann sehe ich auch eine Chance, eines meiner Fernziele zu verwirklichen, nämlich die Schaffung eines NÖ Gesundheitsfonds zur langfristigen Sicherung der Krankenanstaltenfinanzierung.

Hohes Haus! Gerade das Beispiel der sozialen Dienste zeigt, wie eng Gesundheits- und Sozialpolitik verknüpft sind. Für den Finanzreferenten haben sie noch eine weitere Gemeinsamkeit - nämlich Jahr für Jahr überdurchschnittliche Steigerungsraten. Im Budgetentwurf schlagen die Ausgaben für das Sozialwesen mit 5,9 Milliarden Schilling zu Buche, das ist ein Plus von 7,6 Prozent. Sicher müssen wir uns auch in Sachen Menschlichkeit immer wieder neu überlegen, wie die vorhandenen Mittel möglichst effektiv und wirtschaftlich eingesetzt werden. Ebenso sicher aber steht fest: Es kann, es darf und es wird in diesem Land Niederösterreich keinen Sozialstopp geben! *(Beifall bei der ÖVP und Abg. der SPÖ.)*

Ich bekenne mich auch heuer voll zu der Ausgabensteigerung im sozialen Bereich, weil es das angestrebte partnerschaftliche System nicht ohne die Solidarität mit den Schwächeren geben kann. Und weil wir den Weg nach Europa nur dann zuversichtlich, selbstbewußt und mit gutem Gewissen gehen können, wenn jene, die ihn aus eigener Kraft nicht schaffen können, dabei nicht am Rande zurückbleiben. Dazu gehören etwa viele ältere Mitbürger, die letztlich in schwereren Bedingungen die Voraussetzungen für diesen

heutigen Wohlstand geschaffen haben. Es muß uns eine selbstverständliche Verpflichtung sein, diesen Menschen unseren Dank abzustatten, indem wir dazu beitragen, daß möglichst viele ihren Lebensabend so verbringen können, wie sie das geplant haben und sich das wünschen. Gleichzeitig haben wir Vorsorge für die Bewältigung jener Probleme zu treffen, die aufgrund der Bevölkerungsentwicklung noch auf uns zukommen - immer mehr Menschen werden Gott sei Dank immer älter, immer mehr leben leider aber allein und werden daher vielfach auf außerfamiliäre Pflege angewiesen sein. Eine der Aufgaben, die daraus abzuleiten sind, ist bereits die angelaufene "Pflegebetten-Offensive" in den Landesheimen. Erst vor kurzem, am 20. Oktober, haben Sie hier im Hohen Haus einer entsprechenden Änderung des Bau- und Investitionsprogrammes Ihre Zustimmung gegeben. Statt wie ursprünglich angenommen 2 Milliarden Schilling, sind für dieses Mehrjahresprogramm nun 2,8 Milliarden Schilling erforderlich. Dazu kommen noch die Finanzierungskosten.

Ein Anrecht auf unsere Solidarität haben insbesondere auch die behinderten Mitbürger. Hier hat sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten eine besonders rasante Entwicklung gezeigt. Noch vor zwanzig Jahren, Mitte der siebziger Jahre, hat das Land für die Behindertenhilfe lediglich 46 Millionen Schilling aufgewendet - 1995 werden es 770 Millionen sein.

Ein "dicker Brocken" ist schließlich der schon erwähnte Ausbau der sozialen und sozialmedizinischen Dienste. Wie rasch er in der bewährten Partnerschaft des Landes mit den Wohlfahrtsorganisationen Hilfswerk, Caritas und Volkshilfe vorangetrieben wird, das spiegelt sich im Landeshaushalt wider. Noch 1986 lagen die Landesbeiträge bei nur 29 Millionen Schilling, im kommenden Jahr werden es 155 Millionen sein. Das heißt, sie haben sich in nur neun Jahren mehr als verfünffacht. Und wenn man dazu die KRAZAF-Strukturmittel rechnet, die seit 1989 für die Hauskrankenpflege vergeben werden, dann haben sie sich sogar verzehnfacht, nämlich auf 310 Millionen Schilling. Diesen Betrag von 310 Millionen haben das Land und die Gemeinden den Trägern der mobilen Dienste im übrigen für 1995 garantiert, unabhängig von der weiteren Entwicklung des KRAZAF. Diese mobilen Dienste, ich wiederhole es, tragen wesentlich zur Entlastung auch der Spitäler bei. Nun gebe ich mich keineswegs der Illusion hin, daß wir durch ihren Ausbau im Krankenhausbereich weniger Geld brauchen würden. Er ist vielmehr eine Voraussetzung dafür, daß wir die

Herausforderung der Zukunft überhaupt bewältigen und finanzieren können.

Hohes Haus! Die beste Sozialpolitik ist eine gute Familienpolitik. Weil nur gesunde und wirtschaftlich abgesicherte Familien verhindern können, daß viele soziale Probleme überhaupt entstehen. Die Institution Familie hat in den letzten Jahrzehnten tiefgreifende Veränderungen erfahren - vom Patriarchat zur Partnerschaft, von der Groß- zur Kleinfamilie, von der Mehrkinder- zur vorherrschenden Einkindfamilie. Aber sie ist und sie bleibt die Keimzelle der Gesellschaft! Unsere Aufgabe ist es, die Familie so zu unterstützen, daß sie ihre Probleme und damit letztlich die Probleme der Gesellschaft selbst lösen kann. Also unser Ziel ist es, durch die Partnerschaft mit der Familie die Partnerschaft in der Familie zu stärken. *(Beifall bei der ÖVP und Frau Abg. Rosenkranz.)* Es tut mir daher besonders weh, daß die Familien im Sparprogramm der Bundesregierung so viele Opfer bringen sollen. Es muß daher Aufgabe unserer Politik in Niederösterreich sein, vor allem den kinderreichen Familien noch stärker zu helfen als bisher. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. der FPÖ.)*

Wir begehen heuer das Internationale Jahr der Familie und haben bereits an seinem Anfang festgestellt: Es darf kein Anlaß für Alibiaktionen und bloße schöne Worte sein. Sondern wir müssen in diesem Jahr echte Weichenstellungen für die Familien vornehmen. Heute können wir mit Fug und Recht sagen, daß das in Niederösterreich geschehen ist und daß das geschieht. Am 30. Juni haben Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, einen Grundsatzbeschuß von weitreichender Bedeutung gefaßt:

Erstens: Die Familienhilfe des Landes, mit der Niederösterreich seinerzeit eine echte Pionierarbeit erbracht hat, wird schrittweise auf die Höhe des Karenzgeldes angehoben. Das Ziel dabei ist klar: Möglichst vielen Müttern soll die freie Wahl zwischen Beruf und Familie ermöglicht werden.

Zweitens: Die Tagesmutteraktion, bei der Niederösterreich im Bundesländervergleich schon heute führend ist, wird konsequent weiter ausgebaut. Bis zum Jahr 2000 soll die Zahl der von Tagesmüttern betreuten Kinder von derzeit rund 2.200 auf 8.000 steigen, davon 5.600 im 3. Lebensjahr. Damit wird die Betreuungslücke zwischen dem 2. Karenzjahr und dem Eintritt in den Kindergarten geschlossen. Wir gehen diesen Weg, weil die Betreuung durch die Tagesmutter nach jener durch die *eigene* Mutter selbst sicher

die beste, die kindgerechteste Lösung ist. Das ist unsere Antwort auf die derzeitige Diskussion um die Tages-Kinderbetreuung auf Bundesebene. Die Vorschläge, die da von der Frauenministerin kommen, würden die Länder und Gemeinden sehr viel Geld kosten, aber letztlich keine wirkliche Verbesserung bringen. Die Voraussetzungen und Bedürfnisse in den einzelnen Regionen - also zum Beispiel im ländlichen Raum und in den Ballungszentren - sind höchst unterschiedlich, man kann sie nicht einfach über einen Kamm scheren.

Dieser Grundsatzbeschuß des NÖ Landtages schlägt sich im Haushaltsentwurf in einer der höchsten Steigerungsraten nieder. Die Beiträge für die Tagesmutteraktion erhöhen sich von 19 auf 25,4 Millionen Schilling, die Ausgaben für die Familienhilfe von 77 auf 94,5 Millionen. Insgesamt steigt das Familienbudget um nicht weniger als 20,4 Prozent. Familienpolitisch bedeutsam ist aber auch die überdurchschnittliche Steigerung des Landesbeitrages zum Schul- und Kindergartenfonds. Nämlich um 30,8 Prozent auf 222,4 Millionen Schilling ohne Bedarfszuweisungen. Der

Fonds wird damit in der Lage sein, die durch die Integration und die Führung ganztägiger Schulformen notwendigen Um- und Zubauten sowie die Errichtung von Turnsälen und den weiteren Ausbau im Kindergartenbereich sicherzustellen. Damit werden auch im kommenden Jahr wieder Investitionen in Milliardenhöhe ermöglicht.

Womit ich bei einem weiteren wichtigen Punkt bin, bei der Partnerschaft mit der Wirtschaft. Ich habe eingangs schon betont, daß gerade im beginnenden Wirtschaftsaufschwung im Förderungsbereich nicht auf die Bremse gestiegen werden darf. Wir haben im Jahre 1994 - Stichwort "Konjunkturmilliarde" - die Mittel für die direkte Förderung von Handel, Gewerbe und Industrie gegenüber 1993 um nicht weniger als 30 Prozent erhöht und werden im Haushalt 1995 dieses sehr hohe Niveau mit 364,3 Millionen Schilling halten. Außerdem steigt die Förderung für den Fremdenverkehr um 3,7 Prozent auf 236,5 Millionen und wenn man alle wirtschafts- und arbeitsplatzrelevanten Ansätze zusammenfaßt, kommt man auch in diesem Haushaltsentwurf auf eine Steigerung von 3,3 Prozent und auf eine Summe von rund 15 Milliarden Schilling. Es ist somit erneut etwa ein Drittel des Gesamthaushaltes für Arbeitsplätze vorhanden. Dazu gehören vor allem die erheblichen Mittel, die im investiven Bereich für die Verbesserung der Infrastruktur ausgewiesen sind. Den Schul- und Kindergartenfonds mit seiner erheblichen Erhöhung des Landesbeitrages habe ich schon erwähnt. Der Landesbeitrag zum Wasserwirtschaftsfonds, der im Budget 1994 um nicht weniger als 93,9 Prozent angehoben wurde, wird auf diesem hohen Niveau von 252 Millionen Schilling gehalten. Damit wird es wieder möglich sein, ein Investitionsvolumen von 2,7 Milliarden für Wasser- und Abwasserentsorgung in Niederösterreich zu verwirklichen. Für den Ausbau der Gemeindespitäler stehen 360 Millionen Schilling zur Verfügung, um 2,9 Prozent mehr als im heurigen Jahr. Und schließlich erhöhen sich die Mittel für die Wohnbauförderung um 4,7 Prozent auf 5,6 Milliarden Schilling. Das neue System der Wohnbauförderung - das kann man jetzt schon feststellen - hat sich bewährt, es hat die Verdoppelung der Wohnbauleistung im großvolumigen Bau bei einer gleichzeitigen Erhöhung der sozialen Treffsicherheit gebracht. Und auch im kommenden Jahr wird mit den Förderungen ein Investitionsvolumen von mindestens 17 Milliarden Schilling ausgelöst. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es ist geplant 11.200 Wohneinheiten zu fördern - und was wir planen, das hält auch - sowie 13.000 alte Wohnungen oder Wohnhäuser zu sanieren. Da kann man also ruhig einen Bundesländerver-

gleich anstellen, um dann das neue System der Wohnbauförderung zu beurteilen.

Enorme wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Impulse - das möchte ich nur nebenbei erwähnen - gehen selbstverständlich auch von der Errichtung des Regierungsviertels und des Kulturbezirkes in unserer jungen Landeshauptstadt St. Pölten aus. Diese werden außerhalb des Budgets finanziert.

Von großer Bedeutung ist für das Agrarbundesland Nummer 1 selbstverständlich die Landwirtschaft. Die 881,3 Förderungs-Millionen des Entwurfes sind sozusagen als "erste Rate" zu verstehen. Denn es wird im Frühjahr beim Beschluß des EU-Anpassungsbudgets im Zuge der flankierenden innerstaatlichen Maßnahmen sicher zu sehr erheblichen Nachbesserungen für die Landwirtschaft kommen. *(Abg. Dr. Bauer: Nicht nur! Nicht nur!)* Nicht nur, ich rede allerdings jetzt gerade vom Thema Landwirtschaft.

Hohes Haus! Die Zuversicht und das Selbstbewußtsein, mit dem Niederösterreich in die Europäische Union geht und gehen kann, beziehen wir nicht nur aus den positiven Wirtschaftsdaten. Sondern auch aus der kulturellen Identität, die wir in ein Europa der Regionen und der Gemeinden einbringen werden. Die Partnerschaft mit den vielen kreativen Kräften in unserem Land, mit der Kunst und der Wissenschaft, hat daher einen hohen Stellenwert, der auch im Haushaltsentwurf zum Tragen kommt. Das Kulturbudget erhöht sich um 7,5 Prozent auf 873 Millionen Schilling. Damit kommen wir der angestrebten "Kulturmilliarde" nicht um einen Schritt, sondern um einen großen Sprung näher.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Es war jetzt in vielen Bereichen von hunderten Millionen und Milliarden die Rede. Das verstellt vielleicht ein wenig den Blick darauf, daß sich unter den insgesamt rund 12.000 Positionen des Entwurfes auch viele kleine Ausgabenposten befinden, die einerseits für die betroffenen Adressaten von größter Bedeutung sind und die andererseits auch von dem partnerschaftlichen Geist zeugen, dem sich dieses Budget verpflichtet fühlt.

Lassen Sie mich dafür zwei Beispiele nennen. Erstmals haben wir in diesem Haushalt auch einen eigenen Ansatz für die Förderung der Bergrettung verankert, und zwar in Höhe von 1 Million Schilling. Ich möchte diese Gelegenheit auch benützen, um den rund 1.000 Bergrettern in unserem Land für ihren Idealismus und für ihre Einsatzbereitschaft zu danken. *(Beifall im Hohen Hause.)*

Idealismus und Einsatzbereitschaft zeichnet auch unsere Feuerwehren aus, für die sich mit kommandem Jahr ebenfalls eine positive Veränderung ergibt. Die Mittel aus der Feuerschutzsteuer werden nicht mehr wie bisher zu 85 Prozent, sondern zu 100 Prozent zweckgebunden. Das heißt, daß ab 1. Jänner 1995 jährlich rund 20 Millionen Schilling mehr direkt dem Feuerwehrwesen zugute kommen.

Hohes Haus! Der heute beginnenden Haushaltsdebatte sind lange Verhandlungen und umfangreiche Vorarbeiten vorausgegangen. Es bedarf der Zusammenarbeit wirklich vieler Kräfte in Politik und Verwaltung, bevor der Finanzreferent im Namen der Regierung seine Einbegleitungsrede halten kann. Lassen Sie mich daher Worte des Dankes sagen.

Ich danke ganz besonders allen Regierungskollegen, an der Spitze Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll. Sie haben es ermöglicht, daß der Landshaushalt 1995 wieder in einem konstruktiven Klima der Sachlichkeit zustande gekommen ist. Daß das keine Selbstverständlichkeit ist, möge eine Zahl verdeutlichen. Am Beginn der Gespräche standen Ressortwünsche, die durchwegs sinnvoll und gut begründet waren, die aber einen Budgetabgang von 8 Milliarden Schilling bedeuteten hätten. Mein Dank gilt dem Leiter der Finanzabteilung, Hofrat Dr. Rudolf Höbart, und seiner gesamten Mannschaft: Herrn Hofrat Dr. Walter Pecker, Herrn Budgetdirektor Eduard Pichler sowie allen ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ich danke Herrn Landesamtsdirektorstellvertreter Hofrat Dr. Kurt Hürbe, der für die rechtzeitige EDV-mäßige Fertigstellung des umfangreichen Zahlenwerkes alle Kräfte zur Verfügung gestellt hat. Und ich danke schließlich Hofrat Dr. Anton Pöschmann und seinen Mitarbeitern in der Druckerei, der Buchbinderei und der Kopierstelle. Durch ihre Mitwirkung und ihren Einsatz konnte das Budget auch heuer zeitgerecht vorgelegt werden.

Hohes Haus! Die Erstellung des Haushaltes 1995 erfolgte aus verschiedenen Gründen, die ich Ihnen dargelegt habe, unter besonders schwierigen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen.

Die hohe Abgangssteigerung macht diesen Haushaltsentwurf sicher zu einem "Budget mit Ecken und Kanten", was Kontroversen auslösen wird. Das ist ganz natürlich und selbstverständlich. Doch gerade deshalb möchte ich Sie heuer besonders eindringlich ersuchen, dieses umfangreiche Zahlenwerk in der Debatte seinem Gewicht entsprechend zu behandeln, nämlich sachlich, kritisch und konstruktiv in der Kritik. Also letztlich partnerschaftlich im Interesse des Landes und der Bevölkerung. Diese finanzpolitische Partnerschaft kann und darf sich aber nicht auf die drei Tage der Haushaltsdebatte beschränken. Das Budget ist nicht mehr und nicht weniger als das in Zahlen gegossene Regierungsprogramm für das kommende Jahr. Ob und wie es eingehalten und umgesetzt wird, das wird an Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, ebenso liegen wie an den Mitgliedern der Landesregierung. Ich appelliere daher dringendst an Sie, im kommenden Jahr bei allen Initiativen noch mehr als sonst die finanziellen Auswirkungen im Auge zu behalten. Zusätzliche Aufgaben und Ausgaben, ausgenommen die EU-Beitrittskosten, müssen durch Umschichtungen im Budget finanziert werden.

Damit kann ich abschließend feststellen:

- Wenn das Budget 1995 eingehalten wird, dann läßt es auch für die Zukunft Handlungsspielräume und Gestaltungsmöglichkeiten offen.
- Es trägt dazu bei, daß wir die großen Chancen für unser Land Niederösterreich nützen können.
- Es macht uns zu leistungsfähigen Partnern im großen Europa.
- Und es wird seinem Motto gerecht. "Partnerschaft ist unser Weg".

Das ist unsere Botschaft. Mit dem Budget 1995 werden wir dieses Ziel erreichen! *(Beifall bei ÖVP und Abg. der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich eröffne, Hohes Haus, nunmehr die Generaldebatte. Als erster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Ing. Dautzenberg.

Abg. Ing. DAUTZENBERG (*LIF*): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe sehr aufmerksam dem Vortrag des Herrn Finanzlandesrates zugehört, doch ich bin eigentlich nicht draufgekommen, daß wir hier das heurige Budget vorgestellt erhalten haben. Denn

wenn Sie, sehr geehrter Herr Landesrat sagen, daß wir eigentlich Partner sind, muß ich sagen, nach diesem Budget sicher nicht Partner der EU, sondern nur der Banken. Die finanzieren und die werden daran verdienen! Wenn Sie erklären, daß Sie Ihre Planungen einhalten, habe ich mich damit beschäftigt, auch nur die Verluste, die Vorplanungen im Budget, die Abgänge zu erfassen. Ich glaube, daß Sie das genauso gut wissen wie ich und daß Sie hier der politischen Diktatur zum Opfer gefallen sind, die ganz einfach beide Großparteien auf Sie ausüben. Es kann nicht wahr sein, daß ein Budget 5,5 Milliarden Verlust ausweist, noch dazu, wenn es überhaupt keine Ansätze für die EU zeigt. Wenn es überhaupt keine Projekte gibt, die irgendwo erwähnt werden, die gemeinsam mit der EU durchgeführt werden sollen. Ich darf daran erinnern, daß wir uns dadurch einen Rückfluß dieser Nettozahlungen an die EU vorstellen. Und daß damit vielleicht ein Budget einigermaßen verbessert werden könnte. Sie, sehr geehrter Herr Landesrat, sind hier im Vorjahr gestanden, sogar noch in der Mitte dieses Jahres und haben von 11 Milliarden, 20 und 30 Milliarden Abgang gesprochen. Sie gehen Ihren Weg, Sie halten Ihr Wort. Denn so, wie Sie das machen, läßt es sich mathematisch sehr leicht nachweisen, daß das Budget nicht saniert worden ist. Und das bitte ist für uns vom Liberalen Forum nicht tragbar. Ich glaube auch, daß Sie damit der Bevölkerung nicht den Dienst erweisen, zu dem Sie berufen sind. Denn die Bevölkerung hat hier ihre Stimme abgegeben für die Zusammensetzung des Landtages in der Annahme, daß auch die wirtschaftliche Seite des Landes so geführt wird, daß ihre Nachfolger nicht mit zu Berge stehenden Haaren hier stehen müssen. Sie haben es sich noch einmal erspart. Aber nur einmal, beim nächsten Budget wird es nicht mehr gehen.

Ich darf jetzt dazu kommen, daß wir als Liberales Forum die einzigen sind, die wirklich Opposition sind und nicht in der Regierung sitzen, in keinem Ausschuß sitzen, daher an diesem Vorgehen keinen Anteil haben. Jetzt werden Sie sagen, na sicher, das kann man sehr ruhig dann negativ darstellen. (*Abg. Uhl: Ihre Kollegin sitzt doch im Schul-Ausschuß!*)

Richtig, im Schul-Ausschuß. Bitte entschuldigen Sie, ein Fehler, Sie haben mich erwischt. Mir wäre lieber, Sie hätten kritisiert, als ich von fünfeinhalb Milliarden Verlust gesprochen habe, aber da ist Ihnen nichts eingefallen. Schauen Sie: Grundsätzlich möchte ich noch einmal davon ausgehen, daß Gegensteuerungsmaßnahmen für uns nur dann möglich sind, wenn wir wirklich neue Wege gehen. Jeder Industriebetrieb hat ein Budget zu

erstellen. Wenn ein Industriebetrieb ein Budget erstellt, wie Sie es jetzt gemacht haben, dann schreit die Öffentlichkeit nach den Köpfen der Vorstände. Hier rührt sich momentan noch nichts, weil Sie versuchen - und auch der Herr Landeshauptmannstellvertreter mit seiner schönen Broschüre versucht ja hier kalt - warm zu geben. (*Abg. Ing. Dautzenberg hält eine Broschüre hoch.*) "33 Milliarden mehr für Gemeinden"; ich halte diese Broschüre schlicht und einfach für einen Skandal. Mich stört auch, daß gerade diese Zahl, die 33 Milliarden auf lichtblauem Hintergrund gedruckt sind, auf unserer Parteifarbe. Auf rot haben Sie sich nicht getraut. (*Beifall bei LIF und FPÖ.*)

Ich bin eigentlich auch etwas enttäuscht davon, Herr Landesrat, daß Sie auch Ihre Meinung zur Landesumlage innerhalb von zwei Wochen so geändert haben, daß ich sie nicht mehr wiedererkannt habe. Aber ich möchte hier nicht über die Landesumlage sprechen, das ist Geschichte. Die Bevölkerung wird ja sehen, was wirklich auf sie zukommt. Noch dazu, wo die Gemeinden ja mit schweren Belastungen durch die EU zu rechnen haben. Zu dieser Belastung stehen wir. Wir haben uns immer zur EU bekannt. Und wir bekennen uns auch jetzt dazu, auch wenn es Geld kostet. Das sind Zukunftsinvestitionen, die genau so zu handhaben sind wie Investitionen im Bildungswesen, wie Investitionen im Straßenbau, in die Energie. Diese Investitionen muß man langfristig sehen.

Was mich jedoch in Ihrem Budget stört, ist etwa Artikel 3 Abs. 7, in dem Sie ausdrücklich darauf hinweisen, daß die Landesregierung ermächtigt wird, hier Sonderfinanzierungen durchzuführen. Hier möchte ich den Landtag auffordern, Sorge zu tragen, daß dieser Sonderfinanzierungspassage nicht zugestimmt wird. Das heißt nämlich nichts anderes als Leasing. Und dieses Leasing ist eine schwere Belastung für die Nachfolgebudgets. Und keiner weiß bis heute, wie hoch die Summe dieser Belastung ist. Sie haben jetzt gerade den Spielraum erwähnt, den Sie in den nächsten Budgets haben können. Den nehmen Sie sich selber mit den Leasingraten, denn das sind vertraglich festgelegte Zahlungen. Dieser Trick, den Sie da erfunden haben, daß Sie die im Budget nicht ausweisen müssen, der sollte vom Tisch. Ich verlange, daß der Landtag darüber informiert wird, wie hoch die Zukunftsbelastungen sind und wie hoch die Fixzahlungen sind, die in jedes Budget einfließen müssen. Denn eines steht fest: Das sind vertraglich zugesagte Zahlungen, das ist genauso wie ein Kredit. Nur, Kredite wollen wir

keine mehr aufnehmen, weil wir schon so viele haben, also gehen wir den Weg der Leasingraten. Ich bitte daher die Regierungsparteien, Sorge zu tragen, daß die Mandatäre in diesem Hohen Haus so informiert werden, daß wir erkennen können, welche Zukunftsbelastung für die Bevölkerung entsteht. *(Beifall bei LIF und FPÖ.)*

Ich weiß nicht, ob Sie dazu bereit sein werden. Es war uns auch nicht möglich, eine Liste der Landesbesitzungen und der Landeswerte, der Kapitalwerte zu erhalten, weil Sie wissen, daß wir eigentlich die Meinung vertreten, daß zukünftige EU-Investitionen durch Veräußerung von zum Beispiel der Flughafenbetriebsgesellschaft, von Versicherungen, Straßenmeistereien, daß Privatisierungen eben durchzuführen sind, damit Kapital hereinkommt. Damit es nicht in die Verschuldung geht. Und wenn Sie das bei der Landeshauptstadt mit 14 Milliarden als Umschichtung bezeichnen, halte ich meinen Vorschlag für eine bessere Umschichtung. Ich glaube, daß Ihnen jeder betriebswirtschaftlich Gebildete das gleiche sagen wird. Es war uns nicht möglich, eine Liste der Immobilien, Sachwerte und Aktienwerte zu bekommen. Wenn es unser Verschulden ist, wenn wir unfähig waren, dann bitte ich um Entschuldigung, dann bringen Sie sie uns jetzt, damit wir sie uns anschauen können. Wenn es sie aber nicht gibt, dann bitte ich um Erstellung.

Wenn wir jetzt das Budget noch einmal anschauen, dann darf ich dazu ein Beispiel anführen, wie schön Sie hochrechnen. Voriges Jahr haben wir das Budget beschlossen. Das Budget hat damals zum Beispiel in der Landwirtschaft um 120 Millionen weniger ausgewiesen in der Haushaltsgruppe. Gleichzeitig ist aber dabei eine Zuwendung für die Bauernkammer von 10 Millionen gewesen. Obwohl jene um 120 Millionen weniger bekommen, die es brauchen, hat die Kammer um 10 Millionen mehr bekommen. Heuer rechnen Sie schon hoch. Jetzt sind die 10 Millionen 12 Millionen. Es handelt sich nur um zwei Millionen, das ist natürlich lächerlich bei fünfeinhalb Milliarden Abgang. Aber so schaut es überall aus. Alles, was einmal hier beschlossen wird, wird in den nächsten Budgets zum Fixum. Doch so kann es nicht sein, Herr Landesrat. Ich bitte irgendwo einmal zur Kenntnis zu nehmen, daß Sie Ihrer Verantwortung in der Form gerecht werden, daß Sie auch den Klubobmännern und den Parteichefs im Landtag die Meinung sagen. Daß Sie sagen, Sie können die Verantwortung nicht länger tragen.

Ich darf noch einmal darauf hinweisen, daß die Leasingraten nach meinem Dafürhalten in irgendeiner Form im Budgetansatz einzubauen sind, weil sich sonst niemand wirklich eine Meinung bilden kann, wie Zukunftsbelastungen entstehen. Die Privatisierung der Betriebe, zum Beispiel Straßenmeistereien, Entsorgungsbetriebe, halte ich für unumgänglich, auch Klärwasseranlagen sollten privat geführt werden.

Einige Punkte möchte ich noch kurz erwähnen, sie betreffen gleichfalls die Budgetdebatte. Den Zeitungen, dem Radio und dem Fernsehen habe ich entnommen, daß das Budget beschlossen ist. Der Landtag sitzt jetzt hier und wird drei Tage darüber diskutieren. Das Budget wurde erarbeitet, sicher mit sehr viel Aufwand und Energie in den Ausschüssen, im Finanz-Ausschuß, in der Regierung, in langen Sitzungen mit Ihnen, sehr geehrter Herr Landesrat. Ich frage mich, wozu drei Tage Budgetdebatte? Das ist eine Struktur, die nicht zeitgemäß ist. Ein Tag wäre absolut genug. Ich bin aber dafür, daß dieser Landtag drei Tage zusammentritt, um sich intensiver mit ernsteren Fragen zu beschäftigen, dort, wo wir noch eingreifen können. Das Budget haben die beiden Großparteien ja schon beschlossen. Wir werden es nicht beschließen, das darf ich jetzt hier sagen. Wir sind dagegen! *(Abg. Dr. Bauer: Das Budget beschließt der Landtag!)*

Aber die Parteien haben es schon beschlossen, das ist die Realität, bitte! Und auch der Bürger sieht das so. Ich bin etliche Male gefragt worden, wozu fährst Du da hinein, das ist schon erledigt, das steht ja in der Zeitung. Und das weiß auch jeder, daß es so ist. Aber bitte, der Landtag wird es beschließen mit den Stimmen der ÖVP und SPÖ, vielleicht auch mit jenen der Freiheitlichen. Ich weiß es nicht. Mit unserer Stimme jedenfalls nicht. Ich glaube, daß man hier wirklich einmal nachdenken sollte, ob eine Generaldebatte mit sachlichen Darstellungen und mit der Möglichkeit der Einbringung von Resolutionsanträgen in der Dauer eines Tages nicht genügt, um hier Kosmetik zu betreiben. Denn mehr ist es bitte nicht, das traue ich mir ganz offen zu sagen. Die weiteren Schritte für die nächsten zwei Tage: Wir haben den Marchfeldkanal, den Donau-Oder-Kanal, wir haben die EU. Ich glaube, ich würde länger reden als mein Vordränger, wenn ich alle diese Probleme aufzähle, die hier anstehen. Außerdem ist es mir ein Bedürfnis, hier noch einmal darauf hinzuweisen, daß EU-Projekte, grenzüberschreitender Verkehr, grenzüberschreitende Wirtschaftsfragen durchaus dazu führen könnten, daß die EU uns mehr Geld

gibt und uns einen Wirtschaftsimpuls auch in den Bereichen - Waldviertel, Marchfeld - gibt, wo es heute zu Abwanderungen kommt und wo eigentlich durch den Wegfall dieser Grenze ein ganz klares Signal an uns ergangen ist. Wir müssen aktiv vorgehen. Und da, lieber Herr Landesrat, da fehlt mir das Verständnis, wenn Sie sagen, das ist alles in Ihrem Budget drinnen. Ich habe es nicht gefunden und ich habe wirklich viel nachgelesen. Aber ich finde es nicht.

Zu der Krankenhaus- und Gesundheitsfrage darf ich noch sagen, daß ich jetzt gehört habe, daß Sie hier endlich aktiv werden und daß Sie auch eine Untersuchung beauftragen. Ich möchte mir ersparen zu sagen, es ist bereits zu spät. Zu spät ist es nie. Aber ich hatte mir vorgestellt, daß im Budget in erhöhtem Maße dafür Vorkehrungen getroffen werden. Das ist nicht geschehen. Ich vermisste auch nach wie vor die Zentralisierung des Spitalswesens. Wir sind uns eigentlich einig gewesen, daß hier etwas geschehen soll. Wir haben festgestellt, daß die Gemeindespitäler in den Kosten sich ungleich verhalten zu den Landesspitälern. Und wir haben festgestellt, daß wir hier doch ein zentrales Management suchen sollten. Ein Management, das sich grundsätzlich damit beschäftigt, wie kann man zunächst einmal rationalisieren. Wir können nicht immer sagen, wir warten auf die Anordnung des Ministers. Wir besitzen auch eine Eigenverantwortung. Und ich glaube, daß das Gesundheitswesen eine so eminent wichtige Angelegenheit ist, Sie haben das auch dargestellt, daß alle hier im Haus uneingeschränkt nur dafür sein können, wenn sich da etwas bewegt. Und bewegen tut sich nichts, außer in den Verlusten! Die Versorgung der Leute ist ungenügend. Die Leute werden älter, sie haben Anspruch, auch als älterer Mensch die gleiche Versorgung zu haben wie ein junger, der aktiv in der Firma arbeitet und sich daher noch mehr an Privatzahlungen leisten kann. Wir müssen zu einer Versorgung kommen, die das Älterwerden, die medizinische Betreuung und auch die Betreuung der Pensionisten sichert. Und hier bitte ich Sie wirklich, Ihren Worten von heute endlich Taten folgen zu lassen.

Zu der Frage Kultur: Sicher ist die Kultur ein ganz wesentlicher Punkt. Und immer wieder wird man - das habe ich auch schon einmal gesagt - hier angegriffen, wenn man dagegen ist. Aber ich frage mich, ob eine 23prozentige Steigerung wirklich notwendig ist in einer Zeit, in der man bei der Wirtschaft und Landwirtschaft um 1,2 % zurückgeschraubt hat. Ich glaube, daß dadurch ein gewisses falsches Denken dokumentiert wird. Wir wollen mit der Kultur vorausziehen und wissen gar

nicht, ob wir die Betriebe, die Menschen auch dazu bringen können, sie noch zu genießen. Denn wenn die Firmen, wenn die Landwirtschaft leidet, dann haben die Leute leider an andere Sachen zu denken als an Theater, an Kunst und oder den Genuß von Musik. Ich weiß nicht, wer Ihnen das eingebrockt hat, aber Ja gesagt haben Sie, Herr Landesrat. Und das ist für mich nicht positiv.

Wenn Sie sagen, es gibt keine Umschichtung im Budget, dann bin ich ganz sicher und wir werden stark aufpassen - ich weiß, wir haben keine Kraft und wir können nichts dagegen machen, Herr Landesrat - aber ich werde sehr stark aufpassen, wieviel Sie in diese EU-Sachen jetzt hinein- und unterschieben wollen an Nachträgen. Denn Nachträge müssen kommen, sonst könnten Sie nicht wieder bei Katastrophenschäden nur eine Million ansetzen, obwohl wir heuer 57 Millionen brauchen. Das wissen Sie jetzt schon, weil ich es sogar weiß, nach nur einem Jahr. *(LR Mag. Freibauer: Herr Abgeordneter! Welche Krise kommt als nächstes?)*

Ich glaube, Herr Landesrat, daß es an uns liegen wird, aufzupassen, daß dieser Satz von Ihnen "kein Nachtragsbudget" Wahrheit bleibt. Noch kann man es nicht beweisen. Und ich werde auch mit meiner Fraktion sehr stark aufpassen, ob diese Postwurfsendung des Herrn Landeshauptmannstellvertreter Höger von ihm ernst genommen wird. Denn wenn sie ernst genommen wird, dann bedeutet das eine enorme Verschuldung für das Land, wieder eine enorme Verschuldung. Da macht er wahr, wovor Sie sich immer gefürchtet haben. Und das ist nicht in unserem Interesse, es kann auch nicht in Ihrem sein. Auch Sie haben einen Nachfolger, auch Sie haben Leute, die das verantworten werden müssen, was Sie hier machen. *(LHStv. Höger: Herr Abgeordneter Ing. Dautzenberg! 57 Millionen Schilling, 20 Jahre lang, das sind die Hochrechnungen davon!)*

Sicher! Sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter! Ich glaube, Sie unterschätzen die Bevölkerung in Niederösterreich. Die können diese Broschüre sehr wohl lesen. Und das, was sie herauslesen, ist sicher nicht positiv. Und das ist Gottseidank die Situation, vor der wir bei jeder Wahl stehen: Wir bekommen mehr Stimmen.

Ich möchte jetzt abschließend eine Feststellung treffen in Anbetracht der Aussage, die ich gemacht habe, daß wir diese Budgetdebatte mit drei Tagen für überzogen halten. Sie werden selbst hören, viele Redner wiederholen sich stereotyp, jeder beweihräuchert seinen Landes-

hauptmann oder Landeshauptmannstellvertreter, jeder beweihräuchert seine Kammer, ob Arbeiterkammer oder Bauernkammer. Ich habe das schon einmal mitgemacht. Wir werden es wieder mitmachen, wir werden uns aber nicht mehr zu Wort melden, weil wir der Meinung sind, daß das jene Maßnahme ist, die wir ergreifen können als kleine Partei. *(Zwischenruf bei Abg. Dr. Bauer.)*

Sind Sie froh, daß ich mich nicht mehr zu Wort melde? Ich glaube es. Wir werden trotzdem sehr aufpassen, Herr Klubobmann, wir werden sehr aufpassen und wir werden die Aussagen immer wieder versuchen, zu Papier zu bringen und in unseren Reden darzustellen. Ich bedanke mich und ich darf noch einmal festhalten, wir sind gegen dieses Budget, ein Budget der Hochrechnung, der Einfalllosigkeit. Danke. *(Beifall bei LIF und Abg. der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Gratzner.

Abg. GRATZER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Entwicklung der "einzigen Oppositionspartei dieses Hauses" ist eine ganz interessante. Und das freut mich, weil ich kann das, glaube ich, ein bißchen als meinen Erfolg verbuchen. Erinnern wir uns, die Liberalen haben ja beim vergangenen Budget bedingungslos zugestimmt. Heuer, nachdem sie an unserer Pressekonferenz teilgenommen haben, haben sie auch einige Kritikpunkte gelernt und sogar die eine oder andere Broschüre gefunden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber nun zum Budget, zur Rede von Landesrat Mag. Freibauer. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir verzeichnen tatsächlich den größten Abgang in Niederösterreich. Und ich glaube, Herr Landesrat Freibauer, wir müssen schon bei den Zahlen bleiben mit fünfeinhalb Milliarden und auch bei der Relation gegenüber dem Voranschlag 1994, weil ich glaube, es wäre nicht richtig, jetzt erstmals den Voranschlag 1995 nicht nur mit dem Voranschlag 1994, sondern auch im Zusammenhang mit dem Nachtragsbudget zu vergleichen. Weil wir das erstens noch nie gemacht haben und zweitens heute genau wissen, daß diese Behauptung, die Sie aufstellen, nämlich kein Nachtragsbudget zu erstellen, von der kann mit Sicherheit heute schon gesagt werden, daß das nicht eingehalten wird. Ich glaube es ganz einfach nicht, daß es zu schaffen ist. Denn wenn Sie es nächstes Jahr schaffen würden, dann frage ich mich, weshalb haben Sie das nicht schon bisher gemacht. Wenn es gelingen würde mit Um-

schichtungen aller möglichen Dinge, ob das jetzt zum Beispiel die 140 Millionen unvorhersehbarer Personalausgaben sind ... *(Abg. Uhl: Also Herr Kollege, jetzt sind Sie unfair. Denn wenn einer gescheitert wird, soll man ihm das nicht vorhalten!)* Ja, wenn er uns seinen Prozeß des Gescheitertens erklären könnte, dann würden wir es eventuell glauben. Aber bis jetzt ist er uns das schuldig geblieben.

Darüber hinaus, Herr Landesrat, haben Sie uns wieder sehr schön und blumig das neue Motto erklärt. Das Motto lautet diesmal "Partnerschaft ist unser Weg". Doch wir sollten uns erinnern, wie hat denn das letzte Motto gelautet und wie wurde das letzte Motto erfüllt? Es hieß: "Erster Schwerpunkt Arbeitsplätze". Und wenn es heißt, "erster Schwerpunkt Arbeitsplätze", ist es ganz interessant, einen Rückblick zu machen.

Ich habe mir jetzt herausgeschrieben das erste Halbjahr 1994, die Entwicklung hat sich ja in derselben Weise fortgesetzt, da gibt es keine Änderung. Ich nehme einmal den Jänner 1994, verglichen zum Jänner 1993. Die Zahl, die Sie immer nennen, die der Herr Landesrat Gabmann sagt, die auch die NÖ Landeskörrespondenz verwendet, lautet, um 3.088 Beschäftigte mehr. Das ist wirklich schön, hört sich um 6.52 Uhr in den Frühnachrichten wunderbar an. Man muß sich aber die Zahl genauer anschauen. 3.088 Arbeitsplätze mehr heißt in Niederösterreich, um 2.003 Nieder-

österreicher weniger und um 5.091 Ausländer mehr. Im Vergleich zum Februar 1993 wieder 4.569 Beschäftigte mehr, die Erfolgsmeldung des Landes. Das heißt, 5.607 Ausländer mehr, 1.038 Niederösterreicher weniger. März 1993 zu März 1994: Da kam die Jubelmeldung, jeder weiß, da boomt die Bauwirtschaft, 8.896 Arbeitsplätze mehr, davon 6.669 Ausländer mehr und um 2.227 Niederösterreicher mehr. April 1994 zu April 1993: 5.448 Arbeitsplätze mehr. Ihre Erfolgsmeldung heißt übersetzt, 5.995 Ausländer mehr, 547 Österreicher bzw. Niederösterreicher weniger. Ich sage das hier ganz bewußt, weil hier mit Argumenten operiert wurde und mit solchen Argumenten operiert wird. Die Zahlen sind die amtlichen Zahlen der Arbeiterkammer, der Herr Kollege Dirnberger wird mir das bestätigen. Arbeitsplatzpolitik kann nicht heißen, daß wir die Niederösterreicher der Reihe nach in die Arbeitslose schicken und mit Ausländern unsere Beschäftigungspolitik fortführen. Ich möchte hier wirklich klar und eindeutig feststellen, daß Sie Ihr Motto 1994 nicht erfüllt haben und sehe daher auch Ihr Motto für 1995 unter einem sehr kritischen Licht. *(LR Mag. Freibauer: Das war jetzt ein Beitrag zur Ausländerpolitik der FPÖ aus der untersten Schublade! - Unruhe bei der FPÖ.)*

Herr Landesrat Freibauer! Wenn Sie Arbeitsplätze nurmehr für Ausländer schaffen, so ist das Ihr Problem. Mit dem müssen Sie leben. Ich habe jetzt aufgezeigt, wie Sie Arbeitsplatzpolitik betreiben. *(Abg. Hoffinger: Wir sind froh, daß wir Ausländer haben in der Wirtschaft!)*

Das ist ja keine Frage. Das war im März. Aber das kann doch nicht das ganze Jahr so durchgehen, das kann sich ja nicht durchziehen wie ein roter Faden, daß wir die Österreicher in die Arbeitslose schicken und durch Ausländer substituieren.

Es ist ja schon sehr vieles vorher erwähnt worden. Auch ich bin der Meinung, daß dieses Budget ein phantasieloses Gebilde ist mit einem lediglich linearen Ansteigen der Mehrausgaben, weil es in diesem Budget keinen einzigen Ansatz gibt, der hinweist auf eine EU-wirksame Maßnahme. Sie haben uns ja erklärt und heute hat es der "Staatsfunk" in aller Früh schon gesagt, der Abgang ist zu erklären mit der Landesumlage und mit den Investitionen in Richtung EU. Wir haben heute genau gesehen und wir wissen es, es läßt sich nachvollziehen, es ist in diesem Budget keine einzige Position drinnen, die in Richtung EU weist. Sondern ganz im Gegenteil, der Ansatz, den der Herr Landesrat Blochberger in den Vorbereitungen gebracht hat, mit ungefähr drei Milliarden, der ist nicht enthalten. Daher sehen wir auch nicht in dem jetzigen Budget für die

Landwirtschaft einen ersten Schritt Richtung EU-Budget, sondern einzig und allein eine lineares Fortschreiben des Bisherigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man muß natürlich dieses Budget auch im Lichte der Regierungsverhandlungen sehen. Im Lichte jener Regierungsverhandlungen, an denen unsere großartigen Vertreter, nämlich unser Landeshauptmann und unser Landeshauptmannstellvertreter teilgenommen haben. Wir wissen, daß dieses Budget ein Sparbudget ist, und daß in diesem Budget der Herr Landeshauptmannstellvertreter sicher zum größten Sozialabbauer in Niederösterreich avanciert ist. Daher möchte ich auch noch einmal auf diese Broschüre zurückkommen. Ich sehe das nicht als irgendeinen Gag, sondern ich betrachte das furchtbar ernst. In einer Zeit, in der wir mit Sparmaßnahmen arbeiten müssen, in einer Zeit, in der wir der Bevölkerung beibringen, daß jeder den Riemen etwas enger schnallen muß, in einer Zeit, in der der Landeshauptmannstellvertreter selbst im Verhandlungsteam sitzt, in einer Zeit, in der Familien erfahren, daß sie nächstes Jahr 20.000,-, 30.000,- Schilling aus ihrem Geldbörstel hergeben müssen, verschenkt der Landeshauptmannstellvertreter 35 Milliarden. Es ist jetzt gleich, ob das auf blauem Untergrund errechnet wurde, oder wie auch immer. Es ist ganz interessant, was mit diesen 33 oder 36 Milliarden passiert. Und das lesen die Menschen draußen, das kommt ja im Postwurf. *(Unruhe bei der SPÖ.)*

Ich werde das vorlesen, Herr Landeshauptmann. Das ist ja ein Postwurf von Ihnen, das ist ja überhaupt keine Frage. Es ist nur interessant, was machen Sie mit dem Geld zu dem Zeitpunkt, da Sie den Leuten das Geld aus dem Geldtaschel ziehen. Der Herr Bürgermeister Willi Gruber zum Beispiel baut ein Kulturhaus in Wagram. Das ist ja nicht uninteressant, wenn alle anderen sparen müssen. Oder, der Herr Bürgermeister Peterl baut ein Parkdeck in Korneuburg. Bürgermeister Wittmann wieder baut sich eine Allzweckhalle und die Frau Bürgermeisterin Monika Vojnovic aus Lanzendorf sieht überhaupt angesichts der immer größer werdenden Aufgaben kurz vor Weihnachten darin ein schönes Geschenk. Wissen Sie, wo ich das Problem sehe? In demselben Zeitpunkt, da man den Menschen beibringt, daß sie sparen müssen, bringen Sie ihnen bei, daß Sie mit dem Füllhorn durchs Land gehen, dieses ausschütten und wer auch immer will, bekommt Geld. *(Beifall bei der FPÖ. - LHStv. Höger: Da wurde geklagt, die Gemeinden werden finanziell ausgehöhlt. Doch jetzt bekommen sie was!)* Herr Landeshauptmannstellvertreter! Auf diesen

unglückseligen Moment wollen wir ja nicht unbedingt wieder zurückkommen. Sonst wird Ihre Fraktion heute herinnen Probleme bekommen. Im letzten Protokoll der Sitzung vom Juni - ich würde wieder einmal ganz gerne den Herrn Präsidenten Haufek zitieren - steht eindeutig drinnen: Wir werden einem Budget, das Einnahmen aus einer Post "Landesumlage" enthält, nicht mehr zustimmen. Ich bin neugierig, wie heute das Verhalten der Fraktion sein wird. *(Beifall bei der FPÖ. - Abg. Präs. Haufek: Für einen gescheiterten Kompromiß hast Du nichts übrig! Nur mit dem Kopf durch die Wand!)* Das klingt zwar vielleicht gut, aber ich kann mir nicht vorstellen, daß auch nur ein Niederösterreicher es nachvollziehen kann, wenn wir heuer 300 Milliarden einsparen, daß die SPÖ einen landesweiten Postwurf rausgibt und mit dem Füllhorn mit 36 Milliarden spazieren geht. Das ist einfach unehrlich zu einem Zeitpunkt, wo es darum geht, daß wir sparen müssen. *(LHStv. Höger zu LR Mag. Freibauer: Herr Finanzreferent, ich bin direkt stolz! Dem Einen ist es zu viel, was wir gemacht haben, ihm ist es zu wenig. Du weißt, die Wahrheit liegt in der Mitte!)*

Damit möchte ich zu ein paar grundsätzlichen Betrachtungen anlässlich dieser Budgetdebatte kommen. Wir werden es sicher nicht so halten, wie die Liberalen, die sich ab jetzt nicht mehr zu Wort melden wollen, weil die Budgetdebatte eine Gelegenheit ist für alle Fraktionen, im Hinblick auf Finanzierungen auch entsprechend Anträge einzubringen. Ich finde es nur etwas seltsam vom Landesrat für Finanzen, hier herzugehen und zu sagen, die Abgeordneten bringen dann immer wieder Anträge, die etwas kosten. Es gibt mehrere Möglichkeiten, Herr Landesrat. Ich meine, man kann es nicht so machen, daß man den Abgeordneten eventuell verbietet, Anträge einzubringen, die etwas kosten, aber sie dort, wo das Land über das Budget hinaus Ausgaben trifft, nicht einbindet. Ich könnte mir zum Beispiel vorstellen, in Zukunft wenn es zu Beschlüssen kommt in der Landesregierung, die Vorgriffe auf zukünftige Jahre betreffen, daß hier sehr wohl bereits der Landtag eingebunden wird. Ich denke an das große EDV-Projekt mit dem "outsourcing"-Auftrag an IBM, der nicht nur heuer mit sehr vielen Millionen auf uns zukommt, sondern über zehn Jahre hinaus bereits verplante Millionen beinhaltet. Daß in derartigen Fällen in Zukunft der Finanz-Ausschuß sehr wohl einbezogen wird, weil es ein Vorgriff ist. Oder wenn es geht um die Haftungsübernahmen, die weit über ein Jahr hinausreichen, daß auch hier in Zukunft der Finanz-Ausschuß einbezogen wird. Ich könnte mir vorstellen, daß das zur ständigen Einrichtung wird, damit es hier vielleicht wirklich zu mehr

Partnerschaft kommt zwischen Landesregierung und Landtag, wenn es um Vorgriffe auf die Zukunft geht.

Es gibt auch einige Positionen, die ich schon auch ansprechen möchte. Da ist die Kammerzuwendung, die ja bereits erwähnt wurde, wo wiederum die Landwirtschaftskammer überproportional bedacht wird. Eine Position, die mir überhaupt unklar erscheint, ist jene, daß das Land Niederösterreich der Arbeiterkammer über vier Millionen überweist, obwohl wir genau wissen, daß die Arbeiterkammer im vergangenen Jahr mit 60 Millionen Schilling positiv gewirtschaftet hat und daher überhaupt kein Grund besteht, daß wir aus unserem Defizit noch einmal die Arbeiterkammer subventionieren.

Um aber bei der Budgeterstellung bei der Budgetwahrheit, der Budgetklarheit und dem Verhältnis Landesregierung gegenüber den Abgeordneten zu bleiben, möchte ich noch etwas anbringen. Wir haben es alle erlebt in der Ausschusssitzung, daß in einem Kapitel die Frage von uns erhoben wurde, wo sind die zehn Millionen für die Schulaufsichtsbehörde? Das zuständige Regierungsmitglied hat den zuständigen Hofrat angeschaut und ihn ersucht, die Antwort zu geben. Und der zuständige Hofrat hat gesagt, er weiß es nicht, wo diese zehn Millionen Schilling sind. Frau Landesrätin, da möchte ich Sie schon direkt ansprechen! Sie haben bis zum heutigen Tag es nicht der Mühe wert gefunden, die Abgeordneten darüber zu informieren. Uns haben Sie nicht informiert, wo die zehn Millionen Schilling sind. Ich möchte da wirklich den Herrn Landesrat Blochberger hervorheben, weil er sofort schriftlich die Frage beantwortet hat, die an ihn gestellt worden ist betreffend der Feuerwehren. Aber es ist offensichtlich egal, abgesehen vom Abstimmungsverhalten der Abgeordneten, die zu dem Zeitpunkt nicht gewußt haben, wo die zehn Millionen sind. Und trotzdem haben alle der Position zugestimmt. Was sind schon zehn Millionen? Das möchte ich als Beispiel bringen, weil da immer behauptet wird, wir als Abgeordnete hätten die Budgethoheit. Dann muß auch die Landesregierung uns gegenüber so verfahren, daß wir tatsächlich die Budgethoheit haben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Daher wird die Freiheitliche Partei aus diesen Überlegungen heraus im allgemeinen dieses Budget ablehnen, weil wir einerseits sicher noch immer nicht jene Budgethoheit haben, die uns auf der einen Seite nachgesagt bzw. zgedacht wird und auf der anderen Seite dieses Budget weder ein Sparbudget ist, noch in irgendeiner Weise

Phantasie spielen läßt. Und schon gar nicht das berücksichtigt, was uns nächstes Jahr erwartet, nämlich den EU-Beitritt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Bauer.

Abg. Dr. BAUER (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nachdem ein sehr tief sinniger Einstieg vom Herrn Landesrat erfolgte und dann Ing. Dautzenberg meinte, daß dieses Budget überhaupt nicht diskutiert werden sollte, weil es keinen Sinn ergibt, weil es angeblich ohnehin schon beschlossen ist, Herr Kollege Gratzler wiederum meint, daß er diesem Budget nicht die Zustimmung geben kann, weil die Ausgewogenheit nicht gegeben ist, möchte ich versuchen, vielleicht zum Budget tatsächlich einige Ausführungen und Anmerkungen zu treffen. Zuerst einmal möchte ich feststellen, daß diese bisherigen Ausführungen eher tagespolitische Feststellungen waren. Der eine hat das Papier, weil es zu hellblau war kritisiert, der andere eine Broschüre, auf die auch eingegangen wurde, weil hier festgestellt wurde, daß den Gemeinden zusätzlich Geld zur Verfügung gestellt werden soll.

Ich glaube, die Zielsetzung die im Mai durch einen Mehrheitsbeschluß auch dokumentiert wurde, war doch eine gemeinsame. Nämlich, daß den Gemeinden unter die Arme gegriffen werden soll. Das heißt, daß den Gemeinden ein Mehr an finanziellen Mitteln zur Verfügung gestellt werden soll, damit sie ihre Aufgaben wieder gemeinsam mit dem Land lösen können. Ich habe das schon einmal gesagt und ich wiederhole das: Ich finde, daß es sehr gut war, daß hier eine gemeinsame Lösung gefunden werden konnte, wenngleich erst diese Zwischenphase eines Mehrheitsbeschlusses dazu geführt hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wurde auch schon über die Frage Nachtragsvoranschlag, und es soll im nächsten Jahr keinen geben, debattiert. Ich glaube tatsächlich, daß diese Darstellung die günstigere und bessere ist. Und ich bedaure das auch, daß das jetzt sozusagen als ein Budgetfortschritt bezeichnet wird. Denn an sich ist es, Herr Landesrat, kein Budgetfortschritt, sondern eine selbstverständliche Form der Budgetvorlage. Ich möchte nur hinweisen, daß es diesmal dezidiert sozusagen erklärt wird. Aber grundsätzlich ist man schon davon ausgegangen, daß ein Budgetvoranschlag, wann immer er vorgelegt

wird, ein umfassender Budgetvoranschlag ist. Wir haben uns auch geeinigt, und das hat nichts mit Großparteien zu tun, die Frage der künftigen EU-Finanzierung eben in diesem Budget noch nicht aufzunehmen. Weil es einfach noch zu wenig Angaben und Anhaltspunkte gibt. Und wir haben festgestellt, daß wir im Laufe des ersten Halbjahres, wenn die Dinge sich abzeichnen, mit einem EU-Nachtrag an den Landtag herantreten werden. Ich glaube, daß dann eine sehr realistische Einschätzung schon möglich sein wird. Und ich habe auch als Zwischenruf ausgeführt, daß das nicht nur die Landwirtschaft betreffen wird, sondern eben insgesamt die Förderschienen Land, Bund und eben die Europäische Union.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieses Budget enthält doch vorrangig Schwerpunkte, zu denen man sich bekennen kann. Da sind auf der einen Seite einmal die öffentlichen Investitionen, die soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, Bildungs- und Gesundheitswesen, Verkehrsinfrastruktur, Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung, um die wichtigen zu nennen. Vor dem Hintergrund, daß auch auf Bundeseite ein Budgetkonsolidierungskurs eingeschlagen wurde, muß man feststellen, daß auch in unserem Budget dieser Weg mitgegangen wird. Und daß daher die Frage der Effizienz der Mittelverwendung in Zukunft eine sehr vorrangige sein wird und im Mittelpunkt der Betrachtungen zu stehen hat. Das heißt, daß Niederösterreich aufgefordert ist und auch diese Aufforderung annehmen wird, daß wir mit dem Bund auch wirkungsvoll unsere Fragen im Zusammenhang mit der Europäischen Union lösen und daß daraus letztlich - und das ist entscheidend - diese regionalen, nationalen und europäischen wirtschaftspolitischen Initiativen auch auf Erfolg und konkrete Maßnahmen stützen werden, die beschäftigungswirksam letztlich auch für Projekte in Niederösterreich werden. Und hier möchte ich anmerken, daß etwas vielleicht als Sorge doch ein bißchen mitschwingt. Nämlich, daß wir soviel über diese Finanzierung, über diese europäische Linie sprechen, aber die Konkretisierung von Projekten noch nicht richtig angelaufen ist. Ich glaube, daß es daher wichtig ist, diese Konkretisierung auch wirklich zu betreiben, weil sonst vom Fristenlauf, von der zeitlichen Abfolge her wir Gefahr laufen, diese unter Umständen nicht voll nützen zu können. Es wäre ein untauglicher Ansatz, wenn man sagen müßte, grundsätzlich werden soundsoviele Milliarden zurückfließen, nur haben wir nicht die Projekte in entsprechender Form aufbereitet und vorbereitet. Ich möchte dafür

meinen, daß man wirklich einen neuen Anlauf unternehmen soll, um diese Projekte auch als wirksame EU-Projekte entsprechend vertreten zu können.

Die wirtschaftlichen Rahmen, Daten und Perspektiven für Niederösterreich, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind tatsächlich besser als in den Vorjahren. Das heißt, daß wir nach diesem Rezessionsjahr feststellen können - und Mag. Freibauer hat das auch getan - daß wir mit einem Bruttoinlandsprodukt von 2,8 %, wobei eher noch einer gewisse Überschreitung dieses Prognoseansatzes angenommen wird, zu rechnen haben. Und daß auch im nächsten Jahr mit 3 % eine durchaus günstige Wirtschaftsentwicklung sich abzeichnet. Diese Wirtschaftsbelebung tritt vor allem auf dem Exportsektor und im Wohnbaubereich ein. Und ich glaube, daß vielleicht, was hier ausgeführt wurde vom Vorredner, Klubobmann Gratzer, in Bezug auf Beschäftigungsentwicklung doch zu relativieren ist. Nämlich in jene Richtung, daß es mir grundsätzlich einmal um Arbeitsplätze geht. Das ist einmal das Eine. Daß ich aber nicht unterschätze jene Aufgabe, die wir auch haben. Nämlich, jene Industrie- und gewerblichen Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen, die gerade für Qualifizierte und Höherqualifizierte notwendig sind. Und daß wir sozusagen, wenn auch die Wirtschaftsbelebung sehr stark getragen wird vom Bausektor, Sorge tragen müssen, daß in den Bereichen der höheren Qualifikationen letztlich auch wieder eine Belebung eintritt. Das wird, wenn man sich die Dinge näher anschaut, gar nicht so einfach sein.

Die gute Industriekonjunktur, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird zu erheblichen Produktivitätsfortschritten führen und muß genutzt werden. Daher glaube ich aber, daß trotz Konjunkturbelebung Industriearbeitsplätze weiter verlorengehen werden. Und das ist es, worauf ich eigentlich eingegangen bin in dieser kurzen Stellungnahme. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben noch das Glück, daß der tertiäre Sektor, der Dienstleistungsbereich noch eine gewisse Aufnahmefähigkeit hat. Aus aus meiner persönlichen Einschätzung heraus meine ich, daß das noch eine gewisse Zeit durchaus wirksam sein wird. Ich fürchte aber, daß gerade die Rationalisierungsreserven im Dienstleistungsbereich zu einer stärkeren Anspannung und Anpassung führen werden und daher auch dieser Sektor nicht mehr die Leistungsfähigkeit in Zukunft haben wird, die wir brauchen und die wir so gerne immer unterstellt haben. Ich sage das einmal sehr vorsichtig. Das

bedeutet wiederum, daß wir sehr gezielte Industrie- und Gewerbepolitik betreiben müssen, um Arbeitsplätze in diesem Sekundärbereich in einen höheren Wertschöpfungsbereich zu erheben.

Wir sehen uns durchaus in der Entwicklung mit Deutschland und den großen Industriestaaten in einer Aufschwungphase. Und ich möchte noch einmal darauf hinweisen, daß diese beschäftigungspolitische Perspektive auch in Europa eine sein muß, die mehr an Bedeutung gewinnt und ein Mehr an Anstrengung erfordert. Denn derzeit, glaube ich, ist diese erklärte Beschäftigungspolitik noch nicht so durchgehend in allen Staaten. Sie wird in vielen Staaten als ein wichtiger Faktor angesehen. Aber meiner Auffassung nach müßte das eine europäische Perspektive erhalten. Und dann könnte man auch letztlich diesen Erfolg haben, den wir national uns wünschen, der aber der nur im Einklang mit der internationalen Politik erreichbar sein wird.

Ich möchte ganz kurz auf die wirtschaftliche Entwicklung in Niederösterreich selbst eingehen. Wir wissen, daß die NÖ Wirtschaft überdurchschnittlich profitiert hat vom Wirtschaftsaufschwung. Es wird von 4,5 Prozent Bruttowertschöpfung gegenüber zweieinhalb Prozent im übrigen Österreich gesprochen. Und das ist ein deutliches Zeichen, daß wir sehr wohl diese Chancen, die sich uns eröffneten, ganz gut nutzen konnten. Immer wieder unter dem Hinweis, daß sich die Industriebeschäftigung weiter im Rücklauf befindet, trotz dieser erfreulichen Daten. Die Arbeitslosenquote, um das auch zu sagen, liegt in Niederösterreich im dritten Quartal bei 5,5 Prozent und liegt damit etwas über dem Österreichdurchschnitt, der nur 5,3 Prozent ausmacht. Also nicht nur Grund zum Jubeln, sondern auch durchaus eine sehr vorsichtige Einschätzung hinsichtlich der Beschäftigungsentwicklung. Die Zahl der unselbständig Beschäftigten ist trotz dieses Rückganges in der Industrie gewachsen. Das ist ein Faktor und das ist auch das, was vielleicht hier in der etwas falschen Relation oder Beziehung dargestellt wurde. Wir müssen festhalten, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß zum Beispiel gerade das von Niederösterreich aus Beeinflussbare, nämlich die Wohnbauförderung, ein sehr wesentlicher Faktor ist, um diese Baukonjunktur zu tragen. Genauso gehört dazu die Errichtung der Landeshauptstadt, die auch ein wesentlicher Motor der Baukonjunktur ist und daß letztlich auch die Umweltförderungen gemeinsam mit Bund und Land eine sehr dynamische Baukonjunktur ausgelöst haben. Ergänzend möchte ich auch noch erwähnen diese

regionalpolitischen Initiativen des Landes selbst, die eine sehr positive Auswirkung auf die Gesamtinvestitionen in Niederösterreich haben. Auch die ECO-PLUS, die vielleicht manchesmal nicht alles das erfüllt, was sich regionalpolitisch Verantwortliche wünschen, muß hervorgehoben werden. Sie liefert mit der Errichtung von Industriezentren und Beteiligungsmodellen durchaus einen Beitrag zu einer lebendigen Konjunktur.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Niederösterreich und die europäische Integration möchte ich ganz kurz auch anführen. Nämlich als eine große Chance für Niederösterreich, daß man hier jener Funktion der Drehscheibe oder der Brückenfunktion gerecht wird und gerecht werden kann. Und da ist es für mich wichtig, daß die Innovationsdefizite, die in Niederösterreich in den Betrieben noch bemerkbar sind, daß diese auch überwunden werden.

Der Sogeffekt aus der Ostöffnung hat sicher für bestimmte Branchen ungeahnte Schwierigkeiten im grenznahen Bereich geschaffen. Es ist ja immer so, daß man zwar in der Summe sehr gut argumentieren kann, daß die Ostöffnung ein Mehr an Handelsbilanzüberschuß gebracht hat, nämlich rund acht Milliarden in diesem Ostbereich. Aber daß in Wirklichkeit natürlich das Grenzland bisher einen Faktor, nämlich billige Arbeitskraft, als wesentliches Anreizsystem gehabt hat, der nun weggefallen ist in vielen Bereichen. Und daß damit die Sogöffnung gegeben war, ohne - und das ist die kritische Anmerkung - ohne daß man dem eigentlich etwas entgegengesetzte. Sodaß es durchaus im grenznahen Bereich zu heftigen Diskussionen kommt, weil man hier die Hilfestellung, die notwendig ist, einfach noch nicht so erkennt. Es gibt zwar Ansätze dafür, es gibt Gespräche, es gibt grenzüberschreitende Aktivitäten, aber es gibt nicht diese durchgehende Strukturverbesserung im Grenzland. Eines steht schon fest: Dieser Sog wird sich weiter verstärken und wird daher dann letztlich auch gefühlsmäßig in eine sehr negative Beurteilung umschlagen, wenn nicht hier von seiten des Landes, von seiten des Bundes und der Europäischen Union jene Ausgleichsmechanismen entsprechend zum Tragen kommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir wissen aus den Studien, daß wir rund 50.000 Arbeitsplätze verlieren werden durch diese Ostöffnung, aber 65.000 gewinnen. Das ist in der Summe ein Nettogewinn. Die Frage ist, wo diese Nettogewinne stattfinden. Ich glaube und es ist aus der Produktionsstruktur heraus verständlich, daß diese halt in den höher qualifizierten

Bereichen stattfinden und die weniger qualifizierten Bereiche sozusagen die Verlustträger sind. Damit entstehen letztlich auch regionalpolitische Probleme.

Ich möchte auch noch erwähnen, daß die Strukturbereinigung trotz positiver Konjunkturdaten noch nicht beendet ist, sondern erst am Anfang steht. Es gibt Menschen, die meinen, wenn es ein bißchen aufwärts geht, dann hätten wir schon die Strukturprobleme bewältigt. Ich glaube eher, daß wir 1995 mit weiteren Arbeitsplatzverlusten in der Industrie zu rechnen haben werden. Weil eben der Strukturanpassungsprozeß fortschreitet. Wir müssen daher achtgeben, daß wir hier kompensatorisch Entsprechendes entgegengesetzen können.

Die neuen internationalen Rahmenbedingungen werden letztlich auch den Anpassungsdruck der Wirtschaft sicher noch erhöhen. Wenn man es sich nun einfach macht, projiziert man die Ursachen auf die Europäische Union. Betreibt man es seriös, muß man erkennen, dieser Anpassungsdruck würde auch so entstehen. Nur würden die Rahmenbedingungen für diese Strukturanpassung tatsächlich noch etwas ungünstiger sein. Die Wirtschaftspolitik ist daher natürlich besonders gefordert, aus diesem unausweichlichen Anpassungsdruck heraus, der in vielen Branchen allein nicht bewältigt werden wird. Ich sage das einmal ganz deutlich. Und wir haben auch dieses Europaübereinkommen auf Bundesebene letztlich nicht geschlossen, um hier nur etwas Gemeinsames zu haben. Sondern weil wir ganz genau wissen, daß sehr viele Bereiche einem Anpassungsdruck aus-gesetzt sein werden, den sie alleine nicht bestehen können. Daher gibt es auch dieses Paket, dieses europäische Begleitpaket, wenn ich das so sagen darf. Worauf es mir ankommt ist, der Betriebsansiedlung daher einen besonderen Stellenwert zuzumessen. Nämlich einen Stellenwert, der vielleicht jetzt aus dem Auge verlorengegangen ist. Wir haben schon länger nicht über qualifizierte Betriebsansiedlungen gesprochen. Da wird immer so von klein und kleinst und noch kleiner gesprochen, das ist alles eine sehr gute Sache. Aber in Wirklichkeit brauchen wir auch wieder gewisse Leitprojekte, qualifizierte Betriebsansiedlungen, um hier auch wieder positive Sogeffekte zu erreichen. Ich glaube kaum, daß heute noch bestritten wird, daß jene Leitprojekte auch die waren, die in einer Region ungemein viel bewegt haben und ungemein positiv dann auf die gesamte gewerbliche Struktur dann weiter gewirkt haben.

Ich möchte daher anregen, daß diese Frage des Industriestandortes Niederösterreich auch einmal viel ernster diskutiert wird. Nämlich, was sind die Voraussetzungen, um den Industriestandort Niederösterreich besonders in den Mittelpunkt zu stellen für Firmen, die sich eine Expansion überlegen. Da ist einmal die Frage der qualifizierten Mitarbeiter, die Frage der Infrastruktur, die Frage auch des Kultur- und Freizeitangebotes, der Ausbildung, Qualifikation. All das, was wir kennen. Das geht bis hin zur Vereinfachung von Verwaltungsabläufen, um das auch zu sagen. All das, was wir kennen. Nur frage ich mich, machen wir genügend dafür? Wissen wir eine Struktur anzubieten, die auch eine gewisse Sicherheit für die gibt, die ansiedeln? Ich habe immer mehr den Eindruck, daß wir zum Beispiel im Bereich öffentlicher Verkehr eine große Unsicherheit in manchen Regionen nach wie vor, immer wieder, fast jährlich erzeugen und damit etwaige Ansiedlungen vielleicht nicht in diese Regionen bringen. Machen wir wirklich genug für die Firmen, daß wir sagen, dieser Industriestandort ist bis zur Grenze hin ein gleichrangiger, ein gleich qualifizierter, bis hin zu einer vielleicht sogar "Vorteilsregion" in dem Sinne, daß man Faktorkombinationen über die Grenzen hinweg durchführen kann? Oder glauben wir, manche tun das offenbar, daß dies alles von den Marktkräften bewältigt werden wird. Ich glaube, daß es sinnvoll ist, diese Infrastruktur, diese ganze Bildungs- und Qualifikationsstruktur einfach dort anzusiedeln, wo sie hingehört, nämlich bei der öffentlichen Hand. Als Angebot an eine Wirtschaft, die diese nützen soll. Und da, glaube ich, wird einfach zu wenig und viel zu langsam reagiert. Das ist eine Einschätzung von mir, die ich immer wieder besonders im Grenzland feststellen muß.

Worin bestehen nun die Maßnahmen zur Förderung der Wirtschaft? Herr Landesrat Mag. Freibauer nennt immer Zahlen im Vorschlag des Landes, in der Gruppe 7, von bis zu 17 Milliarden Schilling. Es ist dann von ausgelöst und mitinitiierten Beträgen die Rede. Nun, wir wissen, daß man natürlich alles mit einem gewissen Faktor multiplizieren kann. Das wissen wir. Ich möchte darauf auch gar nicht eingehen, sondern exemplarisch einige andere Notwendigkeiten herauschälen. Nämlich die Regionalisierungsmittel des Landes Niederösterreich, die ein sehr, sehr wichtiger Baustein sind, um die Verkehrsprojekte, um den Nahverkehr auszubauen. Und weil das immer wieder diskutiert wird, ich möchte schon fast sagen, es ist ein "Ping-Pong-Spiel" zwischen Bund und Land, wobei man nie weiß, wer gerade den "Ping" oder den "Pong" hat. Dem ist wirklich nicht mehr länger

zuzuschauen. Ich glaube, im Interesse des Nahverkehrs, der Pendler und einer großen dynamischen Gewerbe- und Industrieregion müssen wir einfach dieses Problem anpacken und lösen. Es hat doch keinen Sinn, wenn wir ununterbrochen Ping-Pong spielen. Jetzt abgesehen davon, daß "Park-and-ride" jetzt endlich, ich glaube am Mittwoch, unterschrieben wird und wir damit einen Teilerfolg erreicht haben. Wir müssen diesen Nahverkehr einfach als Angebot schaffen und eine Infrastruktur bieten, durch die die Teilnahme an einem großen Arbeitsmarkt möglich ist. Und nicht eine Region anbieten, in der man mit riesigen Problemen ausgestattet ist. Wobei man hier - und ich möchte das fairerweise sagen - vielleicht auch manchmal vom Gesprächsklima her nicht ganz das richtig steuert. Es kann auf der anderen Seite auch nicht so sein, daß das Land Niederösterreich seine gesellschaftspolitischen Modelle ausgerechnet auf Kosten der Pendler austrägt und überlegt. Ich muß einmal sagen, ich will die Lösung des Nahverkehrsproblems und das möglichst rasch! Es ist übrigens auch eine Aufforderung des NÖ Landtages insgesamt gewesen, daß dieses Nahverkehrsproblem einmal vorrangig zu lösen ist. Wir sollen alles tun, daß dem auch nachgekommen wird.

Was nun die Etablierung der Fachhochschulen, die auch wesentlich dazu beiträgt, das möchte ich schon sagen, betrifft, so haben wir durchaus in Wr. Neustadt und Krems einen Anfang gesetzt und werden das in anderen Städten, die sich noch darum bemühen, auch fortsetzen. Ich glaube, daß auch das ein wichtiger regionalpolitischer Beitrag ist, höchstqualifizierte Abgänger dieser Fachhochschulen dann unmittelbar regionalwirtschaftlich einsetzen zu können. Das alles sind Mosaiksteine einer erfolgreichen Wirtschaftsstrategie, die damit, wie ich glaube, auch in Zukunft Niederösterreich in vorderer Position sehen werden.

Die Wohnbauförderung habe ich schon erwähnt, weiters die Umweltförderung mit dem Landes-Wasserwirtschaftsfonds und gemeinsam mit dem Bund. Hier werden Akzente gesetzt, die wirklich wichtig sind. Wobei natürlich auch wieder die Frage des Wasserrechts ansteht; sie wird ja auch mit einer entsprechenden Änderung mitsamt vielleicht den dazugehörigen Verordnungen versehen sein, um hier die Prioritäten klarer zu setzen. Aber das sind Details. Tatsache ist, das Volumen bewegt einiges und man soll das auch durchaus positiv erwähnen.

Genauso möchte ich positiv erwähnen die Aktivitäten des Waldviertel-, Weinviertel-, Most-

viertel- und Industrieviertelmanagements, weil ich glaube, daß damit auch Direktimpulse hineinkommen in eine Förderlandschaft, die vielleicht schon etwas zu unübersichtlich ist. Aber dadurch, daß man sich hier sehr konzentriert auf einzelne Projekte und damit doch eine Bündelung zustande kommt kommt man damit letztlich schneller zu einem Erfolg.

Was mir ganz besonders wichtig erscheint, ist diese Investitions- und Innovationsförderung des Landes als Ergänzung zur Bundesinnovationsförderung. Hier, glaube ich, sollte wirklich sehr, sehr viel getan werden, denn die NÖ Betriebe haben nach wie vor - und ich habe das schon gesagt - Defizite gerade auf diesem Gebiet. Es ist nicht immer eine Qualitätsfrage, sondern, wie stark ist man in der innovatorischen Potenz? Und das ist etwas, von dem ich glaube, daß das gehoben gehört. Wenn man sich also die Wirtschaftsförderung und die Strukturfondsmittel der Europäischen Union überlegt, dann meine ich, daß das wichtigste Ziel - und ich habe das schon gesagt - sein muß, die Erschließung neuer Beschäftigungschancen durch regionalpolitische Maßnahmen, die kombiniert mit der Europäischen Union sind. Und dazu gehört von den Klein- und Mittelbetrieben

über die regionale Förderung, über die Forschung und Entwicklung, Umweltschutz, Ausbildung und natürlich, zu dem bekenne ich mich auch, eine temporäre Sanierungspolitik. Weil damit eine Reihe von Arbeitsplätzen unmittelbar positiv beeinflusst werden kann. Und daher glaube ich, daß diese bestehenden Fördermittel des Bundes eben auf Landesebene mit dem EU-Beitritt schwerpunktmäßig aus den Mitteln des Strukturfonds ein Pendant erhalten sollen und wir den sehr effizienten Einsatz dieser Bundes- und Landesmittel jeweils überprüfen sollten. Das ist sehr wichtig, denn ich glaube tatsächlich, daß hier nicht immer die Effizienzkriterien der Förderung völlig durchkommen. Manchmal betrachtet man Förderungen eher etwas anders und nicht unter dem Blickwinkel der Effizienz.

Ich meine auch, daß wir auf Grund unserer geographischen und politischen Lage uns durchaus stärker zu diesen grenzüberschreitenden Projekten bekennen sollten und in Niederösterreich nicht nur Gmünd, sondern auch andere Regionen eine Chance bekommen sollten, eben durch diese Faktorkombination erfolgreich sein zu können. Ich habe bereits für den Nahverkehr plädiert. Und ich möchte auch meinen, daß der Ausbau von Bahnverbindungen über die Grenze hinaus eine ungemein wichtige ist. Ich glaube nämlich, daß es nicht sehr sinnvoll ist, so wie das in einigen Streckenabschnitten passiert, daß man bis zur Grenze eine relativ gute Eisenbahnlinie hat und dann über 30, 40 Kilometer keine. Und daß sozusagen dieses Schienennetz nicht durchgehend benützt werden kann. Und daher muß man auch überlegen, in welcher Form man grenzüberschreitend hier investieren kann durch Sonderformen. Nicht auf Landesebene, sondern auf Bundesebene, damit wir ein europäisches Netz bekommen, welches dann diesen Standortvorteil letztlich auch bringen soll. Wir haben auch andere Projekte, etwa die Sanierung der Grenzgewässer als wichtiges Anliegen anzupeilen, genauso - das wird ja dann in einem Resolutionsantrag untermauert - eine Untersuchung zum Beispiel des Projektes Donau-Oder-Elbe-Kanal. Denn es kann nicht sein, daß man so ex auctoritate erklärt, dieses Projekt soll man gar nicht anschauen, das ist nichts. Sondern ich glaube, daß sich hier ein Gesinnungswandel abzeichnet in der Form, daß jetzt ein gemeinsamer Resolutionsantrag von Präsident Ing. Eichinger und mir eingebracht werden wird.

Ich möchte auch noch eingehen auf die Frage, warum wir so großen Wert oder so große Aufmerksamkeit der Frage der Entwicklung in den Reformstaaten widmen müssen. Ich glaube, man-

che sehen das nur rein ökonomisch. Man muß das aber auch unter dem Blickwinkel der Sicherheitspolitik sehen, daß es uns nicht egal sein kann, wie diese Reformstaaten sich entwickeln, wie sie ihre Wirtschaft gestalten, wie sie letztlich den Anschluß an eine Wohlstandsgesellschaft finden. Weil ja sonst viele Ausflüsse an Unsicherheit auf uns zukommen, die wir dann nicht punktuell behandeln können, sondern wofür es eben der Vorlaufzeit bedarf, um diese Entwicklung gar nicht aufkommen zu lassen. Und dieser Friede, diese soziale Stabilität und die demokratischen Verhältnisse in diesen Ländern sind halt als Teil einer Sicherheitspolitik zu sehen und können eben nur dann gewährleistet sein, wenn sie auch an dem Wohlstandsgewinn Gesamteuropas partizipieren. Ich möchte meinen, daß wir hier durchaus viele positive Maßnahmen und Initiativen gesetzt haben, und daß daher gerade wir auch die sein müssen, die letztlich andere EU-Staaten motivieren, hier entsprechende Leistungen einzubringen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wurde auch die Agrarpolitik angezogen und gemeint, daß das im nächsten Jahr über das EU-Budget dann ohnehin geregelt wird. Ich glaube, daß wir den Beitritt zur Europäischen Union sicher dazu benützen können, agrarpolitisch neue Akzente zu setzen. Aber notwendig ist es auch, daß die Marktchancen für landwirtschaftliche Produkte neu definiert werden müssen. Und daß gerade die österreichische Schiene, nämlich umwelterhaltende und umweltverbessernde Maßnahmen auch in einer entsprechenden Form abgegolten zu bekommen, weiterverfolgt werden muß. Und ich meine auch, daß wir uns daher sehr klar bekennen zu dieser Kofinanzierung aus der Struktur der Europäischen Union, weil ich damit die Hoffnung verbinde, daß wir in der Agrarpolitik, einerseits diese Mengenförderung abbauend auf eine Qualitätsförderung und letztlich zu einer Gesamtförderung vom Ausmaß eines entsprechenden gesellschaftspolitischen Vertrages kommen werden.

Was die Bildungs- und Sozialpolitik betrifft, meine sehr geehrten Damen und Herren, wurde schon sehr klar herausgestrichen, daß wir in einer dynamischen, offenen Gesellschaft natürlich die Ausbildung an der vordersten Stelle zu sehen haben. Aber daß wir auch etwas noch weiter fördern müssen: Nämlich einen Pioniergeist und, ich sage das offen, auch Freude am Erfolg. Weil in Österreich manchenmal die Mentalität herrscht, zwar mit großer Anstrengung etwas zu erreichen, aber kaum ist es erreicht, freut sich keiner mehr darüber. Wir müssen, meine sehr geehrten

Damen und Herren, die Freude am Erfolg wieder lernen! Das bietet ja auch eine ungemeine Motivation für die nächste Handlung selbst. Und daher meine ich, daß man das auch wieder einmal ins Bewußtsein zurückrufen soll. Damit wird Kreativität und letztlich auch ein Mehr an Eigeninitiative und Eigenverantwortung in die Gesellschaft eingebracht werden.

Was nun die Schulbildung betrifft, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist ja die lebenslange Lernbereitschaft schon eine Binsenweisheit. Schwieriger wird es schon, wenn es konkret wird, wenn man dann wirklich lernen muß. Also ich sage das einmal sehr deutlich. Denn ich will jetzt keine Umfrage im Rahmen der Abgeordneten hier durchführen, wann jemand sein letztes Seminar besucht hat oder wann sein letztes Buch gelesen hat. Das will ich nicht. Manche haben vielleicht gerade gestern eines gelesen, aber die meisten waren unterwegs. Ich verstehe das, aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, das kann nicht nur eine Empfehlung an andere sein. Es muß schon eine insgesamte Aufbruchstimmung und damit ein Heranführen bedeuten. Und ich sage das deshalb, weil natürlich auch zum Beispiel in manchen Strukturen der Wirtschaft man sich zwar grundsätzlich dazu bekennt, aber wenn die Umschulung dann angeordnet wird, man schon sehr viel Widerstand verspürt. Man muß das einfach als einen selbstverständlichen Prozeß der Nachrüstung oder vielleicht überhaupt einer Neu-Ausbildung anschauen. Und wenn wir das tun, kann eigentlich auch eine Arbeitsmarktpolitik besser greifen und auch auf mehr Erfolg aufbauen.

Zum sozialen Bereich: Die sozialen Standards in Österreich sind ja solche, die unbestritten in der Welt als erstes zu nennen sind. Wenn man Österreich mit Kultur verbindet, verbindet man es auch mit Stabilität und sozialen Standards, die weit über das Übliche hinausgehen. Wie selbstverständlich zum Beispiel soziale Standards geworden sind, zeigen etwa auch, das sei offen ausgesprochen, die Ausführungen von Mag. Freibauer, unserem Landesrat, der zum Sozialbereich sehr deutlich und stolz darauf hingewiesen hat, daß hier deutliche Akzente gesetzt wurden. Das war nicht immer so. Da gab es manchenmal große Widerstände. Heute können wir feststellen, daß dieses sozialdemokratische Gedankengut sozusagen, gleich in welcher Partei jemand steht, letztlich aufgenommen wurde und letztlich ein Landesrat dieses sozialdemokratische Gedankengut umsetzt: Von dort ist ja dieser soziale Ansatz gekommen. Ich möchte das nicht für uns allein beanspruchen, es gab auch eine christlich-soziale Arbeiterbewegung

und alles das. Aber im Grunde ist es eine Frage der Durchsetzung gewesen. (*LR Mag. Freibauer: Herr Klubobmann! Du wirst aber doch wissen, wo ich hingehöre!*)

Bei dem Kapitel habe ich das schon fast nicht gewußt, muß ich Dir schon sagen, Herr Landesrat! Es hätte das auch ein anderer sagen können, nämlich ein Sozialdemokrat, muß ich ganz offen - Dir als Kompliment gemeint - sagen, weil Du hier deutliche Akzente gesetzt hast. Ich will Dich nicht in Schwierigkeiten in Deiner Partei bringen, absolut nicht. (*Beifall und Heiterkeit im Hohen Hause.*)

Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist so, daß ich sehr froh darüber bin und es als angenehm und positiv registriert habe, daß viel von dem, was wir einmal als kontroversiell angesehen haben, heute zur Selbstverständlichkeit geworden ist. Und das ist auch gut so. Damit komme ich zu dem "Familienpaket", bei dem noch immer so getan wird als würden wir, also die eine Seite der Koalition, auch der großen Koalition auf Bundesebene, die sein, die der Familie etwas nehmen wollen. Da gibt es dieses ganz eigenartige Zusammenspiel von Medien und Aussagen. Manchmal muß ich mich fragen, wann wurde eine Aussage getroffen und wann wurde die bereits gedruckt. Zum Beispiel an dem Tag, als um 3.00 Uhr früh oder halb vier Uhr früh die Einigung über dieses Paket erfolgte auf Seiten der Bundesregierung, hat man - und ich bekomme den "Kurier" bereits um halb fünf Uhr früh zugestellt - hat man bereits gewußt vom Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll, daß er und seine ÖVP gegen dieses Paket ist. Die Frage ist, ich kann ja nicht um 3.00 Uhr abschließen und die Zeitung schreibt parallel dazu. Dazwischen liegen, zum Beispiel bei Ziersdorf, 60 Kilometer. Und die Meldungen sind schon gedruckt gewesen. Das heißt also, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich sage das einmal klar: Wir sind genauso für Familienpolitik und fühlen uns genauso verantwortlich, wenn nicht ein bißchen mehr! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Und daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist dieses Zusammenspiel für mich schon eigenartig. Und dann steht noch in der Zeitschrift "News", Dr. Pröll gibt jetzt den Auftrag an Staatssekretär Ditz, zu exekutieren gegenüber dem Finanzminister Lacina. Ich weiß nicht, was er da exekutieren will, das Regierungsübereinkommen, oder etwas anderes? Wie immer das ist, den Auftrag des Dr. Pröll oder das Regierungsübereinkommen. Um das klarzustellen: Wir sind als Sozialdemokraten jene gewesen, die gerade in der Familienpolitik seit den siebziger Jahren Schritt für Schritt Leistungen gesetzt haben, die herzeigbar sind und die unbestritten sind. Nun kann man natürlich von Zeit zu Zeit durchaus Korrekturen vor-

nehmen. In allem, was Menschenwerk ist, ist es notwendig, daß man hin und wieder Korrekturen vornimmt. Aber vom Grundsätzlichen her ist es eine Politik gewesen, die aufgebaut hat - einerseits Direkthilfen der Familie, andererseits aber auch, durch Einrichtungen den Familien jenes Umfeld zu ermöglichen oder aufzubauen, damit sie ihre Möglichkeiten dann entsprechend nützen können. Da gehören die Kindergarteneinrichtungen dazu bis hin zur Tagesmutter und was immer finanziert wird. Das heißt, man kann nicht nur diese Einseitigkeit der Direktförderung immer sehen. Sondern man muß auch sehen, was die Gesellschaft insgesamt für die Familie tut. Und das beginnt halt, wenn man es ganz kraß nimmt, bei der Beschäftigungspolitik, bis hin zur Wohnbaupolitik und bis zu den Einrichtungen, die eine Familie braucht, um sich entsprechend an der Gesellschaft auch beteiligen zu können und diese Chancen nützen zu können, die die Gesellschaft bietet und letztlich als Option anbieten soll.

Daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, würde ich meinen - ich weiß schon, daß man hier politisch versucht, gewisses Kapital zu schlagen - aber die Familienpolitik ist etwas Gemeinsames. Ich würde sogar sagen, daß wir durchaus eine Gesprächsbereitschaft haben, wenngleich durchaus Positionen bezogen werden innerhalb einer Gruppierung. Familienpolitik darf nicht in Dogmen erstarren. Das ist es manchmal. Doch Familienpolitik ist eine familienbezogene Angelegenheit, die man aus dem zeitlichen Umfeld heraus und den Bedürfnissen definieren soll. Und man soll entsprechende Angebote den Familien geben. Denn eines steht fest: Wir brauchen diese positive Einstellung der Gesellschaft zu der Familie, weil ja daraus letztlich die Sicherheit für alle Generationen resultiert. Und daher sind wir hier durchaus offen. Ich gehöre zumindestens zu jenen, muß ich sagen, wenn ich meine Position definiere, ich bin Sechstgeborener sozusagen in meiner Familie, also ich habe mit Mehrkinderfamilien durchaus zu tun gehabt. Und daher ist es für mich durchaus eine vertretenswerte Position: Worum es aber geht ist, daß man das andere, das gerade für mehrköpfige Familien auch notwendig ist, nicht vergißt. Es kann kein Entweder-Oder sein oder so in dieser Form, sondern es kann nur sein, daß man sich sehr wohl bewußt wird, daß man diese Infrastruktur, die als Ganzes den Familien angeboten wird, ebenfalls entsprechend mit zu bewerten hat. Und nicht nur das billige Kleingeld, etwa daß ich sage, das gebe ich ihnen und das andere baue ich damit ab. Das darf es nicht sein. Und daher sollte man diese Familienpolitik nicht jetzt so für sich reklamieren.

Denn ich behaupte, daß ich zur Familienpolitik mindestens den gleichen Bezug habe wie zugegebenermaßen viele von Euch auch, aber eine Position beziehe, die durchaus eine sehr pragmatische ist. Weil ich das auch unter Beweis gestellt habe bei der Familienförderung, wo wir gesagt haben, drei Modelle zum Beispiel in Niederösterreich. Wo ich sage, Einrichtungen dort, wo es notwendig und sinnvoll ist, Tagesmutter dort, oder Aufbau eines dritten Karenzjahres. Also dort, wo aus regionalen Gegebenheiten heraus diese die bessere Lösung ist. Auch da haben wir letztlich gezeigt, daß wir sehr, sehr familienbezogen agieren und nicht aus einer Dogmatik heraus letztlich Positionen aufrecht erhalten.

Ich möchte vielleicht in dem Zusammenhang, meine sehr geehrten Damen und Herren, auf etwas hinweisen. Wir brauchen - und weil es gerade da jetzt dazupasst - wir brauchen, so nenne ich das einmal, eine Kultur der politischen Begründbarkeit. Und meine damit, daß wir nach außen und in Bezug auf die Bevölkerung Niederösterreichs und die Öffentlichkeit eben nach neuen Entscheidungsgremien und Institutionen entsprechend die Abläufe zu organisieren haben. Diese "Kultur der Begründbarkeit" nenne ich das, das ist etwas, was vielleicht eine Qualität auch der politischen Diskussion sein soll. Aber diese Kultur der Begründbarkeit setzt eine Transparenz im Kommunikationsbereich voraus. Und daher glaube ich, daß es wichtig ist, diese politischen Themen auch wirklich mit der Bevölkerung zu diskutieren und dann untermauert und ausgestattet in diesem Dialogsystem eben entsprechende zielorientierte Lösungen anbieten zu können. In Zeiten, meine sehr geehrten Damen und Herren, eines gebremsten Wachstumspfad - das ist ganz unbestritten - und einer notwendigen Budgetkonsolidierung ist es auch notwendig, mehr persönliches Engagement, mehr Vorbildfunktion, Glaubwürdigkeit und auch einer politischen Argumentation das Wort zu reden. Das einmal zu sagen ist mir sehr wichtig. Denn nur dann werden auch manche unpopuläre Maßnahmen letztlich erfolgreich durchgetragen werden können, wenn man diese Glaubwürdigkeit und diese Begründbarkeit letztlich besitzt.

Und nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, schon zum Schluß kommend, zum Ausblick für unser Bundesland. Ich stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union uns große Chancen gegeben hat. Daß wir durch die Nähe zu den Reformländern im Osten Niederösterreichs auch für internationale Unternehmen zunehmend als

Standort interessant sein werden und Niederösterreich daher in der Erfüllung dieser Drehscheibenfunktion eine wichtige und auch große Aufgabe wahrzunehmen hat. Dazu sind aber, und ich sagte das bereits, weitsichtige Maßnahmen in den Bereichen Wirtschaft, Regionalpolitik, Ausbildung, Verkehrspolitik, Energiepolitik, Landwirtschaft und Sozialpolitik notwendig.

Wir brauchen, meine sehr geehrten Damen und Herren, Visionen, Pionier- und Teamgeist, um diese Zukunft gemeinsam zu gestalten. Der Vorschlag des Landes Niederösterreich, so sehe ich das und meine Fraktion, hat dafür eine gewisse Grundlage geliefert. (*Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Hohes Haus! Bezüglich der Anfrage an Frau Landesrat Votruba im Wirtschafts- und Finanz-Ausschuß darf ich mitteilen, daß die Frau Landesrat diese Anfrage heute Vormittag beantwortet hat. Es wird diese Anfrage zur Zeit vervielfältigt und wird dann zugestellt. Ich bitte um Kenntnisnahme. Als nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Böhm.

Abg. BÖHM (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren des Hohen Hauses!

In seiner heutigen Budgetrede hat Landesfinanzreferent Mag. Freibauer das Budget bzw. den Budgetentwurf, noch ist es ja ein Entwurf, für das Jahr 1995 unter das Motto "Partnerschaft ist unser Weg" gestellt. Eine Frage, die vielleicht jetzt aufkommt, wird wohl sein, wie kann eine Gebietskörperschaft, ein im Grund genommen oft als groß und - in den Medien lesen wir das oft genug - auch als anonym empfundener Apparat eigentlich Partner sein. Oder anders gesagt, was soll hinter diesen nüchternen Zahlen eines öffentlichen Haushaltsvoranschlags eigentlich zum Ausdruck kommen in Richtung dieses Mottos. Dazu gibt uns vielleicht gerade die jüngste für uns nicht sehr angenehme politische Entwicklung die Antwort. Die sooft erlebte Entfernung der Menschen von der Politik und vielleicht auch umgekehrt die Entfernung der Politik von den Menschen gibt uns sicherlich, jedem von uns in diesem Hohen Haus immer wieder Anlaß zum Nachdenken.

Wenn ich mir so die letzten Ereignisse in unserer Republik vor Augen führe, das Ergebnis der Nationalratswahl vom 9. Oktober 1994, wo vielleicht auch etwas Schadenfreude bei den kleineren Fraktionen mitgeklungen ist. Diese ist

vielleicht menschlich sogar verständlich, ob sie freilich begründet ist, mag eine andere Frage sein. Nämlich aus folgender Überlegung, meine Damen und Herren: Die Last der Kritik wird immer jene, die Verantwortung tragen stärker treffen als diejenigen, die sich darauf beschränken, populistische Forderungen aufzustellen. Und ob diese Forderungen dann tatsächlich realisierbar sind, wird ja bekanntlich in den seltensten Fällen auch hinterfragt. Wir als Österreichische Volkspartei werden uns dieser Verantwortung nicht entziehen. Auch dieser Landesvoranschlag für 1995 soll ein Zeichen des besonders großen Bemühens sein, daß wir die Anliegen der Menschen in unserem Land auch ernst nehmen.

Wie die vorhin angesprochene anonyme Gebietskörperschaft zu einem glaubwürdigen Partner werden kann, läßt sich anhand zahlreicher Beispiele belegen. Es kann - und ich möchte sogar sagen, es darf - nicht Inhalt einer partnerschaftlichen Politik sein, sich in die ureigendsten Angelegenheiten der Menschen direkt einzumischen. Damit bin ich gleich bei jenem Thema, das vor mir Klubobmann Dr. Bauer ziemlich ausführlich behandelt hat, nämlich die Familie. Die Unantastbarkeit des Familienlebens und damit auch jener Formen, in denen moderne Menschen dieses Familienleben gestalten, meine Damen und Herren, in der sie es ausüben, muß von uns einfach akzeptiert werden. Und da sollte man - und ich wiederhole das jetzt ganz bewußt, was Dr. Bauer vor mir gemeint hat - sich nicht in Dogmen ergehen, sondern vielmehr jene Überlegungen anstellen, die dazu angetan sind, den Familien wo immer es nur geht, auch tatsächlich zu helfen und sie zu unterstützen. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. Auer.)*

Gleiches gilt natürlich auch aus der Sicht der Partnerschaft, und auch das ist ja in letzter Zeit sehr oft Diskussion im NÖ Landtag gestanden für eine weitere Institution in unserem Gemeinwesen, nämlich für die Gemeinden. Meine Damen und Herren! Die im vorigen Jahrhundert erkämpfte Autonomie der Gemeinden, die auch in dem Staatsgrundsatz von der freien Gemeinde im freien Staat zum Ausdruck kommt, darf ebenfalls in keiner Weise in Frage gestellt werden. Und ich meine, oberstes Ziel auch einer Budgetpolitik, die sich als partnerschaftlich versteht, wie heute schon sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, ist es auch, diese tragenden Organisationen unseres Gemeinwesens, wie dies in erster Linie die Familien, aber auch die Gemeinden sind, in ihrer Existenz und in ihrer Selbständigkeit zu schützen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gerade das Land Niederösterreich hat immer dort, wo andere zuständige Gebietskörperschaften, und das geht in der Frage der Familie besonders in Richtung Bund, säumig gewesen sind, für die Existenz dieser so wichtigen Eckpfeiler unseres Staates gesorgt. Es wurde heute schon mehrmals zitiert, wir haben am 30. Juni einstimmig in diesem Hohen Haus einen auch für unsere Familien sehr wesentlichen Beschluß gefaßt. Niederösterreich kann sich daher ohne geringste Übertreibung als beispielhaft für eine familienunterstützende und die Werte der Familien hochhaltende Politik bezeichnen. *(Abg. Dr. Bauer: Herr Kollege! Ich sehe das nicht als Säumigkeit des Bundes, sondern als Ergänzung des Landes!)*

Ja, aber eine sehr notwendige Ergänzung, obwohl die Kompetenz der Familienpolitik nicht bei den Ländern liegt, Herr Klubobmann.

Niederösterreich ist eben, ich möchte es einmal so bezeichnen, ein Familienland. Die Familie ist für den Fortbestand unserer Gesellschaft, meine Damen und Herren, einfach von zentraler Bedeutung. Dazu bekennen wir uns als Österreichische Volkspartei.

Der erste Schritt aus dem Paket des 30. Juni dieses Jahres, das hat Landesrat Mag. Freibauer heute schon gesagt, ist die Erhöhung der Familienhilfe ab dem kommenden 1. Jänner auf 3.500,- Schilling, die schrittweise weitere Anhebung bis zum Jahr 2000, der Ausbau des Tagesmutterangebotes zur Bedarfsdeckung, insbesondere in Zielrichtung der Betreuung der Zwei- bis Dreijährigen. All dies sind Maßnahmen, die, glaube ich, wichtig und notwendig sind, damit wir diesem Grundsatz, wir sind ein Familienland in Niederösterreich, auch noch weiter entsprechen können. Das Jahr 1994, das bekanntlich unter dem Motto, "Jahr der Familie" stand, ist auch tatsächlich ernst genommen worden.

Vielleicht ein paar grundsätzliche Bemerkungen zu diesem Thema. Ich stelle fest, daß trotz mancher Tendenzen, andere Formen des Zusammenlebens mit der Familie auf eine gleiche Ebene zu stellen oder sogar manchmal der Bemühungen, diese Lebensformen über die Familie zu stellen, für uns ist und bleibt auch in Zukunft die Familie die natürlichste Form des menschlichen Zusammenlebens. Sie verkörpert jene Werte, die unserem Gemeinwesen seine menschliche und seine kulturelle Identität vermittelt und ist besser als jede andere Institution geeignet, den elemen-

tarsten Bedürfnissen der Menschen in jedem Lebensalter gerecht zu werden. Daher müssen wir den Familien mehr helfen. Daher müssen wir der Familienpolitik eine zentrale Funktion in der Gesamtpolitik in Niederösterreich einräumen. Ich glaube, das ist für die Zukunft unseres Landes, für unsere nächsten Generationen von wesentlicher Bedeutung. Dieses Ziel können wir aber nur dann erreichen, dieser Verantwortung gegenüber der Familie können wir nur dann gerecht werden, wenn wir sie nicht als ein zu betreuendes Objekt oder einen Klienten der Politik betrachten. Notwendig ist vielmehr, meine Damen und Herren, geeignete Rahmenbedingungen gesellschaftlicher, sozialer, wirtschaftlicher Natur zu schaffen, die es den Menschen ermöglichen, die eigentliche Erfüllung ihres Lebens im Bereich einer gesicherten Familie zu finden.

In diesem Zusammenhang möchte ich gleich auch auf das derzeit im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion stehende Sparpaket des Bundes eingehen. Es ist mir vollkommen klar, daß gespart werden muß. Es ist aber moralisch nicht vertretbar, wenn der Versuch unternommen wird, dort zu sparen, wo es die Schwächsten trifft. Das kann doch nicht Ziel einer Politik sein. Gerade die Familie als Keimzelle unseres Staates muß geschützt und gestützt werden. Und wir dürfen einfach - und ich rufe Sie auf, hier mitzuhelfen - wir dürfen einfach nicht zulassen, daß zahlreiche Familien in den wirtschaftlichen Ruin getrieben werden. Daß sie weit unter Armutsgrenze bereits sich befinden! Eine geplante Abschaffung der Mehrkinderstaffelung kann von uns aus diesen Überlegungen keinesfalls unterstützt werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich glaube daher, daß es hier auf Bundesebene noch zu wirklich wichtigen und ernsthaften Verhandlungen kommen wird müssen. Was wir in Niederösterreich für die Familie erreicht haben und noch erreichen wollen, meine Damen und Herren, scheint mir durchaus auch seitens des Bundes möglich zu sein. Mir bleibt aber nur die Möglichkeit, heute von dieser Stelle aus eine Einladung an den Bund und an alle Bundesländer auszusprechen, sich an Niederösterreich und an der NÖ Familienpolitik ein Beispiel zu nehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Land Niederösterreich versteht sich aber nicht nur als Partner der Familien, sondern - ich habe das vorhin schon ganz kurz erwähnt - auch als Partner der NÖ Gemeinden. Daß vor allem die Österreichische Volkspartei Partner der Gemeinden ist, haben Landeshauptmann Dr. Pröll und Landesrat Mag. Freibauer mit ihrer Verhandlungsbereitschaft

in den letzten Monaten deutlich unter Beweis gestellt. Ein Antrag zur sofortigen Abschaffung der Landesumlage hätte vor allem für unsere finanzschwächeren Gemeinden nicht sehr angenehme Auswirkungen gehabt. Ich glaube sagen zu können, daß dieses Verhandlungsergebnis, das zweifellos ein Kompromiß war, aber ein guter Kompromiß, eine bessere Verteilung der Finanzmittel unter besonderer Berücksichtigung der finanzschwächeren Gemeinden zum Inhalt hat. Und durch die nun fixierte etappenweise Abschaffung der Landesumlage werden alle NÖ Gemeinden bis zum Jahr 1997 zusätzliche Einnahmen erhalten. Und das ist wichtig und in dieser Form auch notwendig. Ich möchte nicht noch einmal jenen Satz aus dem ursprünglichen Antrag, der zu solchen Konsequenzen für eine Vielzahl von Gemeinden geführt hätte, zitieren, da sich ja mittlerweile alle im Landtag vertretenen Fraktionen darüber ihr Bild gemacht haben. Als wichtig erachte ich es - und soviel noch zu diesem Thema bemerkt - festzustellen, daß die Gewinner dieser Lösung jene Gemeinden sind, in denen zu einem nicht geringen Teil bisher infolge der geringeren Finanzkraft auch für die Gemeindebürger im Vergleich zu anderen Gemeinden leider weniger geleistet werden konnte. Ich glaube daher sagen zu können, daß wir mit diesem nun vorliegenden Ergebnis durchaus zufrieden sein können und daß damit auch dem Anspruch, als Partner und Anwalt der Gemeinden zu fungieren, voll entsprochen wird.

Meine Damen und Herren! Als Zeugnis für eine echte Partnerschaft können wir auch die von uns seit längerem geforderte und nunmehr auch im Koalitionsabkommen festgeschriebene Änderung des Wasserrechtsgesetzes bezeichnen. Das Wasserrechtsgesetz muß gemeindefreundlicher und vor allem auch finanzierbar sein, das scheint mir wesentlich. Viel zu strenge Grenzwerte - und es ist ja hier eine Entwicklung in Richtung auf Richtwerte vorgesehen - Grenzwerte, die bei logischer Überlegung nicht erfüllbar sind und sein können, dürfen nicht dazu führen, daß unsere Bürgermeister kriminalisiert werden, daß es hier Probleme gibt. Für unseren Landeshauptmann war es daher als Vertreter Niederösterreichs besonders wichtig, daß eine Absichtserklärung zur Änderung des Wasserrechtsgesetzes nunmehr auch im Koalitionsabkommen seitens des Bundes fixiert ist.

Meine Damen und Herren! Partnerschaft muß vor allem auch mit unseren Bürgern geübt werden. Und ich denke dabei, das ist heute ebenfalls von meinem Vorredner schon angesprochen worden, an das Problem des

Personennahverkehrs. Unsere Straßen drohen mehr und mehr im Verkehrschaos zu ersticken. Wir wissen aus Zeitungsmeldungen, manche von uns tagtäglich aus eigener Erfahrung, daß die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher, ganz besonders im Umland von Wien, manchmal sogar in einer "Verkehrshölle", ich möchte es einmal so bezeichnen, sich befinden. Und es wird unsere Aufgabe sein müssen, ich sage das deutlich als Postulat, daß wir gerade in dieser Frage uns stärker noch engagieren und versuchen, hier diese Partnerschaft mit dem Bund enger zu schließen. Im Sinne der Landesbürger. Im Sinne aller jener, die daraus bisher zum Teil Nachteile in Kauf nehmen mußten.

Mit der bevorstehenden Unterzeichnung dieses Übereinkommens - und das soll ja in den nächsten Tagen geschehen - bezüglich der Park-and-ride-Anlagen zwischen dem Landeshauptmann und dem Verkehrsminister ist, glaube ich, ein weiterer wichtiger Punkt in diese Richtung gesetzt worden. Und ich hoffe, ich hoffe sehr - und das darf ich von dieser Stelle aus sagen - daß nicht wieder eine Diskussion von einem anderen Bundesland, konkret von Wien, begonnen wird über die Platzierung dieser Park-and-ride-Anlagen. Daß dies wieder ein Anlaß ist, daß dieses so wichtige Thema im Sinne unserer Landesbürger auf die längere Bank geschoben wird. Ich hoffe sehr, daß man hier sehr bald zu einem Ergebnis kommt. *(Abg. Dr. Bauer: Auch das Land und die Gemeinden müssen zu einem Ergebnis kommen! - Abg. Präs. Haufek: Auch das ist Partnerschaft!)*

Natürlich auch. Auch das ist Partnerschaft, Herr Präsident, selbstverständlich. Aber zuerst muß einmal über die Finanzierung dieser wichtigen Frage ein Abkommen geschlossen werden. Das gilt auch für die Bahnlinien, das gilt auch für den Nahverkehr. Weil ich glaube, daß auch der Nahverkehr, der öffentliche Nahverkehr ein wesentlicher Bestandteil der Lebensqualität in Niederösterreich in Zukunft sein muß. Wir bemühen uns zwar auf der einen Seite immer wieder mit dem doch zum allgemeinen Inhalt bereits gewordenen Trend, den öffentlichen Verkehr attraktiver zu gestalten, auszubauen, hier Fortschritte zu erzielen. Ich glaube aber, daß es damit allein nicht die Bewandnis hat, sondern daß sicher auch in andere Richtungen Initiativen gesetzt werden müssen. Und für einen klaglos funktionierenden Nahverkehr ist eben auch der Ausbau des Individualverkehrsnetzes ein wichtiger und ein wesentlicher Faktor. Und das gilt vor allem im Umland von Wien. Hier geht es darum, den raschen Ausbau auch der B 301 im Süden von Wien voranzutreiben, nur um ein

Beispiel zu sagen, das von vielen NÖ Landesbürgern heute sehr, sehr deutlich verlangt wird.

Hoher Landtag! Daß diese von uns durchaus praktizierte Partnerschaft nicht immer auf Gegenseitigkeit beruht, möchte ich anlässlich der Debatte über das Budget 1995 auch einmal deutlich sagen. Partnerschaft sollte von allen politischen Ebenen gleichmäßig ausgehen. Und so brauchen eben, wie gesagt, die Familien und Gemeinden das Land als Partner, aber auch das Land braucht Partner. Und einer der wichtigsten Partner für ein Bundesland ist wohl die nächsthöhere Ebene, nämlich der Bund. Ich muß an dieser Stelle und vor diesem Hohen Haus den Schluß ziehen, daß es mit der Partnerschaft seitens des Bundes in der letzten Zeit nicht immer funktioniert hat und nicht immer eigentlich uns das entgegengebracht wurde, was wir als Gebietskörperschaft auch erwarten konnten. Ein Beweis dafür ist, ich führe nur ein Beispiel an, die Absage des Bundes an die von uns bereits beschlossene Einführung der "Mastensteuer". Das Nein seitens des Bundes zu ebendieser Steuer war zugleich - und das möchte ich deutlich sagen - ein lautes Nein zu mehr Föderalismus, zu mehr Eigenverantwortung in den Ländern. Es war ein Nein zum Umweltschutz! Und es war auch ein Nein zu einer, wie ich meine, von uns als Landtag ehrlich praktizierten Partnerschaft. Einerseits setzt der Bund die Länder, wenn es um die Finanzierung wichtiger Projekte geht, auf eine immer länger werdende Warteliste, andererseits aber wird uns die Möglichkeit genommen, eigene und noch dazu projektbezogene Abgaben und Steuern zu schaffen. Und diese 300 Millionen Schilling, die dafür vorgesehen waren, hätten sicherlich der Umwelt und dem Umweltschutz in Niederösterreich sehr, sehr gut getan. Und das ist keine Kleinigkeit. Es gibt da ein altes Sprichwort, "Haben oder nicht haben, ist bekanntlich immer das Doppelte".

Wie Landesrat Mag. Freibauer eingangs betont hat in der heutigen Budgetrede, soll es im nächsten Jahr zu keinem Nachtragsbudget kommen. Zusätzliche Ausgaben, meine Damen und Herren, sollen durch Umschichtungen finanziert werden. Und außerdem ist der uns nunmehr vorliegende Haushalt noch kein vollständiger. Es wurde heute mehrmals schon ausgeführt, daß die EU-Beitrittskosten, die Beiträge für den EU-Beitritt noch fehlen. Wir müssen also daher im Rahmen dieses Budgetentwurfes auch eine gewisse Lücke zur Kenntnis nehmen. Bedenkt man alle diese Umstände und auch die Tatsache, daß unsere Ausgaben im Gegensatz zu den Einnahmen

immer mehr steigen werden, so muß uns eines klar sein: Auch wir in Niederösterreich müssen sparen, meine Damen und Herren! Ich möchte diese Feststellung in einem Satz noch etwas mehr verdeutlichen. Wenn wir wollen, daß der Schuldenstand künftighin nicht überproportional steigt, dann dürfen wir uns, meine Damen und Herren, in Zukunft nicht mehr leisten, als wir uns tatsächlich auch leisten können. Das sollte eigentlich die Richtschnur auch für die Zukunft sein.

Wir wollen aber diesen Satz nicht leer im Raum stehen lassen. Sparsamkeit im öffentlichen Haushalt kommt nicht darum herum, auch den Privaten, den Bürgern, den Landesbürgern, einzelnen Berufsgruppen Opfer aufzuerlegen. Die Opfer werden allerdings nur dann von der Bevölkerung zur Kenntnis genommen und sind nur dann glaubwürdig und zumutbar, wenn auch die öffentliche Hand bei der Sparsamkeit mit gutem Beispiel vorangeht. Ich möchte an dieser Stelle offen und ehrlich sagen, daß wir, nämlich Landtag und Landesregierung, uns selbst dabei in den Spiegel schauen müssen. Eigentlich täglich in den Spiegel blicken müssen. Wir können nur dann auch glaubwürdig sein, wenn wir in erster Linie bei uns selbst damit auch beginnen. Und so meine ich, daß ein verantwortungsbewußter und seine Budgethoheit ernsthaft ausübender Landtag unmöglich einerseits Sparmaßnahmen der Regierung durch seine Budgetbeschlüsse unterstützen kann, aber auf der anderen Seite aus politischen Gründen vielleicht sogar manchmal aus einer gewissen Profilierungssucht heraus immer wieder neue Forderungen stellen kann und soll, ohne daß die Finanzierung solcher Forderungen auch gleichzeitig beantwortet wird. Wir sollten zu allererst in unserem unmittelbaren Bereich selbst beginnen und nach Einsparungsmöglichkeiten suchen. Lassen Sie mich nur eine Frage in diesem Zusammenhang stellen. Vielleicht ein kleiner Beitrag künftighin, weil das heute auch schon angesprochen wurde, über die Budgetdebatte und deren Ablauf nachzudenken. Es ist uns bekannt, daß im Laufe eines Kalenderjahres, im Laufe eines Arbeitsjahres eine Fülle von Berichten der Mitglieder der Landesregierung dem Landtag vorgelegt werden. Diese Berichte müssen erstellt werden, diese Berichte müssen zusammengetragen werden. Hier gibt es eine Fülle von Vorbereitungsarbeit. Vielleicht wäre es sinnvoll, wenn wir daran denken, daß wir die Regierung ersuchen und auffordern, diese Berichte künftighin zusammengefaßt zu geben. Sie würden leichter erstellt werden, rascher erstellt werden können und auch im Landtag nicht soviel Zeit in Anspruch nehmen. Zeit die, vielleicht anderswo sinnvoller und auch

produktiver verwendet werden könnte. Ich könnte mir beispielsweise vorstellen, daß die Berichte der Landesregierung, aller Regierungsmitglieder zu den einzelnen Ressorts einmal oder zweimal im Jahr zusammengefaßt dem Landtag vorgelegt werden und auch zusammengefaßt im Landtag selbst diskutiert werden. Das wäre, glaube ich, ein kleiner Beitrag, wo wir selbst einmal auch damit beginnen könnten. Ich weiß schon, daß das eine Idee ist und diese Idee wahrscheinlich beliebig fortgesetzt werden könnte. Jeder von uns weiß, daß es da und dort einfach zu ständigen Auswüchsen gekommen ist, die auch die Verwaltung immer mehr in Anspruch nehmen. Die Verwaltung, die ja selbst nicht bestimmen kann oder nur zum Teil bestimmen kann, wo ihre Tätigkeit liegt und die dann letztlich auch immer wieder kritisiert wird, weil sie viel Geld kostet.

Um aber wieder zum Budget zurückzukommen: Meine Damen und Herren! Wir als Volkspartei wollen bei der Budgetdebatte mit gutem Beispiel vorangehen und eine Resolution einbringen, die mit der Sparsamkeit und mit der Vorsorge für einen verantwortungsvollen Einsatz der Steuermittel auch in den nächsten Jahren sich befaßt. Im Hinblick auf die bereits erwähnten Grundsätze des Budgets 1995, nämlich, keine Ausweitung des Budgets vornehmen zu müssen, würde es einem verantwortungsvollen Vorgehen aller Fraktionen dieses Landtages entsprechen, künftig auch bei Initiativ- oder Resolutionsanträgen immer Vorschläge zu machen, wie die finanzielle Bedeckung aussieht und wo letztlich die damit verbundenen Aufwendungen herkommen sollen. Das ist nicht nur eine Unterstützung und eine Hilfestellung für den Finanzreferenten, sondern das ist, glaube ich, auch in jene Richtung gesprochen, gedacht und gehandelt, die wir - ich nehme das an - gemeinsam auch in den nächsten Jahren bei schwieriger werdenden Budgetsituationen gehen wollen.

Und daher möchte ich folgenden Antrag im Rahmen dieser Generaldebatte zum Budget 1995 einbringen (*liest*):

#### "Resolutionsantrag

der Abgeordneten Böhm und Gratzler zur Vorlage der Landesregierung betreffend Vorschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1995, Ltg. 218/V-2, betreffend Budgetentwicklung.

Das Budget 1995 ist mit dem Ziel erstellt, daß der vorgegebene Rahmen nicht überschritten wird, d.h. daß es abgesehen von den Einnahmen und Ausgaben im Rahmen des EU-Beitrittes zu

keinem Nachtragsbudget kommen soll. Sollte sich die Notwendigkeit einer Erhöhung der Ausgaben in gewissen Bereichen ergeben, soll dies nicht durch eine Ausweitung des Budgets, sondern durch eine Umschichtung innerhalb der einzelnen Budgetgruppen erfolgen. Damit dieses Ziel auch realisiert werden kann, ist es erforderlich, daß sich der Landtag selbst an diese Vorgaben hält. Im Hinblick auf die erwähnten Grundsätze des Budgets 1995 würde es einem verantwortungsvollen Vorgehen des Landtages entsprechen, bei Initiativ- bzw. Resolutionsanträgen immer auch Vorschläge zu machen, wie die finanzielle Bedeckung der mit dem Antrag verbundenen Aufwendungen im Rahmen des Budgets erfolgen soll.

Seit dem Jahr 1990 hat der Landesfinanzreferent dem Landtag, ausgelöst durch einen Resolutionsbeschluß des Landtages, eine mittelfristige Budget- und Finanzvorschau vorgelegt, welche die Entwicklung des Landeshaushaltes aufzeigt, wenn keine korrektiven Eingriffe vorgenommen werden.

Das Tempo der Entwicklung des Budgets hat sich nach einer längeren Periode mit mäßigen Steigerungsraten nun seit dem Jahr 1993, was Abgang und Verschuldung betrifft, rapide beschleunigt. Dieser Umstand ist vor allem auf die wirtschaftliche Rezession und die Steuerreform zurückzuführen.

Es genügt daher nicht mehr, lediglich eine Budget- und Finanzvorschau vorzulegen, sondern es ist darüber hinaus geboten, Maßnahmen einzuleiten, die es ermöglichen, langfristig dieser Entwicklung insbesondere durch Begrenzung der Abgangs- und Schuldenentwicklung wirksam gegenzusteuern. Dies ist auch unter dem Gesichtspunkt des Beitrittes zur Europäischen Union und der Konvergenzkriterien des Vertrages von Maastricht erforderlich.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Landesfinanzreferent wird aufgefordert, dem Landtag zusammen mit der nächsten Budget- und Finanzvorschau einen Vorschlag zur langfristigen Begrenzung der Abgangs- und Schuldenentwicklung zwecks Konsolidierung des Landeshaushaltes und Sicherung der Gestaltungsspielräume in der Zukunft vorzulegen."

Ich darf Sie einladen und bitten, diesem Resolutionsantrag Ihre Zustimmung zu geben.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren!  
Es ist gewiß leicht, mit Forderungen für einzelne Gruppen auch Applaus zu ernten bzw. etwas zu geben. Viel schwieriger ist es, zugeben zu müssen, daß das, was dem einen gegeben wird, dem anderen auch wieder weggenommen werden muß. Davon ist aber in "Budgetresolutionen" eigentlich sehr selten oder fast nie zu lesen und nie

die Rede. Unser Antrag ist ein solcher Antrag, der sich mit einer eher unpopulären Forderung befaßt. Es ist aber zugleich, wie ich glaube, ein Antrag, der uns helfen kann und auch helfen wird, die Zukunft in Niederösterreich ernsthaft, verantwortungsbewußt und ehrlich zu gestalten. Es kann nicht Sinn der Politik sein, immer nur zu fordern und niemals zu der Einsicht zu gelangen, daß es irgendwann auch einmal genug sein muß.

Hohes Haus! Das Budget 1995 ist sicher unter schwierigen Voraussetzungen erstellt worden. Schwieriger als es in den letzten Jahren der Fall gewesen ist. Das zeigt der heute schon mehrmals zitierte Budgetabgang und das Anwachsen dieses Abganges gegenüber dem Vorjahr. Ich stehe nicht an, unserem Finanzlandesrat für das Zustandekommen dieses Zahlenwerkes auch von dieser Stelle aus zu danken. Seine Aufgabe war sicherlich von Anfang an nicht sehr leicht zu lösen. Die landespolitischen Zielsetzungen für Niederösterreich kommen trotz dieser Problematik auch sehr deutlich zum Ausdruck. Zum Abschluß bleibt mir nur noch zu sagen, daß es unser Ziel sein soll, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, während der nächsten drei Tage gute Entscheidungen zu treffen, Weichenstellungen vorzunehmen, die für die NÖ Bevölkerung auch den Weg einer künftigen Partnerschaft weisen werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Bauer.

Abg. Dr. BAUER (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte nur eine kurze Erklärung zum Resolutionsantrag der Abgeordneten Böhm und Gratzner abgeben, weil ich hier darstellen möchte die Position der Sozialdemokraten. Wir gehen davon aus, daß wir in der Gesamtheit der Budgetverantwortung als Abgeordnete agieren, und uns hier nicht in einer Art Selbstfindung weiter hineinbegeben sollen. Und das wäre eine, wenn man nämlich die Stellung von selbständigen Anträgen oder Resolutionsanträgen nach diesem Wortlaut weiter verfolgen würde.

Ich glaube, daß die Sozialdemokratie sehr deutlich zeigt, mit welchem hohem Verantwortungsbewußtsein sie an die Dinge herangeht. Auch dieses Budget wurde gemeinsam erarbeitet über die

Regierungsmitglieder und über viele Aussprachen, die man geführt hat. Was aber hier gefordert wird, bedingt eine zusätzliche, von den Abgeordneten im Einzelnen nicht erfüllbare Aufgabe. Es sei denn, daß man den direkten Zugang als Fraktion zu Landesrat Mag. Freibauer hat und über Informationen verfügt, die andere Abgeordnete nicht haben. Nur die wären in der Lage, solche Vorschläge überhaupt einzubringen.

Es muß Teil der Politik bleiben, meine sehr geehrten Damen und Herren, jene Prioritäten zu setzen, die auf Grund der politischen Gegebenheiten in der Region oder in der Gruppe einfach notwendig sind. Um dann letztlich sich sehr wohl zur Budgetkonsolidierung und all dem zu bekennen und hier Umschichtungen eben in dem Maße vorzunehmen, als die neuen Prioritäten dies erfordern.

Die sozialdemokratische Fraktion wird daher diesem Resolutionsantrag nicht die Zustimmung geben. Es kommt nicht von ungefähr, daß im § 27 Abs. 9 der Geschäftsordnung des Landtages von Niederösterreich darauf selbst eingegangen wird. Nämlich mit der Feststellung, eben weil dem antragstellenden Abgeordneten es weder zuzumuten und auch gar nicht möglich ist, finanzielle Belastungen des Landes abzuschätzen, soll die Landesregierung nach Ausschlußbeschuß und Zuleitung durch den Präsidenten eine Stellungnahme abgeben. Das ist also sehr deutlich geregelt hier im § 27 Abs. 9 LGO, wohlweislich, weil ein einzelner Abgeordneter sich in Wirklichkeit außerstande erklären müßte, diese vollen Konsequenzen jeweils durchzurechnen. Mangels Zugang zu den Einnahmen, mangels Zugang zu den Verflechtungen. Und daher kann es nur die politische Willensbildung sein, die hier zur Diskussion steht. Es muß vielmehr Teil der Zusammenarbeit zwischen Landtag und Regierung sein, hier die Kosten und die Folgen abzuschätzen. In diesem Sinne wird daher auch der Antrag abgelehnt. Was andere Fraktionen mit diesem Beschluß bezwecken wollen, um hier eine Mehrheit in dieser Richtung zu erreichen, kann nur darin begründet sein, daß sie entweder diese Selbstbindung nicht erkannt haben oder andere Geflechte aufgebaut werden. Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor, der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. DIRNBERGER (ÖVP): Ich verzichte!

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Wir haben einen Resolutionsantrag zu dieser Geschäftszahl vorliegen, nämlich den Resolutionsantrag der Abgeordneten Böhm und Gratzner betreffend die Budgetentwicklung.

*(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag):* Mit Mehrheit angenommen! Für das Protokoll: Die Mitglieder der Volkspartei und der Freiheitlichen Partei haben dem Antrag die Zustimmung gegeben. Die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei und des Liberalen Forums haben nicht zugestimmt. *(Zustimmung bei ÖVP, FPÖ; Ablehnung bei SPÖ, LIF.)*

Ich ersuche das Hohe Haus, in die Spezialdebatte einzugehen und ersuche dazu jene Mitglieder des Hohen Hauses, die dafür stimmen um ein Zeichen mit der Hand. *(Nach Abstimmung über den Eingang in die Spezialdebatte):* Einstimmig angenommen!

Hohes Haus! Ich beabsichtige, bei der Spezialdebatte die Beratung und Beschlußfassung des ordentlichen Teiles über alle Gruppen, des außerordentlichen Teiles zu den Gruppen 0, 2, 4, 5, 6, 8 und 9, des Konjunkturausgleichsteiles zu den Gruppen 5 und 6 sowie des Dienstpostenplanes 1995 je unter einem abzuführen und nach Verabschiedung des ordentlichen Teiles, des außerordentlichen Teiles und des Konjunkturausgleichsteiles sowie des Dienstpostenplanes über den Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1995 als Ganzes hinsichtlich Erfordernis und Bedeckung und über den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zum Voranschlag, Punkt I bis Punkt VIII, abstimmen zu lassen. Bei der Abstimmung über die einzelnen Gruppen des Voranschlages beabsichtige ich, zunächst über die allfälligen Abänderungsanträge zu den drei Teilen des Voranschlages, dann über die Gruppen selbst und zum Schluß über allfällige zu der jeweiligen Gruppe eingebrachten Resolutionsanträge abstimmen zu lassen. Ich bitte das Hohe Haus diesbezüglich um Kenntnisnahme.

Nunmehr bitte ich den Berichterstatter, zur Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, ordentlicher und außerordentlicher Teil, zu berichten.

*(Zweiter Präsident Haufek übernimmt den Vorsitz.)*

Berichterstatter Abg. DIRNBERGER (ÖVP):

Die Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, enthält Landtag, Landesregierung, Amt der Landesregierung, Bezirkshauptmannschaften, Sonderämter, sonstige Aufgaben der allgemeinen Verwaltung, Personalvertretung, Pensionen und Personalbetreuung.

Im ordentlichen Teil werden Ausgaben von S 6.592,014.000 ausgewiesen, denen Einnahmen von S 821,360.000 gegenüberstehen. Der Anteil der Ausgaben am Ausgabenvolumen des ordentlichen Teiles beträgt 14,99 %.

Im außerordentlichen Teil sind Ausgaben von S 105,866.000 und Einnahmen von S 1.000 vorgesehen.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten.

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Ich eröffne hiermit die Debatte. Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Ing. Gansch.

Abg. Ing. GANSCH (ÖVP): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Landtages!

Ich darf heute zur Gruppe 0, im Speziellen aber insgesamt zum Budget aus der Sicht der Gemeinden ein paar Dinge hier darlegen.

Die Gruppe 0, die sich mit fast 15 Prozent des Gesamtbudgets im Budget niederschlägt, beeinflusst auch wesentlich die Gemeindearbeit und die Gemeinden. Grundsätzlich ist es notwendig, auch von einem Budget wie diesem ausgehend die Autonomie der Gemeinden in Zukunft zu sichern. Nicht nur Faktoren der Politik, sondern auch finanzielle Faktoren sind es, die diese Autonomie sichern.

"Partnerschaft ist unser Weg" hat heute der Landesfinanzreferent ausgeführt und unser Klubobmann zitiert. Und das ist die richtige Einstellung dazu. Das Land, die Gemeinden müssen und dürfen Partner sein. Daher ist es von ungeheurer Wichtigkeit, daß die Finanzausstattung der Gemeinden entsprechend geschieht. Es geht aber

auch darum, die eigenen Einnahmen zu sichern und auszubauen. Es genügt nicht, von der Abschaffung eigener Gemeindesteuern, wie beispielsweise der Getränkesteuer, zu reden und keinen Ersatz dafür in Aussicht zu stellen. Wenn heute in der Generaldebatte davon gesprochen wurde, daß ein EU-Anpassungsbudget im Frühjahr kommt, so ist das wohl auch richtig. Und es wurde begründet von unserem Herrn Finanzlandesrat damit, daß, wenn jetzt Beträge eingesetzt worden wären, sie nicht realistisch sein können. Und es ist daher richtig, daß man im Laufe der Zeit diese Anpassung vornimmt. Wenn bekannt ist, was tatsächlich kommt und was gegeben werden kann. Ich glaube, das ist ein guter und richtiger Weg.

Eines muß natürlich auch festgestellt werden: Daß das zumutbare Maß der Belastung der Bürger in unseren Gemeinden draußen ausgelotet werden muß. Ich denke beispielsweise an Kanal- und Wassergebühren. Diese umfassende Problematik betreffend Wasserver- und Abwasserentsorgung scheint uns in vielen Fällen davonzulaufen. Auf der einen Seite gibt es die Bundesgesetzgebung, die in den Wasserrechtsgesetzen entsprechende Maßnahmen vorschlägt. Doch die sind zum Großteil dann gar nicht erfüllbar. Ein Beispiel: Die Klärleistung einer Kläranlage muß, wenn man eine Wasserrechtsbewilligung für einen weiteren Ausbau will, 95 % betragen. Wir haben eine Kläranlage bei uns in der Region, die 20 Jahre alt ist und diese bringt halt nur mehr 90 % Klärleistung. Doch damit können wir nicht erweitern und keine weiteren Anschlüsse mehr tätigen. Ich habe einmal gesagt bei einer diesbezüglichen Wasserrechtsverhandlung zu dem Sachverständigen, in Hinblick werden wir nicht fragen, sondern dort, wo der Kanal verläuft, wird man einfach anschließen und sie werden nichts erfahren davon. Der Betreffende hat geantwortet, Herr Bürgermeister, wir werden uns dann beim Richter sehen. Darauf habe ich gesagt, da werden 300 Bürgermeister aus Niederösterreich, denen es ähnlich geht, ebenfalls dabei sein, wenn wir uns dort treffen. Ich sage das deshalb, weil das ein sehr ernstes und auch in die Zukunft reichendes Problem ist. Man kann nicht Gesetze schaffen, wenn man nicht dahinter auch eine gewisse Vorstellung hat, wie das bezahlt werden kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich weiß, daß der Forderung, daß das System der Gemeindefinanzierung auf neue Füße gestellt werden soll, nachzukommen nicht so leicht ist. Aber auch im Zuge der EU-Anpassung ist es unbedingt notwendig, über diese Dinge nachzudenken. Und es ist notwendig, auch in

diesem Hause darüber zu reden. Es kann nicht mit einem Schlag gehen. Eine konsequente finanzpolitische Vorgangsweise, glaube ich, ist der richtige Weg und dieses wurde uns heute von unserem Finanzreferenten vorgegeben. Ich sage noch einmal, das ehrliche Bemühen um dieses Budget ist aus der Finanz- und Budgetrede unseres Finanzreferenten wirklich hervorgegangen. Die Verschuldung darf nur in dem Ausmaße steigen, in dem Einnahmen hereinkommen. Ich glaube, das ist eine Weisheit, die es notwendig macht, daß wir uns darauf einstellen.

Zur Gemeindefinanzierung im abgelaufenen Jahr: Es wurde bewiesen, daß bei gutem Willen verschiedene Dinge gelöst werden können. Die Landesumlage beispielsweise wurde einvernehmlich geregelt. Und das an die Adresse der Freunde im freiheitlichen Lager: Es ist nicht damit getan, wenn man die Abschaffung der Landesumlage fordert, aber sich dann zurücklehnt und wartet, was daraus wird. Denn von dort ist kein Vorschlag gekommen. *(Abg. Dkfm. Rambossek: Also, das ist unerhört!)* Von dort ist kein Vorschlag gekommen. Es haben sich die vernünftigen Köpfe zusammengesetzt, die größeren Parteien und haben eine Lösung gefunden. *(Beifall bei der ÖVP. - Unruhe im Hohen Hause.)*

Ich habe keine falsche Behauptung aufgestellt, ich habe folgendes gesagt: Es ist leicht, hier mit einem Antrag zu kommen und zu fordern die Abschaffung der Landesumlage und damit hätte es sich. Damit hat es sich aber nicht gehabt. Es hat dann eine Lösung gegeben, in der man durchaus einen gangbaren Weg eingeschlagen hat. Ich bin auch nicht ganz zufrieden mit dieser Lösung, wenn ich das lese. *(Abg. Ing. Gansch hält eine Zeitung hoch.)* Heute wurde diese Zeitung schon mehrmals gezeigt. Ein schönes Bild vom Herrn Präsidenten, muß ich sagen. *(Zwischenruf bei Abg. Dr. Bauer.)*

Herr Klubobmann! Ich darf aus dieser Zeitung auch etwas zitieren, was mir noch zu wenig ist. Wenn beispielsweise der Bezirk Scheibbs, ich nehme ihn her, mit 40.000 Einwohnern, hochgerechnet auf diese fünf Jahre 69 Millionen zusätzlich bekommen kann, St. Pölten mit 50.000 Einwohnern 153 Millionen, dann scheint eine Ungleichheit sehr wohl gegeben. Und ich bin noch nicht zufrieden mit der Lösung, die hier gefunden wurde. *(Abg. Dr. Bauer: Aber als Bürgermeister bist Du schon zufrieden.)* Ja, das ist schon richtig. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Herr Kollege, ich gehe davon aus, daß das halbwegs stimmt, was da drinnen steht. Jedenfalls

steht eines fest: Wenn man mit diesen Dingen hinausgeht, dann sollten sie halt auch stimmen. Und ich nehme das sozialistische Blatt her, da soll es angeblich stimmen. Ich nehme aber auch unseren Voranschlag her und der glaube ich, stimmt auch.

Eine weitere Frage, die uns in den Gemeinden in sehr hohem Maße berührt und in Hinkunft noch beschäftigen wird. Es wurde in der Vergangenheit schon sehr viel von der Krankenhausfinanzierung und von der leistungsbezogenen Abrechnung gesprochen. Im Krankenhauswesen bitte - und das trifft uns alle, die wir hier sitzen - besteht Handlungsbedarf. Es ist soweit, daß sozusagen die Stunde Null kommt, ab der es dann eigentlich nicht mehr weitergeht. Und wir müssen uns überlegen, ob wir nicht doch etwas tiefgreifender reformieren müssen. Der Betrieb eines Krankenhauses ist ja heute eine sehr schwierige Materie. Es handelt sich um einen Dienstleistungsbetrieb in Reinkultur, das ganze Jahr hindurch, 365 Tage sozusagen im Einsatz. Das Zusammenspiel all der Kräfte, die es in so einem Krankenhaus gibt, ist eine sehr wesentliche Sache. Das moderne Krankenhaus ist ein kompliziertes, ein komplexes System und hochtechnisiert. Die konkrete Zielsetzung für die Zukunft im Krankenhauswesen soll daher doch einige Punkte umfassen, die auch den Hohen Landtag betreffen. Den Krankenhäusern sind klare strategische Ziele vorzugeben, die vor allem regions- und bedarfsbezogen sein müssen. Als Beispiel die Beibehaltung der Aufteilung in Standard-, Schwerpunktkrankenhäuser und Universitätskliniken, wie wir das heute im wesentlichen in Niederösterreich haben. Ich glaube, man sollte diese Regelung beibehalten. Es sollten aber die Krankenhäuser in selbständige Unternehmen umstrukturiert werden und das unternehmerische Denken auch im Krankenhaus noch weiter Fuß fassen. Die Eigenverantwortung, der Träger, ganz gleich, wer es ist, soll auf jeden Fall in hohem Maße gesichert werden. Und die Finanzierung muß in marktorientierter und leistungsbezogener Form geschehen. Es ist ja festzustellen, daß die Zahl der Patienten in den Krankenhäusern weiter steigen wird, das ist auch ganz klar. Vor allem ältere Menschen bilden die Ursache hierfür. Die Bevölkerungspyramide schlägt sich natürlich auch hier nieder.

Bei den Krankenhäusern zeichnet sich auch international eine fachübergreifende Organisationsform ab. Ich meine das so, daß der wirtschaftlich Zuständige auch mitreden soll in verschiedenen Bereichen, im medizinischen, im personellen. Ich weiß, daß es Krankenhäuser gibt, wo im Keller Geräte stehen, die noch nicht einmal

ausgepackt sind. Solche Dinge dürfen bitte sicherlich nicht passieren! Bei uns im Krankenhaus Scheibbs ist das nicht der Fall, weil da ein bißchen gelacht wurde, muß ich das betonen. Aber so etwas soll es tatsächlich schon gegeben haben.

Die Gemeinden sind auch sehr stark geprägt von einer guten Raumordnung. Und die Raumordnung ist ein wesentliches Instrument, lieber Herr Kollege, der Führung einer Gemeinde. (*Abg. Marchat: Ein Druckmittel! Ein Druckmittel ohne Parteistellung für den Bürger!*)

Nein. Die Raumordnung ist ein sehr sehr wichtiges Instrument, vor allem für die Gestaltung unserer Orte. Na klar, wird einer sagen, der in seiner Partei keinen einzigen Bürgermeister hat, das ist ein Instrument der Bürgermeister. Das kann ich mir schon vorstellen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Auch hier besteht Handlungsbedarf. Es wurde von unserem Herrn Landeshauptmann auch in der letzten Zeit schon angekündigt, man kann durchaus und soll die Baukompetenz ändern oder anpassen, wenn es notwendig ist. Das ist ganz klar. Aber daß man diese Kompetenzen an die BH weitergibt, dieser Meinung bin ich nicht. Man kann sicherlich Vereinfachungen in gewissen Bereichen durchführen. Es ist ja nicht notwendig, daß man für eine Gartenhütte eine Baubewilligung und eine Baukommission braucht. Hier gibt es einen sehr weitgesteckten Bereich, der reformbedürftig ist.

Ein weiterer Punkt, der den Gemeinden draußen immer wieder Sorgen bereitet, ist das Problem der Musikschulen. Die Musikschulen sind an sich eine sehr gute Einrichtung. In Niederösterreich gibt es 173 Musikschulen, die im wesentlichen sehr gut funktionieren. Aber die Gewichtung der Finanzierung dieser Musikschulen hat sich doch zu Lasten der Gemeinden verschoben. Der ursprüngliche Gedanke der Drittelung, ein Drittel die Gemeinde, ein Drittel das Land und ein Drittel die Eltern, stimmt nicht mehr. Es stimmt bestenfalls bei den Personalkosten. Die Gemeinde hat die entsprechenden Räume zu schaffen, die Gemeinde hat den entsprechenden Betrieb dieser Schulen aufrecht zu erhalten. Da zahlt niemand mit. Daher, glaube ich, wäre es notwendig, daß auch der Sachaufwand in diese Drittelregelung einbezogen wird. Also meine erste Forderung, daß dieser Sachaufwand einbezogen wird und als zweite Forderung, daß die Erhalter von Musikschulen Zugang zum Schul- und Kindergartenfonds erhalten. Ich glaube, das wäre eine wichtige Entscheidung, damit man den Musikschulen auch den Status sozusagen einer "richtigen" Schule geben kann. Die zwei Forderungen der Gemein-

den, daß der Sachaufwand einbezogen wird in die Drittellösung und daß der Zugang zum Schul- und Kindergartenfonds möglich ist für Investitionen, stehen im Raum.

Das waren, meine sehr verehrten Damen und Herren, ein paar Dinge, die die Gemeinden immer wieder betreffen und berühren. Ein wesentlicher Faktor ist auch - und darüber wurde im letzten Jahr hier im Landtag sehr wenig gesprochen - die Grundverkehrsfrage bei einem EU-Beitritt. Das ist eine sehr wesentliche und wichtige Sache und darf auch nicht vergessen werden. Ich glaube, wir tun gut daran, hier in diesem Hause, daß wir den EU-Grundverkehr in der nächsten Zeit wirklich entsprechend regeln. Hier besteht Handlungsbedarf. Großer Handlungsbedarf, das habe ich vorhin schon erwähnt, ist im Wasserrecht zu sehen, um die Möglichkeiten der Finanzierung und der Bezahlung dieser Auflagen, die da kommen, für den Bürger auch zu ermöglichen.

Ich will den Herrn Abgeordneten Gratzner nicht sekkieren, ich habe mir aber da aufgeschrieben, daß es nicht so einfach ist, daß dieser Initiativantrag im Sommer mir schon ein bißchen Gedanken bereitet hat. Ich halte etwas von einer konstruktiven Oppositionspartei. Aber zu sagen, weg mit der Landesumlage und nichts Neues im Hause zu präsentieren, das hat mich schon auch insofern ein bißchen traurig gestimmt, weil eine ernst zu nehmende Opposition auch Vorschläge einzubringen hat.

Dem Herrn Klubobmann Dr. Bauer kann man zustimmen, daß die EU-Förderung, die auch immer wieder angeschnitten wurde, die Frage der EU, daß die nicht im Budget ist. Und ich bin sehr froh, daß der Herr Abgeordnete Dr. Bauer das auch so sieht, daß man es zum jetzigen Zeitpunkt nicht budgetieren konnte. Denn das wird im kommenden Jahr sicher und wie ich glaube auch einvernehmlich geschehen. Die Freude am Erfolg soll eine gemeinsame sein. Es geht nicht darum, daß sich der eine oder der andere das Federl an den Hut steckt. Vielleicht haben wir einmal die gleiche Feder, eine "Doppelfeder" am Hut, das gibt es auch. Ich glaube, eine Zusammenarbeit, wie wir sie von unseren Gemeinden draußen doch gewohnt sind, soll sich auch hier breit machen.

Meine Damen und Herren! Das waren ein paar Dinge aus dem Problemkreis Gemeinde. Ich sage, die Arbeit hier in diesem Landtage wäre umsonst, wenn wir die Gemeinden nicht als starke Partner und ernst zu nehmende Partner draußen hätten. Und es ist sehr gut, daß einige Bürger-

meister in dem Kreise hier sitzen, um Dinge einbringen zu können, die uns ja letztlich alle bewegen. Umgesetzt wird alles, was wir hier beschließen, wirklich draußen in der Gemeinde. Daher glaube ich, wurde das Budget realistisch erstellt, eingehend auf verschiedene Forderungen, die aus dem Landtag kamen. Daß es realistisch ist, dafür bürgt unser Finanzreferent. Und ich habe es ja miterlebt, mit welcher Genauigkeit und mit welcher Härte auch in den eigenen Reihen er diese Dinge vertreten hat. Daher darf ich sagen, ich stimme dem Voranschlag in dieser Form gerne zu. Dankeschön für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. der SPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Zum Wort gelangt nunmehr der Herr Abgeordnete Koczur.

Abg. KOCZUR (SPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Gruppe 0 und die dazugehörige Diskussion eröffnet wie immer die Möglichkeit einer kommunalen Grundsatzdebatte, also gleichsam die Möglichkeit einer Standortbestimmung und darauf aufbauend, auch den Blick in die nächste Zukunft zu richten.

Am Beginn meiner Ausführungen möchte ich aber doch ein paar Worte zur Wortmeldung des Herrn Ing. Dautzenberg sagen, weil mir einige seiner Aussagen nicht nachvollziehbar sind. Schon damals, als es um die Landesumlage gegangen ist, als man hier mitgeholfen hat, daß die Dinge in Fluß gekommen sind, aber sich letzten Endes dann zurückgezogen hat, und auch heute wiederum.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe in mehr als einem Jahrzehnt hier herinnen zunächst die Belange des Straßenbaues und viele Jahre hindurch die Belange der Wohnbauförderung behandelt. Nicht immer war es so, daß, wenn hier Vorschläge vom Rednerpult aus gemacht worden sind, diese umgehend in das Budget eingeflossen sind. Aber eine Grundsatzdebatte - und die Debatte zu einem Budget ist eine solche - ist eine Gelegenheit, daß man Vorstellungen als Abgeordneter einbringen kann. Und es ist auch richtig, daß über Vorschläge gründlich nachgedacht wird, daß man sie zur Debatte stellt und daß sie eben dann, wenn sie brauchbar sind oder als brauchbar angesehen werden, letztlich in ein Budget einfließen. Und ich habe mich nie hier so verstanden, daß, wenn man in der Minderheit ist, man in den Rängen sitzt, hinunterblickt, wie andere arbeiten, um dann letztlich das Produkt einer eingehenden Kritik zu unterziehen. Sondern

ich glaube, daß es die Aufgabe eines jeden Abgeordneten ist, sich hier mit den Ideen, mit den Vorschlägen im Landtag einzubringen. Das zu sagen war mir ein Bedürfnis, weil dieser Eindruck, daß dieser Landtag keine Bedeutung hätte und man hier zur reinen Abstimmungsmechanik wird, der ist mir grundsätzlich nicht egal gewesen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Zu meiner Wortmeldung: Ich glaube, 1994 war und ist für die Gemeinden ein bewegtes Jahr. Da war zunächst einmal der EU-Beitritt. Hier hat die Bevölkerung ja in der Jahresmitte den Weg nach Europa in einer sehr klaren Zweidrittelmehrheit bestätigt. Auch für die Kommunen ist der Beitritt von großer Bedeutung und ich werde im Laufe meiner Wortmeldung noch darauf zurückkommen.

Das historische Ereignis der Vereinbarung betreffend Abschaffung der Landesumlage bei gleichzeitigem Wirksamwerden der Strukturhilfe für finanzschwache Gemeinden ist heute schon oft angesprochen worden. Das ist eben ein sehr bedeutsames Ereignis für die Gemeinden gewesen. Die Gemeinderatswahlordnung, die NÖ Gemeindeordnung, sie wurden den Erfordernissen der Zeit so rechtzeitig angepaßt, daß sie auf die Gemeinderatswahl 1995 und die Zeit danach anwendbar sind. Ein weiterer Punkt ist sicherlich der Entfall der Gewerbesteuer. Hier ist schon durch die Tatsache, daß es Gewinner- und Verlierergemeinden gegeben hat, manche Unsicherheit in die Gemeindefinanzen gebracht worden. Und ich freue mich, daß zumindest der ausgehandelte Härteausgleich inzwischen an die Kommunen überwiesen worden ist.

Es ist heute schon angeklungen: 1994 war, wie die Vorjahre, von den Problemen im Sozial- und Gesundheitsbereich für die Gemeinden geprägt. Ich glaube, man sollte noch einmal herausarbeiten, daß dieser Anstieg in den Jahren 1990 bis 1994 in den Ausgaben der Krankenanstalten österreichweit um 64,8 % ein enormer Anstieg ist. Daß man diese Dinge ganz einfach in den Griff bekommen muß. Das ist aus der Sicht der Gemeinden eine sehr wichtige Angelegenheit.

Um ein weiteres Faktum mit kommunaler Auswirkung anzusprechen seien auch die zu erwartenden Auswirkungen des Arbeitsübereinkommens zur Bildung der neuen Bundesregierung angesprochen. Bei der Bewältigung aller anstehenden Probleme der Gemeinden mußten sich diese immer wieder und mit Nachdruck zur Wehr setzen, weil eben Bund und Land die finanziellen Auswirkungen ihrer Beschlüsse auf die Gemeindefinanzen oft zu wenig bedenken, sehr oft auch

zu optimistisch beurteilen. Diese heute mehrmals angesprochene Partnerschaft ist tatsächlich von den Gemeinden einzufordern. Beispiele sind schon genannt worden, ich kann mich daher kurz fassen. Die sogenannte Anpassung an den Stand der Technik hat die Gemeinden vor nahezu unlösbare Probleme gestellt. Ich begrüße es sehr, daß nun im Arbeitsübereinkommen der neuen Bundesregierung eine Aussage enthalten ist, daß man hier die Verhältnismäßigkeit zu den Kosten der Investitionen berücksichtigen will.

Bei dieser Gelegenheit soll auch an die Vorgangsweise bei der sogenannten SCHOG-Novelle erinnert werden. Wenn sich die Gemeinden auch nicht die Gesamtkosten aufbürden lassen, die ganztägigen Schulformen werden allein durch die räumlichen Vorsorgen gewaltig in die Gemeindebudgets eingreifen. Ein weiteres Beispiel ist sicherlich die Verpackungsverordnung, bei der die Gemeinden gleichsam eine Pufferzone zwischen einer schlecht vorbereiteten Verordnung und andererseits der Bereitschaft der Bürger zur Mülltrennung und Müllsammlung sein mußten. Jedenfalls ist es durch eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit der Gemeinden gelungen, den Müllanfall deutlich zu reduzieren. Jetzt müssen sich die Gemeinden allerdings gegen die Begehrlichkeit der landeseigenen Deponiebetreiber zur Wehr setzen, weil man dort ernsthaft daran denkt, jene finanziell zu bestrafen, die Volumen einsparen, die mithelfen, Rohstoffe einzusparen und die damit auch helfen, Energie zu sparen.

Schließlich sollen auch, weil es heute schon einmal gesagt worden ist, noch einmal verstärkt werden diese sogenannten konstruktiven Vorschläge und Vereinfachungen im Bauverfahren. Hier gibt es ja die Vorschläge der FPÖ und es gibt andererseits den Vorstoß des Herrn Landeshauptmannes Dr. Pröll. Die einen wollen, daß die erste Instanz im Bauverfahren überhaupt von den Gemeinden wekommt. Und mein Vorredner war ja das typische Beispiel dafür, daß es sich bei der Aussage, bei diesem Vorpreschen des Herrn Landeshauptmannes um einen, ich sage es sehr vorsichtig, wenig ausgereiften Vorschlag gehandelt hat. Nämlich bei Einfamilienhäusern und Reihenhäusern die Bauverhandlung abzuschaffen. Das war öffentlichkeitswirksam vorbereitet, ohne daß man - und auch das soll gesagt werden - mit den Betroffenen vorher Kontakt aufgenommen hat. Aber es bestätigt nur, daß die ÖVP derzeit ein sehr gestörtes Verhältnis zu ihrer eigenen Interessensvertretung der NÖ Gemeinden hat. Dabei haben die Gemeinden gar nichts gegen Vereinfachungen, wenn durch diese Maßnahmen die Bürgernähe einsichtig ist, wenn die Rechte der

Anrainer gewahrt bleiben und wenn die Gestaltung des Ortsbildes nicht beeinträchtigt wird. Den FPÖ-Vorschlag möchte ich kurz und bündig als eine Aushöhlung der Gemeindeautonomie sehen.

Meine Damen und Herren! Warum verweise ich auf diese Punkte, welche auf die Gemeindefinanzen Bezug nehmen, wenn wir doch heute das Landesbudget beraten? Ich glaube, daß wieder mehr ganzheitliches Denken und Handeln in unserer Arbeit erforderlich wäre. Zur Verdeutlichung dieses Satzes einige grundsätzliche Anmerkungen zur Stellung der Gemeinden im Gesamtstaat. Nach dem Inkrafttreten des ersten österreichischen Gemeindegesetzes im Jahre 1848 sind immerhin 145 Jahre vergangen, aber schon damals wurde festgeschrieben, ich zitiere, daß "die Grundfeste des freien Staates die freie Gemeinde" ist. Seither hat sich natürlich im kommunalen Recht, aber auch in der Aufgabenstellung der Gemeinden Gewaltiges verändert. Früher beschränkte sich die staatliche Verwaltung darauf, durch Gesetze und staatliche Autorität ordnend einzugreifen. Man war im wesentlichen nur für Schulen, Gerichte, Polizei und Straßen verantwortlich und konnte alles Übrige der Privatinitiative überlassen. Heute muß die Gemeinde in nahezu allen Bereichen des täglichen Lebens Leistungen erbringen und ist bemüht, ein möglichst lückenloses Netz einer umfassenden Daseinsvorsorge zu schaffen. Vom Wohnbau über den Nahverkehr, vom Bau und der Finanzierung von Krankenanstalten, Schulen, Kindergärten, Freizeit- und Bildungseinrichtungen, bis hin zur Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, den aktuellen Problemen im Umweltbereich, der Wirtschaftsförderung und der Seniorenbetreuung ist der vielzitierte Wandel von der Verwaltungs- zur Gestaltungsgemeinde spürbar. Schließlich soll auch die Investitionstätigkeit der Gemeinden erwähnt werden. Sie nimmt einen bedeutenden Raum in der gesamten öffentlichen Investitionstätigkeit ein und übt damit eine wachstumsstimulierende Wirkung auf die gesamte Volkswirtschaft aus. Nicht zu Unrecht werden die Gemeinden als die größten Investoren des Staates bezeichnet. Sie sind gleichsam das Rückgrat des allgemeinen Wirtschaftswachstums und bewirken damit auch höhere Steuereinnahmen des Staates.

Ich glaube, aus diesen wenigen Beispielen ergibt sich schon schlüssig, daß jede Gebietskörperschaft von der Existenzberechtigung der beiden anderen auszugehen hat. Nur im gemeinsamen Zusammenwirken können sie das leisten, was man gemeinhin als Staatsfunktion versteht.

Daher gilt dieser Grundsatz, daß die Grundfeste des freien Staates die freie Gemeinde ist in der Gegenwart genauso. Diese Feststellung soll sich vorrangig an all jene richten, die zwar in einer Gemeinde leben, ja oft sogar auch Gemeindefraktanten sind, die aber dann, wenn sie das NÖ Landhaus betreten, die kommunale Jacke an der Garderobe hinterlegen. Wenn wir aber die Wichtigkeit dieser Grundfeste des Staates anerkennen, dann müssen wir auch so handeln, wie dies das Finanzverfassungsgesetz besagt. Nämlich, daß im Hinblick auf die Verteilungsfunktion darauf zu achten ist, daß die Grenzen der Leistungsfähigkeit der beteiligten Gebietskörperschaften, aber auch jene der Gemeinden nicht überschritten werden. In diesem Zusammenhang darf ich nochmals die Landesumlage ansprechen. Dies ist deshalb notwendig, weil man die Welt eigentlich nur mehr schwer versteht, wenn man die Zeitung des ÖVP-Gemeindevertreterverbandes zur Hand nimmt und dort nachliest, wie es zum Jahrhundertbeschluß für Niederösterreichs Gemeinden gekommen ist. (*Abg. Koczur zeigt eine Zeitung.*) Ich weiß nicht, ob es an der Druckqualität liegt, aber dem Quartett, das hier mit dem Victory-Zeichen irgendwie Fortschritt dokumentieren will, dem treibt es eigentlich die Schamröte ins Gesicht. Und das nicht zu Unrecht, wenn man das liest, was man allein auf dieser Doppelseite über das Werden dieses für die Gemeinden so vorteilhaften Beschlusses lesen kann. Daher bitte schon einiges zur Klarstellung:

1. Die ÖVP weigerte sich bis zum Verlust der absoluten Mehrheit standhaft gegen SPÖ-Anträge, die die Abschaffung der Landesumlage zum Inhalt hatten.
2. Noch bei der vorjährigen Budgetdebatte konnte sich die ÖVP, gestützt auf das eigenartige Abstimmungsverhalten des Abgeordneten Wagner, damals vom Liberalen Forum, über das Abschmettern der SPÖ-Resolution freuen.
3. Die Gemeinden und darunter zahlreiche ÖVP-Mehrheitsgemeinden klagen seit langem über die finanziellen Sorgen und Probleme, die sie haben. Und als dann die SPÖ noch einmal die Initiative ergriffen hat, da sind zahllose Resolutionen eingegangen, auch solche von ÖVP-Gemeinden, die ihre Sorge über die Zukunft der Gemeinde zum Ausdruck gebracht haben. Letztlich ist mit Unterstützung der FPÖ und des Liberalen Forums dann der Durchbruch gelungen. Was jedoch dann folgte, das waren umfangreiche Verhandlungen der Gemeinde-

vertreterverbände mit dem Landesfinanzreferenten, der alle Register des Widerstandes spielte und sich letztlich so einbetonierte, daß erst dann ein Ausweg gefunden wurde, als man die Angelegenheit zur Chefsache machte.

Ein Wort auch zur Klärung, welche Rolle die Verhandler des SPÖ-Gemeindevertreterverbandes hatten, denn das ist auch auf dieser Seite nachzulesen. Als Augenzeuge sage ich hier klar und deutlich, Herr Präsident Haufek war es, der in den Gesprächen mit dem ÖVP-Gemeindevertreterverband diese Kombination zum Ausdruck gebracht hat und genau vorgerechnet hat. Nämlich die Kombination der Abschaffung der Landesumlage mit der Strukturverbesserung für finanzschwache Gemeinden. Das war von Präsident Haufek vorbereitet. Wer das heute liest, kann wirklich die Welt nicht mehr verstehen. Wahrscheinlich glauben die, die das geschrieben haben, sogar selber daran, daß das richtig ist. Aber es müßte ja fast der Komet auf diese Welt niederstürzen, wenn man das liest, wie hier Dinge beurteilt werden. *(Abg. Hiller: Aber dieser Aufteilung, daß wieder die finanzstärkeren Gemeinden profi-*

*tieren, würde ich mich als Waldviertler Bürgermeister nicht rühmen.)*

Ich stelle fest, Herr Kollege, daß die ÖVP sich bekennt zu einer gemeinsamen Lösung und Regelung für die Gemeinden. Sie brauchen es hier nur nachzulesen, Herr Kollege! Wie erfolgreich das alles für die Gemeinden geworden ist, zum "Jahrhundertbeschluß für Niederösterreichs Gemeinden". Und Sie beginnen jetzt schon, sich davon abzusetzen. Da fehlt mir wirklich das Verständnis. Diese beiden Gegensätze, Ihre Aussage, das, was da drinnen steht, das müssen Sie einmal draußen beim Bürger nachvollziehbar bestellen und vorbringen. Abschließend zu dieser Thematik: Ich glaube, daß eine solche Vorgangsweise, so über etwas zu schreiben, sich in Wortmeldungen, wir haben es vom Vorredner gehört und auch jetzt wieder von Dir, Herr Kollege, sich von einer gemeinsamen Sache abzusetzen, nicht die vertrauensbildenden Maßnahmen sind, die auch im gleichen Artikel angesprochen werden. Für eine gemeinsame Vorgangsweise der SPÖ und der ÖVP nämlich, wenn es um die grundlegenden Dinge dieses Landes geht, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wenn man die Einbegleitungsrede des Finanzreferenten gehört hat, dann auch etwas, was alle Jahre immer wieder zum Ausdruck kommt: Wieviele Milliardenbeträge das Füllhorn des Landes über die Gemeinden bringt. Auch heuer wieder 4,4 Milliarden Schilling, die in die Gemeinden gehen. Herr Präsident Haufek hat in wiederholten Wortmeldungen diese Rechnung zurecht gerückt. Und ich glaube, man kann auch heuer wieder sagen, daß diese Betrachtung des Finanzreferenten durch eine Vergrößerungsbrille, wenn er das Budget durchblättert, daß das wieder zurechtgerückt werden muß. Denn diesen Ausgaben, die hier angeführt werden, stehen auch Einnahmen gegenüber. Nämlich die zweckgebundenen Einnahmen des Landes und die Leistungen der Gemeinden an das Land. Sodaß, wenn man das aufrechnet, tatsächlich 1,1 Milliarden vom Land zu den Gemeinden bewegt werden. Das sollte man, glaube ich, klar und deutlich auch sagen.

Meine Damen und Herren! Zum Ende der Ausführungen der Gruppe 0 noch einige Hinweise auf aktuelle, künftige Fragen aus der Sicht der Kommunen. Zunächst einmal die Kommunalsteuer. Sie ist, kaum eingeführt, schon wieder ins Gerede gekommen. Im Arbeitsübereinkommen

der neuen Bundesregierung ist nachzulesen, daß im Zuge der Ökologisierung des Steuersystems eine Verschiebung der Steuerbelastung von der menschlichen Arbeitskraft hin zu anderen Produktionsfaktoren erfolgen soll. Die Finanzausgleichspartner werden daher unter Einbindung von Gemeinde- und Städtebund darüber zu beraten haben. Wie die Steuer bezeichnet wird, das bewegt die Gemeinden sicherlich nicht sehr. Schon mehr allerdings, oder sehr viel allerdings die Forderung, daß es dabei zu keiner Schmälerung in den Gemeindekassen kommen darf. Das gilt auch natürlich in Richtung der Getränkesteuer, die immer wieder auch begehrlche Wünsche weckt.

Ein weiteres wichtiges Faktum ist natürlich der EU-Beitritt. Er hat selbstverständlich Auswirkungen zum Beispiel auch auf das Selbstverwaltungsrecht und die Gemeindeautonomie. Die Gleichbehandlung der EWR-Bürger oder die Wettbewerbsregelungen sind hier nur einige Beispiele, das Grundrecht ist schon angeführt worden. Wir verlangen daher, daß Österreich die Mitgestaltungsmöglichkeiten in der EU aktiv wahrnimmt und bemüht ist, Mitsprachemöglichkeiten für die Gemeinden zu eröffnen. Ansatzpunkt ist das im EU-Verfassungsrecht ausgeformte Subsidiaritätsprinzip. Es geht schon heute in Richtung der Mitgliedstaaten und morgen vielleicht schon in Richtung der Regionen, welche bereits jetzt eine beratende Funktion haben. Ein weiterer Schritt müßte dann zwangsläufig zu den Gemeinden erfolgen. Bei der Gelegenheit auch eine Anmerkung: Daß die Gemeinden sich nicht in die EU-Beitrittsfinanzierungen einbinden lassen wollen, ist, glaube ich, in Anbetracht der finanziellen Situation der Gemeinden klar.

Ein Wort auch zum KRAZAF. Nachdem das leistungsbezogene Verrechnungssystem vor der Umsetzung, wie wir natürlich alle hoffen, steht, ist die Verlängerung des KRAZAF eine sinnvolle Übergangslösung. Selbstverständlich müssen in die nun folgenden Verhandlungen auch neue Überlegungen einfließen. Und es sollte Niederösterreich, das ist auch eine Forderung des Gesundheitslandesrates, besser als bisher finanziell beteiligt werden.

Klubobmann Böhm hat auf die Verkehrsprobleme, auf den Nahverkehr hingewiesen und auch die Park-and-ride-Vereinbarung angesprochen. Ich sage halt so aus der Sicht der Gemeinden, jetzt gibt es diese Vereinbarung Bund und Länder,

jetzt sollte man umgehend, wenn es überhaupt erforderlich ist, mit den Gemeinden Gespräche führen und an die Realisierung all dieser Projekte gehen, die inzwischen aufgelistet worden sind.

Ein weiteres Thema ist das Auslaufen des derzeitigen Finanzausgleiches. Es beschäftigt die Gemeinden und ihre Vertretungsorgane natürlich schon längere Zeit. Auch hier könnte erwartet werden, daß das geltende Finanzausgleichsgesetz verlängert wird, um zunächst die Auswirkungen des EU-Beitrittes abzuwarten und eben keine Regelungen zu treffen, die dann vielleicht nicht passen. Trotzdem ist einiges auch anzumerken, wenn es zur Verlängerung kommt. Zunächst muß man davon ausgehen, daß eigentlich sofort, wenn der EU-Beitritt wirksam wird, in intensive Verhandlungen einzutreten ist, die ja schon begonnen wurden. Seit dem Frühjahr ist es allerdings etwas ruhiger geworden. Man müßte vor allen Dingen eine Regelung im Umsatzsteuergesetz 1994 treffen, hinsichtlich der Belastungen im Bereich Kindergarten, Sozialhilfe, Vermietung und Verpachtungen.

Klarzustellen sind auch im Pflichtschulbereich die Erfordernisse der 14. und 15. SCHOG-Novelle. Sie dürfen keine weiteren Belastungen außer jenen als Schulerhalter bringen. Und natürlich sind für den Fall der Verlängerung des Finanzausgleichsgesetzes auch wichtige Punkte in diese Verhandlungen einzubringen. Nämlich, daß der Gewerbesteuerhärteausgleich verlängert wird, solange dieser Finanzausgleich dann verlängert wird. Es ist auch zu berücksichtigen, daß bei jenen gemeinschaftlichen Bundesabgaben, die sich bei der Verteilung an Kriterien der Gewerbesteuer orientieren, das durchschnittliche Gewerbesteueraufkommen der Jahre 1989 bis 1993 heranzuziehen ist. Die Finanzkraft nach § 10 ist entsprechend anzupassen. Darüber hinaus verlangen die Gemeinden bei diesen Verhandlungen, daß eine Bestandsgarantie für die gemeindeeigenen Abgaben einschließlich Getränkeabgabe und der Kommunalsteuer in das geltende Finanzausgleichsgesetz einfließen soll. Sollte es trotzdem zu einer Neuordnung des Finanzausgleichsgesetzes entgegen den Erwartungen kommen, sind die Gemeinden gerüstet. Es wurde in akkordierter innerer Absprache von seiten des Österreichischen Gemeindebundes ein Forderungskatalog vorbereitet, sodaß wir ohne weiteres in die Verhandlungen eintreten könnten.

Abschließend ein Wort auch noch zur Bundesstaatsreform. Die Grundlage einer funktionie-

renden zukunftsgerichteten Reform muß dem Subsidiaritätsprinzip verpflichtet sein, wonach Aufgaben des Staates grundsätzlich in der kleinstmöglichen Instanz gelöst werden sollen. Und erst dann, wenn diese dazu nicht in der Lage ist, sollen nachgeordnete Gebietskörperschaften tätig werden. Auch hier gilt grundsätzlich, daß die rechtliche Absicherung und die finanzielle Ausstattung wesentliche Grundlagen der gemeindlichen Selbstverwaltung sind.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich schließe mit meinen Ausführungen an die Einleitung an, nämlich an das Ersuchen, sich hier im Hause nicht nur als Landespolitiker zu fühlen, sondern im Interesse der Wahrnehmungen des Gesamtstaates sich dabei auch als Vertreter der Gemeindeinteressen zu sehen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Zum Wort gelangt Herr Präsident Ing. Eichinger.

Abg. Präs. Ing. EICHINGER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Budget des Bundeslandes Niederösterreich für 1995 steht unter dem Leitbild "Partnerschaft ist unser Weg". Landesrat Mag. Freibauer hat bei seiner Budgetrede klar dargelegt, was er unter Partnerschaft in diesem Land versteht. Die Partnerschaft mit den Gemeinden, die Partnerschaft mit der Wirtschaft, die Partnerschaft mit den sozial Schwächeren, schlechthin die Partnerschaft mit den Bürgern in unserem Land. Und auf diese, die Bürger, kommt es ja an, daß sie unser Wollen erkennen und daß sie mit uns mitgehen. Die Partnerschaft mit den Gemeinden und Bürgern hat sich in Niederösterreich seit Jahrzehnten ja bestens bewährt. Besonders erfolgreich war diese Partnerschaft etwa auch im Bereich der Raumordnung. Hier haben die Gemeinden und das Land sehr intensiv zusammengearbeitet. Ich möchte mich in der Gruppe 0 mit der Raumordnung beschäftigen.

Die nahezu drei Jahrzehnte zielorientierte Raumordnung in Niederösterreich hat wesentlich zum großen Erfolg dieses Bundeslandes beigetragen. Niederösterreich hat in dieser Zeit klare Vorgaben gegeben, klare Konzepte entwickelt, darauf abgestimmte Maßnahmen erarbeitet und ist so zum Wirtschaftsmotor Österreichs geworden. Wir haben das höchste Wirtschaftswachstum, wir haben die größten Zunahmen an Beschäftigten in Niederösterreich zu verzeichnen, im Vergleich mit

allen Bundesländern und auch direkt. Mit klaren Vorgaben in der Raumordnung, mit der Regionalisierung und der Dezentralisierung haben wir in Niederösterreich Strukturen geschaffen, um die uns viele andere Länder beneiden. Der große Erfolg Niederösterreichs war der Erfolg der Raumordnungsverantwortlichen und der Regierungsmitglieder, eines Landeshauptmannes Siegfried Ludwig, eines Landeshauptmannes Erwin Pröll und eines jetzigen Raumordnungsreferenten Edmund Freibauer. Die Raumordnung hat Ziele vorgegeben. Tüchtige Unternehmer und mit ihnen natürlich auch tüchtige Arbeitnehmer haben mit Unterstützung, ob es ECO-PLUS war, ob mit Unterstützung der NÖ Wirtschaftsförderung oder der Tourismusförderung, wir haben hier gemeinsam Erfolge eingefahren, auf die wir alle stolz sein können.

Geschätzte Damen und Herren! Trotz dieser Erfolge muß uns bewußt sein, daß Raumordnung immer etwas sehr sensibles war und auch bleiben wird. Denn Grund und Boden sind einmalig, nicht vermehrbar und natürlich dementsprechend kostbar. Hauptziel der Raumordnung ist die häusliche Inanspruchnahme der natürlichen Ressourcen. Hublisch sagt dazu: So wie wir denken, sieht auch unsere Landschaft aus. Und weil wir in Niederösterreich schon vor mehr als drei Jahrzehnten mit der Raumordnung die Weichen richtig gestellt haben, bleiben uns Verhältnisse, wie sie in Tirol, in Salzburg oder in Kärnten vorliegen, Gottseidank erspart.

Raumordnung muß geprägt sein von der Vorsorge und vom Nachhaltigkeitsprinzip. Also auch von ethischen Kriterien wie Gerechtigkeit zwischen den Generationen, Verantwortung für die Schöpfung, aber auch der Ehrfurcht vor dem gemeinsam Geschaffenen. Sehr geehrte Damen und Herren! Auch diese Überlegungen sollten bei unseren Beratungen zur Raumordnungsnovelle Einfluß finden. Ich habe das Gefühl, daß diese Beratungen im Raumordnungs-Unterausschuß, auf die ich hier heute nicht näher eingehen will, weil wir ja in wenigen Monaten dieses Gesetz im Landtag beraten werden, sehr offen, sachbezogen, aber auch konstruktiv geführt werden. Die Wichtigkeit der Materie verlangt es, die Bürger erwarten es, und wir wollen selbstverständlich ein gut ausgewogenes und anwendbares Gesetz produzieren.

Hoher Landtag! Am 14. November 1994 hat im Rittersaal des Landhauses eine ganztägige Fachtagung der Planungsgemeinschaft Ost stattgefunden. Bei dieser Tagung wurde das siedlungspolitische Konzept Ostregion vorgestellt. Es

nennt sich auch im Untertitel "Konzept für eine Dezentralisierungsstrategie im Umland von Wien". Die Integration Österreichs in das größere Europa, in die EU, und die Öffnung der Ostgrenzen stellt uns vor die radikalsten Veränderungen des wirtschaftlichen und politischen Umfeldes für die Ostregion seit dem zweiten Weltkrieg. Die zukünftige Entwicklung dieser Rahmenbedingungen ist kaum prognostizierbar. Schon die Entwicklung in den letzten fünf Jahren seit der Ostöffnung, seit dieser Grenzöffnung, haben viele überrascht und vieles verändert. Diese neue Konstellation bringt neue Märkte, aber auch neue Konkurrenz mit sich. Die Konkurrenz des europäischen Raumes, der europäischen Regionen, der Städte in Europa, der wirtschaftliche Einfluß und die Ansiedlung von internationalen Unternehmungen wird viel schärfer werden für uns. Der Standort "Raum Wien" mit seinem Umland hat eine ganz wichtige Funktion zu übernehmen. In diese Situation ist eine intelligente Nutzung des spezifischen Potentials dieser Region geboten und vor allem notwendig. Wien allein kann diese Herausforderung, wie wir alle wissen, nicht übernehmen. Es fehlt schon alleine die Landesfläche dazu. Aber auch das Umland von Wien, unsere angrenzenden niederösterreichischen Bezirke, brauchen zur Verwirklichung dieser Konzepte die Bundeshauptstadt.

Hoher Landtag! Niederösterreich hat mit seiner Raumordnung, mit der Dezentralisierung, mit der Regionalisierung und mit der Landeshauptstadt ein klares Beispiel gegeben, wie es auch gemeinsam im Umland von Wien mit Wien funktionieren kann. Im NÖ Zentralraum, in unserer Landeshauptstadt, haben wir das bewiesen, indem wir ein pulsierendes Wirtschaftswachstum zustande gebracht haben, eben 60 Kilometer von der Bundeshauptstadt entfernt. Und wir haben hier alle hauptstädtischen Funktionen in diese Region eingebracht. Und sie werden von dieser Region auch wahrgenommen. Das gleiche ist uns gelungen im südlichen Industrieviertel mit Wr. Neustadt, mit der Industrie-, Schul- bzw. Messestadt. Sie hat ähnliche Funktionen übernommen. Und hier funktioniert es so, daß ein Eigenleben dieser Region sich entwickelt hat.

Besonders regionsbezogen sind natürlich auch - und das schon seit vielen Jahren - die Investitionen von ECO-PLUS und die von dort ausgehenden Impulse in die Gewerbeparks, ob es sich um Wr. Neustadt handelt, Wolkersdorf, Heidenreichstein, Gmünd, Poysdorf, Ennsdorf und zuletzt Bruck a.d. Leitha. Wir wollen damit Arbeitsplätze in den Regionen schaffen, die Leute

einladen, in den Regionen draußen zu bleiben und nicht in die Zentralräume der großen Bundeshauptstadt zu gehen. Wenn uns das gelingt, diese Arbeitsplätze draußen zu schaffen, dann werden wir auch die Leute davon überzeugen können, daß sie in den Regionen bleiben. Die Vorgangsweise, die Betriebe in den Regionen anzusiedeln anstatt im Wiener Umland, bildet ein Schwerpunkt dieses Konzeptes. Würden wir in der jetzigen Entwicklung nicht gegensteuern, prophezeit uns das Österreichische Institut für Raumordnung, daß wir im Umland von Wien bis 2011 einen Zuwachs von 200.000 bis 500.000 Menschen haben werden - fast unvorstellbar - und etwa 160.000 zusätzliche Arbeitsplätze in diesen Bereichen geschaffen werden. Eine Entwicklung, die wir als Niederösterreicher nicht wollen, eine Entwicklung, die auch Wien nicht verkraften könnte. Dieses siedlungspolitische Konzept der Ostregion sieht deshalb eine dezentrale Entwicklung als Alternative vor. Diese Entwicklungszentren dürfen nicht dem bisherigen Siedlungskörper von Wien angeschlossen werden, etwa Klosterneuburg, Korneuburg, Groß Enzersdorf, Schwechat oder Mödling. Diese zukünftigen Entwicklungszentren müßten in einer Entfernung von einer halben bis einer Fahrstunde mit öffentlichem Verkehrsmittel von Wien liegen, eine Größe von etwa 5.000 Einwohnern haben und sollten 3.000 Arbeitsplätze bieten können. Diese Orte brauchen eine Ausstattung wie Bezirksstädte, mit entsprechenden Krankenhausversorgung, mit höheren Schulen, Verwaltungszentren und dergleichen. Sie müssen Erweiterungsmöglichkeiten haben, daß zusätzliches Bauland für Wohnbau und für Betriebsansiedlung gegeben ist. Geeignete Orte wären, das haben wir der Studie auch entnehmen können, Bruck, Gänserndorf, Hollabrunn, Mistelbach, Stockerau. Sie würden dann in dieselbe Funktion versetzt werden wie sie derzeit St. Pölten bzw. der Zentralraum oder die Region um Wr. Neustadt einnimmt. Voraussetzung für diese Regionalisierung wäre der zügige

Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Aus einer Studie wissen wir, daß bei einer Entfernung ab ca. 40 Kilometer von Wien, um nur etwa Mistelbach einmal anzusprechen, über 50 % der Pendler mit dem öffentlichen Verkehrsmittel fahren. Hingegen wissen wir, daß aus dem Nahraum von Wien, von Schwechat und Mödling, 72 % der Pendler mit dem Individualverkehrsmittel, mit ihrem Auto, fahren und nur 28 % öffentliche Verkehrsmittel benutzen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang und an dieser Stelle Finanzminister Lacina ansprechen und ihn einladen, daß auch er seine Unterschrift unter den Vertrag, den Landeshauptmann Dr. Pröll und Verkehrsminister Klima ausgearbeitet haben, setzt, daß dieser Ausbau des öffentlichen Verkehrs in den Nahraum von Wien zügig vorangetrieben wird. Denn die Verkehrshölle Mödling oder Schwechat mit 100.000 bis 160.000 PKW täglich ist weder für die Bürger zumutbar noch aushaltbar. Wir wissen, daß die Südautobahn im Nahbereich von Wien, die A 21 und die Tangente der größte Parkplatz Österreichs sind. Dort wird länger gestanden als sonst irgendwo. Das muß uns zu denken geben. Und daher muß auch der Bund entsprechend beim Ausbau des öffentlichen Verkehrs einsteigen.

Hoher Landtag! Das siedlungspolitische Konzept ist eine ausgezeichnete Arbeit der Planungsgemeinschaft Ost. Es ist notwendig, das Konzept auch umzusetzen. Die Länder Wien, Burgenland und Niederösterreich sind eingeladen, das zu tun. Sehr geehrte Damen und Herren, es gibt eine Reihe von Politikern vor allem von Wien, die diese Planungsgemeinschaft Ost sehr gerne in ein Regionalparlament überführen würden. Ich glaube aber, wir brauchen nicht zusätzlich eine legislative Ebene, die Geld kostet und die keine Kompetenzen hat. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Länder bereit sind, Kompetenzen abzugeben. Und ich kann mir auch nicht vorstellen, daß die Gemeinden bereit sind, Kompetenzen an dieses Regionalparlament abzugeben. Die Bürger erwarten Lösungen und nicht zusätzliche legislative Einrichtungen mit viel Geldaufwand. Die jetzigen Beschlusorgane der Planungsgemeinschaft Ost, die Landeshauptleute und die Planungsreferenten arbeiten rasch und effizient mit ihren Gremien. Wenn Abgeordnete das Bedürfnis haben, hier mitzuarbeiten, wird es sicher dafür Möglichkeiten und Wege geben.

Der Raumordnung kommt aber auch vor allem im Rahmen der EU besondere Bedeutung zu. Ich möchte in diesem Zusammenhang mit der EU

und der Ostöffnung auch noch auf ein Projekt hinweisen, auf den Donau-Oder-Elbe-Kanal. Es wird heute dazu noch einen Resolutionsantrag geben. Diese neue Position im Zusammenhang mit der EU, diese neue Position mit der Ostöffnung verlangt auch eine neuerliche Überprüfung dieses für Österreich sicher bedeutenden Vorhabens. Und es wäre wünschenswert, wenn diese Prüfung in den Rahmen der Studien der Planungsgemeinschaft Ost einfließen würde. Ich glaube, daß wir hier einen guten Weg gehen, wenn das korrekt noch einmal überprüft wird.

Geschätzte Damen und Herren! Ich lade Sie ein, arbeiten wir gemeinsam mit der Raumordnung für diese Bürger in unserem Bundesland. Die Bürger erwarten es. Die ÖVP wird der Gruppe 0 gerne ihre Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. der SPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT HAUFER: Als Zuhörer an unserer Budgetdebatte darf ich nun die Damen und Herren aus dem Bundesrealgymnasium St. Pölten sehr herzlich begrüßen und erteile als nächsten dem Herrn Abgeordneten Dr. Bauer das Wort.

Abg. Dr. BAUER (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich wollte eigentlich nicht mehr zur Landesumlage Stellung nehmen, aber ich muß es deshalb, weil ich so den Eindruck habe, daß zwar - und sie wurde schon gezeigt diese Zeitung der Gemeindevertreter der ÖVP, ich zeige das noch einmal - daß zwar hier sehr deutlich dieses Siegeszeichen gesetzt wird. *(Abg. Dr. Bauer zeigt eine Zeitung.)* Aber einige Gemeindevertreter der ÖVP tun so, als hätten sie dem Abschluß nichts abzugewinnen. Daher glaube ich, daß man das einmal klarstellen muß. Man kann nicht Überschriften setzen wie: "Die Väter des Erfolges", wie immer man das sieht. Man sieht in der Perspektive, wie sich das alles ändert, wie unglaublich eigentlich der Bruch war, wenn man da diese Landesumlage abschafft, wie unglaublich eigentlich das politische Klima belastet war. Und nun lese ich vom Herrn Präsidenten Rupp, wen er als die Väter des Erfolges allen aufzählt. Zimper: "Das ist die Vorsorge für die flächendeckende Landes

entwicklung." Die ÖVP-Überschrift insgesamt: "So kam es zum Jahrhundertbeschluß." "Modellcharakter für Österreich", vom Herrn Präsidenten. Ich könnte das fortsetzen. Überall liest man eigentlich ein einziges Loblied, daß der Landtag so mutig war, diesen Beschluß herbeizuführen. Ich bekenne mich zu dem Mut und zu den Mutigen, die da mitgezogen haben. Manche, die das jetzt in großen Glanzbroschüren verkünden, haben das weniger getan. Aber was mich ganz besonders noch einmal veranlaßt hat, das Wort zu nehmen ist, die Bürgermeister zeigen sich zufrieden, Herr Kollege Hiller. Die Bürgermeister! Leider bist Du jetzt kein Bürgermeister, kannst Du sagen, und daher bist Du noch immer unzufrieden. Aber eigentlich rundherum Zufriedenheit bei der ÖVP. Und jetzt, auf einmal höre ich diese Zwischenrufe. Doch da kommt noch etwas, was mich ganz besonders stört: Die von der SPÖ und den anderen Parteien geforderte Kürzung bei den Gemeindeförderungen wurde von der ÖVP verhindert. Also, man kann schon Lohnschreiber beauftragen. Aber daß der Lohnschreiber einfach etwas schreibt, was überhaupt wirklich in keinem Zusammenhang mit der Beschlußfindung steht? Man müßte zumindest beim Durchlesen und der Endkorrektur dann zumindest zart korrigieren. Zumindest in der Richtung, daß man da die SPÖ wegläßt, das ist das Mindeste, und auch die anderen Parteien wegläßt. Ich möchte gar nicht jetzt darauf eingehen, es ist ein Beispiel von Gewinnen, das die ÖVP hier gibt, daß ich der ÖVP nicht allzuoft wünsche, daß sie diese Art der Siege zu oft feiert. Auch deshalb, weil ich glaube, wir sollten uns bekennen zum gemeinsamen Weg und das war es schon. Daher sollte diese Nachlese nicht etwas anderes bringen als die Entstehungsgeschichte, wie sie tatsächlich war.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, schließe ich an den verehrten Präsidenten Ing. Eichinger an, der hier zur Raumordnung gesprochen hat. Auch ich möchte das tun. Und er hat auch, weil das in einer Verbindung auch zum Landesumlagegesetz steht, von Jahrhundertgesetz und Jahrhundertbeschluß gesprochen. Es gab auch einmal eine Zeit, da die ÖVP so absolut nicht wollte, daß es zu einer Raumordnung kommt oder zu einem Raumordnungsgesetz. Ihr wißt ja, daß im Jahre - jetzt greife ich weit in die Geschichte zurück, die jüngeren Abgeordneten werden da sehr aufmerksam zuhören (*Heiterkeit im Hause.*) - daß im Jahre 1966, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Niederösterreichplan geschaffen wurde. Von der ÖVP wurde das als ein Werk bezeichnet, der eigentlich diesen planerischen Ele-

menten zu stark huldigte und so weiter. Ich möchte jetzt gar nicht sagen, womit die Sozialistische Partei zu dieser Zeit verglichen wurde, weil sie da soviel geplant hat, bis hin zur Planwirtschaft, die ja Gottseidank überwunden wurde. Planwirtschaft ist ja in dieser Weise, wie diese es betrieben haben, nie Planung gewesen und nie so verstanden worden. Mir schwebt da schon eher die japanische Planung vor, die ganz gezielt in Förderungen, Innovationen hineingeht. Aber ganz abgesehen von dem, 1966 war das so, daß es dann nach langem Drängen und nach Vorliegen eines sehr umfangreichen Niederösterreichplanes zur Raumordnung gekommen ist. Und nun kommt der Herr Präsident Ing. Eichinger, den ich ja sonst sehr schätze, und sagt, dank der ÖVP und einer raumordnungspolitischen Initiative sei da etwas entstanden. (*Abg. Präs. Ing. Eichinger: Ludwig war Raumordnungsreferent!*)

Bitte entschuldige! Das haben wir Euch doch so abtrotzen müssen wie den Jahrhundertbeschluß von der Landesumlage, daher ist mir ja das wieder eingefallen, Herr Kollege! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Daher meine ich ja, ich bin ja froh, daß, wenn die Beschlüsse durch sind, die ÖVP von Jahrhundertbeschluß spricht. Genauso bei der Raumordnung, wo ich glaube, daß die ÖVP am Anfang sich schwer getan hat damit. Dann bemächtigt sie sich der Raumordnung, das heißt, mehr oder weniger der Beamtenapparat, nicht die ÖVP, der Beamtenapparat. Und der hat dann Vorgaben gemacht, mit denen die ÖVP dann auch nicht mehr ganz so glücklich war. Und sie hat versucht, auch den Beamtenapparat ein bißchen, in dem Fall rechts zu umgehen und neue Initiativen in der Raumordnung zu setzen. Daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, komme ich zu dem Schluß, daß Raumordnung durchaus, wenn sie sinnvoll eingesetzt ist, ein wichtiges Begleitinstrument der Politik und insbesondere der Regionalpolitik sein kann. Aber die Betonung liegt auf "sinnvoll eingesetzt". Es darf nicht dazu führen, meine ich, daß aus der praktischen Erfahrung manchesmal der Eindruck gewonnen wird, daß das eher ein Behinderungs- und manchesmal auch ein Verhinderungsinstrument wird. Und daher wird vieles von dem einmal offen in den Raumordnungsgesprächen - wir tun das auch - und im Raumordnungsgesetz, das in Vorbereitung ist, sehr ausgiebig zu diskutieren sein. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren deshalb, weil natürlich ein Raumordnungsgesetz auf der einen Seite, überlagert von sektoralen Raumordnungsmodellen, die oft sehr lange zurückliegen, dann eher wirklich falsch

eingesetzt wird. Wie zum Beispiel das Kindergartenraumordnungsgesetz aus dem Jahr 1976. In der Zwischenzeit hat sich soviel entwickelt, aber man verweist noch immer auf Unvereinbarkeit oder Nichtübereinstimmung. Darum würde ich meinen, daß man so etwas ersatzlos auslaufen lassen kann und nicht von oben diese Planung vornimmt, sondern einfach davon ausgeht, daß dort, wo es notwendig ist, sich diese Einrichtungen entwickeln und das viel großzügiger auch von seiten des Landes zu sehen sein wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gibt auch Bereiche, in denen klare Planungsvorgaben durchaus von seiten des Landes notwendig sind und wichtige Entscheidungen in wirtschaftlicher Hinsicht vorbereiten können. So fehlt etwa für den Bereich zwischen Wien und Preßburg, also das südliche Weinviertel, das Marchfeld, eine klare Entscheidung, ob in diesem Entwicklungsraum, der äußerst sensibel ist, die landwirtschaftlichen Strukturen in der bisherigen Form aufrecht erhalten werden sollen, oder ob konkrete Unterstützungsmaßnahmen, wie das Projekt der Hochterrassenbewässerung, wie auch der Donau-Oder-Kanal, der ja dann noch als Resolution eingebracht werden wird, diskutiert werden soll. Das ist eine sehr große und wichtige Perspektive. Es bleibt zu hoffen, daß derartige Entscheidungen in dem in Ausarbeitung befindlichen Landesentwicklungskonzept getroffen werden. Und ich glaube, da gibt es noch sehr viele offene Fragen zu diskutieren. Dabei muß auf die grundsätzliche Problematik des Abgehens von der Verordnungsform für sektorale Raumordnungsprogramme zu Konzepten doch auch verwiesen werden. Wir stellen fest, daß diese Form zwar unverbindlicher ist, mit dem Wort flexibel umschrieben wird, aber Tatsache ist auch, daß die Einbindung der betroffenen Interessensgruppen nicht mehr zwingend vorgesehen ist. Und das ist etwas, wo man schon eine gewisse Sorge anmelden muß, daß dann durch den Übergang von der Verordnung zum konzeptiven Bereich in Wahrheit die Interessensgruppierungen nicht ausreichend gehört werden.

Einen Problembereich stellt immer auch der im NÖ Landesverkehrskonzept enthaltende Teil dar, der die Grundlagenarbeit zu einem Zeitpunkt erstellt hat, zu dem eigentlich ganz andere Voraussetzungen bestanden haben. Ich glaube, daß dieses Konzept tatsächlich einer Neuüberarbeitung zugeführt werden muß. Wir sehen ja, daß sich die Verkehrsströme ganz anders entwickelt haben. Doch wir gehen noch immer nach einem

Konzept vor, das mehr oder weniger von der Grundlage von vor 1989 ausgeht. Daher sind zum Beispiel fürs Weinviertel und Waldviertel die Perspektiven nicht ausreichend berücksichtigt. Und man muß einmal sagen, daß seit 1989 durch diese Öffnung, die unvermutet gekommen ist, ganz neue Planungsaufgaben und Perspektiven zu erstellen sind. Ich würde daher bitten, daß dieses Landesverkehrskonzept entsprechend überarbeitet wird, genauso wie eben im Bereich der Wasserstraßen-, der Straßenkonzeption und der Nahverkehrskonzeption.

Ebenso sehr dringlich erscheint mir das Problem Bauten im Grünland. Der Herr Präsident hat das auch besonders hervorgehoben. Wir hatten schon im letzten Landtag eine größere Auseinandersetzung, weil er immer gesagt hat, dank eines sehr guten Raumordnungsgesetzes gibt es ja das alles nicht. Es soll das nicht geben oder wie immer man das jetzt vorsichtig formuliert. Tatsache ist, daß zum Beispiel gerade die ÖVP, die da versucht darzustellen, daß das alles nicht passiert in Niederösterreich, eine Generalamnestie anstrebt, um nämlich all das, was "nicht passiert ist", durch eine Generalamnestie gutzumachen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mir wurde wiederholt die Frage gestellt, ob ich mir eine Generalamnestie vorstellen kann. *(Zwischenrufe bei Abg. Mag. Schneeberger, Abg. Dr. Michalitsch und Abg. Breininger.)*

Das wäre ein weihnachtlicher Gedanke. Aber einer, von dem man sagen muß, nicht jeder Wunsch geht in Erfüllung, Herr Kollege! Denn es kann nicht so sein, daß sich der eine Teil sehr wohl daran hält und ein anderer Teil relativ grob gearbeitet hat. Ich habe immer klar signalisiert, ich bin auch für Sanierungen, aber punktbezogen und sehr bürgernah. Und nicht im Sinne einer Generalamnestie, gleich mit dem Versprechen, im Jahr 1999 machen wir wieder eine, vor den Gemeinderatswahlen 2000. *(Unruhe bei der ÖVP.)*

Soweit geht es nicht, das weiß ich schon. Das Versprechen der Amnestie 1999, das wird nicht gefordert, das muß ich jetzt einschränkend doch feststellen. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, das bedeutet für mich, daß es doch auch zu Fehlentwicklungen trotz einer funktionierenden Raumordnung, das sei schon zugegeben, kommt, und wir daher auch manchesmal etwas strenger und straffer diese anzuwenden haben.

Ein anderes Problem, meine sehr geehrten Damen und Herren, war der Bereich des Baulandes. Wir haben das oft diskutiert, es wurde auch

schon angesprochen. Wir haben also rund 16.000 Hektar Bauland gewidmet und die Frage ist, wieviel davon verfügbar ist. Welche Maßnahmen setzt man, um eine höhere Verfügbarkeit, sprich Mobilisierung von Bauland, das manchesmal ja spekulativen Charakter hat, um dieser Hortung entgegenzuwirken. Ich glaube, da werden wir noch sehr viel diskutieren müssen. Grundsätzlich orte ich eine gewisse Bereitschaft, dem Problem näherzutreten. Ich glaube, das ist auch gut so, daß wir das gemeinsam angehen.

Es ist auch diese siedlungspolitische Perspektive schon genannt worden, mit der dem Druck, dieser Suburbanisierung vom Wiener Umland etwas ausgewichen werden soll durch eine siedlungspolitische Perspektive, die über diesen Raum hinausgeht und im 30-, 45-Minuten Schnellbahnbereich sich befindet. Auch da wurde, glaube ich, große Übereinstimmung in den Auffassungen festgestellt.

Nun komme ich zu einem Bereich, den ich auch ganz kurz schon angesprochen habe, auf den ich aber noch einmal eingehen möchte. Deshalb, weil der Vorredner auch das sehr deutlich ausgeführt hat. Aber ich sehe das sehr deutlich anders. Nämlich die Frage der sogenannten Zusammenarbeit in der PGO. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir bekennen uns zu dieser Zusammenarbeit in der PGO, müssen aber doch feststellen, daß dies ausschließlich ein Regierungsinstrument ist, das ausschließlich von jenen genützt werden kann. Außer, man gibt sich damit zufrieden, daß man Ergebnisse sich beschaffen kann aus der Regierung, nachdem man eine direkte Zuständigkeit ableiten kann.

Unserer Vorstellung nach müßte die PGO mit einer neuen Aufgabe - und die soll sie ja auch bekommen - mit neuen Kompetenzen und mit neuer politischer Ausstattung versehen werden. Ich bekenne mich dazu, daß diese Planungsgemeinschaft Ost eine ist, die eine ungemein wichtige Funktion und Aufgabe zu erfüllen hat. Nämlich Wien, Niederösterreich und Burgenland zu einer gemeinsamen Regionalpolitik zu verhelfen und besonders im Rahmen der Europäischen Union Vorschläge zu erarbeiten. In der politischen Umsetzung - und dazu habe ich mich auch wiederholt in der Öffentlichkeit geäußert - bedeutet es aber für mich auch ein Abrücken des ausschließlichen Zuganges von seiten der Regierung. Sondern da muß letztlich ein parlamentarischer Zugang gesichert sein. Das bedeutet für mich, daß man hier Beiräte oder wie immer das dann heißt, eine Regionalkonferenz - die Namen sind ja dann nicht so wichtig - eine Art

Plattform, eine politische Plattform schafft, in der man entsprechend dem Kräfteverhältnis der jeweiligen Landtage Nominierungsrechte vornimmt. Nun weiß ich schon, Herr Präsident, daß Sie da gemeint haben, das kostet Geld. Ich behaupte, das dürfte kein Geld kosten, wenn man von dem Porto der Einladungen absieht. Weil das ja Funktionen sind, die schon von Funktionsträgern besetzt werden und ausgeübt werden. Und daher bedeutet das nicht, daß da zusätzliche Kosten entstehen. Sondern es bedeutet, daß sich ein engerer Kreis herausbildet, oder daß halt eine gewisse Anzahl an Delegierten für alle drei Länder gleich hoch ist. Daß diese Länderberatung letztlich auch die politische Umsetzung und Machbarkeit sehr weit vorbereitet. Und auf das kommt es ja auch sehr an. Es genügt ja nicht, wenn sich zwei Landeshauptleute, weil sie sich so gut verstehen, um den Hals fallen und verkünden, wo die B 301 verläuft. Es müssen ja dann die Bürgermeister und letztlich die Betroffenen aus der Region auch dazu Ja sagen. Und da nützt das Bild mit der Umarmung zum Beispiel gar nichts. Das beeindruckt niemanden, wirklich von seinem Standpunkt abzuweichen.

Daher glaube ich, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß man dieser Facette der Ergänzung zu einer parlamentarischen Plattform durchaus nähertreten soll, ohne jetzt schon ein Rezept im Konkreten anzubieten, welche Form die Zusammensetzung haben soll. Es darf mit keinen zusätzlichen Kosten verbunden sein. Und ich gehe auch soweit, daß auch jene, die in Unterausschüssen des Regionalbeirates für Spezialaufgaben oder spezielle Regionalaufgaben mitarbeiten, daß diese eigentlich in Ausübung ihres Mandates, ihrer Bürgermeisterfunktion, ihrer Bezirksvorsteherfunktion eben dieses tun. Und daher gibt es keine zusätzlichen Kosten. Doch was die PGO betrifft, glaube ich, wäre das durchaus eine Form, eine Plattform, zu der man sich bekennen könnte. Es hat dazu auch eine Studie des kommunalwissenschaftlichen Dokumentationszentrums gegeben und diese hat ein Maßnahmenpaket ausgearbeitet und vorgeschlagen. Ich glaube, man sollte sich da schon ein bißchen tiefer damit beschäftigen.

Eine weitere Frage der Regionalpolitik - ich habe das schon in meiner Rede zur Generaldebatte angeführt - ist die Hebung der Standortqualität unserer Ostregion insgesamt. Und da muß man feststellen, daß die spezifischen Potentiale in den einzelnen Regionen deutlicher ausgelotet werden müssen, um hier eben ein Bündel von Maßnahmen zu setzen, um das auch entsprechend nützen zu können. In der

Vergangenheit wurde die Raumordnung, vor allem die örtliche Raumordnung, doch eher als restriktives Instrument gesehen und eingesetzt. Wir wollen daher die kommenden Aufgaben einer dynamischen Gestaltung der Raumplanung zuführen. Dazu gehört, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Erstellung eines Landesentwicklungsprogrammes für Niederösterreich. Darauf müssen wir einfach unsere ganze Kraft verwenden, weil hier viele Hoffnungen für die Regionen verbunden sind und auch der Weg aufgezeigt werden muß.

Weiters geht es um eine Überprüfung der bestehenden sektoralen Raumordnungsprogramme. Ich habe das bereits angeführt. Ich glaube nicht, daß man sie so, wie sie jetzt bestehen, einfach belassen kann, weil manche überholt sind, manche vielleicht angepaßt werden müssen und überhaupt die Grundsatzfrage der sektoralen Raumordnungsprogramme zu diskutieren sein wird.

Und schließlich der dritte Punkt, der auch schon angeführt wurde und den ich für sehr wichtig halte, die Implementierung einer sinnvollen, kommunalen Bodenpolitik. Ihr wißt, daß wir Sozialdemokraten immer deutlich angeführt haben, daß vieles von dem, was wir an Wohnbauaktivität, an Ansiedlungsaktivität umsetzen wollen, nur dann möglich ist, wenn wir eine vernünftige Bodenpolitik in den Gemeinden und im Land betreiben können. Und da muß man einfach auch einmal sich durchringen zu einer Vorgangsweise, die halt vielleicht etwas ungewöhnlich ist aber notwendig. Zur Realisierung dieser Maßnahmen, vor allem im Bereich der Bodenpolitik, ist meiner Auffassung nach das Raumordnungsgesetz zu novellieren. In vielen Gemeinden Niederösterreichs ist die Verfügbarkeit von Bauland nicht mehr gegeben und daher ist es notwendig, hier jene Maßnahmen zu setzen, die mobilisierend wirken. Ich schlage hier vielleicht ein paar Punkte nur ganz grob vor. Die Flexibilität der Bodenpolitik könnte durch Maßnahmen wie befristete Widmung, nur beispielhaft angeführt, Infrastrukturabgabe bei Nichtnutzung des Baulandes, Privatverträge zwischen Gemeinde und Grundstückseigentümer zur widmungskonformen Nutzung und finanzielle Unterstützung der Gemeinden seitens des Landes mit dem Ziel, aktive Bodenankaufspolitik zu betreiben, durchaus unterstützt werden. Ich glaube, so ein Bündel von Maßnahmen könnte das ermöglichen. Damit da nicht einer sagt, das ist schon wieder ein Antrag für budgeterhöhende Maßnahmen: Das ist es überhaupt nicht! Das kann man durchaus im Rahmen der Raumordnungspolitik und der regionalen

Schwerpunktsetzung durchführen und entsprechend gestalten.

Mit der Novelle zum Bundesverfassungsgesetz wurde auch der Verkehr mit Grundstücken in die Kompetenz der Länder übergeben, das wissen wir alle. Aber was vielleicht nicht erfolgt ist war, daß diese Kompetenzerweiterung möglichst rasch eine gesetzliche Regelung bringen soll, die der spekulativen Baulandhortung entgegenwirken soll. Das heißt, es muß das Grundverkehrsgesetz entsprechend diesen Erfordernissen angepaßt werden. Das wurde auch schon vom Herrn Bürgermeister Ing. Gansch angesprochen. Daher glaube ich, daß man im Zuge dieser Diskussion auch gleich den Ausverkauf von Grund und Boden verhindern soll und auch die Frage des Zweitwohnsitzes deutlicher oder besser in den Griff zu bekommen hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, daß das sehr, sehr wichtige Maßnahmen auch im Interesse der Gemeinden, im Interesse einer Region sind. Und ich würde meinen, daß wir im nächsten Jahr zügig diese Reformen setzen sollten und auch dafür entsprechende finanzielle Vorsorgen im Rahmen der Budgetansätze treffen können. In diesem Sinne danke ich für die Aufmerksamkeit und möchte natürlich auch hinzufügen, daß auch wir der Gruppe 0 unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei der SPÖ, bei Abg. Ing. Gansch und Abg. Mag. Schneeberger.)*

ZWEITER PRÄSIDENT HAUFEK: Der Herr Abgeordnete Gratzler erhält das Wort.

Abg. GRATZER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf auch, bevor ich zur Gruppe 0 selbst komme, auf meine Vorredner ein bißchen eingehen. Ich glaube auch, so wie Herr Klubobmann Dr. Bauer gesagt hat, daß die Planungsgemeinschaft Ost durchaus eine Aufwertung erfahren sollte, indem hier ein gemeinsamer Ausschuß mit den entsprechenden Fraktionen vertreten sein soll. Es war aber nicht, obwohl wir uns dafür auch stark gemacht haben, unsere Absicht, hier ein Gremium zu schaffen, das wieder Geld kostet. Sondern uns geht es eher darum, ein politisches Gremium zu schaffen, sozusagen einen gemeinsamen Ausschuß aus den Landtagen, der uns ja nichts Zusätzliches kostet, aber Entscheidungen sicher besser und so aufbereiten kann, daß dann in den Landtagen auch das Nachvollziehen etwas leichter gestaltet wird.

Zur Raumordnung: Herr Präsident, wenn ich Ihnen richtig zugehört habe, ist es gegangen um die Wertschätzung der Schöpfung und der Natur. Wir haben da traditionell ein starkes Anliegen, daß man doch auch die Beteiligten, nämlich im großen und ganzen die Grundstückseigentümer auch etwas mehr schätzen sollte. Und daher wird es für uns sicher für die Zukunft ein noch größeres Anliegen sein, daß gerade in den Verfahren, in welchen es um die Raumordnung geht, die Betroffenen Parteienstellung erhalten. Denn hier erleben ja die Betroffenen meistens die schlimmsten Dinge. Angefangen davon, daß einer in den Prozeß der Umwidmung nicht eingebunden wird, sondern meist erst vom laufenden Verfahren erfährt. Und von der Entscheidung erfährt er oft erst, wenn das beim Gemeindeamt ausgehängt wird oder auch gar nicht. Daher möchte ich doch schon hier den Wert wirklich darauf legen, daß in Zukunft, wenn wir jetzt darangehen, diese Raumordnung wirklich neu zu gestalten, die Beteiligten, die Betroffenen, entsprechende Parteienstellung erhalten und dementsprechende Rechtsmittel ergreifen können. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Zur Gruppe 0: Hier möchte ich schon feststellen, daß wir während der letzten Jahre ein sukzessives Ansteigen verzeichnen. Von 1992 auf 1993 erhöhte sich dieser Posten um 0,37 Milliarden, das heißt um 6,67 %; auf 1994 verzeichnen wir eine Erhöhung um 0,24 Milliarden bzw. 4,1 % und jetzt im Zuge dieser Budgetberatungen erfährt diese Position die größte Steigerung, nämlich mit einer halben Milliarde um 8,15 %. Das heißt, alleine von dieser Steigerung her ist für uns klar festzustellen, daß unsere Vertreter des Landes, wenn sie auf Bundesebene verhandeln, ganz anders vorgehen als wenn sie auf Landesebene verhandeln. Während auf Bundesebene - und ich bin davon überzeugt, zurecht - im Bereich der Verwaltung eingespart wird, und man auch darangeht, tatsächlich bei den Dienstpostenplänen einzusparen, wird auf Landesebene genau das Gegenteil gemacht. Bei uns gibt es in dem Bereich keine Einsparung, sondern eine Ausweitung. Und wir haben im nächsten Budget wiederum um 367 Planstellen mehr. Wir haben das bereits in den Vorjahren kritisiert, daß hier das Ansteigen linear nach oben geht. Daß es keine Bemühungen gibt wie auch in anderen Ressorts, daß man einmal hergeht und überprüft, ob nicht neue Arbeitsmethoden auch dazu angetan sind, den Personalstand zu beeinflussen. Ich bin kein Anhänger davon, daß jemand sagt, daß vielleicht jetzt als Argument kommen möchte, daß die Beamten jetzt noch mehr machen müssen, weil das Personal weniger wird. Aber ich

kenne das aus vielen Bereichen, daß durch Veränderungen der Arbeitsmethoden durchaus Einsparungen möglich sind. Und ich sehe halt dem Jahr 1996, wenn wir nach St. Pölten übersiedeln, wirklich besorgt entgegen. Was wir immer befürchten: Wir übersiedeln ohne Verwaltungsreform 1:1, ganz gleich, ob dort die Aufgaben noch wahrgenommen werden müssen. Wir können ja jüngsten Berichten entnehmen, daß wir in St. Pölten eine EDV-Etage errichten, die wir gar nicht mehr brauchen, sondern dort dann irgendwelche Bilder ablagern.

Wie überhaupt ich zwar den Marsch in die EDV natürlich begrüße, weil es sein muß, aber so, wie es bei uns im Land Niederösterreich gemacht wird, sehr kritisch gegenüberstehe. Ich erinnere an die Auftragsvergabe des berühmten Outsourcing an IBM. Dieser Auftrag wurde ohne Ausschreibung vergeben. Wir haben hier sehr große Summen bereits im Budget 1995 drinnen und es ist die Vorausplanung auf Budgets bis über zehn Jahre hinaus bereits gegeben. Wobei ich hier noch einmal wiederholen möchte, was ich zuerst dem Landesrat Mag. Freibauer schon gesagt habe: Bei derartig weiten Vorgriffen müßte der Landtag auch rechtzeitig informiert werden. Es kann doch nicht so sein, daß durch Regierungsbeschlüsse und Auftragsvergaben von vornherein das Budget so fixiert wird, daß kaum mehr Spielraum bleibt.

In dieser Gruppe 0 werden unter anderem auch die Beiräte behandelt, die Finanzierung der Beiräte. Und da fällt schon der eine oder andere Beirat auf. Ich nehme einen heraus, zum Beispiel den Naturschutzbeirat. Wenn man sich das anschaut, ich glaube S 35.000,- sind vorgesehen, falls er jemals einberufen wird. Und da frage ich mich schon - das zuständige Regierungsmitglied ist leider nicht da - wie denn das so ist mit diesen Beiräten. Wir haben zur Zeit wirklich, glaube ich, den Nationalpark als großes Anliegen in allen Bereichen in Diskussion, nur der Naturschutzbeirat interessiert sich überhaupt nicht dafür. Oder, zur Zeit ist das Naturschutzgesetz in Begutachtung und alle interessieren sich dafür, nur der Naturschutzbeirat nicht! An dieser Stelle möchte ich dem Herrn Landesrat Wagner schon mitteilen, daß wir in dem Fall vielleicht sogar einmal die 35.000,- Schilling ausgeben, daß er einmal in seiner Periode vielleicht diesen Beirat einberuft. Ich bin der Überzeugung, es wäre höchste Zeit.

Um bei den Einsparungen zu bleiben, weil wir ja auch darangehen sollen, nicht nur Ausgaben zu fordern, sondern auch Einsparungen aufzuzeigen, stelle ich mir schon die Frage, wenn wir in vielen Bereichen den Gürtel enger schnallen, weshalb

wir gerade in dieser Gruppe 0 den Posten "Zuwendungen, Belohnungen, Aushilfen" um 3,7 Millionen ausdehnen und auch der Punkt "Gemeinschaftspflege" wieder eine gehörige Aufwertung erfährt. Ich glaube, daß auch hier das Land durchaus Zeichen setzen hätte können, wenn wir einsparen auch dort, wo es im Bereich des Möglichen ist.

Zu dem Resolutionsantrag, der eigentlich schon da sein sollte, aber erst eingebracht wird. Er lautet ja, "Resolutionsantrag des Abgeordneten Dr. Bauer zum Donau-Oder-Elbe-Kanal". Ich rufe in Erinnerung, daß die Freiheitliche Partei bereits einen selbständigen Antrag zu diesem Thema eingebracht hat, wie ich selbst in der letzten Sitzung angekündigt habe. Weil ich der Auffassung bin, daß dieses Thema so wichtig ist, daß es in einem Ausschuß behandelt werden sollte und nicht unbedingt im Resolutionswege ergehen soll. Wir werden diesem Antrag, wenn er dann gestellt wird, in der vorliegenden Form gerne zustimmen. Wir treten nicht bei, das möchte ich erklären, weil er von unserer Zielsetzung abweicht. Er hat zwar in der Antragstellung denselben Inhalt, aber von der Zielsetzung weicht er ab, denn in der Begründung steht drinnen, daß er halt im zweiten Weltkrieg geplant wurde, daß er wichtig ist und daß der Hafen in Wien sein wird. Ich betone, daß die Freiheitliche Partei davon ausgeht, daß wir alles daran setzen müssen, wenn wir möglichst viel von diesem Kanal haben wollen. Daß der Umschlaghafen auf niederösterreichischem Gebiet sein soll. Ich glaube nicht, daß es für uns zielführend ist, daß der Hafen auf Wiener Gebiet sein soll. Wenn er schon die volle Länge durch niederösterreichisches Landesgebiet führt, so sollen wir zumindest als Niederösterreicher am meisten davon profitieren. Und dazu glaube ich, wäre der Hafen eine geeignete Maßnahme.

Und zum Abschluß, weil in der Gruppe 0 ja sämtliche Vereine, Fonds und Förderungen auch enthalten sind. Ich bekenne mich natürlich zur Arbeitnehmerförderung, speziell auch zur Förderung der über Fünfzigjährigen, die es schwer haben. Ich bemängle nur an der derzeitigen Form, es wird wieder ein Verein gegründet, oder wurde schon gegründet, die "Initiative 50", die in ihrer Zielsetzung nächstes Jahr zwischen 30 und 90 Arbeitslose über 50 Jahre unterbringen möchte. Die Absicht ist sicher hochzuhalten. Dieser Verein wird gefördert von Unterstützungen des Landes und der Arbeitsmarktförderung. Und er gibt ungefähr, im großen und ganzen kann man es so sagen, 26 Millionen aus. Davon gehen 20 Millionen tatsächlich für die zu Beschäftigenden auf.

Das heißt, wir leisten uns einen Verein, der von vornherein für die eigene Administration ca. 6 Millionen Schilling benötigt, um zwischen 30 und 50 Arbeitnehmern Arbeitsplätze zu verschaffen. Auch wenn diese Absicht hochlöblich ist, so glaube ich, wäre es doch an der Zeit, daß das Land Niederösterreich, selbst wenn es wirklich nur um so einen, ich sage einmal, geringen Anteil an Personen geht, hier auch den Landesdienst öffnet. Und ich glaube, das Land Niederösterreich könnte hier vorbildwirkend sein. In dem man nämlich jenen, die über 50 Jahre alt sind, die wirklich Probleme haben beim Einsteigen, Arbeitsplätze eröffnet. Wir würden uns teure Subventionen an Vereine, die das für das Land durchführen, ersparen.

In diesem Sinne bitte ich die Kritik an dieser Gruppe 0 zu sehen. Vor allem weil wir darin wiederum überhaupt keinen Sparansatz in einer Zeit sehen, in der wir uns ja Vorteile für zukünftige Jahre und vor allem für den EU-Beitritt herauswirtschaften wollen. Die Freiheitliche Partei wird die Gruppe 0 ablehnen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Moser.

Abg. MOSER (ÖVP): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus!

Ich spreche ebenfalls zur Gruppe 0, Vertretungskörper, allgemeine Verwaltung. Und ich gestatte mir vielleicht vorweg, auf einige Dinge Bezug zu nehmen, die hier einen ganz wesentlichen Inhalt dieses Bereiches darstellen. Und die gerade von Herrn Klubobmann Gratzner auch angesprochen wurden.

Ich glaube, daß wir alle ein vehementes Interesse daran haben, daß gerade bei den Fragen der Raumordnung die Einbindung der betroffenen Bevölkerung in einem ortsüblichen, möglichst hohen Ausmaße gegeben ist. Das ist keine Frage. Ich glaube aber, daß wir auf der anderen Seite durchaus damit nicht Reglements einziehen sollen oder Grenzen einziehen sollen, die einfach an der Machbarkeit vorbeigehen. Wenn es beispielsweise mehrere Grundstückseigentümer, Erben oder ähnliches gibt, und unter Umständen eine Widmung davon abhängt, daß ja Zustimmungserklärungen etc. aus Übersee oder wo immer sich diese Eigentümer dann befinden, vielleicht also zur Zeit gar nicht erreichbar sind, oder weil zur Zeit ein Erbrechts- oder ein ähnliches Verfahren diesbezüglich läuft, dann wollen wir keinesfalls, daß eine Schwerfälligkeit

hier mit eingebaut wird, die dann in der Folge ganz einfach Raumordnung unmöglich machen würde. Ich glaube, das muß man hier ganz klar dazu sagen. Wir sehen Raumordnung sehr verantwortungsbewußt als Teil unseres Aufgabenbereiches, in den Gemeinden draußen selbstverständlich aber auch aus der Sicht des Landes. Raumordnung kann ja nicht eine Selbstbedienung einzelner Personen darstellen, sozusagen eine Wunschliste, die an das Christkind oder an die Gemeinde zu äußern ist. Ich nehme an, Sie haben das auch nicht so verstanden, aber ich darf in aller Klarheit hier betonen, daß natürlich Raumordnung auch gelegentlich den Betroffenen wehtun kann. Daß wir aber bemüht sein müssen, gerade in Bereichen der Raumordnung - und da gehe ich durchaus mit einigen Vorrednern konform - Dinge hineinzubringen, im Bereich der Gutachtertätigkeit etwa, vor allem aber auch im Bereich der tatsächlichen Verfügbarkeit. Ich denke bei der Betriebsansiedlung an die Chancen im Zusammenhang mit den Regionalkonzepten und der Betriebsansiedlung in den Regionen draußen, aber auch in den Kerngebieten. Daß wir durchaus bei Einzelwidmungen sehr rasch und flexibel vorgehen. Diesbezüglich hat ja gerade der zuständige Landesrat Mag. Freibauer für diesen Bereich Möglichkeiten geschaffen, daß jetzt sehr rasch Entscheidungen getroffen werden und nicht lange auf diese gewartet werden muß.

Ich darf auch ergänzend ganz kurz einige Worte zur Landesumlage sagen. Ich schätze natürlich die Aussagen insbesondere von Herrn Klubobmann Dr. Bauer in vielen Fällen sehr. Ich habe mich als "Jungabgeordneter" angesprochen gefühlt und darf sagen, daß ich natürlich sehr gerne immer aufmerksam zuhöre. Denn ich glaube, wir sollten das nicht so abtun, wie manche, die sagen, diese Plauderkammern brauchen wir nicht. Sondern ich glaube, wir erfüllen mit sehr hohem Verantwortungsbewußtsein diese Aufgabe, hier im Bereich der Gesetzgebung des Landes Niederösterreich mitzuwirken. Ich darf aber schon ergänzend dazu anführen, man sollte jetzt nicht so tun, als ob die Abschaffung der Landesumlage, wie sie ursprünglich von der Sozialdemokratischen Partei initiiert wurde, dazu dagewesen wäre, um den kleinen Gemeinden zu helfen. Denn die reine Abschaffung der Landesumlage hätte bitte für die überwiegende Anzahl der Gemeinden entsprechende Nachteile gebracht. Woher wären denn sonst die Vorteile für die Großgemeinden gekommen? Seien wir stolz darauf, daß es gemeinsam gelungen ist, mit Initiative, daß über die Strukturhilfe ein Einfangen

und damit wiederum die Sicherung der Finanzierung auch für die kleineren Gemeinden möglich werden konnte. Ich glaube, daß dieses Modell, das hier ausgearbeitet wurde, nämlich diese drei Säulen, die entwickelt werden konnten - auf der einen Seite die stufenweise Veränderung der Landesumlage, auf der anderen Seite aber die finanzielle Absicherung mit der Mindestausstattung nach der Kopfquote mit diesen 7.400,- Schilling im Rahmen der Strukturhilfe, und als dritte Säule ganz wesentlich die Aufrechterhaltung der Fonds - auf Vorschlag unseres Finanzlandesrates und des Herrn Landeshauptmannes, gemeinsam vereinbart werden konnte zum Vorteil der Gemeinden draußen.

Es scheint auch ein Mißverständnis zu geben in den Fragen der Raumordnung. Es ist vielleicht irgendwo auf Popularitätshascherei oder ein besonders eifriges Journalistentum oder vielleicht auch eine bewußt politische Formulierung zurückzuführen, daß gerade hier im Zusammenhang mit der Raumordnung die Frage der Amnestieregelung so hochgespielt wurde. Ich bin selbst Mitglied des Unterausschusses und ich denke, daß wir die Frage in der Form nie so diskutiert haben. Denn alle wissen, daß wir uns im Rechtsstaat befinden, daß Amnestieen allein der Bundespräsident zu vergeben hat und nicht ein einzelner Abgeordneter oder ein Landtag oder sonstwer.

Wir glauben, wenn wir die Thematik sachlich behandeln, und das wollen wir, daß wir gerade bei diesen Fragen eine gemeinsame Lösung finden. Die Raumordnung ist auch damals nicht irgendwo abgejuxt worden oder wie das geheißen hat in Ihrer Formulierung, Herr Klubobmann. (*Abg. Keusch: Abgetrotzt!*) Abgetrotzt. Die SPÖ oder die Sozialdemokratische Partei wird ja auch früher schon einen anderen Platz gefunden haben als im Trutzwinkel zu stehen und zu trotzen. Abtrotzen ist, glaube ich, keine passende Formulierung. Ich möchte festhalten, ich war damals nicht Mitglied dieses Hohen Hauses, darf aber feststellen, daß gerade zu jener Zeit, als die Volkspartei die Mehrheit in diesem Hause hatte, die wesentlichen Fragen der Raumordnung beschlossen wurden zum Vorteil, um eben im Land draußen Ordnung zu haben. Ich glaube, da kann man nicht vom Abtrotzen oder ähnlichem reden. Wie wohl wir auch klar sagen müssen, daß auch wenn Vorschläge entsprechend ausgearbeitet sind - und es war sicherlich bei der Raumordnung nicht einfach, damals das Konzept zu finden - es trotzdem notwendig ist, zeitweise Adaptierungen vorzunehmen. Gerade jetzt mit der anstehenden Novellierung des Raumordnungsgesetzes in den

Ausschüssen und vor allem hier auch im Unterausschuß besteht durchaus das Erfordernis, gerade bei der Frage von Grünlandbauten bei nicht landwirtschaftlichen Gebieten - und ich glaube von denen wurde hier gesprochen - daß hier über die Frage der "Geb. Widmung" durchaus Möglichkeiten bestehen, berechnete Bauvorhaben als solche vielleicht hier in das Raumordnungsprogramm mit aufzunehmen. Es wird ganz einfach nicht möglich sein, auf einem anderen Weg wirklich rechtlich Sanierungsmaßnahmen zu erreichen. Wobei wir glauben, daß jene Fehler, die da entsprechend Berücksichtigung finden sollen, sehr genau zu prüfen sind und dann erst mit aufzunehmen sind.

Das alles, geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses, sind natürlich wesentliche Punkte, die uns in der nächsten Zeit gerade draußen in den Regionen, in den Gebieten beschäftigen werden. Und dazu wird natürlich die Europäische Union entsprechende Rahmenbedingungen uns auch bieten. Wir sehen ja jetzt schon, daß in Fragen der Regionalpolitik, der Strukturpolitik im Rahmen der Europäischen Union diese Fonds tatsächlich so als Art Trägerrakete für den wirtschaftlichen Impuls fungieren könnten. Es geht darum, daß diese Chancen draußen auch entsprechend genutzt werden. Denn wir wissen - und auch das ist schon angesprochen worden von den Vorrednern - daß sich diese große Chance für Niederösterreich auftut, hier erfolgreich gerade in Richtung der Regionen eine Belebung vornehmen zu können. Und das Ziel der europäischen Regionalpolitik ist es ganz einfach, durch finanzielle Mithilfe der Strukturfonds jener Regionen mit einem sogenannten sozioökonomischem Entwicklungsrückstand, die auch erhebliche Strukturprobleme haben, eine Hilfestellung zu geben. Ich konnte aus diesem ganzen Bereich, und ich habe mich da relativ stark damit beschäftigt, weil ich auch aus einer Region komme, die natürlich hier im Rahmen des Ziel 5b-Gebietes mitberücksichtigt werden soll, für mich vier wesentliche Grundsätze ableiten. Der erste Grundsatz ist jener, daß die Konzentration der Mittel auf die Zielgebiete hin zugeschnitten werden soll, wobei wir wissen, daß ja die Abgrenzung bei einem Ziel 1-Gebiet sozusagen vom Europäischen Rat vorgenommen wird, nämlich für jene Gebiete, in denen das Bruttoinlandsprodukt unter 75 Prozent des Durchschnittes der Europäischen Union liegt. Dafür ist das Burgenland bereits vorgesehen in dieser Richtung. Was Niederösterreich betrifft, sind es vor allem die Ziel 2-Gebiete und das Ziel 5b-Gebiet, die Förderungen erlangen können. Wobei man sagen muß, daß die übrigen Zielgebietsregelungen, das Zielgebiet 3, 4 und vor

allem auch 5a, im wesentlichen horizontale Förderungsmöglichkeiten darstellen. Wir haben aber gerade im Rahmen dieser Zielgebietsregelungen sehr viel Diskussion im Zuge der Einteilung, auch der Entscheidung der Österreichischen Raumordnungskonferenz zu leisten. Sicherlich sind noch einige Fragen im Bereich des Ziel 2-Gebietes zu diskutieren, man hört ja, daß die Raumordnungskonferenz etwa eine Bevölkerungskulisse von 14 % national eingereicht hat, doch die EU würde sich etwa 8 % vorstellen. Wobei sicherlich in diesem Zusammenhang notwendig ist, manche Gebiete dann, soweit die Möglichkeit besteht, im Rahmen der Zielgebiet 2-Regelung noch unterzubringen.

Der zweite Grundsatz, dem die Europäische Union hier huldigt, ist der Grundsatz der mehrjährigen Programmplanungen. Das ist ein Grundsatz der Subsidiarität, nämlich jener Grundsatz, daß in den Regionen draußen die Problemlösung erfolgt und die Initiative von den Regionen draußen ausgeht. Die Europäische Union wirkt hier sozusagen partnerschaftlich mit diesem Fonds in Zukunft, um die Hilfestellung entsprechend zu verbessern. Und man erwartet sich, daß mit dieser Programmplanung, die etwa fünfjährig läuft, doch ein sehr effizienter Einsatz der finanziellen Mittel gegeben ist, die entsprechende Flexibilität vorhanden ist, um auch auf Einzelprojekte entsprechend Rücksicht nehmen zu können. Und daß natürlich auch die Überschaubarkeit im Zuge des Gesamtprogrammes gegeben ist.

Der dritte Grundsatz, der hier vertreten wird, ist sicherlich die Frage der Zusätzlichkeit der Europäischen Union im Zusammenhang mit den nationalen Mitteln. Denn es hat ja irgendwo die Sorge auch gegeben, daß es draußen in den Gebieten dann vielleicht so wäre, als ob der Bund oder die Länder das Förderungsvolumen dann zurücknehmen würden. Hier geht die Europäische Union sehr klar davon aus, daß im Zuge der bisherigen Strukturkonzepte die Töpfe im vollen Umfang mindestens zur Refinanzierung herangezogen werden müssen.

Das heißt, mit dieser Konzentration auf Zielgebiete, mit der Programmplanung, mit der Partnerschaftlichkeit bei der Erstellung von Konzepten und mit dieser Additionalität sind hier wirklich die wesentlichen Grundsätze ganz kurz zitiert. Wobei wir gerade im Land Niederösterreich davon ausgehen - und das ist hier zu bemerken - daß es hinausgehend über die sogenannten Zielgebiete natürlich im Rahmen der Wettbewerbskulisse auch nationale Förderregelungen geben kann. Und es ist hier sehr erfreulich, daß die erste

Abklärung des nationalen Regionalfördergebietes von der EFTA-Behörde, der ESA bereits überprüft wurde und Niederösterreich hier mit 56,1 % des Landesbevölkerungsanteiles doch sehr stark mit drinnen ist. Wenn ich also dazu ausführe, daß sich bundesweit der Prozentsatz auf 35,2 % bezieht.

Ganz wesentlich ist zu erwähnen, daß im Zusammenhang mit der Programmplanung die Europäische Union im Jahre 1989 die "Gießkanne" in der Förderungspolitik zur Seite gestellt hat. Die Programmplanung soll eigentlich dazu dienen, nicht ganz einfach "drüber" zu fördern, wie vorher mit der Gießkannenpolitik, sondern über konkrete Programme und mit Kofinanzierung der Länder und der Staaten ganz einfach hier eine effiziente Förderungspolitik zu erreichen. Wobei gerade in den Programmplanungen, die ja in einem gemeinsamen Programmplanungsdokument zusammengefaßt sind, die Stärken- und Schwächenanalysen der jeweiligen Regionen und die Entwicklungsziele beinhaltet sind. Und es ist hier schon erfreulich festzuhalten, daß Niederösterreich hier sehr rasch entschieden hat, daß in den drei Regionen entsprechende regionale Wirtschafts- und Entwicklungskonzepte beauftragt wurden, im Norden Niederösterreichs, in Niederösterreich Süd und auch im Bereich Mostviertel-Eisenwurzen, die in diesem Niederösterreich-Programmplanungsdokument auch Inhalt finden werden und in der Folge in dem staatlichen, um dann auch in Brüssel die entsprechende Gegenüberstellung an Mitteln beanspruchen zu können.

Es ist, glaube ich, hier eines ganz klar anzuführen. Wir haben draußen oft die Problematik, daß wir von Unternehmern, von Gemeinden, Bürgermeister, Gemeindevertretern gefragt werden, wie kann ich denn jetzt zu diesem Geld aus Brüssel kommen? Es werden oft große Summen transportiert und hier ist ganz klar auszuführen, daß auch die Sorge besteht, in dem Programm vielleicht nicht berücksichtigt zu sein. Diese Notwendigkeit besteht nicht, man kann das klar sagen. Das ist sozusagen der Förderungsschirm, unter dem jetzt diese Programme oder diese Einzelprojekte Platz haben müssen. Und diesen Zielen müssen diese Projekte entsprechen. Und es geht darum, daß hier diese jeweiligen Projekte bei den bisherigen Förderungsstellen auch in Niederösterreich entsprechend einzurichten sind.

Ich möchte im Zusammenhang mit der Europäischen Union wirklich nochmals ganz kurz diese Strukturfonds erwähnen. Auch schon von den Vorrednern wurde angesprochen, aber ich darf

doch sehr deutlich hervorheben, daß der Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, der Sozialfonds und der Fonds für regionale Entwicklung natürlich dazu da sind, daß wir diese auch nutzen und daß für Österreich auf Grund der topographischen und geographischen Situation, vor allem auch Richtung Außengrenzen der Europäischen Union, hier auch Chancen für Unternehmen bestehen - man hört etwa aus dem Bereich Schweizerischer Unternehmen daß es durchaus Interesse gibt - gerade den Wirtschaftsraum in Niederösterreich auch entsprechend zu nutzen. Wobei hier gerade in diesen jeweiligen Fonds ganz klar angeführt ist, welche Bereiche hier gefördert sind. Ich darf eines ganz klar betonen und ich nehme Bezug auf die Aussagen des Herrn Klubobmann, der gesagt hat, es sollte doch eine Hinterfragung erfolgen. Ich glaube, das ist ein Grundsatz unserer Landespolitik überhaupt, daß wir Fragen stellen, wenn hier Regelungen, Reglements in Fonds etwa bestehen. Daß hier immer wieder rückgefragt wird, eine Nach-Überprüfung erfolgt, wie denn die Verwendung der Mittel und die Entscheidung sozusagen bezugnehmend auf die Effizienz der Mittel erfolgen soll. Das ist wie beim Autofahren. Gelegentlich einmal in den Rückspiegel zu schauen, wie es hinter einem ausschaut ist, glaube ich, auch ganz wichtig, um die Betrachtungsweise auch des Erfolges, eines gemeinsamen Erfolges sicherzustellen.

Ich darf erwähnen, daß sicherlich auch für das Land Niederösterreich alle anderen Bereiche, nämlich die Aktionsprogramme und Netzwerke der Europäischen Union, die sich auf den Bereich der Arbeitsmarkt- und der Beschäftigungspolitik beziehen und die vor allem bei den kleineren und mittleren Unternehmen besonders wirksam werden sollen, wichtig sind. Es ist zwar in den grundsätzlichen Richtlinien festgeschrieben, daß gerade bei den "KMU-Mitteln", also für kleine und mittlere Unternehmen, 80 % in den Ziel 1-Gebieten eingesetzt werden sollen. Ich glaube aber, daß durchaus klar dokumentiert werden soll, daß Niederösterreich auch im Rahmen der Ziel 5b-Gebiete in dieses Programm mit hineinkommen soll und entsprechende Ansprüche daraus abzuleiten sind. Ich darf also Forschung und Entwicklung ins Treffen führen. Vor allem die Aus- und Weiterbildung wird im Zuge der Umstellung, der größeren Technisierung und der Erforderlichkeit von Betrieben ganz einfach einen wichtigen Bestandteil darstellen, wobei ich anführen möchte, daß in Ergänzung oder aufbauend auf diese Gemeinschaftsinitiativen gerade für Niederösterreich zwei Dinge von besonderer Bedeutung sein werden. Das ist auf der einen Seite das Interregprogramm und das ist

"leader II". Das Interregprogramm ist ein Programm, das natürlich vom Fördervolumen nicht so besonders stark ausgestattet ist. Wir wissen, daß es zwar in Summe europaweit mit 2,9 Milliarden ECU ausgestattet ist, doch ist es so, daß auf Grund derzeitiger Abschätzung - und das kann man ja sicherlich noch nicht endgültig und schlüssig bis zu jedem Schilling vollziehen - in Niederösterreich ungefähr 20 Millionen Schilling zur Verfügung stehen werden. Wenn man das mit der entsprechenden Kofinanzierung umrechnet, dann ist hier etwa das Dreifache zu erwarten. Dieses Interregprogramm geht vor allem in jene Richtung, daß landesübergreifend auch gegenüber Drittländern entsprechende Maßnahmen hier gesetzt werden können. Daß besondere Entwicklungsprobleme dieser Regionen, vor allem auch des Grenzlandes hier Berücksichtigung finden. Ich glaube, daß sicherlich im Rahmen der Regionalkonzepte schon Vorsorge getroffen wurde, dieses Interregprogramm auch für uns zu beanspruchen.

Sehr interessant wird auch sein, das leader II-Programm genauer unter die Lupe zu nehmen, ebenfalls von der finanziellen Ausstattung her. Wenn man grob rechnet etwa 15 Millionen Schilling, für Niederösterreich gesehen, kann man das wiederum durch die Kofinanzierung mit drei multiplizieren. Dann schaut es so aus, daß wir ja wissen, daß in Europa dieses Programm doch in einigen Gebieten eine besondere Bedeutung erlangt hat. Ich darf dazu anführen, daß der ehemalige EU-Kommissar Rene Steichen erwähnt hat, das Europäische Netzwerk "leader II" sei der Humus für die Projekte der grenzüberschreitenden ländlichen Kooperation, deren Entwicklung er sich wünsche. Und gerade diese grenzüberschreitende Kooperation einerseits innerhalb des europäischen Fördergebietes, innerhalb der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, aber natürlich auch im Zusammenhang, wie ich vorhin zitiert habe, des Interreg-Programmes, wo über die Grenzen der Europäischen Union hinaus hier diese Programme durchgezogen werden sollen. Wobei natürlich die Anforderungen an ein leader-Programm sehr hoch gelegt sind. Es muß bei Projekten die sogenannte Mustergültigkeit hervorgehoben werden. Es muß ganz klar der Inhalt der Projekte sich von üblichen Regionalförderprojekten deutlich abheben und muß gerade im Hinblick auf die Verwaltung und auf die Erfüllung dieser Aufgabe auch mit einer entsprechenden Schaltstelle versehen sein. Eine Vernetzung ist vorgesehen, um sozusagen ein europäisches leader-Netz zu erreichen.

Ich glaube, daß es notwendig ist, wenn wir all diese Chancen auch ausnutzen wollen, daß wir

uns auch als Land entsprechend präsentieren. So wie wir das von Unternehmen erwarten. Wenn man sich präsentiert und ein "Entree" hat, dann ist natürlich auch wichtig, daß man einen entsprechenden Bekanntheitsgrad aufweist. Und beim Bekanntwerden ist natürlich die Visitenkarte ganz entscheidend. Als Abgeordneter des Bezirkes Melk freue ich mich natürlich, die Studie der Wirtschaftsuniversität hier zitieren zu können, die da sagt, daß von allen Anfragen dieser Studie zu 100 Prozent sofort das Stift Melk als am meisten mit der Identität Niederösterreichs verbunden genannt wurde. An zweiter Stelle wurde der Donauraum genannt. Dazu ist zu sagen, daß gerade das Stift Melk, wirklich im Herzen Niederösterreichs gelegen, und der gesamte Donauraum auch als große Ziele sich in Zukunft uns anbieten werden. Sollte es nicht bekannt sein, es handelt sich um eine in der NÖN veröffentlichte Studie der Wirtschaftsuniversität Wien. Ich glaube, daß wir diesen Visitenkartenvorteil ausnutzen sollten. Gerade in einem Europa der Regionen wird das auch notwendig sein. Wenn man einen Holländer nächstens aufweckt und man zeigt ihm das Stift Melk, soll er sofort Niederösterreich damit verbinden. Das wäre natürlich der Idealzustand. Wir hoffen, daß man diesen Zustand erreichen kann. Wir werden ihn aber nur dann erreichen, wenn wir die Chancen, die bestehen, auch nutzen. Wenn wir gerade auch im Zusammenhang mit dem Zweitplazierten, nämlich der Donau, auch versuchen, etwa im Tourismusbereich die Donauschiffahrt auch entsprechend in unsere Programme aufzunehmen. Indem wir Landemöglichkeit bieten, Länden ausbauen und neue Möglichkeiten für die Schifffahrt schaffen. Vor allem im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Anbindung darf ich die Forderung hier in diesem Hause deponieren, daß wir - Ennshafen, Hafen Krems und die übrigen Häfen im Bereich der Donau sind hier ganz wichtig - aber daß zusätzliche Umschlagplätze etwa im Raum Pöchlarn und verschiedenes mehr hier notwendig sind, um auch die Wirtschaftskraft der Donau entsprechend auszunutzen und der regionalen Wirtschaft hier mit kurzen Transportwegen eine Chance zu geben.

*(Dritter Präsident Ing. Eichinger übernimmt den Vorsitz.)*

Ich darf auch feststellen, daß es schon wichtig ist, nicht nur eine Visitenkarte für Niederösterreich zu haben, sondern auch eine in Brüssel. Der Herr Landeshauptmann war diesbezüglich wirklich sehr zukunftsweisend, als er sofort in der Regierung vorgeschlagen hat - und die Regierung hat das ja gemeinsam beschlossen - ein Kontaktbüro in Brüssel

einzurichten. Um wirklich auf jene Dinge reagieren zu können, die sich neuerdings in Brüssel ergeben, aber auch in der Gegenrichtung, wenn es Forderungen von uns gibt, wenn Wünsche und Fragen kommen, daß diese sofort an Ort und Stelle bestmöglichst einer Antwort oder einer Lösung zugeführt werden können. Ich glaube, daß diese Überlegungen der Regionalpolitik und der Stärkung des ländlichen Raumes ja sicherlich in den Strukturkonzepten und in den Zielen der Europäischen Union enthalten sind, wir aber gerade von der Landespolitik her für uns in Anspruch nehmen können, daß wesentliche Dinge bereits vorher erfolgten. Es wurde schon angesprochen heute ECO-PLUS, gerade die Wirtschaftsförderung, die Regionalförderung ist in diesem Zusammenhang besonders zu betonen. Und bei dieser Partnerschaft, unter der dieses heute zu verhandelnde Budget steht, unter der Partnerschaft ist natürlich auch die Partnerschaft zwischen der Verwaltung und den ländlichen Gebieten, den Regionen zu verstehen.

Es ist festgestellt worden, die Arbeit sei mit Freude zu erleben und auch die Erfolge wären vielleicht mit Freude und gemeinsam zu feiern. Unlängst hat einer gesagt, naja, wer verliebt sich denn schon in einen Binnenmarkt? Trotzdem muß man sagen, daß es vielleicht nicht eine Liebeserklärung an die Europäische Union war, aber daß natürlich jene Punkte im Vordergrund gestanden haben, die die Fragen der Sicherheitspolitik, der Friedenssicherung und die Vorteile der Wirtschaft auf unseren Weg in die Zukunft, im Land Niederösterreich besonders prägen werden. Ein Zitat eines Philosophen ist mir in die Hände gefallen, das ich hier erwähnen möchte. Es hat etwa gelautet: Wo käme man hin, wenn jeder nur sagte, wo käme man hin und niemand ginge, um einmal zu schauen, wohin man käme, wenn man ginge. Ich glaube, daß dieses Gehen hier sehr klar von uns vorbereitet wurde. Ein Gehen auf einem Weg in eine gemeinsame Zukunft. In eine Zukunft mit dem Ausnutzen der Vorteile der Europäischen Union. Die Politik und auch die Reglements der Europäischen Union werden uns Angebote geben, werden hier Brücken anbieten. Es wird an uns liegen, diese Brücken zu benützen. Aber nicht nur die Brücken zu benützen, sondern diesen Weg auch sehr konkret und klar aus unserer Vorstellung her mitzugestalten. Und ich glaube, der Weg, den wir begonnen haben, mit der Regionalpolitik und gerade im Zusammenhang mit der Europäischen Union, gemeinsam zu gehen, diesen Weg sollten wir gehen. Wir sollten ihn beginnen, jederzeit, auch hier, auch jetzt, auch heute! Ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Klubobmann Dr. Bauer.

Abg. Dr. BAUER (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ganz kurz: Wenn Sie auch noch die Richtung wissen, dann ist schon das Ziel gewonnen. Aber folgendes: Ich möchte feststellen, daß doch in der Raumordnung relativ hohe Übereinstimmung besteht und das läßt hoffen, daß wir im nächsten Jahr sehr viel gemeinsam durchbringen. Weniger erfolgreich ist man nach wie vor im Bereich der Landesumlage. Denn hier scheint es wirklich so, als ob Landesrat Mag. Freibauer das ganz bewußt nicht zur Kenntnis nehmen will. Er hat das so umschrieben, daß er gesagt hat, es wurde kryptisch formuliert. Er weiß genau, was dieses kryptisch bedeutet. Nämlich, "kryptisch" war das nicht. Sondern es war der Hinweis, daß für die finanzschwachen Gemeinden genau dieser Ausgleich herzustellen ist. Und damit möchte ich das nun einmal wirklich beenden und möchte zu einem gemeinsamen Resolutionsantrag kommen, weil ich soviel Übereinstimmung gesehen habe in der Raumordnung. Ich bin auch sehr dankbar, daß der Hinweis von Herrn Abgeordneten Gratzner gekommen ist, daß er zwar mitstimmt, aber von der Zielsetzung her nicht beitreten kann. Da möchte ich vielleicht ergänzen, das heißt nicht in dieser Formulierung, daß nicht Niederösterreich ein großer Gewinner sein soll, sondern ganz im Gegenteil. Wir gehen davon aus, daß natürlich entlang dieser Strecke sehr wohl Betriebsansiedlungen und Möglichkeiten entstehen und geschaffen werden bis Angern. Und wenn ich jetzt sage Wien, dann deshalb, weil hier der größte Inlandsterminal überhaupt von Europa vorliegt. Das werden die wenigsten wissen, daß wir in Wien darüber verfügen.

Ich stelle zur Gruppe 0 folgenden Resolutionsantrag (*liest*):

#### "Resolutionsantrag

der Abgeordneten Dr. Bauer und Ing. Eichinger zur Gruppe 0 des Voranschlags des Landes Niederösterreich für das Jahr 1995, Ltg. Zl. 218, betreffend Errichtung des Donau-Oder-Elbe-Kanales.

Seit Jahrzehnten gibt es Überlegungen zur Errichtung eines Schiffahrtskanales, welcher die Donau mit der Oder und schließlich der Elbe verbinden soll. Die bereits begonnenen Bauarbeiten mußten kriegsbedingt eingestellt werden. Die poli-

tische Situation nach dem II. Weltkrieg ließ die Verwirklichung dieses Projektes unrealistisch erscheinen. Erst die neue politische Entwicklung in den ehemaligen Oststaaten hat zu neuerlichen Überlegungen geführt, neben einer West-Ost-Verbindung durch den Rhein-Main-Donau-Kanal auch eine Nord-Süd-Verbindung durch einen Donau-Oder-Elbe-Kanal zu schaffen. Von besonderer wirtschaftlicher Bedeutung für die gesamte Ostregion ist es jedoch, von welchem Donauhafen aus der Kanal beginnt. Es wäre daher angebracht, sämtliche Aspekte und damit auch die wirtschaftlichen Auswirkungen auf Niederösterreich im Rahmen einer Kosten-Nutzen-Analyse zu prüfen.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert, mit allen zuständigen Stellen, darunter auch mit der Planungsgemeinschaft Ost (PGO) in Verhandlungen zu treten, unter Berücksichtigung sämtlicher Aspekte eine Kosten-Nutzen-Analyse zu erarbeiten und zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen eine Führung des Donau-Oder-Elbe-Kanales von Wien aus über niederösterreichisches Gebiet möglich ist."

Ich bitte, diesem Resolutionsantrag die nötige Unterstützung zu geben.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt der Herr Abgeordnete Hoffinger, ich erteile es ihm.

Abg. HOFFINGER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich werde mich in den nächsten Minuten mit der Landesentwicklung bzw. mit der Regionalisierung befassen.

Die Landesgesellschaft ECO-PLUS ist mit Betriebsansiedlung, Regionalisierung und dem Management eigener Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsparks beauftragt. Gleichzeitig mit Beschluß der Landeshauptstadt St. Pölten haben wir hier im Landtag ein Regionalisierungsprogramm zur Stärkung der Regionen in Niederösterreich beschlossen und ECO-PLUS mit der Umsetzung beauftragt.

Die Entwicklung der Betriebsansiedlungstätigkeit zeigt folgendes Bild. In den drei ersten Quartalen des Jahres 1994 wurden mit 19 Betrieben über 570 Arbeitsplätze in den Regionen Niederösterreichs angesiedelt. Insgesamt haben sich vom Jahr 1986 bis zum dritten Quartal 1994 215 Betriebe mit über 7.000 Arbeitskräften in den Regionen Niederösterreichs angesiedelt. Diese Zahlen beziehen sich auf die Ansiedlung

außerhalb der ECO-PLUS Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsparks. Wenn man diese Zahlen mit jenen des Vorjahres, das von der weltweiten Rezession geprägt war, vergleicht, so kann man einen Wiederanstieg der Betriebsansiedlungen feststellen. Vor allem nach dem positiven Ausgang des Referendums für den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union ist hier eine verstärkte Nachfrage festzustellen. In das Wirtschaftsreferat zu Landesrat Gabmann kommen jede Woche interessierte Investoren, die sich erkundigen, wie in Niederösterreich die Wirtschaftsförderung und die Möglichkeit einer Betriebsansiedlung gegeben ist. Aus diesen Gesprächen kommt immer wieder klar hervor, daß die Chancen Niederösterreichs als Standort für internationale Investoren weiter steigen werden, wenn wir im nächsten Jahr bei der Europäischen Union sind. Allerdings muß wegen des internationalen Wettbewerbes ständig an der Verbesserung der Infrastruktur gearbeitet werden.

In den letzten Jahren wurden in Niederösterreich einige Anstrengungen bereits unternommen um diese Standortqualität für in- und ausländische Interessenten und Investoren zu erhöhen. Dazu gehört der weitere Ausbau der Infrastruktur, die Schaffung von Industrie- und Gewerbeparks, Technologietransferzentren, auch der Ausbau grenzüberschreitender Infrastruktur und die Schaffung leistungsfähiger Verkehrsverbindungen. Viel ist schon geschehen, aber es bleibt noch viel zu tun.

Und wenn heute Klubobmann Dr. Bauer davon gesprochen hat und auch von anderen Rednern ist es gekommen, daß wir den Nahverkehr dringend ausbauen müssen, wie auch die Verkehrswege, dann darf ich daran erinnern, daß wir sehr lange schon fordern den Ausbau der S 2 hinaus nach Mistelbach. Seit zehn Jahren wird das versprochen, aber es geht nichts weiter. Ich glaube, gerade auf diesem Gebiet sollte so rasch wie möglich etwas geschehen. Auch die Umfahrung Wiens, der Ausbau der Brünner Straße, die Umfahrung von Wolkersdorf, das sind alles Wünsche, die wir immer wieder einbringen. Wir hoffen, weil wir ja vom Land her 20 % Beitrag des Landes für den Ausbau der S 2 nach Laa a.d. Thaya zugesagt haben, daß hier endlich etwas weitergeht. Denn wir wissen, daß besonders bei Betriebsansiedlungen die erste Frage immer wieder ist, wie sind denn die Verkehrswege, wo können wir die nächste Autobahn erreichen. Und daher ist es sehr schwierig für uns etwa im Poysdorfer Bereich, mit der Ansiedlung des Betriebsgebietes in Poysdorf hier weiterzukommen, weil uns diese wichtigen Verkehrswege fehlen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen nun einen kurzen Bericht auch über die neueste Entwicklung in den ECO-PLUS Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsparks, in den eigenen Betriebsleistungsparks geben.

Das erste Industriezentrum entstand in Wr. Neudorf, was sicherlich den meisten hier bekannt ist. Bisher haben sich dort 280 Betriebe mit über 7.000 Mitarbeitern angesiedelt. Ein Großteil davon sind Tochtergesellschaften internationaler Konzerne. Die Verwertung der Grundstücke im Industriegebiet Wr. Neudorf ist so erfolgreich, daß derzeit die Möglichkeit einer Erweiterung geprüft wird.

Für den Industriepark Wolkersdorf wurde eine Erweiterungsfläche von acht Hektar erworben und es konnten bereits sechs Ansiedler dort konkret angesiedelt werden. Wir hoffen, daß es in diesem Sinne weitergeht. Der angesprochene Dienstleistungs- und Gewerbepark in Poysdorf konnte heuer am 28. September von Landesrat Gabmann eröffnet werden, die Aufschließungen sind abgeschlossen und gleich am Tag der Eröffnung konnte die erste Bauverhandlung stattfinden.

Auch im Industriepark Ennsdorf fand im September die feierliche Eröffnung statt durch Landesrat Gabmann und seinen Kollegen Leitl aus Oberösterreich. Der Bahnanschluß im Industriepark und in den Donauhafen Enns-Ennsdorf konnte dort fertiggestellt werden. Es ergeben sich dadurch sehr viele Möglichkeiten der Betriebsansiedlung, da wir den Investoren nun anbieten können, sowohl den Warenumschatz über Bahn, Wasser und Straße zu benützen und das ist sicherlich ein Zuckerl, das es sonst nirgends gibt.

Im Osten Niederösterreichs, in Bruck a.d. Leitha ist ein weiterer Industriepark geplant. Wir reagieren damit auf die Ostöffnung. 44 Hektar Grund wurden dort von ECO-PLUS bereits angekauft, im Moment finden die Verhandlungen statt, die Aufschließungsmaßnahmen werden dann im Frühjahr folgen. Der Industriepark liegt direkt an der Ostautobahn, daher erhoffen wir uns hier wirklich, daß wir besser dran sind. Wir sehen die große Gefahr, nämlich aus dem Burgenland, dort gibt es das Ziel 1-Gebiet und daher müssen wir rascher sein und rascher handeln, damit wir Erfolg haben.

Im Industriegebiet und Industriepark Wr. Neustadt wurde das Technologiezentrum für umweltverträgliche Verfahren und Produkte errichtet. Die Fachhochschule in Wr. Neustadt

wurde im Herbst 1994 ebenfalls gestartet, die Studiengänge "wirtschaftsberatende Berufe" und "Präzisions-, System- und Informationstechnik" sind bereits ausgebucht bzw. überbucht.

Meine Damen und Herren! Nach den Aktivitäten im Bereich der Betriebsansiedlung und des Managements der eigenen Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsparks möchte ich nun auf das Regionalisierungsprogramm eingehen. Seit Beginn der Umsetzung im Jahre 1987 wurden 508 Projekte gefördert, immerhin mit einer Summe von 3,1 Milliarden Schilling, was wiederum zehn Milliarden Schilling an Investitionen mit sich gebracht hat. Zwei Drittel der geförderten Projekte entfallen auf den Dienstleistungsbereich. Dazu zählen vor allem der Tourismus, die Gesundheit, Freizeiteinrichtungen und der Kulturbereich. Mit dieser sektorenübergreifenden Förderung kann auf die besonderen Stärken, aber auch auf die Probleme der Regionen eingegangen werden. Es können maßgeschneiderte Lösungen gefunden werden, diese Strategie kommt vor allem den strukturschwachen und entwicklungsschwachen Regionen in Niederösterreich zugute.

Bei der Beurteilung der Förderungsmöglichkeiten werden hohe Maßstäbe gesetzt. Nur hoch qualifizierte Projekte mit einem gewissen Einmaligkeitscharakter genügen diesem Anspruch. Der Aufsichtsrat von ECO-PLUS hat Kriterien zur Projektauswahl erarbeitet, die sich in den über sieben Jahren Erfahrung bewährt haben. Zu den Kriterien zählen Qualität des Produktes, des Projektes und seine Auswirkung auf die Region, der raumordnungspolitische Zielbeitrag und letztlich die Beziehung der Region zum Projekt. Eine wichtige Rolle spielt die Förderung von Tourismus- und Kulturprojekten im Dienstleistungsbereich, wobei grundsätzlich nur Kulturprojekte mit einer touristischen Impulswirkung unterstützt werden. In Anbetracht des steigenden Stellenwertes des Kulturtourismus in der Tourismus- und auch Regionalpolitik wurden am 4. Mai 1994 die Diskussionsveranstaltung im Vereinshaus Horn mit dem Titel "Kulturtourismus in Niederösterreich, Chancen für die Region" abgehalten. Über 180 Teilnehmer aus dem Bereich Kultur, Tourismus und Medien sind der Einladung gefolgt. In den letzten Jahren wurden ja verstärkt Projekte im Kulturtourismus unterstützt. Diese Strategie ist richtig und findet auch eine optimale Einbettung in der tourismuspolitischen Leitbildvorstellung des Landes, nämlich im neuen Tourismusleitbild 2001.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch in der Europäischen Union wird Regionalförderung im Sinne eines Europa der Regionen groß

geschrieben und ECO-PLUS wird ihre Erfahrung in diesem Bereich verstärkt einbringen und arbeitet bereits intensiv mit den diesbezüglichen EG-Gremien auf Landesebene und bei der österreichischen Raumordnungskonferenz mit. Ich möchte zum Abschluß auch auf die gute Zusammenarbeit im Aufsichtsrat verweisen und bin zuversichtlich, daß die Regionalisierung auch im nächsten Jahr mit großer Verantwortung zum Wohle unserer Bürger zielstrebig fortgesetzt wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Auf der Galerie haben die Schülerinnen und Schüler der Fachschule Pyhra Platz genommen; ich begrüße sie. Zu Wort gelangt der Herr Abgeordnete Uhl.

Abg. UHL (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir sind zwar erst in der Gruppe 0, haben aber bereits ein bißchen Zeitverzug. Ich werde daher nur zu jenen Punkten Stellung nehmen, zu denen ich glaube, unbedingt etwas sagen zu müssen.

Zum Unterschied zum Liberalen Forum werden wir Sozialdemokraten trotz der Zustimmung bereits in der Regierung und auch der Zustimmung zu dem vorliegenden Budgetentwurf unsere Wünsche, Ziele, aber auch Anträge dazu einbringen. Sicherlich, wir würden einiges anders machen. Mit einem Verbleiben im "Trutzwinkerl" kann man nichts ändern, kann man kein Problem lösen. In meiner langjährigen politischen Tätigkeit habe ich mir einen Grundsatz zurechtgelegt: "Die Mehreren müssen nicht immer die Gescheiterten sein, aber sie haben immer recht". Die unangenehmste Position in der Demokratie ist jene der Minderheit, das ist klar. Politik heißt aber auch, Gemeinsamkeiten suchen, gemeinsam Probleme lösen und gemeinsam entsprechende Rahmenbedingungen für ein sinnvolles Miteinander schaffen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man in den letzten Tagen Zeitungen und Radiosendungen gehört hat, wenn man da gehört hat, daß der Abgang von etwa 5,5 Milliarden Schilling zurückzuführen sei auf die Abschaffung der Landesumlage und auf die EU, dann finde ich 300 Millionen Schilling Budgetabgang durch die Landesumlage, erster Teil. Trotz langem Suchens fand ich keine Finanz- oder keine Budgetpostenzuweisung in Sachen EU. Ich habe heute am Vormittag dann gehört, daß dies in einem separa-

ten Akt im Frühjahr des kommenden Jahres durchgeführt werden wird.

Einige Wort auch zum Dienstpostenplan. Eine minimale Erhöhung der Dienstposten um knapp über zwei Prozent ergibt sich aus diesen Unterlagen. Und ich glaube, wir sollten auch hier einmal primär sagen, daß hier alle technischen Möglichkeiten und technischen Geräte in Zukunft eingesetzt werden, daß wirklich das Ausweiten des Dienstpostenplanes in erträglichem Rahmen bleibt. Denn eines ist auf jedem Arbeitsplatz klar: Entweder man investiert in Technik, oder man muß zusätzliche Personen einstellen. Ich glaube, in der heutigen Zeit ist das Einstellen von zusätzlichen Personen mit so hohen wirtschaftlichen Ausgaben verbunden, daß letztendlich die Zahl an technischen Errungenschaften einzusetzen sinnvoller und besser erscheint und außerdem eine effizientere Arbeitsmöglichkeit besteht.

Wenn wir aber sehen, daß alleine fast 27 % in der Hoheitsverwaltung tätig sind und fast 35 % dafür tätig sind, um uns und jenen, die Hilfe brauchen, das Leben angenehmer zu machen oder überhaupt erst erträglich zu gestalten. Das sind die in den privaten Wirtschaftsversorgungseinrichtungen, wie Krankenanstalten, Pflegeheimen, Pensionistenheimen usw. Jene insgesamt 17.972 Personen, die wir an Beschäftigten haben, aber auch jene zugezählt, die bereits im Ruhestand sind, insgesamt 25.419 Personen, führen dazu, daß das Land Niederösterreich ein unheimlich großer Dienstleistungsbetrieb ist. In der Privatwirtschaft würde das ein unheimlich großer Betrieb sein. Wieso ich das so besonders ausführe? Ich könnte jetzt nahtlos meinen Budgetdebattenbeitrag vom vorigen Jahr nehmen und könnte den hier vorlesen, nämlich wo es um Objektivierung und das Ergebnis der Personalvertretungswahlen geht. Denn trotzdem der Herr Landeshauptmann in seiner Art diese Objektivierung ganz besonders immer wieder vorgestellt hat, fanden wir bei den letzten Personalvertretungswahlen wieder Ergebnisse vor, wonach - und es besteht diese Aufzeichnung aus insgesamt sechs bzw. sieben Dienststellen - 100 Prozent aller Bediensteten der Fraktion christlicher Gewerkschafter angehören. *(Abg. Litschauer, Abg. Nowohradsky: Es handelt sich um eine geheime Abstimmung, Herr Kollege!)* Also, Herr Kollege! Wenn Sie jetzt sagen, das ist eine geheime Wahl und Sie wissen nicht, wer "schwarz" gewählt hat, wenn 100 Prozent so wählen, dann fühle ich mich gepflanzt. Wenn das Ergebnis 100 Prozent beträgt, dann ist ja das Wahlgeheimnis, wenn Sie so wollen, nicht mehr

gewahrt. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Herr Kollege! Zum Unterschied von Ihnen nenne ich das nicht Überzeugungsarbeit. Das sind vielmehr handverlesene Auslesearbeiten und -verfahren, die im vorhinein durchgeführt wurden. Das muß man ganz einfach feststellen. Und ich glaube, hier soll man wirklich ein Umdenken für die Zukunft durchführen. (*Abg. Hiller: Die ungültigen Stimmen muß man auch zählen!*)

Sie gehen nach dem Motto, Herr Kollege, die zwei, die nicht "schwarz" gewählt haben, werden wir auch noch finden, oder? (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Herr Kollege! Bei 100 Prozent braucht man nicht viel zu verdrehen, ich glaube, das ist eindeutig.

Ich glaube, daß die Stellung des Beamten bzw. des Vertragsbediensteten in der heutigen Zeit grundsätzlich überdacht werden soll. Auf der einen Seite steht die Unkündbarkeit und sind gewisse Voraussetzungen, auf der anderen Seite soll diese Diskussion in Sachen der Verdienstmöglichkeit wirklich emotionslos besprochen und betrachtet werden. Es ist ja so, daß auf der einen Seite man hochqualifizierte Leute sehr schwer bekommt. Wenn heute jemand ein Studium abgeschlossen hat, geht er nicht in den öffentlichen Dienst, sondern meist in der Privatwirtschaft, wo er mehr verdient. Daher muß man mit 17 Sachen irgendwie versuchen, doch einigermaßen die Verdienstmöglichkeit zu bieten. Und wenn der dann, ich sage es jetzt so, vor der Pension steht, verdient er halt um einiges mehr. Unter dem Strich, wenn man zusammenzählt, bleibt es etwa gleich. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, ein junger Mensch, der eine entsprechende fertige Berufsausbildung hat, der will ja, wenn er ins Berufsleben geht, gleich ein bißchen was verdienen und nicht warten, bis er auf diesem Arbeitsplatz 10, 15 oder gar 20 Jahre gesessen ist. Hier glaube ich, soll man ein Umdenken durchführen, damit wirklich das entsprechende Personal, das gebraucht wird, auch von der Verdienstseite her aufgenommen werden kann. Eines möchte ich hinzufügen. So eine Amerikanisierung im wahrsten Sinne des Wortes, daß, wenn ein neuer politischer Verantwortlicher kommt, dort alle Beamten ausgewechselt werden, ich glaube, das ist sicherlich auch nicht sinnvoll.

Daß wir 1994 wieder wesentliche Deregulierungs- und Dezentralisierungsmaßnahmen verwirklicht haben, ist letztendlich auch zu einem Gutteil unserer - das muß man also dazusagen - unserer NÖ Verwaltungsakademie zuzuschreiben. Denn hier wurde wirklich gute Arbeit geleistet und eine gute Ausbildung für unsere Beamten ge-

schaffen, die damit wieder, ich sage jetzt so, zu den Bürgerinnen und Bürgern hinaus an die "Front" gehen. Denn eines ist klar, meine sehr geehrten Damen und Herren. Der Bürger, der auf ein Amt kommt, der will etwas oder er will sich beschweren. Also beide Male will er etwas. Das heißt, in der Regel hat dann der Beamte eher eine undankbare Aufgabe. Weil er eigentlich mehr geben soll als er tatsächlich geben kann. Er soll rund um die Uhr da sein, er soll aber keine Überstunden machen. Er ist sicherlich in einem Spannungsverhältnis drinnen. Diese Aufgabe kann wirklich nur dann voll bewältigt werden, wenn eben die entsprechende Ausbildung dafür zur Verfügung steht. In unseren Ausbildungsstätten, eben der NÖ Verwaltungsakademie, wird wirklich gute Arbeit geleistet. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Erfolg dieser Tätigkeit kann sich sehen lassen. Ich kann daher wirklich ein Dankeschön an alle sagen, die hier an irgendeiner Stelle irgendwo mitgearbeitet haben.

1993 habe ich hier von dieser Stelle aus festgestellt, daß diese Abstimmung über den Beitritt zur EG nach den Staatsvertragsverhandlungen eine der wichtigsten Entscheidungen in unserem Jahrtausend sein wird. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zwei Drittel aller Österreicherinnen und Österreicher haben diese Abstimmung positiv beantwortet mit einem Ja. Ja, wir sollen zur Europäischen Gemeinschaft gehen. Jetzt geht es darum, daß wir auch das eine Drittel, das seinerzeit mit Nein gestimmt hat, aus welchen Gründen immer, daß wir diese Personen überzeugen, daß dieser gemeinsame Weg in einer gemeinsamen Europäischen Union wirklich besser ist. Ich darf alle Verantwortungsträger aufrufen, nicht nur auf eine Berufsgruppe, auf eine Art und auf eine Gruppierung zu schauen, sondern wirklich zu versuchen mitzugehen. Wenn wir nämlich hineinkommen in diese Gemeinschaft, dann werden wir sicherlich gemeinsam das Beste und das meiste erreichen, nach dem Motto, wenn wir alle an einem Strick ziehen und noch dazu in dieselbe Richtung, dann wird sicherlich für die Österreicherinnen und Österreicher und im Speziellen hier für die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher das Beste herauskommen.

Hohes Haus! Wenn der Zeitplan für die Landeshauptstadt, sprich für das Regierungsviertel stimmt, dann wird wahrscheinlich die heurige Budgetdebatte die vorletzte in diesem Rahmen sein, wenn man den Umzug im Jahre 1996 berücksichtigt. Und ich glaube, dazu müssen wir noch einige Voraussetzungen schaffen, damit wirklich hier ein

Übergang oder ein Hinübergehen gelingt. Ich sage das jetzt einmal von dem einen Haus in das andere, jedoch nicht von der räumlichen Seite alleine, daß hier wirklich einige der Ressentiments abgebaut werden können.

Und ich glaube, hier haben wir wirklich noch einiges vor. Ich komme selbst dem heute schon ein paar Mal angesprochenen Umland Wien. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Klubobmann Dr. Bauer hat es heute schon gesagt, wenn hier der Landeshauptmann von Niederösterreich und der von Wien einander umarmen, dann ist das noch zu wenig. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Schauen Sie einmal an einem Samstag, oder wie es jetzt vor Weihnachten ist, was sich da wirklich abspielt. Das sind Horrorszeneen, die sich hier für die Bewohner in diesem Bereich abspielen. Und wenn man in verschiedenen Zeitungsberichten von 30.000 und von 40.000 Fahrzeugen in 24 Stunden spricht, so meine ich, daß das nicht mehr verantwortlich ist. Der Herr Präsident Ing. Eichinger wird mir beipflichten. Ich weiß schon, er darf nicht mitdiskutieren, wenn er den Vorsitz führt. Aber es ist wirklich ein Problem, denn es sind bitte wirklich weit über 100.000 Fahrzeuge, die hier in 24 Stunden durchfahren. Und für die, die dort wohnen müssen ist es fast an der Grenze des Erträglichen. Daher darf ich wirklich die Bitte aussprechen um das ernsthafte Bemühen, hier etwas zuwege zu bringen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eines, das muß ich unbedingt sagen: Ich glaube, wir sollen alle mitsamt einmal aufhören mit dem Spiel, sind wir in einer "roten" Gemeinde - und ich fange bewußt mit der roten Gemeinde an - dann ist das "schwarze" Land schuld. Sind wir in einem "schwarzen" Land, dann ist der "rote" Bund schuld. Freunde, eines ist klar: Die Probleme, die wir hier dem einen oder anderen zuordnen, können wir nur gemeinsam lösen. Also hören wir auf damit! Denn hätten nämlich unsere politischen Vorgänger bzw. Vorfahren genauso gedacht oder gehandelt, dann würden wir nächstes Jahr nicht "50 Jahre zweite Republik" mit so einem Aufschwung, mit so einem Lebensstandard und mit 50 Jahren Frieden feiern können. Und ich glaube, hier sollten wir uns an jenen ein Beispiel nehmen. Sie haben auch ihre politische Identität und ihre politische Zugehörigkeit nicht geleugnet, sind immer dafür eingestanden. Aber sie haben, wenn es um eine gemeinsame Tätigkeit und um eine Problemlösung gegangen ist, sich halt zusammengesetzt und haben gesagt, ändern wir das. Ich weiß schon, da ändert man das im stillen Kämmerlein und ich sage immer wieder, nachdem ich auch in

der Gemeinde, in der Kommunalpolitik tätig bin, dann kommt die Schaumschlägerei beim Gemeinderat. Freunde, darum geht es nicht. Das Wichtigste ist, daß das Problem gelöst werden kann. Was dann nachher dort bei der Sitzung oder etwa hier bei der Landtagssitzung vorkommt, na das gehört halt ein bißchen dazu, daß hier der eine oder andere seine grundsätzlichen Positionen absteckt. Das gehört dazu, das ist auch ein Teil der Politik.

Ich möchte noch zu einem Punkt Stellung nehmen, das betrifft die Tierschutzhäuser. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gerade jene Häuser übernehmen auch große Aufgaben der öffentlichen Hand, der Gemeinden oder für die Gemeinden. Wie halt so üblich ist, überall dort, wo eine Organisation oder Institution die Aufgaben der öffentlichen Hand übernimmt, übernimmt sie zwar die Agenden, aber in der Regel nicht das Geld dafür. Daher gibt es hier wirklich Probleme, daß wir diese Tierschutzhäuser zeitgemäß ausstatten und damit auch die Tiere dort artgerecht gehalten werden können. Es gibt hier dafür erstmalig zwei Millionen Schilling in diesem Voranschlag. Im Jänner gibt es bereits einen fixierten Termin, an dem der zuständige Vorsitzende des NÖ Tierschutzhauses mit dem zuständigen Landesrat über diese Mittel und wie man sie am sinnvollsten einsetzt, damit hier zusammen dieses Problem gelöst werden kann. Das Ziel dafür muß auch sein, daß auch so ein ähnliches, ich sage jetzt einmal, so ein Raumordnungsprogramm, auch für diese Tierschutzhäuser erstellt werden muß.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe es bereits angeschnitten, nächstes Jahr feiern wir "50 Jahre zweite Republik Österreich". Ich glaube, ein jeder kann stolz sein, der dazu ein Quentchen beigetragen hat. Feiern wir wirklich dieses Fest, 50 Jahre in Friede, Freiheit und in Wohlstand in Österreich aufgebaut zu haben. Ein wesentlicher Teil davon ist Niederösterreich. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Litschauer.

Abg. LITSCHAUER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich darf, meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Voranschlag Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, aus meiner Sicht einige Anmerkungen beitragen, insbesondere natürlich zur personellen Entwicklung in der Landesverwaltung. Es liegt nahezu auf der Hand.

Mir ist zweifelsohne bewußt, daß jede Erhöhung der Ausgaben in diesem Bereich, insbesondere die Erhöhung der Personalkosten, einer kritischen Betrachtung unterzogen wird, wie das zum Teil ja schon meine Vorredner getan haben. Das ist vollkommen legitim. Man muß hinterfragen, warum kommt es etwa im Personalaufwand zu Steigerungen? Was sind letztlich die Ursachen?

Ich freue mich persönlich, daß Herr Kollege Uhl hier sehr objektiv und sachlich diese Entwicklung angesprochen hat und auch die Steigerung der Dienstposten erwähnt hat. Auch Kollege Gratzler, er ist jetzt nicht anwesend, hat in seinen Ausführungen auf die Entwicklung des Dienstpostenplanes hingewiesen. Er hat aber die Vermehrung um 367 Dienstposten einfach im Raum stehen gelassen, ohne sie näher zu erklären. Ich glaube, das ist zu einfach. Das ist meines Erachtens nach zu subjektiv. Man muß schon hinterfragen. Wir wissen natürlich, daß im Laufe der Zeit eine Vielzahl von Aufgaben, meine verehrten Damen und Herren, auf die Landesverwaltung zugekommen sind. Es liegt nicht nur an der Tatsache, daß auch wir, die Legislative des Landtages, mitunter weitere Gesetze "produzieren", wie es so schön heißt, sondern es liegt auch in der Natur der verfassungsrechtlichen Konstruktion, nämlich der mittelbaren Bundesverwaltung, daß auf uns, auf die Landesverwaltung, von den Kolleginnen und Kollegen der Bundesgesetzgebung her doch eine Vielzahl von Aufgaben zukommen.

Die Ausgaben im Jahr 1995 werden steigen. Sie sind aber im Verhältnis zum Jahr 1993 in einer Steigerung begriffen, aus der erkenntlich ist, daß wir im Landesdienst versucht haben, durch entsprechende Umschichtungen die vermehrten Aufgaben ohne Dienstpostenvermehrungen zu bewältigen. Ursache für die Steigerung sind zwei Dinge. Erstens einmal die Tatsache, daß im Jänner 1995 zu erwarten ist, daß es auch im öffentlichen Dienst vermutlich eine Gehaltserhöhung geben wird. Der Herr Finanzreferent hat hier eine Prognose, eine vorsichtige Schätzung bereits angebracht, doch es wird sich zeigen, wie die sozialpartnerschaftlichen Verhandlungen laufen, wie hoch dieser tatsächlicher Prozentsatz ist. Die wesentliche Steigerung ergibt sich aber aus der Tatsache, daß der Dienstpostenplan um 367 Dienstposten steigen wird. Dazu, liebe Kolleginnen und Kollegen darf ich festhalten, daß der Großteil dieser Vermehrungen im Dienstpostenplan auf die Landesanstalten entfällt, nämlich insgesamt 248 Dienstposten. Der größte Teil entfällt auf die Landes-Pensionisten- und Pflegeheime, nämlich 183 Dienstposten. Wir haben hier im Landtag erst vor kurzem einen Beschluß gefaßt, der den Ausbau

der Pensionistenheime, wenn Sie gestatten, die sogenannte "Bettenoffensive", im Pflegebereich zum Inhalt hatte. Das bedeutet natürlich auch eine entsprechende Vermehrung der Dienstposten. Ich glaube, hier reagiert die Landespolitik vollkommen positiv. Nämlich, daß man erkennt, daß die Aufgabenstellungen, die einfach notwendig sind für die Pflege der älteren Generation, nicht nur von den Familien wahrgenommen werden können. Daher müssen wir in unseren Pensionisten- und Pflegeheimen diese Aufgaben wahrnehmen.

Ein weiterer Bereich: Die hier anwesenden Bürgermeister und Gemeindevertreter wissen ganz genau, daß in ihren Kommunen etwa der Kindergarten, die Kindergartenbetreuung eine sehr wesentliche Komponente darstellt. Das Jahr 1995 wird auf Grund der bisherigen Schätzungen etwa eine Zunahme von 69 Dienstposten erforderlich machen. Ich glaube, über die Sinnhaftigkeit der Vermehrung brauchen wir hier nicht länger zu diskutieren.

Eines ist heute noch nicht angesprochen worden. Nämlich, daß wir im Bereich der Straßenerhaltung und Straßenverwaltung eine Zurücknahme von Dienstposten feststellen können. Es sind zwar nur 18 Dienstposten, könnte man sagen, ich rufe aber in Erinnerung, daß wir im Vorjahr hier an dieser Stelle auch diesen Voranschlagsansatz diskutiert haben und festgestellt haben, daß wir 1994 175 Dienstposten in der Straßenerhaltung eingespart haben. Wir gehen diesen Weg konsequent weiter.

Natürlich sind in der Hoheitsverwaltung in der letzten Zeit durch eine Reihe von Maßnahmen auch Aufstockungen im Jahr 1995 möglich und notwendig geworden. Es handelt sich um rund 50 Dienstposten. Ich möchte dazu auch das Sparpaket der Bundesregierung ansprechen, in dem etwa verordnet wird, es soll mindestens ein Prozent der Dienstposten eingespart werden. Ich bin auch dafür. Aber man darf auf der anderen Seite nicht die Leistungen vermehren. Wenn die Leistungen vermehrt werden, konkret durch neue Bestimmungen im Umweltbereich, durch Ausweitung der Tätigkeiten im Sozialbereich, durch die Erfordernisse des EU-Beitrittes, etwa durch legistische und verwaltungsmäßige Anpassungen, ist vermehrter Verwaltungsaufwand notwendig. Vor allem aber auch die klaglose Besorgung der Aufgaben im Bereiche der Bezirkshauptmannschaften. Das sind die Anlässe, Ursachen, daß wir hier geringfügig Dienstposten einfach schaffen müssen. Wenn wir wollen, daß die Landesverwaltung den Anforderungen

entsprechen soll, daß das Service der Bevölkerung erbracht wird, muß entsprechend reagiert werden. Gestatten Sie mir nur ein Beispiel aus dem Amt der NÖ Landesregierung, konkret aus der Abteilung R/4, bei der im Moment eine derartige Dienstpostenproblematik besteht. Hier hat man vor kurzem erst die Auflagen und die Notwendigkeiten aus dem Abfallwirtschaftsgesetz übernehmen müssen. Und von einem Tag auf den anderen muß man neuerlich hier etwa die neuen gesetzlichen Auflagen aus dem Titel der Umweltverträglichkeitsprüfungen mit einem neuen Gesetz ohne Dienstpostenvermehrung nunmehr wahrnehmen. Die Kollegenschaft dort hat teilweise kaum Verständnis, aber sie muß das letztlich leisten und wenn es nicht anders geht, im Wege entsprechender Mehrdienstleistungen. Nur diese wenigen Maßnahmen wollte ich hier anführen. Gestatten Sie mir, zu den Bezirkshauptmannschaften vielleicht noch einen Hinweis. Hier hat die Serviceleistung einen hohen Stellenwert. Wir haben in den letzten Jahren etwa 34 Außenstellen zu den Bezirkshauptmannschaften in Niederösterreich errichten können. Das heißt im Klartext, daß die Bevölkerung Niederösterreichs insgesamt 55 direkte Anlaufstellen hat, mit den Bezirkshauptmannschaften, wo ihre Erledigungen in kürzester Weise wahrgenommen werden.

Ich darf eine Anmerkung machen in Richtung des Herrn Kollegen Gratzner, der heute auch gemeint hat, wir sollten überlegen, ob wir nicht dort und da noch Einsparungen tätigen sollten in der Verwaltung. Ich habe in diesen Tagen einen FPÖ-Antrag gelesen, der die Änderung der NÖ Bauordnung vorsieht. Es wird hier vorgeschlagen, daß in Zukunft Baubehörde erster Instanz die Bezirksverwaltungsbehörde sein soll und dort entsprechende Abteilungen einzurichten wären. Das würde bedeuten, wenn wir diesen Vorschlag umsetzen, daß man mindestens pro Bezirkshauptmannschaft einen Dienstposten dazugeben müßte, wahrscheinlich sogar zwei oder drei. Das heißt, von 20 Dienstposten bis 60 Dienstposten ist da eine Vermehrung drinnen. Und da frage ich mich schon, wie man hier mit diesen Vorschlägen zurecht kommen soll. Auf der einen Seite soll man bitte Einsparungen überlegen, und zur gleichen Zeit kommt dieser Antrag auf Vermehrung von Dienstposten. Ich freue mich, daß Herr Kollege Gratzner mit seiner Fraktion heute dem Resolutionsantrag nach der Generaldebatte beigetreten ist, aber dieser ist ja vorher noch gestellt worden, er wäre sicherlich sonst nicht gekommen.

Natürlich, verehrte Damen und Herren des Hohen Hauses, ist die Verringerung des Personalaufwandes eine dringende Zielsetzung für

den Dienstgeber Land Niederösterreich. Gleichzeitig steht immer auch in Diskussion die sogenannte Verwaltungsreform. Meine verehrten Damen und Herren! Ich glaube, daß in kaum einem anderen Bundesland über interne Reformen so intensiv nachgedacht wird wie etwa in Niederösterreich. Wir haben gerade unter dem Titel "Landeshauptstadt" - Herr Kollege Uhl hat es heute schon angesprochen - eine Vielzahl von Dezentralisierungsschritten in einem Beschluß im Jahr 1987 von der Landesregierung vorgelegt bekommen. Und wir können heute feststellen, daß eine Vielzahl derartiger Dezentralisierungsschritte gesetzt wurden, etwa im Bereiche der Gebietsbauämter, im Bereiche etwa der Außenstelle der Agrarbezirksbehörde, im Bereiche der Buchhaltung, im Bereiche der Vermessungsabteilungen, um nur einige zu nennen. Ich rede gar nicht von der Einrichtung, daß wir seit vielen Jahren schon die Wohnbauförderung in unseren Bezirken teilweise dezentralisiert haben. All das sind Vorschläge zur Verwaltungsreform, Dezentralisierungsschritte, die für die Bürgernähe eine entsprechende Bedeutung haben.

Noch ein anderes: Wir werden immer wieder angesprochen, daß beispielsweise die Verfahren zu langatmig, zu schwierig ablaufen. Wir haben seit geraumer Zeit eine Konzentration von Genehmigungsverfahren in Niederösterreich probeweise eingeleitet, etwa bei der Bezirkshauptmannschaft Gmünd. Und es zeigt sich, daß diese Art von Verfahren eine sehr positive Entwicklung nimmt. Wir werden daher darangehen, das auch auf die anderen Bereiche auszudehnen.

Heute ist schon angesprochen worden, Überlegungen anzustellen, um verbesserte technische Voraussetzungen in den Arbeitsabläufen der Landesverwaltung zu schaffen. Ich darf in Erinnerung rufen, daß wir seit dem Jahre 1990, nämlich noch vor dem Spatenstich zur Errichtung des neuen Landhauses eine landesinterne Initiative gesetzt haben, in der Form, daß wir ein eigenes Landes-Kommunikations- und Informationssystem einführen werden. Dieses neue System sieht im Laufe der nächsten Jahre eine wesentliche Verbesserung der Kontakte zu unseren Bürgern vor, eine Steigerung der Arbeitsproduktivität, eine Beschleunigung der Abläufe und nicht zuletzt eine sehr hohe Wirtschaftlichkeit. Seit dem Herbst 1993, meine verehrten Damen und Herren, das kann ich festhalten, benützen bereits 140 Bedienstete in einem Pilotprojekt und -Betrieb dieses neue Informationssystem. Und die bisherigen Erfahrungen aus der Funktionalität zeigen, daß die Benutzerfreundlichkeit ein besonderes positives Echo hervorgerufen hat. Mit einem Wort, mit der

Einführung des "NÖ LAKIS", so die Kurzbezeichnung, wird in der Landesverwaltung ein zukunfts-sicherer Weg beschritten. Ein Weg, der zur Effizienzsteigerung im Landesdienst wesentlich beiträgt, einen großen Schritt vorwärts zur Beschleunigung der Verwaltungsabläufe darstellt und ein zeitgemäßes Arbeiten im Landhaus und in den dezentralen Dienststellen sicherstellt.

Wenn ich von Wirtschaftlichkeit gesprochen habe, darf ich festhalten, daß vor kurzem auch die Auslagerung des Großrechners von den Verantwortlichen der EDV-Abteilung der Landesamtsdirektion überlegt wurde. Diese Auslagerung des Großrechners hat eine wesentliche positive Entwicklung zur Folge. Erstens können dadurch etwa 24 Dienstposten eingespart werden, diese können auf Sicht gesehen in dem neuen Informationskonzept LAKIS verwendet werden. Weiters ist bis zum Jahr 2000 ist mit einer Einsparung von ca. 31 Millionen Schilling im Sachkredit zu rechnen.

Einen Teil, verehrte Damen und Herren, möchte ich noch ansprechen. Nämlich eine Entwicklung, die sich aus der Tatsache der Verlegung der Landesverwaltung nach St. Pölten aufdrängt: Daß wir darangehen, auch entsprechende Telearbeitsplätze in der Landesverwaltung zu schaffen. Ich könnte mir hier vorstellen, und es gibt hier ganz konkrete Vorstellungen schon, daß wir bei den vorhandenen Landesdienststellen, bei den Bezirkshauptmannschaften, bei landwirtschaftlichen Fachschulen etwa derartige Möglichkeiten schaffen, um mit einer entsprechenden Vernetzung mit dem Amt der Landesregierung in Zukunft insbesondere jenen Bediensteten aus den Regionen des Weinviertels, des Industrieviertels quasi nach St. Pölten das Zuarbeiten in die Landeszentrale zu ermöglichen. Ein Weg, der sicherlich nicht neu ist, den gibt es beispielsweise schon in Holland, in tausenden von Fällen erprobt. Wir in der Landesverwaltung wollen das zum Anlaß nehmen, um hier in Zukunft im Zuge der Verlegung der Dienststellen des Landes nach St. Pölten entsprechend durch Auslagerung positive Schlüsse zu ziehen. *(Beifall bei der ÖVP.)* In diesem Sinne darf ich festhalten, daß wir versuchen werden, auch aus der Sicht der Dienstnehmervertretung unsere positiven Vorschläge einzubringen.

Abschließend möchte ich noch, auf eine Bemerkung des Herrn Kollegen Uhl eingehen. Es hätte mich überrascht, hätte er es heute nicht getan, nämlich die Personalvertretungswahlen anzuschneiden. Ich möchte schon klarstellen, die Personalvertretungswahlen des Landesdienstes sind

Wahlen, die in demokratischer Weise durchgeführt werden und sind geheime Wahlen. Es hat erstmals einen Amtlichen Stimmzettel gegeben, der hier allen wahlwerbenden Gruppierungen die Möglichkeit gegeben hat, sich zu präsentieren. Die Landesbediensteten haben hier scheinbar durch die entsprechende und offensichtlich überzeugende Art der Präsentation meiner Wählergruppe dieser einen überzeugenden Auftrag für die Zukunft gegeben.

Das Zweite: Unter Objektivierung, Herr Kollege Uhl, verstehe ich etwas anderes als nur Personalvertretungswahlen. Ich verstehe darunter unter anderem auch die Aufnahmesituation. Bereits seit der Tatsache, daß der Herr Landeshauptmann hier versucht hat, klare Konzepte vorzugeben, hat die Landesregierung beschlossen, einstimmig beschlossen, daß seit einem Jahr sämtliche Aufnahmen im Landesdienst unter bestimmten Kriterien ablaufen. Die meisten werden ausgelagert durch Beratung von einem Personalberatungsbüro beurteilt. Wie wir auch wissen, wird in den Bereichen der Pensionisten- und Pflegeheime überhaupt keine Beratung durchgeführt, da muß ganz einfach jeder genommen werden, der kommt. Bei der Bestellung der Leiter im Land Niederösterreich ist so, daß die Auswahlkommission, die seit etwa einem Dreivierteljahr agiert, mit besten und objektiven Überlegungen an die Erledigung dieser Aufgaben herangeht und auch hier die Landesregierung sämtliche Vorschläge, die bisher präsentiert wurden, einstimmig angenommen hat. Das bitte zum Thema Objektivierung. *(Abg. Uhl: Das habe ich gemeint! Herr Kollege! Ich habe nicht die Wahlen kritisiert. Ich habe nur angemerkt, daß trotz Objektivierung nur mehr 6 oder 7 Prozent auf 100 Prozent fehlen!)* Herr Kollege Uhl! Du hast bitte die Personalvertretungswahlen hier nur aus der Sicht des Abstimmens beurteilt, aber nicht aus der Sicht, was unter Objektivierung zu verstehen ist. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Die Rednerliste ist erschöpft, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. DIRNBERGER (ÖVP): Ich verzichte!

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zur Abstimmung liegt vor die Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung. Hierzu der Resolutionsantrag der Abgeordneten Dr. Bauer und Ing. Eichinger. Ich lasse zunächst über den ordentlichen Teil, den außerordentlichen Teil, somit über die Gruppe selbst und zum Schluß über den

zur Gruppe vorliegenden Resolutionsantrag abstimmen. Ich bitte den Herrn Berichterstatter, nunmehr den Antrag zur Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, ordentlicher Teil, außerordentlicher Teil, zu stellen.

Berichterstatter Abg. DIRNBERGER (ÖVP): Ich stelle den Antrag, die Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, im ordentlichen Teil mit Ausgaben von S 6.592,014.000 und Einnahmen von S 821,360.000 sowie im außerordentlichen Teil mit Ausgaben von S 105,866.000 und Einnahmen von S 1.000 zu genehmigen.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: *(Nach Abstimmung über die Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, ordentlicher Teil und außerordentlicher Teil in Erfordernis und Bedeckung):* Mit den Stimmen der ÖVP, der SPÖ und des Herrn Abg. Ing. Wagner Josef angenommen! Gegen die Stimmen der FPÖ und des Liberalen Forums. *(Zustimmung, ÖVP, SPÖ, Abg. Ing. Wagner Josef; Ablehnung FPÖ, LIF.)*

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Resolutionsantrag der Abgeordneten Dr. Bauer und Ing. Eichinger. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag):* Einstimmig angenommen!

Ich ersuche den Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Dirnberger, zur Gruppe 1, öffentliche Ordnung und Sicherheit, ordentlicher Teil, zu berichten.

Berichterstatter Abg. DIRNBERGER (ÖVP): In die Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit, fallen Einnahmen und Ausgaben für Feuerwehrewesen, Katastrophendienst und Landesverteidigung. Im ordentlichen Teil werden Ausgaben von S 224,565.000 ausgewiesen, denen Einnahmen von S 50,805.000 gegenüberstehen. Der Anteil der Ausgaben am Ausgabenvolumen des ordentlichen Teiles beträgt 0,51 %.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gelangt der Herr Abgeordnete Preiszler.

Abg. PREISZLER (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren!

"Zusammenarbeit", so wird das Arbeitsübereinkommen von 1994 der Regierung von SPÖ und

ÖVP genannt, die gemeinsam eine Regierung bilden. Hier ist es, ist der Wortlaut einer neuen Regierung, die uns vor wenigen Tagen vorgestellt wurde. *(Abg. Preiszler zeigt Konvolut.)*

Gleichzeitig, so scheint es mir, wird auch in Niederösterreich und zwar von der Mehrheitsfraktion, vom Herrn Landesrat Freibauer, ein Modell der Zusammenarbeit erstellt, in dem sich wieder einmal zeigt, daß, wenn auch nicht von der SPÖ erstellt, aber doch im großen und ganzen vorhin abgesprochen, das mitgetragen wird, wie immer von der Einheitspartei "ÖVP-SPÖ", auch in Niederösterreich. Das sind wir gewohnt. Das war immer so. Seit ich diesem Hohen Haus angehöre, war es eigentlich noch nie anders. Und ich würde mich wundern, wenn wirklich einmal neue Wege beschritten werden würden. Ich kann dem Herrn Klubobmann Ing. Dautzenberg nur beipflichten, ob sich nicht wirklich die Frage stellt, daß wir hier uns drei Tage unterhalten über etwas, was längst im stillen Kämmerlein das Jahr hindurch "ausgepackelt" wurde und ein fester Bestandteil dieser NÖ Regierung ist. Aber wie auch immer, beide Großparteien oder Mittelparteien müssen ja letztendlich auch die Verantwortung dafür tragen.

Ich habe noch nie gehört und ich bin jetzt 20 Jahre in der Kommunalpolitik tätig, daß es einen Budgetvoranschlag gibt, der nicht durch Korrekturen, das heißt durch einen Nachtragsvoranschlag korrigiert werden kann. Es ist etwas Einmaliges und ich war eigentlich sehr überrascht und verduzt, daß so etwas ein Landesrat sagt. Die Überraschung - das wurde heute schon einige Male gesagt, aber ich muß es, es ist mir ein Bedürfnis, es trotzdem zu sagen - war ja auch, weil wir uns alle hier als Abgeordnete, umso mehr aber die Bevölkerung letztendlich fragen, was wird die Zukunft bringen? Kein Wort, nicht einmal Visionen vom Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll, der ja immer in Visionen und sehr visionär denkt, wie es eigentlich uns gehen wird, wo wir an der Schwelle in der EU stehen. Es steht nichts drinnen von all diesen Dingen. Es ist wahrscheinlich so, daß wir auf den Weihnachtsmann warten werden, um hier Überraschungen zu erleben. Und die werden mit Sicherheit kommen.

Aber jetzt zum ursächlichem Thema der Sicherheit. Ich brauche mich hier nicht zu verbreitern, daß hier der Sicherheit in Niederösterreich, auch wenn ich weiß, daß für die innere Sicherheit ja eigentlich der Bund hauptsächlich zuständig ist, sehr wenig Rechnung getragen wird, äußerst wenig sogar. Wenn ich nur vermeine, daß in diesem Arbeitsübereinkommen der Bundesregierung ich eigentlich mir erwartet habe, daß hier sehr viel

über die Sicherheit stehen wird, dann muß ich Sie leider auch enttäuschen. Es steht nur lediglich hier, ich verlese nur den ersten Satz und der hat es wirklich in sich, nachdem der Herr Bundeskanzler in seiner Rede zur Nation vor wenigen Tagen großspurig angekündigt hat, eine effizientere Grenzkontrolle und Grenzüberwachung durch Einrichtung eines eigenständigen "Grenzdienstes" - was das heißen soll, weiß ich nicht - im Rahmen der Bundesgendarmerie, wobei für die Dauer außerordentlicher Verhältnisse für die über den Normalbedarf hinausgehende notwendige Überwachung der grünen Grenze weiterhin die Assistenzeleistung des Heeres erforderlich ist. Ich glaube, mittlerweile sollte auch der Herr Bundeskanzler und der Herr Bundesminister wissen, daß der Grenzeinsatz des Bundesheeres eigentlich sonst nichts anderes war als eine Verlegenheitslösung. Es war noch mehr, insofern, als man jahrelang, jahrzehntelang verabsäumt hat, für die Aufstockung der Exekutive nötige Vorkehrungsmaßnahmen zu treffen. Es war nicht möglich, Zollwache, Gendarmerie, Polizei oder andere Einheiten personell aufzustocken. Wir haben einen Standard gehabt bei der Exekutive. Ich sage "gehabt", weil Gottseidank jetzt nach fünf Jahren Grenzöffnung immer wiederum gesprochen wurde und noch heute gesprochen wird, wir sind überrascht worden - denn ich glaube, es müßte nach fünf Jahren einmal der Überraschungseffekt langsam dem Ende zugehen. Mittlerweile haben andere Staaten längst bewiesen, wie man Sicherheit garantieren kann. Ich verweise nur auf die Bundesrepublik Deutschland, die sehr wohl bewiesen hat, daß sie uns gegenüber eigentlich punkto Sicherheit wenig Vertrauen hat. Und wenn Kanter sagt, daß eigentlich die Bayerische Grenzpolizei, auch wenn wir in der EU sind, ihre noch bestehende Außengrenze zu Österreich selbst überwachen muß, dann ist das nicht unbedingt sehr rühmlich für die innere Sicherheit in Österreich. Das sollte man letztendlich einmal zur Kenntnis nehmen, daß dem nicht so ist. (*Abg. Kautz: Dort brennen Flüchtlingsheime und das nennt man Sicherheit!*)

In jedem demokratischen Staat ist es Usus, daß kein Heer an der Grenze steht. Das hatten wir bei volksdemokratischen Staaten, sprich Ungarn, sprich die ehemalige Tschechoslowakei und die DDR, die ihre berühmt-berüchtigten Grenzsoldaten an der Grenze gehabt haben mit Todesstreifen etc. Wir haben uns immer bemüht, auch in diesen Zeiten des Eisernen Vorhanges, recht und schlecht mit unserer personell total unterbesetzten Exekutive das Auslangen zu finden. Jetzt hat man zwei Fliegen auf einen Schlag getroffen. Auf der einen Seite hören wir

seit Jahren, was machen wir mit dem Heer? Wenn es Vorschläge gegeben hat von den Freiheitlichen, von Bundesobmann Dr. Haider, ob wir nicht unsere Neutralität überdenken sollten, ob wir nicht überdenken sollten, daß wir auch vielleicht in dieser EU, in diesem größeren Europa, der NATO beitreten sollten, dann waren das immer verpönte Worte. Aber letztendlich - und ich lese das auch wiederum hier in der Regierungserklärung - hat man all diese Dinge jetzt aufgegriffen. (*Unruhe im Hohen Hause.*) Aber der Bundesheereinsatz, Herr Kollege, das hat der Rechnungshof zur Genüge bewiesen, ist ineffizient, ist überhaupt nicht den erforderlichen Maßstäben angepaßt. Es schaut auch psychologisch und wie ich glaube, auch aus anderen Gründen nicht sehr gut aus, wenn man aus den ehemaligen Ostblockstaaten kommt und man sieht hier bei uns, wie hier mit Wachtürmen, mit Fahrzeugen usw. ein Aufmarsch betrieben wird. Da hat man so den Eindruck, als wäre bei uns eine Revolution ausgebrochen. (*Abg. Kautz: Was würde eine Gendarmerie anders machen?*) Wir haben Vorschläge gemacht, Herr Kollege. Wir haben vor Jahren Vorschläge gemacht - und ich darf hier schon ein wenig stolz berichten, daß es gerade Freiheitliche und ich in meiner Person war, der - seit 1990 bitte - gepredigt hat und gesagt hat, wir müssen an unserer Außengrenze einmal Ordnung schaffen. (*Beifall bei der FPÖ und auf der Galerie.*)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Es wird gebeten, auf der Galerie von Beifallskundgebungen Abstand zu nehmen!

Abg. PREISZLER (*FPÖ*): Wir müssen ein einheitliches System schaffen, daß wir hier nicht - und ich wiederhole mich hier - vier verschiedene Exekutivkörper schalten und walten lassen, die sich gegenseitig im Weg stehen und die letztendlich auch aus anderen Gründen nicht immer harmonisieren. Ich habe einen einheitlichen Grenzschutz gefordert nach bundesdeutschem Muster, ausgelegt auf österreichische Verhältnisse. Das ist ohne weiteres machbar, auch von den Kosten her. Gottseidank hat es nicht lange gedauert, daß auch die Bundesregierung und vor allem der Herr Bundesminister Dr. Löschnak einmal gesagt hat, eigentlich so blödsinnig ist das gar nicht, was Du vor Jahren schon gesagt hast. Wir werden uns das wirklich einmal näher anschauen und werden etwas machen. Nur, ich vermisse die Handlung noch immer.

Wir sind in der EU, das heißt wenige Tage trennen uns noch davon und es bietet sich das gleiche Bild draußen an der Grenze. Es hat sich

nichts geändert, überhaupt nichts. Nach wie vor gibt es die Unzulänglichkeiten, die jeder, jeder-mann, der mit Sicherheit sich beschäftigt, läng-stens weiß, daß hier lange schon Handlungsbedarf bestünde. Das heißt, dieser Grenzschutz müßte eigentlich schon längst stehen. Er müßte zumindest in der letzten Ausrichtung nach wenigen Monaten vielleicht noch einmal adaptiert werden, um hier eine effektive Grenzsicherung vorzunehmen. Ich bin neuerlich hier vorstellig geworden und wir sind jetzt soweit, daß ich mit dem Herrn Minister Löschnak und einigen höheren Beamten des Innenministeriums in Eigeninitiative Kontakte gepflogen habe mit dem Herrn Bundesminister Kanter in Deutschland und auch mit den deut-schen Bundesgrenzdienststellen, die uns einladen werden, das heißt, wir werden uns einladen und diese Einrichtungen vor Ort anschauen. Ich glaube, daß das eine gute Sache ist, daß wir ein-mal wissen, wie schaut das aus, mit welcher Stärke, mit welcher technischen Ausrüstung und vor allem mit welcher Ausbildung haben wir zu rechnen. Das wird sehr wichtig sein. Gehen wir daran, einen effektiven Grenzschutz zu bilden! Ich hoffe, daß es bald dazu kommen wird und daß wir auch hier nach langer Zeit aber doch - das ist einmal in Österreich so - zu einem guten Ziel kommen werden.

Über die grenzüberschreitende Kriminalität wurde viel gesprochen, Bücher wurden geschrie-ben, und es vergeht eigentlich kein Tag, an dem nicht in jeder Tageszeitung Horrormeldungen ste-hen, die immer wieder - und ich habe das schon vor Jahren gesagt - die Bevölkerung bedrücken. Man hat es nur nicht ausgesprochen. Man hat geglaubt, es ist nicht so arg, die Leute wissen ohnehin nichts davon und wenn man viel redet, verunsichert das nur. Oft wurde uns vorgeworfen, daß wir die Bevölkerung verunsichern würden, daß wir mit falschen Zahlen operieren, daß es nicht so ist. Wie sehr wir leider recht gehabt ha-ben, beweisen uns tagtäglich die Zahlen aus der Kriminalitätsstatistik, egal in welchem Bereich. Ich verweise nur auf zwei Beispiele, die wirklich nicht nur mit kriminellen Dingen zu tun haben, sondern die unser ganzes Gesellschaftssystem erschüt-tern. Ich habe in der vorjährigen Debatte ebenfalls zum Kapitel Sicherheit auf die Drogenproblematik hingewiesen und auch gesagt, wo die Ursachen liegen könnten. Es geht nicht an und es ist zu we-nig, wenn wir heute an der Grenze, was vollkom-men richtig ist, Vorkehrungen treffen so gut es geht, um all diesen Dingen Einhalt zu gebieten. Aber es ist verdammt wenig, was wir dagegen tun. Wir müssen nicht nur im Schulbereich handeln, im Sozialbereich, im

Gesundheitsbereich, wo eigentlich alles zum Negativen steht hier in diesem Lande, weil dafür kein Geld vorhanden ist. Weil aber - und auf das werde ich noch zu sprechen kommen - für andere Dinge so großzügig umgegangen wird damit als würde, wer es nicht wüßte, glauben, Niederösterreich schwimmt nur so in Geld und wir wissen nicht, wo wir die Millionen, die Milliarden, verteilen sollen. Hier in diesem Bereich gibt es genug zu tun. Und hier liegen auch die Versäumnisse der Gesellschaftspolitik, vielfach - und ich sage es ganz offen - sozialdemokratischer Politik, daß Werte, die früher einmal einen Begriff gehabt haben, heute so hingestellt werden, als gehöre das alles längst der Vergangenheit an. Da liegen die Ursachen, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Sie wissen, daß von der Drogenpolitik tau-sende junge Menschen betroffen sind, die sterben. Wenn ich hier sage das Wort "krepieren", dann bitte ist das im wortwörtlichsten Sinn. Wer diese Szene gesehen hat und wer sich die Mühe macht, hier am Ressel-Park, auf den Bahnhöfen und diesen Treffs, wo sich diese jungen Menschen treffen, das anzusehen, der weiß, wovon ich rede. Ich habe das des öfteren getan. Die verrecken dort, weil sie im Stich gelassen worden sind, weil es kein Geld gibt, weil es keine Gemeinplätze, weil es keine Plätze für Reorganisation usw. gibt. Hierin liegen die Probleme.

Es gibt in dieser Drogenproblematik auch noch etwas wesentliches, die sogenannte Begleit-kriminalität. Es bleibt nicht bei den Drogen. Es kommt dazu der Raub, der Mord, der Diebstahl, die Prostitution, alle schweren Verbrechen, die man sich nur vorstellen kann. Ich habe schon vor Jahren wiederholt darauf hingewiesen hier im Hohen Haus. Ich habe das dem Herrn Bundesmi-nister gesagt, ich habe es über die Medien gesagt, wie die Routen liegen, was man tun kann. Jeder hat gewußt, daß durch die Öffnung des Ostens sich das total verlagert hat. Die Zentrale liegt vor unserer Grenze in Preßburg, jene Zentrale, von der alles ausgeht, von wo Österreich und Mitteleuropa überschwemmt wird mit diesen Drogen. Meine Damen und Herren! Hier glaube ich, ist echter Handlungsbedarf gegeben. Ich würde Sie bitten, ich habe diesbezüglich nochmals einen Resolutionsantrag zu diesem Thema erarbeitet, der lautet *(liest)*:

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Preiszler zur Gruppe 1  
des Voranschlags des Landes Niederösterreich

für das Jahr 1995, Ltg. 218/V-2, betreffend Drogenschwemme und Begleitkriminalität in Niederösterreich.

Nach bereits 5jähriger Öffnung der Ostgrenzen und der damit verbundenen Liberalisierung des Personen- und Warenverkehrs mit allen seinen positiven Auswirkungen muß leider das sprunghafte Ansteigen der damit verbundenen Kriminalität, insbesondere im Drogenbereich, festgestellt werden. Durch den EU-Beitritt verlagert sich die europaweite Kontrolltätigkeit auf Grund der Funktion Österreichs als Außengrenze vor allem in die heimische Ostregion.

Erschreckend hoch mit steigender Tendenz ist auch die Anzahl der Drogentoten (ca. 140 in Wien, ca. 50 bereits in Niederösterreich) bis jetzt." Also weitaus höher als im Jahr vorher und zwei Jahre vorher.

"Diese Zahlen und die vermehrte Tätigkeit der 'Ostmafia' auf diesem Gebiet zwingen alle damit befaßten öffentlichen Stellen zu wirkungsvollen und sofort zu ergreifenden Maßnahmen, wie zum Beispiel:

- Einrichtung von eigenen Suchtgiftgruppen an den Grenzübergängen zu Tschechien und der Slowakei
- Einführung effizienter Drogenberatung (wie bereits teilweise in der Bundeshauptstadt) durch Fachleute (Lehrer, Schulärzte, Exekutive)
- Aufklärungskampagne im Jugend- und Gesundheitsbereich

Der Gefertigte stellt den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung darauf zu drängen, daß die in der Antragsbegründung dargestellten Maßnahmen verwirklicht werden und darüber hinaus in ihrem Wirkungsbereich alles zur Eindämmung des Drogenmißbrauches Erforderliche zu unternehmen."

Meine Damen und Herren! Es kann nicht wahr sein, wenn man hört von der Exekutive, welche Unzulänglichkeiten es hier noch immer gibt. Die primitivsten Geräte, die überall, ja selbst in den Ostblockstaaten zur Anwendung kommen, bei unserer Polizei, beim Zoll gibt es die nicht. Ich frage mich wirklich, warum? Was glauben Sie, warum es so ist? Der Herr Bundesminister und

verschiedene Herrschaften, höhere Beamte, die eigentlich dafür in den Ministerien sitzen und zuständig wären, kümmern sich verdammt wenig darum. Und wenn sich dann einmal ein kleiner Beamter erfrecht und irgendwo durch Intervention das weiterleitet an den Herrn Bundesminister, dann wird der noch zum Rapport gefordert. Weil sich einige Beamte übergangen fühlen. Das ist die typisch österreichische Mentalität. "Nur nicht anstreifen, weil da könnte etwas passieren." Also alles Dinge, wo man sich wirklich fragt, muß das so sein? Da könnte man mit wirklich wenigen Schillingen das Auslangen finden.

Meine Damen und Herren! Aber das ist sicherlich nicht alles, was man hier auf diesem Gebiet machen kann. Wir wissen, daß wir alle dazu aufgefordert sind, hier mitzuwirken. Und es kann nicht so sein - der Herr Landeshauptmann ist nicht hier - wie ich immer wiederum höre, daß der Herr Landeshauptmann für die innere Sicherheit, so sagt er, nicht zuständig ist. Aber sehr wohl ist er zuständig, wenn draußen ein Gendarmeriepostenkommandant besetzt wird. Da muß der Akt über seinen Schreibtisch gehen, warum, brauche ich ja wohl nicht zu sagen. Er ist weiterhin zuständig, wenn ein Beamter von St. Pölten nach Marchegg versetzt wird oder umgekehrt.

Meine Damen und Herren! Wir werden nicht umhin können, ich weiß schon, wir werden sicherlich nicht das deutsche Modell erreichen und wir werden auch nicht so, wie in Deutschland, wo es eigene Länderpolizeien jetzt gibt, eine eigene einrichten für Niederösterreich und für das Burgenland. Dafür sind wir viel zu klein. Wir werden aber sehr wohl uns am deutschen Muster orientieren müssen in der Ausbildung, in der Ausrüstung und vor allem in verschiedenen Bereichen, wo sie diese jahrzehntelange Erfahrung haben, damit wir auch auf diesem Gebiet endlich einmal zu dem kommen, wozu wir eigentlich nach dem Schengener Abkommen längst verpflichtet sind. Wir alle wissen, daß es hier eben Versäumnisse gibt. Ich habe mich wirklich gewundert, daß in diesen beiden Papieren, (*Abg. Preiszler zeigt 2 Konvo-lute*) das ist das Arbeitsübereinkommen, das ist die Rede des Herrn Bundeskanzlers, 58 Seiten lang, es gilt das gesprochene Wort, schreibt er unten, daß also in beiden fast kein Wort darüber drinnen steht, wie man wirklich weiterhin vorgehen wird. Ich habe immer gehört, daß eigentlich alles längst in verschiedenen Kommissionen - Jahre hindurch hat man ja nur Kommissionen mit Fachexperten gebildet - das längst über die Bühne gegangen sein müßte. Dem ist aber nicht so! Und ich war verblüfft anlässlich der letzten Vorsprache vor mehr als acht

Tagen. Ich habe ihn gefragt, ob er oder seine Herren überhaupt das deutsche Grenzschutzmodell kennen. Da haben die gesagt, Nein. Ich habe geantwortet, das bekommt man ja bitte überall. Der deutsche Bundesminister macht jedes Jahr wie Sie auch einen Rechenschaftsbericht über die Kriminalität in der Bundesrepublik. Und es gibt einige Werke zum bundesdeutschen Grenzschutzmodell. Aber das weiß man nicht, das interessiert scheinbar überhaupt niemanden. Aber einen Grenzdienst schaffen wir. Was das Wort Grenzdienst überhaupt soll, weiß ich nicht. *(Abg. Gruber: Die bessere Aufklärungsquote haben wir hier in Österreich.)*

Grenzdienst ist das, wenn da jemand Dienst verrichtet. Aber mir geht es, Herr Kollege Gruber, um die Einheit, die entstehen soll. Letztendlich soll es egal sein, wie es genannt wird.

Einige Worte aber nicht nur zur inneren Sicherheit, sondern auch zur Sicherheit in Niederösterreich. *(Zwischenruf bei Abg. Kautz.)* Die Unwissenheit von hohen Stellen ist wirklich eine Zumutung. Herr Kollege! Lesen Sie einmal nach, interessieren Sie sich wirklich einmal dafür. Bitte nicht böse sein, wenn ich sage, Sie sind da ahnungslos in der Sache. *(Abg. Kautz: Einer von uns beiden schon, aber ich nicht!)*

Ich glaube aber schon! Sie mögen vielleicht in gewissen Bereichen eine Ahnung haben, aber hievon haben Sie tatsächlich keine, sonst würden Sie nicht als Zumutung bezeichnen, was leider Gottes den Tatsachen entspricht. Wie stellen Sie sich überhaupt vor, daß nach fünf Jahren Grenzöffnung sich noch immer nichts getan hat? Warum hat sich nichts getan? *(Abg. Egerer: Österreich ist eines der sichersten Länder der Welt! - Abg. Kautz: Sehen Sie sich doch bitte die Statistik an, dann sprechen Sie anders!)*

Ich muß Ihnen sagen, es wäre gut, wenn Sie sich einmal interessieren würde dafür. Aber Sie brauchen sich gar nicht zu interessieren, es gibt genug andere, auch von Ihrer Fraktion, die sich hoffentlich einmal interessieren dafür. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Am Wort ist der Herr Abgeordnete Preiszler, bitte!

Abg. PREISZLER (FPÖ): Einige Worte noch zu den Feuerwehren. Ein Kapitel glaube ich, über das ich mich nicht sehr ausführlich äußern muß. Wir alle wissen, wir kennen die Probleme tausender Freiwilliger Feuerwehrmänner, die Tag und Nacht im Einsatz sind, für die man auch - und darüber habe ich schon öfters gesprochen - einiges

mehr tun muß, um sie entsprechend ihrer Verantwortung auszurüsten. Es freut mich, daß ich heute gehört und ich habe es ja auch gelesen im Vorschlag, daß endlich einmal auch die Bergrettung einige Schillinge bekommt. Jahrelang war es notwendig, hier von dieser Stelle aus dies einzufordern. Damit - vielfach sind das Exekutivbeamte, Gendarmeriebeamte, die sich kostenlos zur Verfügung stellen in ihrer Freizeit, ihr Leben riskieren und auch opfern - damit dazu beigetragen wird, daß sie technisch auf den letzten Stand kommen. Nicht zuletzt auch zum NÖ Zivilschutzverband. Der Herr Kollege Klupper, glaube ich, wird mehr darüber sprechen, er ist ja Präsident. Auch ihm sei gedankt, hier wird einiges getan. Nur muß ich dazusagen, der NÖ Zivilschutzverband ist so ein bißchen ein ungeliebtes Kind. Es wäre hier notwendig, in der Öffentlichkeit das transparenter zu machen.

Ich danke allen freiwilligen Helfern, Einsatzgruppen, Exekutivbeamten und kann nur sagen, daß wir unseren Teil dazu beitragen werden, damit sie eine entsprechende Ausbildung bekommen. Wir können aber auf Grund dieses Gesamtvoranschlags dem Kapitel innere Sicherheit, weil hier wirklich nichts getan wurde - es ist eine lineare Weiterschreibung des Kapitels, so wie im Vorjahr, das kann man vier, fünf Jahre hindurch verfolgen, daß es eigentlich keine Initiative gegeben hat - nicht unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt der Herr Abgeordnete Sivec.

Abg. SIVEC (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Bevor ich zur Gruppe 1 komme, darf ich noch zwei Punkte richtig stellen, Herr Kollege Preiszler. Erstens, was die Personalentwicklung in Niederösterreich betrifft, hat man in den letzten vier Jahren um 400 Dienstposten mehr geschaffen. Das heißt, mit der Öffnung der Grenze hat man sofort reagiert und hat 400 Dienstposten mehr für Niederösterreich geschaffen. Und das Zweite: Es ist schon richtig, daß Sicherheit in großen Bereichen Aufgabe des Bundes ist, aber wenn Sie sagen, Herr Kollege Preiszler, daß das Bundesheer an der Grenze ineffizient war, dann stelle ich das sehr in Frage. Denn eines ist klar: Diese Leute, die bei jeder Witterung schon jahrelang an der Grenze stehen, haben für die Bevölkerung im Burgenland und in Niederösterreich einen wesentlichen Sicherheitsbeitrag geleistet. Es sei daher diesen Menschen und auch der Bundesgendarmerie an der Grenze ein herzliches

Dankeschön von dieser Stelle aus einmal gesagt!  
(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Und nun komme ich zur Gruppe 1, öffentliche Sicherheit und Ordnung. Diese Gruppe umfaßt eine Vielzahl von Organisationen, die für Sicherheit in Niederösterreich, teils organisiert, teils aber auch freiwillig und unentgeltlich Sorge tragen. Betrachtet man die einzelnen Budgetansätze, so ist in diesem Haushalt erkennbar, daß betragsmäßig geringe Erhöhungen vorgenommen wurden, jedoch der Gesamtanteil aus Budget seit 1988 rückläufig ist. Das Budget 1988 hat noch 0,59 % für die Gruppe 1 des Gesamthaushaltes ausgewiesen, im Voranschlag 1995 stehen nur mehr 0,51 % für öffentliche Sicherheit und Ordnung zur Verfügung. Das heißt, für die öffentliche Sicherheit werden von dem gesamten Kuchen des Budgets fast um 0,08 Prozentpunkte weniger ausgegeben. Erfreulich ist jedoch die Tatsache, daß die Feuerschutzsteuer in gesamter Höhe den Feuerwehren zugute kommt, wenngleich im heurigen Budgetansatz allerdings auf Grund der rückläufigen Tendenz der Feuerschutzsteuer der Mehrbetrag eher gering ausfällt. Der Herr Landesfinanzreferent hat gesagt, es wird sich bei 21 Millionen einpendeln. Ein wesentliches Plus für die Feuerwehren ist das, denn gerade die brauchen ja die Mittel, weil die technische Ausrüstung bei den Feuerwehren immer mehr Mittel erfordert.

Sehr erfreulich ist - und das war ja auch immer ein Kritikpunkt - daß die Bergrettung nun mit einer Million Schilling dotiert ist. Was den Zivilschutz betrifft, so bekommt dieser Zivilschutz im Jahre 1995 5,5 Millionen Schilling. Gerade der Zivilschutz braucht diese Mittel, weil der Stellenwert des Zivilschutz in der Öffentlichkeit nicht jener ist, den er sich verdient. Und auch der Zivilschutz kämpft zunehmend mit Finanzierungsproblemen, da ja der Aufgabenbereich des Zivilschutzverbandes ein immer größeres Ausmaß annimmt. Meine Damen und Herren! Die Hochwassersituation im heurigen Jahr in Italien, wo es keine freiwillige Feuerwehr gibt, wo es keinen Katastrophenschutz gibt, aber auch der Chemieunfall in Deutschland und viele andere Ereignisse zeigen uns ganz deutlich, daß der Zivilschutz als Präventivmaßnahme seine Berechtigung hat. Niederösterreich ist auf diesem Sektor, was die Vorsorge betrifft, beispielgebend im Ausbau und der Errichtung der sogenannten Zivil- und Selbstschutzeinrichtungen in den Gemeinden. Gleichzeitig wurde aber vom Zivilschutzverband aus die Informationstätigkeit verstärkt, das Serviceangebot in den Schulen um wesentliches erweitert. Aber, meine Damen und

Herren, nicht in allen Bereichen Niederösterreichs hat der Zivilschutz Vorreiterrolle. Wie man einem Bericht der letzten Ausgabe der Zivilschutzzeitung "Sicher ist Sicher" entnehmen kann, ist die Problematik der Schutzräume sehr ernst in Niederösterreich. Niederösterreich zählt in diesem Bereich zu den Schlußlichtern in Österreich. Ist österreichweit der Schutzraumanteil mit 24 % angegeben, so rangiert Niederösterreich an letzter Stelle mit 4,7 %. Es müßte daher eine rasche Verbesserung erwirkt werden und zwar mittels der Änderung der Bauordnung, nicht nur Niederösterreich, sondern österreichweit.

Derzeit gibt es bereits die Möglichkeit, einen nachträglichen Einbau der Schutz- und Sicherheitsräume vorzunehmen. Gerade das Forschungszentrum Seibersdorf hat uns bei einer Vorführung gezeigt, daß es eine Möglichkeit gibt. Ein Modell, mit dem man mit geringen Mitteln in vorhandenen Räumen Einbauten vornehmen kann. Diese Einbauten haben die Möglichkeit, Schutzraumfunktion zu übernehmen, was etwa das Schutzluftsystem betrifft. Meine Damen und Herren! Zivilschutz - Selbstschutz muß von allen Gesellschaftsschichten getragen werden. Denn bei einem Eintreten einer Katastrophe ist es zu spät, Vorsorgemaßnahmen zu treffen. Das heißt, es müssen diesbezügliche Schritte derzeit gesetzt werden.

Ein weiteres Thema im Bereich Sicherheit und Ordnung, meine Damen und Herren, ist auch die "Innere Sicherheit". Der Herr Kollege Preisler hat ja schon einen Teil davon beleuchtet. Die Forderung nach mehr Sicherheit durch den Staat wird immer deutlicher. Die Zunahme - und hier stimme ich überein - des organisierten Verbrechens, Drogenkriminalität, vermehrter Autodiebstahl, um nur einige Themenbereiche zu nennen, hat in der letzten Zeit in der Bevölkerung sehr große Unruhe hervorgerufen. Wenn man den jährlichen Sicherheitsbericht - der Bericht 1993 liegt ja noch nicht vor - betrachtet, so zeigt es sich, daß gerade im Zeitraum der letzten fünf Jahre, vom Wegfall des Eisernen Vorhanges angefangen und des sogenannten Demokratisierungsprozesses im Osten sowie durch den Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien das organisierte Verbrechen sich Richtung Westeuropa verlagert hat. Vermehrt ist und wird auch Österreich durch das organisierte Verbrechen betroffen. Kollege Preisler hat bereits gesagt, der größte Umschlagplatz von Drogen und Suchtgiften ist eigentlich vor den Toren Wiens, das ist Preßburg. Denn durch den Bürgerkrieg in Jugoslawien haben sich die Ströme und die Wege Richtung Westen geändert. So ist Preß-

burg der Umschlagplatz geworden, was Heroin und andere Suchtgifte betrifft. Und von Preßburg ausgehend wird, was Drogen betrifft selbstverständlich auch der Schwarzmarkt Wien bedient. Aber ein Großteil dieser Drogen, des Rauschgiftes wird im Transitweg durch Österreich nach Westeuropa transportiert. Die Bekämpfung derartigen Verbrechertums kann nur, noch einmal, nur international erfolgen.

Durch den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union ergeben sich auch im Bereich der inneren Sicherheit neue Aufgabenbereiche. Österreich und speziell Niederösterreich bildet ja nach Abschluß der Ratifizierung des EU-Vertrages die Außengrenze zur EU. Zu den Reformstaaten und zu jenen Ländern, die an der Grenze Österreichs und Niederösterreichs gelegen sind. Daraus ergibt sich, daß eine effizientere Grenzkontrolle und Grenzüberwachung erfolgen muß, auch das wurde bereits gesagt. Die Errichtung der sogenannten eigenständigen Grenzdienste, einer Grenzgendarmarie muß forciert werden. Herr Kollege! Ich glaube, wenn Sie mit dem Herrn Bundesminister gesprochen haben, dann werden Sie auch in Erfahrung gebracht haben, daß ein derartiges Konzept bereits vorliegt. Denn wir haben die Auflage nach dem Beitritt, daß wir uns nach den EU-Richtlinien zu verhalten haben. Bei der Installierung dieser Grenzschutzeinheit soll auf die Personalressourcen der hochqualifizierten, ausgebildeten Zollwachebeamten - das sind in Summe etwa 1.700 Mann - und auch selbstverständlich auf die derzeit schon in Ausbildung befindlichen oder an den Grenzen Dienst versehenen Grenzgendarmen zurückgegriffen werden. Somit ergäbe sich bereits derzeit eine Personalreserve von 2.100 bis 2.300 Personen. Der Gesamtbedarf für diese Grenzschutzeinheit oder wie sie immer heißen mag, ist mit 4.000 bis 5.000 Personen fixiert. Ich glaube, daß wir zu 50 % dieses Personal, das für eine Grenzschutzeinheit zur Verfügung gestellt werden soll, bereits haben. Es gibt nur Probleme zwischen den beiden Bundesministerien, jenem für Finanzen und für Inneres.

Wenn Sie das sogenannte Verhandlungspaket zitiert haben zwischen den beiden großen Parteien, dann haben Sie vergessen, daß drinnen steht, daß diese Grenzschutzeinheit eine Einheit des Innenministeriums und der Bundesgendarmarie sein soll. Auch diese Frage ist bereits geklärt. Um aber dem Sicherheitsbedürfnis der Niederösterreichischer Rechnung zu tragen, muß diese Grenzgendarmarie so rasch als möglich installiert werden. Denn ich glaube, nur dann wird ein wesentlicher Faktor, was die grenzüberschreitende

Kriminalität betrifft, eingedämmt werden. Selbstverständlich, meine Damen und Herren, werden wir auch - und das steht ebenfalls in diesem Papier drinnen und ich glaube, es ist richtig - bei besonderen Ereignissen etwa auch außerhalb Österreichs weiterhin das Bundesheer brauchen. Beispielsweise zur Assistenzleistung, um die Grüne Grenze abzusichern. Meine Damen und Herren! Nur wenn die Außengrenze sicher ist, wird es uns gelingen, einen wesentlichen Beitrag zur internationalen Bekämpfung des organisierten Verbrechertums zu leisten. Neben der Sicherung der EU-Außengrenze bei der internationalen Zusammenarbeit zur Bekämpfung der Kriminalität muß selbstverständlich auch eine Verbesserung der Aus- und Weiterbildung der Sicherheitsorgane erfolgen. Und selbstverständlich muß auch eine Optimierung der Ausrüstung bzw. der technischen Hilfsmittel, der es ja bedarf, um Verbrechen zu bekämpfen, erfolgen. Wobei man sicher auch überlegen wird müssen, ob man nicht jetzt bei der Bekämpfung dieses organisierten Verbrechens und der Kriminalität den kleinen oder den sogenannten großen Lauschangriff zu beraten haben wird. Denn nur so kann, das zeigen uns Experten, eine wirksame Bekämpfung der internationalen Szenerie erfolgen. Ich weiß schon, daß man jene Personen, die nicht davon betroffen sind, schützen muß. Aber ich glaube, wenn wir die internationale Kriminalität bekämpfen wollen, dann müssen wir auch diese Mittel in Anspruch nehmen.

Neben all dieser Maßnahmen, meine Damen und Herren, bedarf es auch einer präventiven Sicherheitspolitik im Sinne einer Sicherheitspartnerschaft zwischen der Bevölkerung und der Exekutive. Kriminalpolizeiliche Beratungsdienste, wie sie zum Beispiel in Wien und letztlich auch in Schwechat vorhanden sind, sollen ausgebaut werden. In diesen Zentren werden von den Gemeinden, von der Exekutive, der Justiz, von Sicherheitsexperten und der Wirtschaft gemeinsam im Bereich Sicherheitsverhalten Informationen an die ratsuchenden Bürger ausgegeben. Der Zulauf zu solchen Zentren ist sehr groß, stellt einen wesentlichen Schritt der Verbesserung der Kommunikation zwischen der Exekutive und der Bevölkerung dar und dient letztlich einer Präventiv- oder Vorsorgemaßnahme, was die Sicherheit betrifft. Zunehmend werden auch - und hier gibt es Studien - Sicherheitsmaßnahmen von privaten Bewachungs- und Sicherheitsdiensten angeboten, da ja viele Aufgaben, die heute die Exekutive zu erbringen hat, nicht in den Zuständigkeitsbereich der Exekutive oder der Polizei fallen. Zum Beispiel Objektschutz, Personenschutz, Überwachung oder Begleitschutz. Eine Studie, die anlässlich

"Sicheres Österreich" vorgestellt wurde, zeigt, daß von 159 Aufgaben, die die Exekutive oder Polizei erbringt, 75 nichtpolizeiliche Aufgaben sind. Das heißt also, wenn der Bürger eine bestimmte Sicherheit verlangt, die nicht von der Exekutive abgedeckt werden kann, dann sollen diese Aufgaben private Institutionen übernehmen. Zum Beispiel wird der Flughafen Schwechat, in dessen innerem Bereich die Kontrolle durch die Exekutive erfolgte, jetzt von einer privaten Gesellschaft gesichert. Die bietet die gleiche Sicherheit, wie vorher die Exekutivorgane. Mit dem einen Unterschied, daß derzeit jene Person, die die Sicherheit in Anspruch nimmt, die Leistung zu bezahlen hat, während vorher die Exekutivbeamten ja aus Steuermitteln entlohnt wurden. Die Studie aus Deutschland, um noch einmal auf das zurückzukommen, zeigt auch ganz deutlich, daß die Zunahme der privaten Sicherheitsinstitutionen einen wesentlichen Beitrag zur Entlastung der Polizei und Exekutive gebracht hat. Die konnte nun freigesetzt werden für andere polizeiliche Maßnahmen, wie zum Beispiel Bekämpfung des organisierten Verbrechertums.

Meine Damen und Herren! Sicherheit in einer bewegten Welt stellt eine große Herausforderung an die Gesellschaft dar. Alle Maßnahmen, die von der öffentlichen Hand gesetzt werden, bedürfen des Verständnisses und der Mithilfe der Bevölkerung. Wenn aus einer Statistik hervorgeht, daß die Aufklärungsquote rückläufig ist, so ist das oft darauf zurückzuführen, daß die Bevölkerung nicht mehr bereit ist, ihre Wahrnehmungen zur Aufklärung des Verbrechens beizutragen. Vielleicht auch deshalb, weil man Angst hat, in einen Fall verwickelt zu werden, der persönlich spätere Folgen haben könnte.

Meine Damen und Herren! Abschließend darf ich allen, die in Niederösterreich für die Sicherheit tätig sind, Gendarmerie, Bergrettung, Zollwache, Rotes Kreuz, Samariterbund, Freiwillige Feuerwehren und den unzähligen freiwilligen Helfern sowie der Abteilung VI/9 ein herzliches Dankeschön sagen für die Leistungen, die sie erbracht haben für die Sicherheit in Niederösterreich. Und darf gleichzeitig die Bitte aussprechen, daß sie auch im kommenden Jahr ihre Tätigkeit fortsetzen.

Meine Damen und Herren! Zu dem Antrag des Herrn Abgeordneten Preiszler darf ich sagen, daß meine Fraktion diesem Antrag beitreten wird und selbstverständlich auch dann letztlich die Zustimmung geben wird. Danke für die Aufmerksam-

keit. *(Beifall bei der SPÖ, Abg. Mag. Schneeberger und Abg. Klupper.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Klupper.

Abg. KLUPPER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Vorweg möchte ich auch gleich erklären, daß wir dem Antrag des Abgeordneten Preiszler bei-

treten, wenn auch einige Passagen enthalten sind, die jetzt schon Realität sind, wie zum Beispiel die Einrichtung von Suchtgiftgruppen an den Grenzen. Das gibt es bereits. Aber wir sind der Meinung, daß der Gesamthalt so wesentlich ist, daß wir diesem Antrag beitreten.

Herr Kollege Preisler! Ich glaube, daß wir die Sicherheit an unseren Grenzen nur aufrecht erhalten mit dem Grenzeinsatz. Vor allem in dem Bereich der Bekämpfung des Schlepperunwesens und der Übertragung eines Sicherheitsgefühls für unsere Grenzbevölkerung werden wir ganz einfach auch in Zukunft auf den Einsatz des Bundesheeres nicht verzichten können. Wir werden ganz einfach über viele Jahre hinaus keine so ausgerüstete und ausgestattete Grenzpolizei oder Grenzeinheit oder wie immer man es bezeichnen wird, haben, die diese Aufgabe übernehmen wird können. Und es ist auch ein Kostenfaktor damit verbunden. Ich besuche die österreichischen Soldaten, die an der Grenze eingesetzt sind, zumindest zwei- bis dreimal im Jahr. Und ich lade Dich ein, einmal mit mir mitzufahren. (*Abg. Preisler: Ich war schon dreimal dort!*) Dann wirst Du nämlich sehen, wie dieser Einsatz vonstatten geht. Die sind jetzt, bei dieser Jahreszeit den Winter über bei Regen und Schnee in Zelten teilweise untergebracht und versehen ihren Dienst unter solchen Verhältnissen. Es wird sehr schwierig sein, im Beamtenbereich eine solche Tätigkeit unter diesen Voraussetzungen auch tatsächlich über die Bühne zu bringen. Das ganz einfach deshalb, weil die dort eingesetzten Soldaten auf Grund ihrer Ausbildung ganz andere Situationen gewohnt sind und vorfinden. Ich glaube, das daher dieser Einsatz, auch was die Ausstattung an Geräten betrifft, Nachsichtgeräte, Überwachungsgeräte etc., ganz einfach notwendig sein wird. Ich glaube, wir sollten uns keine Doppelausstattung leisten. Wenn in einem Bereich eine solche Ausrüstung vorhanden ist, dann sollte man sie nutzen auch in Friedenszeiten. Man sollte hier nicht unnötig Geld ausgeben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde beim Thema öffentliche Ordnung und Sicherheit mich mit zwei Bereichen befassen. Das ist einmal der Bereich des zivilen Bevölkerungsschutzes und der Bereich des Drogenmißbrauches. Ich glaube, daß dieser Bereich des Drogenmißbrauches ein sehr ernster ist. Ein Bereich, wo wir sehr aufmerksam sein müssen. Weil es hier ganz einfach zu einer Situation kommt, die nicht mehr auf die Großstädte begrenzt ist, sondern eine Situation, in der sich die Verteilung von Drogen, der Konsum von Drogen, über das

ganze Land bereits erstreckt. Wir haben uns vor nicht allzu langer Zeit hier in einer Aktuellen Stunde mit diesem Problem befaßt. Ich habe damals in aller Kürze einige Punkte zu der derzeitigen vorhandenen Drogenszene herauskristallisiert. Ich möchte das ganz kurz wiederholen.

Wir stellen etwa fest, daß die Szene immer radikaler wird. Und das können wir beobachten fast von Monat zu Monat. Es erfolgt der Konsum vor allem im Bereich der Jugend oft in einer selbstzerstörerischen Art und Weise. Zweitens wird der Konsum harter Drogen und die Einnahme verschiedener Substanzen gleichzeitig stärker und nimmt dieser Vorgang immer mehr zu. Das liegt vor allem daran, daß genügend Stoff vorhanden ist und der Preis verfällt. Wer das beobachtet hat in den letzten Jahren, stellt fest, daß jetzt schon ein Gramm Heroin um ein paar hundert Schilling sich im Handel befindet. Dieser geringe Preis führt dazu, daß nicht mehr gestreckt wird, daher werden oft Überdosen genommen. Und das führt letzten Endes zu der großen, steigenden Zahl von Toten in diesem Bereich. Und als letztes müssen wir feststellen, daß das Verteilernetz immer dichter wird. Es wird professioneller verteilt, die Dealer werden immer jünger. Ich glaube daher, daß wir gerade in diesen Fragen viel sensibler werden müssen. Daß wir aufklären müssen, mehr aufklären müssen, schneller reagieren müssen, immer dann, wenn es um einen vermeintlichen Einstieg geht oder wenn Verteilungsverdacht, wo immer, besteht.

In einem gebe ich dem Abgeordneten Preisler recht, wir müssen eines verschärft tun: Wir müssen ganz einfach schärfer gegen jene vorgehen, die aus der gesundheitlichen Schädigung anderer ihren Nutzen ziehen. Wir müssen die Drogenkriminalität mit aller Schärfe bekämpfen. Nicht nur im eigenen Land, sondern über die Landesgrenzen hinaus durch internationale Zusammenarbeit. Weil dieses Problem ganz einfach im eigenen Land deshalb nicht in den Griff zu bekommen ist, vor allem in unserem Bereich, weil sich eben das Hauptquartier, wenn ich das so sage, der Drogenmafia in Preßburg, in Bratislava befindet. Und weil es hier nicht mehr darum geht, große Mengen über die Grenze zu schmuggeln, sondern in einem Entfernungsbereich von nicht einmal einer Stunde von der Großstadt Wien und dem vielfältigen Verkehr erfolgt die Verteilung auf kleine Mengen für den grenzüberschreitenden Bereich. Daher ist es sehr schwierig, hier die notwendigen Maßnahmen alleine an der Grenze zu treffen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Damit zum Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes und zum Selbstschutz. Wir turnen uns teilweise in dieser Frage immer ein bißchen darüber hinweg. Und ich möchte ganz einfach hier noch einmal sagen, daß dieser Bereich in seiner Gesamtheit sowohl von den Behörden und hauptsächlich von den Behörden, von den Einsatzorganisationen und von der Bevölkerung selbst wahrzunehmen ist. Ich werde auf diese verschiedenen Verantwortungsbereiche näher eingehen. Den Bereich der Einsatzorganisationen streife ich nur kurz, weil in diesem Hohen Haus öfters über diese Situation der Einsatzorganisationen gesprochen wird. Wir wissen, daß Feuerwehren, Rettungsorganisationen, die freiwilligen Hilfsorganisationen funktionieren, ihre Arbeit zur besten Zufriedenheit erledigen und auch stets bereit sind. Wie schaut es aber in den anderen Bereichen aus? Wird dort wirklich alles getan, um gegenüber den modernen Bedrohungen gewappnet zu sein? Oder gehen wir doch manchmal zu oberflächlich hier an die Sache heran, praktisch in der Hoffnung, es wird hoffentlich ohnehin nichts passieren. Das Studium der Zeitungsmeldungen allein des letzten Monats sollte uns eigentlich zu denken geben. Wenn man einige "headlines" nur herausnimmt aus der Palette der Zeitungen (*zeigt Zeitungsausschnitte*): "Grenzenlose Gefahr für Österreich", "neue Atomgefahr droht - Slowaken wollen in Grenznähe ein Kraftwerk errichten", "Behörden befürchten neue Atomkatastrophe" - "Aus Unfall nichts gelernt, keine Haftung bei Atomkatastrophen", "Bevölkerung ist schutzlos Katastrophen ausgeliefert", "Atomwahnsinn; Politiker müssen handeln", "Atomschutz für unsere Kinder" und so weiter. Wenn man auch zu diesen Zeitungsberichten doch sagen muß, daß sie oft einseitig sind, daß der sachliche Inhalt nicht immer so ist, daß man voll zustimmen könnte, müssen wir doch nachdenklich werden und uns im klaren sein, daß wir in einer Zeit eminenter chemischer und atomarer Bedrohung leben. Zum Großteil, meine sehr geehrten Damen und Herren, hervorgerufen durch die Kernkraftwerke in unserer Nachbarschaft. Temelin, Dukovany, Bohunice, Krsko, Paks, in Kürze Mochovce und man könnte das so fortsetzen wenn man auch in die GUS-Staaten, in die ehemalige Sowjetunion schaut, wo auf Grund der Bauweise, der mangelhaften Sicherheitssysteme und einer teilweise schlampigen Betreuung man annehmen muß, daß eine Katastrophe sehr wahrscheinlich ist und daß bei einer solchen Katastrophe über viele Generationen hinaus die Lebensgrundlagen möglicherweise für viele Bereiche in Europa vernichtet werden. Dazu kommt eine neue Art, nämlich eine Art, die wir bisher noch nicht gekannt

haben: eine Form atomarer Erpressung. Nicht nur von Ländern gegenüber den Großmächten - die Vorgangsweise von Korea oder der Ukraine gegenüber den Vereinigten Staaten kann man als Erpressung eines Landes gegenüber dem anderen beurteilen - sondern auch von Umweltbanden wie vor kurzem in Litauen, die zur Stilllegung eines Kraftwerkes über einen längeren Zeitraum geführt hat.

Der Bevölkerung, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist diese Gefahr sehr wohl bewußt. Denn auf die Frage durch ein Meinungsforschungsinstitut, welche Ereignisse könnten zu einer ernsthaften Krise in Österreich führen, wird ein Atomunfall mit 74 Prozent weit an der Spitze aller Antworten genannt. Das entsprechende Vorsorgenniveau wird demgegenüber aber eher gering eingeschätzt. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir müssen uns im klaren sein, daß dieses Bild, diese radioaktive Bedrohung, über viele Generationen hinaus anhalten wird. Eine kurzfristige Lösung ist unrealistisch. Wir müssen daher viel ernsthafter an diese Problematik herangehen! Ich möchte sagen, war früher einmal über viele, viele Generationen das Feuer die größte Bedrohung für die Menschen, so ist es nunmehr die chemische und die radioaktive Gefahr. Seit dem GAU in Tschernobyl mit all seinen verheerenden Folgen - und wenn sie die Berichterstattung aus Rußland verfolgen, so stellt sich ja jetzt teilweise erst die Tragweite heraus, über 100.000 leider zu spät Evakuierte; bisher über 10.000 Strahlentote, ganze Landstriche sind unbewohnbar - seither zweifelt wohl niemand an den verheerenden Folgen einer solchen Katastrophe. Es gilt daher, vorbereitende Maßnahmen zu setzen, um bei einem Unfall den Schaden so gering als möglich zu halten. Und ich sage, so gering als nur möglich zu halten.

Ich möchte damit auf die wichtigsten Maßnahmen eingehen und auch erläutern, was in den letzten Jahren auf diesem Sektor geschehen ist. Der Idealfall wäre natürlich der Ausstieg aus der Atomenergie. Dafür gibt es derzeit keine Anzeichen. Viele Bemühungen, die es gibt, sind wahrscheinlich wirkungslos. Die einzige Möglichkeit eines Ausstieges sehe ich darin, daß die Bevölkerung des jeweiligen Landes ihre Regierung zu einem Ausstieg bringt. Alle anderen Maßnahmen sind eher Maßnahmen für Schlagzeilen in den Zeitungen. Der zweite Bereich sind außenpolitische Maßnahmen. Die sind sehr wichtig, weil es darum geht, Information über die Situation der Kraftwerke zu erhalten und auch eine gewisse Sicherheit zu bekommen, daß wir bei Störfällen rechtzeitig informiert werden. Da ist in den letzten

Jahren vieles erreicht worden. Es gibt Abkommen mit den meisten Ländern. Diese verpflichten die Länder, Störfälle der Kontaktstelle in Österreich bekanntzugeben. Wir wissen aber, Verträge sind nicht alles und manchmal hat es jetzt schon Zweifel gegeben, ob man einen Störfall wirklich melden muß oder nicht. Daher gibt es in Österreich das Strahlenfrühwarnsystem, ein sehr wichtiges System und es hat sich auch bisher schon bewährt. Ein weiterer Ausbau dieses Systems ist aber notwendig, wobei auch hier einiges geschehen ist. Wenn Sie sich erinnern, ist gerade von Niederösterreich aus, vom Landeshauptmann, von Landesrat Blochberger, von Landeshauptmannstellvertreter Höger immer die Forderung gekommen, es wäre notwendig, Meßstellen in die Nähe der Kraftwerke in unseren Nachbarländern zu plazieren, um sicherzugehen, alle Daten aus diesem Bereich zu haben. Hier ist einiges geschehen. Es gibt bereits sechs solcher Stellen in der Slowakei, die mit der Bundeswarnzentrale verbunden sind. Ich glaube, daß hier doch etwas erreicht wurde. Dieses Strahlenfrühwarnsystem, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat aber natürlich nur Sinn, wenn die Schaltstellen, nämlich die Bundeswarnzentrale, und auch die Landeswarnzentralen ständig besetzt sind, wenn kurzfristig Entscheidungsträger erreichbar sind und wenn die Bevölkerung daher über Gefahren informiert und gewarnt wird.

Hier ist der nächste Punkt, ein bundeseinheitliches Warn- und Alarmsystem, basierend auf einer Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern. Ich darf heute sagen, daß der Ausbau dieses Warn- und Alarmsystems ziemlich abgeschlossen ist. Auch in Niederösterreich sind nunmehr alle Bezirke an dieses Warn- und Alarmsystem angeschlossen. Wir haben damit eine 60prozentige Erreichbarkeit mit den Sirenen erreicht. Es wird für die Zukunft notwendig sein, neue Überlegungen anzustellen, denn auf Grund geänderter Bauweise, Mehrfachverglasung, Schallschutz, Wärmeschutz sind gerade in der kalten Jahreszeit oft die Sirenensignale nicht eindeutig erkennbar und hörbar. Hier gibt es Möglichkeiten, wie man weiter vorgehen kann. Sei es durch Impulsgeber über den ORF, sei es über Impulsauslöser über die Energieversorgungsbetriebe. Hier gibt es auch Beispiele in unseren Nachbarländern, wie man weiter vorgehen kann.

Der nächste Schritt für Niederösterreich ist der Ausbau der Landeswarnzentrale. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, all das - und vor allem die Warnung und Alarmierung - hat nur dann einen echten Sinn, wenn mehr Wissen in

der Bevölkerung vorherrscht. Ich möchte sagen, mehr Wissen über die Zusammenhänge und das richtige Verhalten. Dieses "mehr Wissen" sollte in der Bevölkerung vorhanden sein und ich nehme hier die Verantwortungsträger in Bund, Land und Gemeinden nicht aus. Auch hier sollte mehr Wissen über diese Problematik bei allen gegeben sein. Dazu gehört Kenntnis der Warn- und Alarmsignale, denn wozu haben wir sonst dieses System. Dazu gehört das Wissen über das richtige Verhalten in Katastrophensituationen, dazu gehört ein Grundwissen über Auswirkungen und Folgen und ein Wissen über Vorsorgemaßnahmen. Diese Wissensvermittlung sollte sinnvollerweise über die Schulen erfolgen. Das geschieht nun schön langsam über die Behörden, denn sie sind ja die Träger der Verantwortung. Und ich werde noch einmal darauf zurückkommen, über Massenmedien, Fernsehen, Rundfunk, Zeitungen. Auch hier sollte nicht nur aufgezeigt werden, welches Gefahrenpotential in unseren Nachbarländern liegt, sondern die Zeitungen hätten auch darüber zu berichten, was der einzelne Bürger in dem Land tun kann, um sich bei einer Katastrophe zu schützen. Ich glaube, auch das gehört zu einer verantwortlichen Medienpolitik. Ich sage das ganz deutlich, weil über die verschiedenen Aktionen sehr viel berichtet wird, die Zeitungen aber sehr schwer dazu zu bewegen sind, über Verhaltensmaßnahmen, über die Situation letztendlich eine Information an die Bevölkerung zu geben.

Natürlich bietet diese Aufklärung auch der Zivilschutzverband, vor allem im Bereich des Selbstschutzes; Aufklärung, Information und Motivation. Und ich möchte mich heute auch beim Land, aber auch bei den Gemeinden herzlich bedanken, für die Budgetierung hier im Landeshaushalt, aber auch für die Beiträge, die die Gemeinden für diese wichtige Aufgabe leisten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Letztlich geht es auch um Vorsorge und um vorbereitende Maßnahmen. Hier kann man auch nicht über die Frage der Schutzmöglichkeit vor der Radioaktivität hinweggehen. Einige wesentliche Maßnahmen wurden durch die Bundesregierung gesetzt. Ich möchte auf diesen Umstand hier im Hohen Hause aufmerksam machen. Die Bundesregierung ist nach Tschernobyl von den Ländern, von den Medien stark angegriffen worden, weil sie keine Vorbereitungen im Krisenmanagement getroffen hatte und keine Vorbereitungen hatte. Ich muß sagen, die Bundesregierung hat daraus gelernt. Es gibt nunmehr eine Vielzahl von Regelungen, die seitens der Ministerien getroffen wurden. Zum

Beispiel einen Maßnahmenkatalog zum Schutz der Bevölkerung vor radioaktiver Strahlung. In diesem werden auf Grund der Gefahrenstufen, die erreicht werden bei dem Strahlenfrühwarnsystem, auch gleich die Maßnahmen dazu als Empfehlung gegeben. Oder von seiten des Gesundheitsministeriums die Regelung der Ausgabe der Kalium-Jodid-Tabletten. Oder von seiten des Unterrichtsministeriums die Regelung für Schulen, was im Schulbereich für die Kinder in einem solchen Fall zu tun wäre. Oder vom Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten die Frage geschützter Räume, vom Schutzraum bis zum Behelfsschutz, bis zum geschützten Wohnraum. Das heißt, der Bund hat Maßnahmen gesetzt, Richtlinien erarbeitet und diese den Ländern übermittelt. Es obliegt nun den Ländern, aus diesen Richtlinien das ihrige für die Bevölkerung zu tun. Ich sage das deshalb, weil ich es vor mir sehe: Sollte einmal eine Katastrophe eintreten, wird bei all dem, was passiert, bei all dem, was an Vorwürfen kommt, was nicht vorbereitet wurde, bei all diesen Maßnahmen wird der Bund erklären, ich habe den Ländern die Richtlinien und Empfehlungen gegeben. Es liegt die Durchführung im Bereich der Länder. Wenn diese es nicht gemacht haben, dann ist das schuldhafte Verhalten bei den Ländern zu suchen. Ich glaube, daß wir diese Situation uns genau anschauen müssen. Denn es sind viele Dinge dabei, die Geld kosten. Es sind aber auch viele Dinge dabei, die eigentlich kein Geld kosten, sondern nur im organisatorischen und im Aufklärungsbereich durchzuführen wären und die ohne weiteres wahrgenommen werden könnten. Dieser große Verantwortungsbereich, der bei den Ländern liegt, muß ganz einfach erkannt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich komme damit zum letzten Punkt. Nämlich zu jenem, daß alle Vorsorgemaßnahmen, all das Bemühen dann nicht fruchten kann, wenn nicht die Bevölkerung voll mit inkludiert wird. Und es muß jedem einzelnen Bürger bewußt sein, daß er bei einer größeren Katastrophe für sich selbst vorgesorgt haben muß. Daß er sich Wissen aneignen soll und daß er Vorbereitungen treffen soll, um selbst eine Krisensituation zu überstehen. Er kann nicht damit rechnen, daß so wie im üblichen Fall die Feuerwehr, die Rettungsorganisation, die Gendarmerie oder sonstige ihm sofort zu Hilfe eilen. Er muß ganz einfach selbst eine Strategie entwickeln, wie er eine gewisse Zeit selbst überdauern kann. Für sich, für seine Familie, für seinen Haushalt, für seine nähere Umgebung. Daher brauchen wir eine solche Sicherheitspartnerschaft zwischen den Behörden, den Einsatzorganisationen und den Bürgern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoher Landtag! Ich habe meine Ausführungen absichtlich etwas grundsätzlicher gehalten. Ich habe dies deshalb gemacht, um auch Ihre eigene Verantwortung in diesem Bereich mit anzusprechen. Wenn mir das gelungen ist, daß die Mandatare dieses Hauses über diese Problematik nachdenken, dann habe ich die 20 Minuten, die ich gebraucht habe, nicht umsonst verbraucht. Dann habe ich, glaube ich, einen Beitrag in diesem Haus geleistet für mehr Sicherheit für unser Land. Ich hoffe, daß wir möglichst lange von Katastrophen verschont bleiben. Und sollten welche eintreten, daß wir gemeinsam diese mit möglichst wenig Schaden bewältigen können. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. Feurer.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt der Herr Abgeordnete Knotzer.

Abg. KNOTZER (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus!

Wenn ich mich zum Budgetabschnitt 1, öffentliche Ordnung und Sicherheit zu Wort gemeldet habe, möchte ich mich natürlich schwerpunktmäßig mit dem Feuerwehrwesen, dem Katastrophendienst und ein wenig, nachdem es indirekt

zusammengehört, auch mit dem Rettungswesen in diesem Abschnitt beschäftigt. Obwohl Rettungswesen nicht zu diesem Budgetabschnitt paßt. Es ist jedoch im Katastrophenfall eng damit verbunden.

Vorerst ein paar Worte auch zu den Mandatarien der FPÖ. Nach fünf Jahren der Grenzöffnung wird hier versucht, ein Szenario zu schildern, das sicher nicht den Tatsachen entspricht. Und wenn man laut den Statistiken und den Sicherheitsberichten, die ja anerkannt sind, Bilanz zieht, so darf man doch über diese Jahre feststellen, daß sicher die Grenzöffnung für alle sehr überraschend kam. Wir haben hier in diesem Hause 1990 gerade das Budget diskutiert, als diese Grenzöffnung für alle überraschend Wirklichkeit wurde. Sicher war ein Ansteigen der kriminellen Handlungen seither zu verzeichnen. Aber wenn man die Statistik von 1992 auf 1993 vergleicht, so sieht man in dem Sicherheitsbericht einen Rückgang der gerichtlich strafbaren Handlungen. Vor allem in unserem Raum, das heißt Niederösterreich, Burgenland und Wien. Gleichzeitig sieht man aber auch, daß die Aufklärungsquote gestiegen ist. Das zeigt, daß sehr wohl von seiten der Regierung reagiert wurde und von seiten der Regierung auch entsprechende Maßnahmen gesetzt wurden. Der Herr Kollege Sivec hat ja erwähnt die Aufstockung der Dienstpostenpläne um über 400 zusätzliche Exekutivdienstposten für Niederösterreich. Es ist gelungen, auch durch bessere Ausbildung und durch bessere Ausstattung unserer Exekutive gelungen, die Verbrechensbekämpfung zu verbessern.

Natürlich wollen wir das auch weiterhin unterstützen und wollen auch weiterhin diese Verbrechensbekämpfung verbessern. Ein wesentlicher Punkt dafür wird sicher auch die Sicherheitsakademie sein. Als Abgeordneter des Bezirkes Baden und Bürgermeister von Traiskirchen erfüllt es mich mit Freude und bin ich sehr froh darüber, daß das Parlament und die Bundesregierung beschlossen hat, daß Traiskirchen der Standort für diese Sicherheitsakademie sein soll. Es soll eine Ausbildungsstätte vor allem für Polizei- und Gendarmerieoffiziere werden, die natürlich für die nationale, aber speziell auch internationale Verbrechensbekämpfung verstärkt ausgebildet werden sollen. Darüberhinaus werden dort nicht nur Polizei- und Gendarmerieoffiziere ausgebildet, um grenzüberschreitende Verbrechensbekämpfung durchführen zu können, sondern es sind darüber hinaus auch internationale Seminare und Schulungen geplant.

Vielleicht zu der Angelegenheit, weil das auch mit diesem Bereich zu tun hat, betreffend

Asylgesetzgebung und Einwanderungsmöglichkeit in unser Land. Hier wurde mit der neuen Gesetzgebung durch den Nationalrat eine neue Richtung eingeschlagen. Österreich hat ja bis vor wenigen Jahren kein Einwanderungsgesetz oder Aufenthaltsgesetz gehabt. Nunmehr ist das jetzt reglementiert worden. Es mag da oder dort, wie man in den Medien liest, zu menschlichen Fehlentscheidungen der verschiedensten Behörden gekommen sein oder auch kommen. Wenn man betrachtet, wieviel -zigtausend Fälle bearbeitet werden, so ist es dort oder da möglich. Man muß diese Fehlentscheidungen oder diese menschlichen Fehler eben entschuldigen und versuchen, zu verbessern. Vielleicht ist das Gesetz in dem einen oder anderen Punkt zu novellieren, das wird ja jetzt diskutiert bezüglich des Aufenthaltsgesetzes, des Einwanderungsgesetzes und des Asylgesetzes. Wir hatten vor ungefähr einem halben Jahr eine Bürgermeisterkonferenz im Bezirk Baden. Gerade der Bezirk Baden ist ja nicht nur von der Asylgesetzgebung her sehr stark betroffen gewesen, sondern darüber hinaus natürlich auch sehr stark durch den Bedarf der Wirtschaft an Gastarbeitern, die hier im Bezirk Baden nicht nur arbeiten, sondern auch wohnen. Darüberhinaus ist der Bezirk auch natürlich eine sehr interessante Region für Zuwanderer oder Einwanderer, die hier bleiben wollen, in Niederösterreich und im Bezirk Baden. Die Bürgermeister dieses Bezirkes haben einhellig festgestellt, daß dieses Einwanderungsgesetz, aber auch das Aufenthaltsgesetz ein exekutierbares Gesetz ist, weil es den Gemeinden die Mitsprachemöglichkeit erlaubt. Die Mitsprachemöglichkeit durch diese von der linken Seite - auch aus unseren Reihen kommend - manchmal sehr diskutierte "Zehn-Quadratmeter-Regelung" pro Person. Von der rechten Seite wird das oft als noch zu wenig streng betrachtet. Aber ich glaube, wir sind hier einen Weg der menschlichen Mitte gegangen, den ein Sozialdemokrat und auch ein Christlich-Sozialer mittragen kann. Einen Weg der menschlichen Mitte, der es sicherlich nicht jedem recht machen kann, ob dem linken oder dem rechten Rand, will ich jetzt gar nicht beurteilen. Aber es ist ein Weg der Mitte gegangen worden. Es ist so, daß vor allem die Gemeinden gefragt werden, ob hier genügend Räumlichkeiten vorhanden sind. Deshalb, um hier Ghettos für die Zukunft zu verhindern, wie wir sie teilweise bei uns schon gehabt haben. Und hier besteht die Möglichkeit, auch gegen Spekulanten und Spekulationen Vorsorge zu treffen, sodaß nicht in einem Einfamilienwohnhaus -zig Leute gemeldet sind, sondern daß auch hier Grenzen gesetzt sind.

*(Präsident Mag. Romeder übernimmt den Vorsitz.)*

Mit der Aufteilung der Asylantragssteller auf alle Bundesländer und auf viele Gemeinden ist auch eine Vermenschlichung in der Asylpolitik geschehen. Daß man nicht jene Menschen, die aus rassischen, religiösen oder politischen Gründen aus ihren Heimatländern flüchten mußten, meistens aus Lagern, Gefängnissen oder Internierungslagern, hier wieder in einem sogenannten Flüchtlingslager oder Lager unterbringen muß. Heute ist es so, daß in allen Bundesländern Asylantragsstellen oder Außenantragsstellen vorhanden sind, dort die Menschen sehr rasch auf ihre Identität, ihre Gesundheit usw. untersucht und wenn positiv beurteilt, in Privatquartieren untergebracht werden. Und damit auch menschlich untergebracht werden. Deshalb ist es auch möglich, sie, wenn sie hier in Österreich bleiben wollen, zu integrieren. Daher ist es wichtig, diesen Weg weiterzugehen im Interesse der öffentlichen Sicherheit. Ein Beispiel, wie rasch das gewirkt hat: Am 5. Jänner 1990, also vor weniger als fünf Jahren, waren im ehemaligen Flüchtlingslager - dieses gibt es ja nicht mehr - Traiskirchen noch 2.250 Menschen gemeldet. Heute sind in der Asylaußenstelle knapp 100 und wenn diese positiv beurteilt sind, werden sie wieder in Privatquartieren untergebracht. Hier zeigt sich, daß dieser Weg der menschlichen Mitte ein richtiger war.

Doch damit zum zweiten Teil, dem Feuerwehrewesen in Niederösterreich. Es wurde schon soviel gesagt, das ich nicht wiederholen möchte. Wichtig ist die Bezirksalarmierung, sie wurde von Herrn Abgeordneten Klupper schon erwähnt, jetzt sind alle Bezirke angeschlossenen. Daher ist auch in Katastrophenfällen eine rasche Alarmierung aller Organisationen möglich, also nicht nur der Feuerwehren, sondern aller im Katastrophenfall beschäftigten Organisationen. Wir haben erst vor kurzem, das war auch in den Medien, in Traiskirchen eine solche Katastrophenschutzübung durchgeführt; mit Exekutive, Gendarmerie, Feuerwehr, Rettung. In Zusammenarbeit mit der Bevölkerung ist es gelungen, diese Übung einmal in der Praxis durchzuführen. Aus den Erfahrungen soll man ja lernen. Ich glaube, wichtig ist hier vor allem die Aufklärungsarbeit. Die Kollegen vor mir haben das ja auch erwähnt. Das heißt, ob jetzt durch Katastrophenfonds oder auch im Zivilschutzverband: Wichtig ist, Information und Ausbildung durchzuführen. Wir wissen schon, die Budgetmittel sind nicht die, die wir uns gerne vorstellen würden. Aber natürlich muß man sich auch hier nach der Decke strecken und eben

dieses vorhandene Geld möglichst effizient einsetzen. Wir könnten uns vorstellen, daß man druckfertige Informationsseiten an die Gemeinden weitergibt, egal ob jetzt vom Land oder vom Zivilschutzverband, nachdem die Medien hier nicht diese Aufklärungsarbeit durchführen, wie wir das gerne hätten. Herr Kollege Klupper hat erwähnt, die Tages-, Bezirks- und Wochenzeitungen nehmen diese Aufklärungsarbeit leider nicht wahr, daher sollten wir druckfertige Vorlagen vom Zivilschutzverband oder auch vom Land her an die Gemeinden senden, damit die Gemeinden in ihren Gemeindezeitungen eben immer wieder die Bevölkerung über diese Dinge informieren. Das wäre ein wichtiger Beitrag. Vor allem kostet er nicht viel Geld, außer jenes, die rund 500 Gemeinden mit diesen Druckblättern zu versorgen. Das könnte jeder in seiner Gemeindezeitung verlautbaren. Wir wissen ja, welch' hohe Anerkennung und welch' hohe Leserschaft solche Gemeindezeitungen haben. Und daß es wichtig wäre, diesen Bereich nicht zu vernachlässigen. Vor allem ist es ein immer wichtiger werdender Bereich.

Erfreulich ist auch, nachdem wir voriges Jahr diskutiert haben den Appell an Gemeinden, Land, Bund und sonstige öffentliche Stellen, daß sie, wenn sich Menschen bewerben, die eben für die Öffentlichkeit ehrenamtlich zur Verfügung stehen, egal ob jetzt im Feuerwehr-, Rettungswesen oder im Zivilschutzverband, und wenn sie dieselbe Qualifikation aufweisen wie ein anderer Bewerber, daß man sie bei einer Bewerbung im öffentlichen Dienst vorreicht. Deshalb, weil sie auch ihren Beitrag für die Öffentlichkeit leisten. Hier zeigt es sich, daß immer mehr Gemeinden und Gemeindeverbände sagen, Ja, wir nehmen Menschen, die bei der Feuerwehr, bei der Rettung oder im Zivilschutzverband organisiert sind und mitarbeiten, weil wir sie brauchen. Weil die Allgemeinheit sie braucht.

Erfreulich ist auch bei der Feuerwehr, daß der Mannschaftsstand ständig steigt, daß vor allem die vorbildliche Jugendarbeit bei der Feuerwehr immer besser funktioniert. Ich möchte aber auch den vielen Hilfsorganisationen, nicht nur den Feuerwehren, sondern allen Hilfsorganisationen, wie den verschiedensten Rettungsdiensten recht herzlich danken. Bergrettung, Wasserrettung, Samariterbund, Rotes Kreuz, Malteser, die ebenfalls gerade im Katastrophenfall und Katastrophendienst sehr, sehr viel mitarbeiten. Immer wieder kommt der Appell von meiner Seite nach vielleicht einer stärkeren Förderung der Landes- und Bezirksverbände, um hier vor allem in der

Öffentlichkeitsarbeit mehr Möglichkeiten zu haben.

Es soll durchaus auch erwähnt werden, daß viele Organisationen, ob jetzt Feuerwehren, Rettungen, etc. große Probleme hätten, wenn es nicht die Möglichkeit gäbe, daß jene Menschen, die sich für den Zivildienst entscheiden, dort ihren Zivildienst absolvieren können. Und es ist auch in unserem Landesbudget ein nicht unwesentlicher Budgetansatz dafür vorhanden. Diese Zivildienstausübenden sind aus den Sozial- und Rettungsorganisationen nicht mehr wegzudenken und eine wesentliche Basis, vor allem um tagsüber den Rettungsdienst aber auch teilweise im Feuerwehrbereich den Betrieb aufrecht erhalten zu können. Interessant ist, ich bin ja selbst seit zehn Jahren Obmann einer Rettungsorganisation, daß in den letzten Jahren immer mehr engagierte Menschen sich für den Zivildienst entschieden haben. Vielleicht deshalb engagierter, weil ja der Unterschied zwischen Präsenzdienst und Zivildienst in der Zeit sich verschoben hat. Daher zeigt sich auch, daß 80 % der Zivildienster auch weiter nach der Absolvierung ihres Zivildienstes in den freiwilligen Hilfsorganisationen, sprich Rettung, zumindest in unserem Bereich, mitarbeiten. Und ich habe mich auch bei anderen Rettungsorganisationen erkundigt, dort hat man ähnliche Ergebnisse. Das heißt, diese Menschen sind wirklich mit Engagement dabei. Und nach Absolvierung ihres Zivildienstes arbeiten sie in vielen Organisationen, vor allem Rettungsorganisationen, weiter mit. Daher darf ich mich an dieser Stelle bei den vielleicht nicht sehr oft bedankten Zivildienstern bedanken und darf mitteilen, daß wir Sozialdemokraten dem Kapitel 1, öffentliche Ordnung und Sicherheit, zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. Klupper.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Egerer.

Abg. EGERER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Auch ich spreche zum Thema öffentliche Ordnung und Sicherheit. Mein Bereich ist Gendarmerie und Feuerwehr. Die Entwicklung der Gendarmerie setzt in Österreich erst um das Jahr 1849 bis 1850 ein. Der Grund dieser Entwicklung war in den vernachlässigten Sicherheitsverhältnissen außerhalb der Städte zu finden. Zunächst war die Gendarmerie ein Bestandteil der Armee. In Friedenszeiten hatte sie ausschließlich für die Sicherheit zu sorgen. Bis zum Ende der Monarchie blieben die Gendarmen Offiziere der Armee und der Gendarmeriegeneralinspektor war immer ein hoher Militär. Vom Beginn an war die Gendar-

merie als eigenständiger militärischer Verband dem Innenministerium unterstellt. Von 1890 bis 1918 wurde sie dann dem Verteidigungsministerium untergeordnet. In der Zwischenkriegszeit bewährte sich die Gendarmerie besonders in militärischen Bereichen, beispielsweise im Zuge des Juliputsches 1934.

In der Nachkriegszeit wurde zur besseren Ausbildung eine zentrale Gendarmerieschule errichtet. Schließlich wurde 1951 die Bereitschaftsgendarmerie gegründet, aus dieser ging etwas später das Bundesheer hervor. Als der Staatsvertrag dann Österreich die Freiheit brachte und unser Land einen ständigen wirtschaftlichen Aufschwung nahm, kamen neue Probleme hinzu. Die zunehmende Motorisierung verbunden mit dem ständig steigenden Verkehr zwang nun die Gendarmerie, immer mehr Beamte für die Überwachung der Straßen einzusetzen. Ihre ursprüngliche Aufgabe, für Ordnung, Ruhe und Sicherheit im Land zu sorgen, wurde durch die vielschichtiger werdenden Arbeitsbereiche erschwert. Mit vielschichtig meine ich, heute hat die Gendarmerie Aufgaben im Verkehrsbereich, bei der Drogenfahndung, bei der Bekämpfung der Kriminalität usw. Personalmangel und unregelmäßige Dienstzeiten traten erschwerend hinzu. In jüngerer Vergangenheit sind die Anforderungen, vor allem durch die Öffnung der Ostgrenzen, enorm gestiegen. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Sicherheitspolitik ist groß. Sie darf aber durch das Öffnen der Grenzen keinen Einbruch erleiden.

Niederösterreich als künftiges Grenzland der EU zum Osten wird in den nächsten Jahren verstärkt von unseren Nachbarstaaten frequentiert werden. Das damit verbundene vermehrte Verkehrsaufkommen erfordert natürlich eine erhöhte

Leistungsfähigkeit unserer Exekutive. Zu den unerwünschten Begleiterscheinungen zählt natürlich auch der steigende Kriminaltourismus. Trotz dieser Belastungen darf jedoch die Exekutive bei der Bevölkerung keine Zweifel an der Effizienz ihrer Bemühungen aufkommen lassen. Die Wahrung der Interessen unserer Bürger in Sicherheitsfragen muß Priorität haben. Nicht zuletzt hat die Exekutive in diesem Zusammenhang auch eine gesellschaftspolitische Funktion zu erfüllen. Es gilt, den Kriminaltourismus in verstärkter Weise zu bekämpfen und dem dadurch entstehenden Nationalismus entgegenzuwirken.

Die Erfüllung dieser vielfältigen Aufgaben setzt ein landesweites Sicherheitsnetz voraus. Die rasche Verfügbarkeit der Beamten im Bedarfsfall muß gegeben sein. Derzeit gibt es insgesamt in Niederösterreich 3.200 Gendarmeriebeamte, die auf 250 Posten aufgeteilt sind. Diese wiederum unterstehen 23 Bezirksleitzentralen. Die Ausbildung der Beamten wird derzeit in zwei Schulabteilungen in Wien und Ybbs vorgenommen. Weiters gibt es eine Verkehrsabteilung mit neun Außenstellen in Melk, Stockerau, Altenglobach, Alland, Tribuswinkel, Warth, Amstetten, Krems und Schwechat. Sie dienen zur Überwachung unserer Hauptverkehrsrouten. Außerdem gibt es derzeit eine Kriminalabteilung in Wien. Die Arbeit der Gendarmeriebeamten besteht zirka zu einem Drittel aus der Kriminalitätsbekämpfung, zu einem Drittel aus Verkehrsüberwachung und ein Drittel sind Administrationsaufgaben. Im Mai 1993 wurde eine Neuorganisation der Bezirksgendarmeriekommanden und des Exekutivdienstes erforderlich. Die neuen Zentralen werden von mindestens einem leitenden Beamten geführt. Je nach Anforderung sollte die notwendige Anzahl von Beamten zur Verfügung stehen. Dieser Zustand konnte leider noch nicht erreicht werden. Aber man ist derzeit bestrebt, dieses Personaldefizit ehe baldigst auszugleichen.

Einer meiner Vorredner hat es schon gesagt, im kommenden Jahr wird es eine Aufstockung auf diesem Gebiet geben. Damit verbunden wurde auch eine Neugestaltung des Exekutivdienstes und eine neue Dienstregelung. Diese Reform ermöglicht es der Gendarmerie, vermehrt mobilen Außendienst zu leisten. Durch die technische Ausrüstung werden die Beamten bestmöglich in ihrer Tätigkeit unterstützt. Beispielsweise bedeutet die Umrüstung auf elektronische Datenverarbeitung eine Entlastung der Bediensteten von der gesamten Büroarbeit. Trotzdem nimmt aber die administrative Tätigkeit immer noch viel zu viel Zeit in Anspruch. Die Einsatzmöglichkeiten der

elektronischen Hilfsmittel müssen daher noch überarbeitet und optimiert werden. Der momentane Mehraufwand durch zusätzliche Schulungen ist im Hinblick auf Arbeitserleichterungen langfristig gerechtfertigt. Eine Entlastung im bürokratischen Bereich bedeutet gleichzeitig mehr zur Verfügung stehende Dienstzeit für Verkehrsüberwachung und natürlich auch zur Kriminalitätsbekämpfung.

Häufigere Streifen­tätigkeit im Überwachungs­dienst führt zu mehr regionaler Sicherheit. Vermehrte Verkehrskontrollen, Geschwindigkeitsüberwachungen sind, wie zahlreiche, alarmierende Statistiken uns bestätigen, leider dringend notwendig. Auch die Problematik der Alkoholdelikte am Steuer bildet einen zentralen Punkt in der auszubauenden Überwachung. Vor allem in den Wohngebieten fordert die Bevölkerung aber auch eine häufigere Präsenz der Wachebeamten. Obwohl einige Posten leider gänzlich geschlossen werden mußten, wurde durch eine Umstrukturierung und Erhöhung des Streifen­dienstes eine bessere Überwachung der einzelnen Regionen gewährleistet. In dieser Hinsicht ist noch viel Aufklärungsarbeit, besonders seitens der Medien notwendig. Die Bevölkerung darf nicht den Eindruck bekommen, daß das Sicherheitsnetz dadurch Lücken hat. Denn das Gegenteil ist der Fall: Die regionale Überwachung konnte effizienter gestaltet werden. Die Bevölkerung muß gezielter darüber informiert werden.

Leider ist auch das Ansehen unserer Gendarmerie in der Bevölkerung in den letzten Jahren gesunken. Vor allem natürlich durch unpopuläre Tätigkeiten, beispielsweise Strafen im Zuge der Verkehrsüberwachung, aber auch Alkotests. Dadurch leidet natürlich die gute Beziehung zum Bürger. Dazu kommt aber auch noch der heutige Zeitgeist, der eigentlich antiautoritär eingestellt ist. Eines ist jedoch unbestritten: Im internationalen Vergleich genießt unser Land weltweite Anerkennung in bezug auf Sicherheit. Diesen für uns bereits selbstverständlich gewordenen Standard gilt es nun zu halten und weiter auszubauen. Und durch unsere Vorbildwirkung in der EU wird es uns auch möglich sein, bei Sicherheitsfragen aktiv mitarbeiten zu können. Trotz der gestiegenen Anforderungen durch die Ostöffnung und das neue Europa haben unsere Gendarmeriebeamten für Sicherheit in Niederösterreich gesorgt. Und diese Leistungen müssen auch einmal anerkannt und allseits auch gewürdigt werden. *(Beifall bei der ÖVP sowie den Abg. Knotzer, Sacher und Sivec.)*

Für Sicherheit in unserem Land sind aber auch unsere Feuerwehren zuständig. Und die Leistungen unserer Feuerwehren sind genauso zu würdigen. Sie schützen unser Eigentum. Denn Feuerwehr heute, das bedeutet blitzschnelles Alarmsystem, zielgenaues Brandbekämpfen, optimierte Sicherung und lebenserhaltende Rettungsmaßnahmen. Seitens des Landes ist man bemüht, den Feuerwehren auch jenen Standard zukommen zu lassen, den sie für ihre Einsätze in der heutigen modernen Zeit so notwendig brauchen. Daher ist es begrüßenswert, daß die Feuer-schutzsteuer zur Gänze unseren Feuerwehren zugute kommt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es muß uns aber auch bewußt sein, daß modernste Technik und hochsensible Mechanismen alleine nicht genügen. Praxisorientierte Ausbildung und viel Idealismus zeichnen unsere Mannschaften aus. Und dafür, glaube ich, gebührt ihnen unser aller aufrichtigster Dank. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor, der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. DIRNBERGER (ÖVP): Ich verzichte!

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich ersuche Herrn Abgeordneten Dirnberger, nunmehr den Antrag zur Gruppe 1, öffentliche Ordnung und Sicherheit, ordentlicher Teil, zu stellen.

Berichterstatter Abg. DIRNBERGER (ÖVP): Ich stelle den Antrag, die Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit, im ordentlichen Teil mit Ausgaben von S 224,565.000 und Einnahmen von S 50,805.000 zu genehmigen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Danke für den Antrag, wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über die Gruppe 1, öffentliche Ordnung und Sicherheit, ordentlicher Teil, in Erfordernis und Bedeckung):* Mit Mehrheit angenommen! Für das Protokoll sei vermerkt, die Abgeordneten der ÖVP, der SPÖ und Abg. Ing. Wagner Josef haben die Zustimmung gegeben, die Mandatare der FPÖ und des LIF nicht. *(Zustimmung ÖVP, SPÖ u. Abg. Ing. Wagner Josef; Ablehnung FPÖ, LIF.)*

Unabhängig davon, meine sehr geehrten Damen und Herren, liegt noch ein Resolutionsantrag der Abgeordneten Preiszler, Klupper, Sivec und Ing. Dautzenberg betreffend Drogenschwemme und Begleitkriminalität vor.

*(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag):* Einstimmig angenommen!

Ich ersuche den Berichterstatter, nunmehr zur Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft, ordentlicher und außerordentlicher Teil zu berichten.

Berichterstatter Abg. DIRNBERGER (ÖVP): Die Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft, umfaßt die Einnahmen und Ausgaben für die gesonderte Verwaltung, den allgemeinbildenden Unterricht, den berufsbildenden Unterricht einschließlich Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung, die Unterrichtsförderung, die vorschulische Erziehung, die außerschulische Jugend-erziehung, den Sport und die außerschulische Leibeserziehung, die Erwachsenenbildung sowie für Forschung und Wissenschaft.

Im ordentlichen Teil werden Ausgaben von S 11.187,764.000 ausgewiesen, denen Einnahmen von S 8.928,258.000 gegenüberstehen. Der Anteil der Ausgaben am Ausgabenvolumen des ordentlichen Teiles beträgt 25,45 %.

Im außerordentlichen Teil sind Ausgaben von S 146,932.000 und Einnahmen von S 243.000 vorgesehen.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort als erster gelangt Herr Abgeordneter Platzer.

Abg. PLATZER (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Zunächst erlaube ich mir eine kurze Bilanz des letzten Jahres, das betrifft es, hinsichtlich jener Veränderungen, die das Schulwesen betreffen, zu ziehen. Es ging um die 14. SCHOG-Novelle, um die Autonomie, um die Schwerpunktsetzung an den Standorten, die ein breites differenziertes Bildungsangebot gebracht hat. Und es geht um die 15. SCHOG-Novelle. Damit wurde die Integration zum Regelfall in den Volksschulen. Mit dieser 15. SCHOG-Novelle gibt es auch die Möglichkeit

der Nachmittagsbetreuung. Sie wurde gesetzlich geregelt. Derzeit machen 21 NÖ Schulen davon Gebrauch. Die 16. SCHOG-Novelle schließlich brachte eine Neuordnung der Schulorganisation und eine Aufwertung bei den Berufsschulen. Und eine ganz wichtige Frage wurde geregelt, die Einrichtung der Fachhochschulen und die Regelung der Zugänglichkeit mittels Studienberechtigungsprüfungen. Das war, und zwar besonders auch im Hinblick auf die EU, ein großer Wurf.

Ich möchte auch das sagen: Über Bildung spricht ja jeder gern und viele fühlen sich als Fachleute. Es ist wie bei einem Fußballmatch; jeder Zuseher versteht sicherlich mehr vom Spiel als der Teamchef selbst. Wir alle sprechen also von besserer Bildung, von höheren Bildungsabschlüssen. Wir müssen uns aber fragen, wohin soll die Bildung den Einzelnen in Wirklichkeit führen? Ein Gesamtbildungskonzept wäre daher dringend notwendig. Dieses Gesamtbildungskonzept müßte die Chancen für den Einzelnen liefern, müßte jene Berufssparten herausstreichen, die in Zukunft für das große Europa notwendig sind. Wir müssen einfach die Chancen der Bildung erkennen und ergreifen. Ich meine, daß Bildung Zukunft schafft und sich damit auch rechnet. Ich meine, die künftige technisierte und internationale Berufswelt ist zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen sind natürlich aber auch Toleranz, Humanität, Gleichberechtigung, Frieden und Umweltbewußtsein.

Ich möchte auch fordern eine verstärkte Partnerschaft zwischen Lehrern, Eltern und Schülern. Es ist hier einiges geschehen. Aber es gibt sicherlich noch jede Menge Verbesserungen. Es muß eine Verbesserung der Lehrerbildung kommen. Ich glaube, daß es eigentlich eine pädagogische Hochschule geben müßte, in der besserer Praxisbezug, besserer Umgang mit erziehungsschwierigen Kindern, mehr Flexibilität gelehrt wird, wozu mehr Professionalisierung notwendig wäre. Diese Forderung möchte ich auch deswegen unterstreichen, weil es hier einen Nachholbedarf gibt gegenüber der EU, weil die Anerkennung des Abschlusses der pädagogischen Akademie noch keineswegs gewährleistet ist.

Die Lehrpläne müssen sicher grundlegend überarbeitet werden, aber nicht so, wie wir es immer wieder erlebt haben wenn es geheißen hat, Lehrplanreform. Nachher, nach so einer Reform, ist der Lehrplan um 20, 30 oder 50 Seiten umfangreicher geworden. So kann es nicht gehen. Der Fremdsprachenunterricht, auch das eine ganz wichtige Voraussetzung für unsere Rolle in Europa, ist weiter auszubauen.

Ich glaube auch, daß die Belastung der Schüler zu reduzieren ist. Viele unserer Schüler haben einen wesentlich längeren Arbeitstag als in jeder anderen Berufsgruppe. Es gibt hier 45, 50, 60 Stunden in der Woche. Und ich glaube, auch im Bereich der Hausübungen müßte etwas geschehen für die Schüler, nämlich weniger müßte gegeben werden. Das scheint mir ganz wichtig, denn damit könnte man dem Nachhilfeunwesen entgegenwirken. Diesem Nachhilfeunwesen, das den Eltern sehr viel Geld kostet.

Das Schulwesen muß aber auch weiter demokratisiert werden. Ich habe es sicher schon zweimal gesagt, ich meine, es müßten viel mehr Entscheidungsbefugnisse auf die Ebene der Bezirke und der einzelnen Schule verlagert werden. Im Fachhochschulbereich, glaube ich, müßte es auch die Möglichkeit der Erziehung in Sozial-, Gesundheits-, Kultur- und Medienberufen geben.

Weiters - und das wird uns immer stärker betreffen - ist die betriebliche Ausbildung zu verbessern. Die Anerkennung der Lehrberufe muß einfach weiter gefördert werden. Die Zusammenarbeit zwischen den Ausbilderbetrieben und den dafür zuständigen Berufsschulen ist zu intensivieren. Die Berufsschule sollte in das Oberstufensystem eingegliedert werden und die Lehrinhalte - auch das erachte ich für eine wichtige Frage - müßte in Flächenberufe gegliedert werden. Eine Berufsreifeprüfung müßte angeboten werden. Allein schon deswegen, um die Zugänglichkeit zu den Fachhochschulen oder Universitäten zu erleichtern.

Ein Wort noch zum polytechnischen Lehrgang. Der polytechnische Lehrgang, ursprünglich gut gemeint, aber mit großen Problemen behaftet, ist heute eine sterbende Schule. Man muß es offen sagen, es gibt immer weniger polytechnische Klassen, immer weniger polytechnische Schüler. Es tritt die Flucht in irgendwelche anderen Schulen ein und dann wird mit allen negativen Folgen dieses neunten Schuljahr irgendwo anders abgeleistet, nur nicht im polytechnischen Lehrgang. Ich glaube, es müßte daher die Möglichkeit geschaffen werden, vom polytechnischen Lehrgang in die zweite Klasse einer berufsbildenden mittleren Schule einzusteigen. Damit wäre auch das neunte Schuljahr wesentlich aufgewertet gegenüber jetzt, da der polytechnische Lehrgang eigentlich fast gestorben ist. *(Abg. Dr. Bauer: Herr Kollege! Mehr Berufsausbildung!)*

Ja, richtig. Mehr Berufsausbildung im polytechnischen Lehrgang! Ich könnte mir genauso vorstel-

len, daß der polytechnische Lehrgang auch bereits ein Teil der Berufsschule wäre oder einen Teil der Ausbildung der Berufsschule in sich bergen könnte. Ich meine damit, daß nur eine qualitativ hochwertige Ausbildung, eine künftige internationale Herausforderung für uns möglich macht, sie zu bewältigen. Und diese Aufgabe können wir sicher aber auch nur erwarten von bestausgebildeten und bestmotivierten Lehrern. Ich weiß, daß es in Niederösterreich überwiegend ausgezeichnete Schulen, ausgezeichnete Lehrer gibt.

Am vergangenen Samstag bin ich auf etwas gestoßen. Ich freue mich über so etwas immer, wenn es ein Projekt gibt in einer Schule, etwa in der Umwelthauptschule Hainfeld, die ein eigenes Projekt gemacht hat im Rahmen des europäischen Netzes gesundheitsfördernder Schulen. Ein Projekt zum Streßabbau mit einer ganz wunderbaren Dokumentation. Oder auch das Projekt "gesunde Schultasche". Wir wissen, daß unsere Kinder viel zu viel mit sich herumschleppen und man fragt sich, warum. Das wurde hier sehr gut dokumentiert. Und das gibt es natürlich in ganz Niederösterreich verstreut. Es gibt hier wirklich ausgezeichnete Projekte und Ansätze durch bestmotivierte Lehrer.

Ich frage mich, aber wird das künftig auch so sein? Es wird sicher gewisse Hemmnisse geben. Ich frage mich, ob es wirklich hilft. Ich glaube, daß es nicht sehr hilfreich sein kann, wenn zwar der Herr Landeshauptmann sein Objektivierungsmodell bei der Schulleiterbestellung als die bestmögliche aller Welten preist, es aber doch einiges noch zu verbessern gäbe. Ich denke etwa an die - ich weiß schon, das ist eine Forderung, die kaum durchzuführen ist - die Zusammensetzung der Landeslehrer-Ernennungskommission. Da werden aber auch erste Ankündigungen unseres neuen Unterrichtsministers nicht unbedingt hilfreich sein und werden von sehr vielen Lehrern nicht unbedingt positiv bewertet. Ich kenne das natürlich nur aus Zeitungsmeldungen. Vielleicht stimmt das alles nicht, es könnte sein. Ich werde mich gerne eines Besseren belehren lassen.

Es wird auch nicht unbedingt hilfreich sein, wenn die Personalvertretung - ich weiß schon, daß sie auch andere Dinge macht - aber wenn die Personalvertretung ganz wichtige Dinge in den Schulen aushängt. Ich habe mir das eigens von einer Schule geholt, da gab es ein riesiges Plakat mit ganz tollem Inhalt. (*Abg. Platzer zeigt ein Plakat.*) Ich zeig' das her, es ist jetzt so modern geworden, Tafeln zu zeigen, ich zeige auch eine. Warum heißt es, ist der Dienstgeber säumig, Personalvertretung bewahrt vor finanziellem Scha-

den? Es sind Formulare aufgelegt bei der Abrechnung von Schulveranstaltungen, die zum Schaden der Kollegenschaft führen usw. Finanziellen Schaden für Kolleginnen und Kollegen abzuwehren ist sicher eine ganz wichtige Frage. Es wurde dann auf der Rückseite vergrößert dieses richtige Formular dargestellt. Das schaut dann so aus (*zeigt Formblatt*). Ich habe mir auch den Spaß erlaubt, nachdem ich lange Jahre hindurch immer diese Dinge untersucht habe und abgerechnet habe für meine Kollegen in der Schule, dieses neue Formular mit dem alten Formular zu vergleichen. Ich habe eine halbe Stunde dazu gebraucht, um den Unterschied zu bemerken. Die beiden Formulare sind komplett gleich, nur auf dem alten Formular, das offensichtlich zum Schaden der Kollegenschaft entworfen wurde, steht unten die Adresse Landesbuchhaltung, Abteilung 2. Und das neue Formular ist komplett gleich, nur ist es gerichtet an die Landesbuchhaltung, Abteilung 6. Ich frage mich, wie sinnvoll das ist und ob das eine großartige Aktion ist. Ob man nicht hätte den Schulleitern sagen können, bitte streicht den Zweier durch und macht daraus einen Sechser. Und das wäre ganz genauso gegangen. Aber ich weiß schon, daß die Personalvertretung auch andere Dinge macht. (*Heiterkeit im Hohen Hause.*)

Es wird aber auch nicht - auch das sage ich in aller Deutlichkeit - es wird aber auch nicht hilfreich sein, die Motivation durch das Konsolidierungspapier im öffentlichen Dienst, und da ganz besonders bei den Lehrern, ganz großartig zu steigern. Denn es ist ja einiges vorgegeben oder es wird einiges kommen. Es wird also weniger Stunden für die Schüler geben. Gut, man kann sagen, vielleicht haben wir in Österreich zu viel Unterricht, das ist möglich. Es wird aber für die Lehrer eine höhere Lehrverpflichtung geben. Es wird - und das finde ich am bedenklichsten - es wird eine neue Regelung bei den Teilungsziffern kommen. Ob das die Klassen betrifft, die Leistungsgruppen, die Neigungsgruppen, die alternativen Pflichtgegenstände. Es wird also auch für die Kinder, für die Eltern nicht unbedingt gerade sehr motivierend sein.

Ich glaube aber auch, daß Eltern auch bestraft werden, ich spreche in dem Fall nur im Bereich der Schule, wenn sie für die Schulbücher und Schülerfreifahrten dazuzahlen werden müssen. Ich möchte ein krasses Beispiel nennen, weil mir das wirklich am Herzen liegt und ich damit längere Zeit mich befaßt habe und versucht habe, zu helfen. Es ist auch gelungen dank der Unterstützung der Frau Landesrat Votruba und des Herrn Abgeordneten Eduard Keusch. Da gibt

es Familien, ich möchte das wirklich deutlich sagen, es gibt Familien, die besitzen die "Frechheit", nicht im Umkreis großer Städte oder im dicht verbauten Gebiet zu wohnen. Es gibt also Familien, die besitzen die "Frechheit", in einer Katastralgemeinde zu wohnen, die 26 Kilometer von der Ortschaft entfernt ist, wo die Kinder 26 Kilometer mit dem Schulbus zur Schule fahren. Und da gibt es noch Familien, die besitzen zusätzlich die "Frechheit", von diesen 26 Kilometern weitere sechs Kilometer entfernt zu wohnen. Und wenn das Kind zur Schule muß um sechs Uhr in der Früh, so muß die Mutter mit dem sechsjährigen Kind - vier Kinder gibt es dort insgesamt - muß mit dem sechsjährigen Kind zu Fuß zur Bushaltestelle gehen, außer sie läßt es alleine gehen. Sechs Kilometer zu Fuß, dann darf die Mutter wieder sechs Kilometer nach Hause gehen. Was einstweilen mit den drei kleinen Kindern geschieht im Alter von ein bis fünf Jahren, das weiß ich nicht. Der Vater ist in der Arbeit, hat auch das Auto mit. Also diese Dinge gibt es tatsächlich. Und dann bemüht man sich, bei der Finanzlandesdirektion, alles zu tun, um zu erreichen, daß dieses Kind auch zur Schule geführt wird. Ist es doch bereits gestraft genug, wenn es mit sechs Jahren schon 26 Kilometer zur Schule fahren muß. Und dann wird einem gesagt, Nein, das geht nicht. Es müßten mindestens vier Kinder sein. Das heißt, die Familie muß warten, bis das erste Kind zwölf Jahre alt ist, damit alle vier zur Schule geführt werden können. Diese Dinge gibt es. Und ich würde wirklich meinen und bitten, daß hier die Landesregierung gefordert ist, an den Bund heranzutreten und solche Dinge abzustellen. Es wird ja nicht dieser Fall, den ich geschildert habe, der einzige sein. Es wird sicher in Niederösterreich mehrerer solcher Dinge geben. Wenn es diese Schulfahrt gibt, dann sollte es sie wirklich geben. Nicht ganz selbstverständlich für Kinder, die drei Kilometer entfernt wohnen, wo sowieso der Zug oder der Bus vorbeifährt. Die steigen einfach ein, denken sich nichts. Aber wer, wie ich schon gesagt habe, das Pech hat oder sich "erfrecht", weit weg vom dichtverbauten Gebiet zu wohnen, der wird offensichtlich bestraft. So kann es aber auch nicht sein!

Ich möchte auch schon zum Schluß kommen. Ich möchte sagen, daß ich grundsätzlich die österreichische Schule für eine ausgezeichnete Schule halte, auch das NÖ Schulsystem für ausgezeichnet halte. Ich glaube, wir müßten nur gemeinsam dafür sorgen, daß diese Verbesserungen, die ich angesprochen habe, auch wirklich kommen könnten. Im Interesse der Eltern, der

Schüler, im Interesse der Gemeinschaft, im Interesse unseres Bundeslandes.

Wir werden dem Budgetkapitel Schule selbstverständlich unsere Zustimmung geben. Umso mehr und umso lieber als der Schul- und Kindergartenfonds für 1995 eine wirklich große Steigerung aufweist, wofür ich der gesamten Landesregierung, vor allem natürlich der Frau Landesrat Votruba herzlich danken möchte. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Hohes Haus! Es ist hier dreimal das Wort "Frechheit" gefallen. Der Herr Klubobmann der Sozialdemokraten meint, dieses Wort ist hier im Protokoll unter Anführungszeichen zu setzen. Ich glaube, das können wir gemeinsam veranlassen. Ich darf dem Protokollführer daher diesen Auftrag geben, wir setzen dieses Wort unter Anführungszeichen. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Friewald.

Abg. FRIEWALD (ÖVP): Geschätzter Herr Präsident! Meine Damen und Herren der Regierung! Hohes Haus!

Wenn wir in der Budgetdebatte Fragen der Ausbildung und des Schulwesens diskutieren, so wurde immer wieder, seitdem ich hier bin, die besondere Frage des landwirtschaftlichen Schulwesens diskutiert. Und unter verschiedensten Voraussetzungen und auch Vorzeichen diskutiert.

Ich glaube, daß gerade diese Frage eine ist, in der man ein entsprechendes Bekenntnis zur Ausbildung und zur Frage der Funktion der Schule einnehmen muß. Wenn ich mich an die Budgetdebatte vor zwei Jahren zurückerinnere, in der wir selbst eine Resolution beschlossen haben, nachdem die Schülerzahl auf mindestens 12 Schüler beschränkt war, um eine Klasse führen zu können, und eine Schule quasi in Diskussion gestanden ist,

da sie diese Schülerzahl nicht mehr erreichte, und in diesem Haus eine Resolution beschlossen wurde, die Schule muß unbedingt erhalten werden, dann müssen wir uns die Frage stellen, inwieweit wir unsere Beschlüsse in diesem Haus auch ernst nehmen.

Ich glaube, daß gerade beim Budget diese Frage zu stellen ist. Denn wir sollten sehr konsequent unsere Beschlüsse vollziehen und auch die Situationen entsprechend beleuchten. Daß das landwirtschaftliche Bildungswesen in Niederösterreich sehr viel für die Regionen leistet, und über die Ausbildung im fachlichen Bereich der bäuerlichen Ausbildung hinaus in den einzelnen Regionen quasi Zentralen darstellt, die für diese regionale Entwicklung bereits von Bedeutung sind, das sollten wir in die Diskussion immer wieder mit einbringen. Wir sollten aber auch in der Diskussion den Mut haben, die Frage zu stellen, was ist notwendig und was ist nicht notwendig. Es steht ein Schulkonzept 2000 in Diskussion, in dem es darum geht, welche Standorte sind konstruktiv sinnvoll weiterzuführen, welche nicht, welche Organisationsformen im landwirtschaftlichen Schulwesen wollen wir haben und welche Dinge über die schulische Ausbildung hinaus sollen diese regionalen Zentren auch als Funktion erfüllen.

Ich glaube, hier müssen wir ganz konkret die Anforderungen an das Profil dieser Ausbildungsstätten definieren. Gerade das Berufsbild und auch die Einstellung der Bauern selbst untergräbt sehr oft die Ausbildungsfragen. Denn ich höre selbst aus den bäuerlichen Bereichen sehr oft Aussagen, in denen es heißt, ein Bauer sagt, sein Bub soll "etwas lernen", die Tochter soll "etwas lernen". Sie meinen damit immer wieder, sie sollen einen Beruf außerhalb des landwirtschaftlichen Bereiches lernen. Ich stelle immer wieder die Frage, sehen sie im Lernen in der Fachschule nicht das Erlernen eines Berufes? Hier untergraben wir uns selbst, hier ist oft im bäuerlichen Bereich die Einstellung verloren gegangen. So nach dem Klischeé mein Bub, meine Tochter soll es besser haben, werd' kein Bauer, keine Bäuerin. Unter diesem Motto müssen wir auch die Diskussion sehen. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Es ist etwas Gescheites, wenn man Bauer ist, zu dem stehe ich. Ich glaube, daß man dieses Selbstwertgefühl auch erhalten soll. Der Herr Klubobmann heißt halt zufällig Bauer. Ich würde

wünschen, daß er vielleicht seinem Namen gerecht wird und das einmal probiert, wie schön es ist, Bauer zu sein. (*Abg. Dr. Bauer: Also wenn Sie mich herausfordern, muß ich Ihnen schon sagen, ich gehöre noch zu jenen, die nicht nur Traktorfahren können.*)

Also, da können wir einmal in der Richtung etwas unternehmen, Herr Klubobmann. Ich lade Sie und alle Damen und Herren aus dem Hohen Haus gerne ein, wir könnten einmal ganz gern beim Strohführen zu Hause die Ballen um die Wette "schupfen". Damit würden wir ein bißchen Bewegung hineinbringen. Gerade nach einem solchen Tag wie heute, an dem wir den ganzen Tag hier sitzen, würde uns diese Bewegung nicht schaden. Das wäre einmal eine richtige "sportliche" Tätigkeit. Ich lade Sie ein, wir machen immer eine Strohkaktion, in deren Rahmen wir das gepreßte Stroh dann wieder Bauern, die in Not sind, in Tirol, in Vorarlberg zur Verfügung stellen. Ich lade Sie im nächsten Jahr dazu ein. Ich hoffe, daß Sie mithelfen und diese Aktion unterstützen. (*Anhaltende Unruhe im Hohen Hause.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Meine Damen und Herren, bitte!

Abg. FRIEWALD (ÖVP): Zurück zur Frage der landwirtschaftlichen Ausbildung. Ich glaube, daß gerade die Frage der sinkenden Schülerzahlen zum Prüfstein wird, wie wir diese Umorientierung und diese Neugestaltung schaffen. Wir sollten in dieser Funktionalität dieser Ausbildungszentren die neuen und zukunftssträchtigen Dimensionen erkennen.

Ich glaube, daß die Erwachsenenbildung, die Ausbildung und ständige Fortbildung ein wesentliches Thema dort ist, das wir unbedingt integrieren müssen. Wir müssen den Bereich, der bereits heute angesprochen ist, die Frage der Telekommunikation, sehr stark mit integrieren. Das ist sicherlich für mich eine Existenzfrage für die Zukunft. Es wurde heute bereits dieser Telearbeitsplatz angesprochen. Ich glaube, daß diese regionalen Zentren draußen, die heute in Telehäusern entstehen, bereits ausgelagerte Bürostätten sein können, die die Transportwege des Arbeitnehmers verkürzen können und in dieser Richtung zur Steigerung der Lebensqualität der Arbeitnehmer beitragen können. In dieser Richtung müssen wir auch die Koordinierung verschiedenster Versuchssysteme im landwirtschaftlichen Bereich

verstärkt vollziehen, um hier auch eine Effizienz in die richtige Richtung und eine Steuerung gerade im umweltpolitischen Bereich mit zu beeinflussen.

Ich glaube, daß in den Regionen draußen sehr starke Impulse immer wieder vom landwirtschaftlichen Schulwesen ausgehen. Jeder, der die Fachschule Edelfhof kennt, weiß, daß im Waldviertel der Name Edelfhof sehr wohl als Inbegriff der großen regionalen Bedeutung immer wieder transportiert wird. Gerade dieses Element sollten wir in Niederösterreich eigentlich flächendeckend anbieten können. Das heißt für mich, Schwerpunkte zu setzen, die genauso regionalspezifisch für die gesamte ländliche Bevölkerung und für diese Region immer wieder zur Entwicklung beitragen und Anstöße liefern. In diese Richtung sollten die Ausbildungsschienen im gesamten landwirtschaftlichen Schulwesen verändert werden.

Ein wesentlicher Gestaltungsprogrammpunkt ist für mich die Frage des Naturverständnisses. Mein Vorredner hat die Frage der Ausbildung beleuchtet, die fachliche Ausbildung, die in den Schulen immer wieder vorhanden ist. Darüber hinaus ist die Schule oder hat die Schule eine wesentliche Aufgabe, nicht nur dieses Fachwissen zu vermitteln, sondern vielleicht auch das Verstehen zu lehren. Das Verstehen, den Umgang mit unserer Umwelt und Natur. Und hier sehe ich wertvolle Elemente im Bereich der landwirtschaftlichen Ausbildung. Denn diese Leute leben mit der Natur! Naturschutz ist dort kein Fremdwort, sondern gelebtes, praktiziertes Wirtschaften. Ich glaube, in der Richtung sollten wir hier den Kontakt zwischen normalen Schulen aus dem Hauptschulbereich, den Mittelschulen und den landwirtschaftlichen Zentren, wenn ich es so formulieren darf, herstellen, um hier einen Konnex zum Verständnis zur Natur wieder zu bringen. Ich glaube, daß das ein wichtiger und wesentlicher Faktor ist. Daß quasi nicht die Milch heute aus dem Supermarkt kommt, wie die meisten Kinder im städtischen Bereich es leider erleben, sondern daß wir ihnen klar und verständlich mitteilen, welche Arbeit dahintersteckt, bis es die Milch von der Kuh gibt. Daß wir mit diesem Element sehr wohl Erhaltungen und Gestaltungen vornehmen. Und diese Gestaltungen, die wir draußen durchführen, sind immer wieder Elemente, die auch in den Tourismus sehr stark hineinspielen. Wir sollten daher darüber nachdenken, daß diese Frage sehr wohl eine wesentliche und existentielle ist. *(Abg. Dr. Bauer: Herr Abgeordneter, das können wir in unseren eigenen Gemeinden nicht mehr zeigen!)* Herr Kollege! Wenn Sie es in Ihrer eigenen Gemeinde nicht mehr zeigen können, dann wäre es

vielleicht an der Zeit, nachdem Sie Bauer heißen, daß Sie sich eine Kuh einstellen. Dann können wir es wieder herzeigen! *(Unruhe im Hohen Hause. - Abg. Marchat: Du hast schon lange keine Kuh mehr gemolken!)*

Herr Kollege Machart! Ich habe schon lange keine Kuh gemolken, darauf möchte ich Ihnen direkt Antwort geben. Ich habe nämlich voriges Jahr bei einem Melkwettbewerb mitgemacht. Ich muß Ihnen ehrlich gestehen, ich bin sicher keiner, der Topleistungen erbringt. Nur eines: Das kann ich sogar noch. Und ich möchte Ihnen nur mitteilen, ich habe seit einem Jahr wieder zwei Kühe bei mir zu Hause. Das hat den Grund, weil ich davon ausgehe, daß, sage ich einmal, die Rinderhaltung für mich ein wesentlicher Bereich ist auch im Flachland. Und daß wir auch dort beweisen können, daß Futtergrundlagen in einer anderen Richtung verwertbar und verwendbar sind. Und ich glaube, daß wir bereit sein müssen, selbst als Bauer entsprechend Hand anzulegen und uns Ideen und Vermarktungsschienen einfallen zu lassen. Ich sage Ihnen, es geht soweit - und das soll durchaus in diesen Schulen in Zukunft mit bearbeitet werden - daß eben die Tiere, die wir heute haben, bis zum Letztverbraucher transportiert werden. Das heißt, die Marketingschiene, das Vermarkten muß heute eine wesentliche Komponente auch in der Ausbildung werden, damit eine Region bewußt feststellen kann, bei uns gibt es eigentlich erstklassige Produkte, die kann ich vor Ort bei den Bauern, bei den Geschäftsleuten - nämlich, auch in Kooperation mit unseren Fleischhuern funktioniert das - kaufen. Diesen Bezug wieder herzustellen wird eine wesentliche Aufgabe sein. Und das ist daher auch Aufgabe eines regionalen Zentrums, einer landwirtschaftlichen Ausbildung. Ich glaube, in der Richtung sollten wir verstärkt agieren, damit auch dementsprechend Positives transportiert wird.

Zu meinem Vorredner möchte ich noch einen Satz sagen: Es ist angesprochen worden die Frage der Schulbücher. Und mehr oder weniger kritisch bemerkt worden, daß eigentlich der Beitrag zu dieser Schulbuchfrage dazu führt, daß Eltern dann Probleme haben, diese zu finanzieren. Ich stehe hier auf einem anderen Standpunkt. Ich glaube, gerade Jugendlichen sollte man das mitgeben, daß so ein Buch auch einen gewissen Wert hat. Daß das Buch auch einen Wert darstellt und daß ich darauf achtgeben muß. Ich habe es selber erlebt. Nachdem jeder von uns vier Brüdern, die wir waren, einen Atlas bekommen hat, lagen in Wahrheit vier Atlanten zu Hause. Gebraucht hätten wir alle miteinander einen. Die Bewertung ist dann wieder das Problem dabei. Das heißt, da wäre es sogar

soweit gewesen, daß in Wahrheit in einer Schülerlade genau dieses Buch in Summe nicht bewertet wird, weil es eben hergeschenkt wird. Ich glaube, daß wir auch zu dem stehen sollten, daß gewisse Werte mittransportiert werden sollen und diesen Bezug ein bißchen auch herstellen sollen, daß eben Dinge auch Geld kosten.

Ich glaube, daß das wichtig ist, daß man einem Jugendlichen auch die Frage der Kosten näherbringt. Wir diskutieren heute über ein Budget, über Kostenfaktoren. Wir sollten es nicht verlernen und nicht verabsäumen, unseren Kindern auch das Bewußtsein dieser Kosten mitzugeben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dkfm. Rambossek.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich möchte gleich als erstes auf den Kollegen Friewald eingehen. Ich bin ganz seiner Meinung, daß man unseren Kindern den Faktor Kosten etwas näherbringen soll. Nur glaube ich, daß das nicht an unseren Kindern liegt, sondern vielfach an der Lehrbuchgestaltung, am Schulforum, das die Lehrbücher auswählt. Da diese heute so gestaltet sind, daß sie zum einmaligen Gebrauch bestimmt sind und man zu einem Großteil Eintragungen durch die Kinder machen läßt. Was die Atlanten betrifft, kann ich mich Ihrer Meinung sicherlich anschließen.

Hohes Haus! Bilden bedeutet für uns, beim Einflußnehmen auf den Menschen anstreben, daß der Lehrstoff, das Geübte, das Erfahrene in seine Persönlichkeit einschmilzt und in diesem Sinne sind Bildung und Ausbildung für uns die wichtigsten Voraussetzungen zur Sicherung der persönlichen Freiheit und der wirtschaftlichen Unabhängigkeit.

Wir sehen doch immer wieder, daß unsere komplizierte Arbeitswelt in einer in immer größerem Maße arbeitsteiligen Wirtschaft nicht nur umfassend gebildete und hervorragend ausgebildete Menschen braucht, sondern daß auch eine ständige persönliche Weiterbildung unentbehrlich ist. Ich denke dabei im Wirtschaftsprozeß an die laufend neu entwickelten Produktionsverfahren, an sozialrechtliche und steuerrechtliche Bestimmungen, die sich ständig ändern. Aber auch daran, daß jetzt in so gut wie jeder Stellenausschreibung EDV-Kenntnisse verlangt werden. Daher ist nach unserer Meinung auch im Bildungswesen der bestmöglichen Förderung aller Begabungen und

Talente jedes Einzelnen unter Wahrung der Chancengleichheit größte Aufmerksamkeit zu schenken. Unter dieser Zielsetzung habe ich auch am 29. November 1993 einen Resolutionsantrag betreffend freier Zugang zu Hauptschulen in Sonderform, Schwerpunkthauptschulen, eingebracht. Eine Umsetzung dieses einstimmig beschlossenen Resolutionsantrages ist bisher nicht erfolgt, es wurde jedoch eine positive Absichtserklärung durch die zuständige Frau Landesrat abgegeben. Und ich hoffe sehr, ich bin auch überzeugt davon, daß diese Absichtserklärung alsbald eine Umsetzung erfahren wird.

Um unserer Jugend jedoch, nach meinem Verständnis hat sie ein Anrecht auf Bildung, und um ihr dieses Anrecht zu garantieren, ist es notwendig, dem Grundsatz des freien Zuganges zur Bildung überhaupt und generell einen höheren Stellenwert beizumessen. Eignung und besondere Neigung, nicht, "Allen das Gleiche", sondern "Jedem das Seine", nicht Vereinheitlichung, sondern Vielfalt sollten das Leitbild einer zukunftstauglichen Bildungspolitik sein. Und in diesem Sinne sollte auch die Schulpartnerschaft die Schulautonomie weitgehend mitbestimmen können. Ich meine aber auch, daß der Zeitpunkt gekommen ist, sich eben über die Schulsprengelgrenzen generell Gedanken zu machen, daß der Zeitpunkt gekommen ist, sich über eine Kompetenzneuverteilung des österreichischen Bildungswesens in Gesetzgebung und Vollziehung zwischen dem Bund und den Ländern Gedanken zu machen. Ich meine, daß der Zeitpunkt gekommen ist, daß im neuen Europa auch die Bundesländer als Regionen eine gewisse Bildungskompetenz haben sollten. Ich meine, daß der bisherige permanente Reformkurs durch 16 - eine 17. ist ja in Vorbereitung - Novellen zum Schulorganisationsgesetz nun beendet werden sollte. Ich meine, daß das zukünftige Motto der Bildungspolitik in einem neuen Europa nur lauten kann: Stärken im Bildungswesen ausbauen und Schwächen beseitigen.

Hoher Landtag! Aus all diesen Gründen ist es für uns daher nicht erfreulich, daß der Anteil der Budgetgruppe Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft im Rahmen des Budgets weiter abgesunken ist. Betrug dieser Anteil 1993 noch 26,24 %, sank er 1994 auf 26,01 % und beträgt für 1995 nur 25,45 % oder rund 11,2 Milliarden Schilling. Ein für mich unverständliches budgetmäßiges Mauerblümchendasein in dieser Gruppe führt auch 1995 wieder der Berufsschulbaufonds. Und wenn der Herr Kollege Friewald von Konsequenz gesprochen hat, dann sollte diese Konsequenz bitte auch für den Herrn

Landesfinanzreferenten in bezug auf das Berufsschulwesen gelten. Ich setze voraus, daß bekannt ist, daß aus Landesmitteln mittelfristig für den Berufsschulbaufonds jährlich rund 46 Millionen Schilling aufgebracht werden sollten, damit dieser Fonds nur die bisher eingegangenen Verpflichtungen auch erfüllen kann. Es ist daher, Herr Kollege Friewald, wenn Sie von Konsequenz sprechen, unverständlich, daß beim Berufsschulbaufonds im Voranschlag 1995 lediglich die Budgetzahlen aus 1994 fortgeschrieben werden und eine Dotierung dieses Budgetansatzes mit nur 38,5 Millionen Schilling erfolgt ist. So gesehen - der Herr Finanzlandesrat ist leider nicht im Saal - muß man schon die Frage stellen, wie er es mit der Budgetwahrheit hält. Muß man die Frage stellen, wie gerade in dieser sensiblen Budgetgruppe die Differenz ohne Nachtragsvoranschlag aufgebracht werden soll: Muß man die Frage stellen, ob es vielleicht im Interesse der ÖVP und des Finanzlandesrates liegt, diesen Fonds insolvent werden zu lassen. Es muß hier heute ganz klar deponiert werden, daß Herr Mag. Freibauer für 1995 generell einen Nachtragsvoranschlag ausgeschlossen hat.

Neben den Schwächen in dieser Budgetgruppe gibt es aber auch Positives. So möchte ich zum Kindergartenwesen ganz besonders hervorheben, daß der Schul- und Kindergartenfonds im Voranschlag 1995 mit 222,4 Millionen Schilling dotiert wurde, was als ein zielstrebiges Schritt nach vorne zu werten ist, bedeutet diese Dotation doch eine Anhebung der Mittel gegenüber 1994 um rund 30 %. Wie wichtig dieses Finanzinstrument für unsere Jugend ist, ergibt sich allein daraus, daß zum Beispiel 1994 insgesamt rund 720 Millionen Schilling an Beihilfen und Darlehen für Bauvorhaben an allgemeinbildenden Pflichtschulen und Kindergärten in ganz Niederösterreich von diesem Fonds ausgeschüttet wurden.

Die Entwicklung im Kindergartenwesen kann sich in Niederösterreich wirklich sehen lassen. Ich möchte hier einige Zahlen nennen. Gab es im Kindergartenjahr 1972/73 insgesamt 553 Kindergärten mit 900 Gruppen, die von rund 30.000 Kindern besucht wurden, so waren es im Kindergartenjahr 1992/93 980 Kindergärten mit 1.781 Gruppen, die von fast 43.000 Kindern besucht wurden. Festgehalten muß aber auch werden, daß auch die Mittel für das Kindergartenpersonal, für die Leiterinnen, für die Kindergärtnerinnen und für die Kindergartenhelferinnen gegenüber dem Vorjahr um rund 90 Millionen angehoben wurden. Und auch für Kindergartenversuche sind heuer wieder 20 Millionen Schilling im Budget bereitgestellt.

Ich habe es schon erwähnt, ich meine, im Kindergartenwesen stimmt die Richtung. Nachdem eine weitgehende flächendeckende Vollversorgung erreicht wurde, quantitativ also fast alles geschaffen wurde, geht es nun darum, die Betreuungsqualität sowohl im Raumbereich, aber auch im Personalbereich für unsere Kleinen stetig zu verbessern. Ein Idealziel, das mir vorschwebt ist sicherlich für jede Kindergartengruppe eine Helferin und daß wir Schritt für Schritt eine Reduzierung der Gruppengrößen erreichen. Mir ist vollkommen bewußt, daß das nur in Jahrestappen gehen kann, weil hier entsprechende Mittel benötigt werden. Die Reduzierung der Gruppengrößen sollte insbesondere für jene Zeit erfolgen, die im Kindergartenalltag als die Bildungsphase einzustufen ist und dies wäre sicherlich ein gewaltiger Qualitätssprung, der unserem politischen Auftrag entspricht. Nämlich wir haben alles zu tun, um unsere Kinder bestmöglich auf ihr zukünftiges Leben vorzubereiten. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Denn die Kinder sind unsere Zukunft und ihre Bildung wird entscheidend für die Zukunft unseres Landes und unserer Volkswirtschaft sein. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Sacher.

Abg. SACHER (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Geschätzte Damen und Herren!

Ich habe erst kürzlich hier zum landwirtschaftlichen Schulwesen gesprochen, daher möchte ich mich mit diesem Thema heute nicht mehr befas-

sen. Ich möchte aber auf den Kollegen Friewald kurz replizieren. Was er über die Schulbücher gesagt hat, das läßt bei mir immer einiges Unangenehmes mitschwingen, Herr Kollege Friewald! Ich kann mich des Eindruckes nicht erwehren, daß der Vorwand des Kosteneinsparens in Wirklichkeit eigentlich immer nur Fassade ist für etwas, was man als Zurückdrehen einer sehr positiven Entwicklung in den letzten 20 Jahren bezeichnen kann. Es war eine der großen Leistungen der 70er und der 80er Jahre, daß die gleichen Startbedingungen für junge Menschen geschaffen wurden. Und da spielte das Schulbuch eine ganz wesentliche Rolle. Ich kann mich manchmal auch nicht des Eindruckes erwehren, daß manchmal jemand darauf hingewiesen werden soll, daß er nicht zu den Wohlhabenden zählt und daß man ihn manchmal beschämen möchte, um zu sagen, du bekommst ein Buch aus der Schülerlade, während sich andere doch eines eigenen, auf dem modernsten Stand neuester Ausgaben befindlichen Buches bedienen dürfen.

Manchmal kann ich mich auch nicht des Eindruckes erwehren, daß man die Schülerladen deswegen machen will, um einige Ladenhüter auszugeben. Und daher würde ich schon bitten, bei allen Einsparungsvorschlägen - und es gibt solche - recht praxisnahe sind ja die Ihren nicht, wenn Sie da reden von vier Brüdern mit einem Atlas. Ich kann mir das sehr schwer vorstellen, wie das funktionieren soll, wenn verschiedene Altersstufen, verschiedene Schulstufen hier sich eines Buches bedienen sollen. Ich war immer stolz, daß ich in meiner Ecke meines Zimmers eine eigene Bibliothek aufbauen konnte und selbst unter vier Brüdern, lieber Kollege, sollten keine Unterschiede gemacht werden, daß der eine sich Eigentümer eines Buches nennen darf oder eines Atlas und der andere eben nicht.

Ich möchte das auch mit dem Bild noch unterstreichen der gleichen Startvoraussetzungen. Der eine eine Hundertmeterläufer startet in "Adidas"-Schuhen und dem anderen ziehe ich Bergschuhe an und jetzt sieh' zu, daß du gleich schnell an das Ziel kommst. So ungefähr kommt mir manchmal die Debatte um Einsparungen bei den Schulbüchern vor. Gerade bei den Bildungsgrundlagen, liebe Kollegen, sollte man hier sehr vorsichtig sein, wenn man das zum Vorwand nimmt. Ich sage es noch einmal, wenn man gewisse Entwicklungen und große Leistungen um ein paar Jahre wieder zurückdrehen möchte.

Ich habe mir vorgenommen, Hoher Landtag, heute zum Kapitel Wissenschaft und Hochschul-

wesen in Niederösterreich einiges zu sagen. Vorerst einige grundsätzliche Bemerkungen. Die europäische Gesellschaft befindet sich in dieser Zeit in einem enormen ökonomischen und technologischen Herausforderungsprozeß durch die gesamte übrige Welt. Österreich und daher auch Niederösterreich können sich dieser Provokation nicht entziehen. Die Daten der Herausforderung durch die Zukunftstechnologie und die kommende Informationsgesellschaft sprechen eine ungemein deutliche Sprache. Ein Beispiel nur: Der gesamte Halbleitermarkt der Welt wird zu 45 % von den Japanern, zu 40 % von den Amerikanern und nur zu 10 % von den Europäern beherrscht. Wir Europäer sind offensichtlich noch nicht gut genug gerüstet, um dieser ökonomisch-technologischen Herausforderung Herr zu werden. Ob und wie wir uns innerhalb aller kürzester Zeit auf sie einstellen, das entscheidet am Ende über Österreichs Wohlstand, sehr geehrte Damen und Herren. Rathenau sagte einst, die Wirtschaft ist unser Schicksal. Heute müssen wir sagen, das Teilhaben an der technologischen Zukunft ist unser Schicksal. Es muß eine Abschätzung geben, was Technik bringt oder nicht bringt und wo ihre Probleme liegen. Nur, sich auszuschalten von diesem Prozeß würde bedeuten, daß wir in einem Maß zurückfallen, das wir nie wieder aufholen können. Deshalb muß für uns gelten, Bildung, Ausbildung, Entwicklung, Forschung, Wissenschaft müssen Vorrang bekommen. Aus- und Weiterbildung, Forschung und vor allem wirtschaftliche Forschungsumsetzung sind europaweit zentrale Themen einer realitätsorientierten Wissenschafts-, Wirtschafts-, Bildungs- und Beschäftigungspolitik.

Das muß auch für Niederösterreich gelten, Hoher Landtag. Wegen der Konkurrenzsituation im erweiterten europäischen Wirtschaftsraum muß es der Anspruch jeder Bundes- und Landesregierung sein, ihre regionalen Interessen wahrzunehmen, um konkurrenzfähig zu bleiben. Es muß daher bei den Universitäts- und Wissenschaftseinrichtungen zu einer Aufgabenteilung zwischen Bund und Ländern kommen. Diesem Prinzip muß auch unser Landesbudget verstärkt Rechnung tragen. Die Budgetansätze für Forschung und Wissenschaft tun dies meiner Auffassung nach im Landesvoranschlag für 1995 in einem guten Maß. In Summe steigen diese Ansätze von 134 Millionen Schilling auf 153 Millionen. Kollege Dkfm. Rambossek hat kritisiert, daß der Prozentanteil am Gesamtbudget eher zurückgeht. Für mich sind aber die absoluten Zahlen wichtig und die sind größer geworden.

Die konkreten Steigerungen liegen in Mehrausgaben für Archive, Bibliotheken und wissen-

schaftliche Museen begründet. Also auf einem Sektor, den man nicht unbedingt Zukunftsorientierung und visionäre Ausstrahlung nachsagen kann. Gut ist aber, daß der Budgetansatz für Forschung und Wissenschaft auch steigt und zwar von 50 Millionen auf 62 Millionen. Darin ist vor allem der Beitrag des Landes Niederösterreich an den Bund zur neuen Donau-Universität in Höhe von 9,4 Millionen Schilling enthalten, was schon ein mehr als begrüßenswertes Signal darstellt.

Vorerst einige allgemeine Bemerkungen zum Wissenschaftsbereich. Im Jahr 1994 wurden laut Förderungsbericht der zuständigen Abteilung 93 Förderungsansuchen positiv erledigt. Ich möchte in Frage stellen, ob das dadurch zum Ausdruck kommende Gießkannenprinzip weiter verfolgt oder nicht doch etwas zielgenauer gefördert werden sollte. Die Palette reichte vom Forschungsinstitut für Wildtierkunde über einige Kommissionen der Akademie der Wissenschaften, das Institut für mittelalterliche Realienkunde bis zur Dokumentation über die Geschichte Österreichs in zehn Bänden beispielsweise oder den österreichischen Städteatlas usw. Alles Projekte, die man eher als vergangenheits-, denn als zukunftsgerichtet bezeichnen kann. Etwas überspitzt formuliert, man möge mir das verzeihen: Zu wissen, ob vor Jahrhunderten kariert oder gestreift modern war, erscheint mir weniger wichtig zu sein als zu wissen, wie man mit Hilfe technologischen Transfers zu neuer Wertschöpfung kommen kann. Ebenso erscheinen mir auf naturwissenschaftlichem Sektor ausgegebene Förderungsmittel vernünftiger eingesetzt genauso wie jene Mittel, mit denen zukunftsgerichtete Veranstaltungen zu technischen und industriellen Fragen unterstützt werden.

Hoher Landtag! Ich möchte im besonderen - und das möge man hier heute gestatten - die Hochschul- und Universitätseinrichtungen in Niederösterreich behandeln und hier vorrangig natürlich die Wissenschaftliche Landesakademie. Es ist mir ein großes Anliegen, die Situation der Wissenschaftlichen Landesakademie heute zu besprechen. Aus gutem Grund, sehr geehrte Damen und Herren, weil nämlich in den letzten Wochen trotz dieser großen Aufbauleistung, die von der LAK erbracht wurde, gerade in der letzten Zeit verschiedene Diskussionen entstanden sind. Viele Mitarbeiter der Landesakademie sind derzeit etwas verunsichert, wie es mit ihnen in Zukunft weitergehen soll.

Landesakademie und damit zusammenhängende Institute, Hoher Landtag, beschäftigen inzwischen 218 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

die sich alle zusammen Sorgen und Gedanken über die Zukunft machen müssen. Blickt man in den Budgetvoranschlag für 1995, so könnte man eigentlich beruhigt sagen, es ändert sich vordergründig ja nichts. Wie im laufenden Jahr sind wiederum Ausgaben von 30 Millionen Schilling für die Landesakademie vorgesehen. Dennoch möchte ich hier und heute die Frage stellen, wie geht es mit dieser Landesakademie weiter? Mit der Errichtung der Donau-Universität nämlich empfiehlt sich eine Novellierung des Gesetzes über die Wissenschaftliche Landesakademie für Niederösterreich. Die ursprüngliche Aufgabe der LAK, nämlich akademische Aus- und Weiterbildung im postgradualen Bereich wird hinkünftig nämlich durch die Donau-Universität abgedeckt werden. Forschung und Lehre in Bereichen der spezifischen Landesinteressen müssen hingegen weiterhin realitäts- und praxisbezogen von der Wissenschaftlichen Landesakademie für Niederösterreich wahrgenommen werden. Die LAK muß also auch in Zukunft eine kompetente Trägerorganisation für praxis- und wirtschaftsnahe Forschungsprojekte bleiben. Die neuen Zielsetzungen der LAK sollten durch folgende Eckpunkte geprägt sein:

1. Prüfung und Koordinierung aller Förderungen von Forschungsvorhaben durch das Land Niederösterreich.

Es gibt zum Beispiel mit der NÖ Forschungsdatei, der NÖFO-DAT bei der Landesakademie diese Voraussetzungen. Verbunden mit einer Einführung einer politischen Koordinierungskompetenz bei einem Mitglied der Landesregierung ergäbe sich dadurch sicher ein enormes Einsparungspotential.

2. Die Förderung der Weiterentwicklung der Wissenschaften in Niederösterreich durch praxisnahe Forschung, Entwicklung und Dienstleistungen.
3. NÖ-spezifische Forschung und Entwicklung sowie Erarbeitung von Strukturverbesserungsstrategien für die NÖ Wirtschaft.
4. Unterstützung von Landesinteressen Niederösterreichs bei kooperativen Aufgaben zwischen Bund und Land sowie zwischen dem Land Niederösterreich und anderen Rechtsträgern.

Das bedeutet also, daß wir eine Neuorientierung der Wissenschaftlichen Landesakademie in Zukunft zu einem Wissenschaft und Wirtschaft koordinierenden Forschungszentrum vornehmen sollten, ähnlich dem steirischen Joanneum, einem

Instrumentarium zur Unterstützung und Strukturverbesserung des Wirtschaftsraumes eines Bundeslandes.

Erfahrungen in anderen Ländern zeigen uns, Hoher Landtag, daß universitäre und außeruniversitäre Forschung mit Hilfe eines gut organisierten Technologietransfers für eine Region einen großen volkswirtschaftlichen Faktor darstellen kann. Um die gestellten Aufgaben und Dienstleistungen erfüllen zu können, benötigt Niederösterreich unbedingt ein spezifisches Forschungszentrum. Mit engen Querverbindungen vor allem zwischen den Bereichen Ökologie, Chemie und Biochemie, Medizin und Biologie, Physik, Mathematik und Informatik und insbesondere den technologischen Fächern wie Elektrotechnik, Elektronik oder zum Beispiel das Fach Maschinenbau. Darüber hinaus ist Niederösterreich durch die Öffnung der Ostgrenzen unter einen potentiellen Konkurrenzdruck geraten, den wir in wenigen Jahren voll zu spüren bekommen werden, wenn wir uns weiterhin auf unsere altbewährten Technologien und Marktstrategien berufen sollten. Derzeit scheint es nämlich immer noch so ein typisch österreichisches Schicksal zu sein, das eigene Know-how zuerst ins Ausland zu exportieren und dann in Form von Produkten zurückkaufen zu müssen. Was die universitären Einrichtungen betrifft, fehlen in Österreich immer noch praxisnahe Umsetzungseinrichtungen, die den Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft erleichtern helfen. Nur durch die Entwicklung einer Umsetzungs- und Marketingstrategie innovativer österreichischer Produkte und Verfahren kann der internationale Markt gezielter als bisher bearbeitet werden. Das heißt, daß nur durch eine intensive Kooperation und Kommunikation zwischen den praxisnahen Forschungseinrichtungen und der NÖ Wirtschaft die Zukunft dieses Bundeslandes und damit der NÖ Bevölkerung garantiert wird.

Andere Länder haben ja inzwischen längst gezeigt, wie man Geld verdienen kann, erfolgreich und rasch. Die derzeitige Diskussion über die Zukunft der Landesakademie muß zeigen, daß uns politisch Verantwortlichen der Mut zu solchen Zukunftsentscheidungen nicht abhanden gekommen ist.

Man möge es mir auch als Regionalabgeordneten gestatten, daß ich meine, daß die Diskussion über die Zukunft der Landesakademie auch eine Diskussion über den günstigsten Standort sein muß. Meine Meinung ist natürlich, daß er sich nicht ändern sollte. Die Standortentscheidung hat eine wesentliche Bedeutung, nämlich - und ich

begründe auch, warum - für eine Kostenoptimierung und für eine Realisierung von Einsparungspotentialen, wenn wir mit den 30 Millionen Schilling, die im Budget stehen, auskommen wollen. In die ehemalige Tabakfabrik in Stein wurden vom Land Niederösterreich mit Ankauf des Gebäudes insgesamt bereits 190 Millionen Schilling investiert. Auf einer Nutzfläche von über 3.700 Quadratmetern wurden Büros, Labors, Arbeitsräume, Seminarräume, zwei EDV-Räume, ein Medienraum, ein Festsaal und eine Bibliothek geschaffen. Diese ganze Infrastruktur dient zukünftig der neu geschaffenen Donau-Universität, die ja vom Land Niederösterreich mit den erwähnten 9,4 Millionen Schilling jährlich mitfinanziert wird. Aber diese Infrastruktur wäre meiner Meinung nach völlig ausreichend, um auch von der LAK mitbenützt zu werden. Beispielsweise die erwähnte Bibliothek und die EDV. Die Bibliothek umfaßt inzwischen 20.000 Bände. 1994 wurde ein europäisches Datenzentrum eingerichtet. Den Benützern stehen ein elektronischer Katalog und eine ganze Reihe hochtechnischer Geräte zur Verfügung.

Sehr geehrte Damen und Herren! Und jetzt auch eine gewisse Kritik. Große Unruhe hat nämlich die Art und Weise der Entscheidung des früheren Wissenschaftsministers Dr. Busek ausgelöst, mit der er das Präsidium der neuen Donau-Universität berufen hat. Dabei wurde nämlich die Gründer- und Aufbauleistung der Landesakademie völlig ignoriert. Ich hoffe nur, daß das neue Führungsteam der Donau-Uni, dessen fachliche Qualifikation ich in keiner Weise in Frage stelle, einen sachlich kooperativen Weg der Zusammenarbeit finden wird. Erste Berichte, die mir zugekommen sind über den Stil und Umgang des

neuen Uni-Präsidiums mit der Landesakademieleitung lassen leider einige Zweifel über eine fruchtbringende Zusammenarbeit, über ein fruchtbringendes Miteinander dieser beiden Institutionen aufkommen.

Vom Raumangebot her wäre also auf längere Sicht am jetzigen Standort durchaus für beide Institutionen Platz. Es stehen nämlich noch rund 10.000 Quadratmeter unadaptierte Fläche zur Verfügung, im Vergleich zur bisher genutzten Fläche von 5.300 Quadratmetern läßt das ja eine enorme Ausweitung möglich erscheinen. Die Landesakademie wird nach ihren Angaben lediglich weniger als 700 Quadratmeter für ihre Kernbereiche benötigen. Man muß also den künftigen Standort wirklich objektiv prüfen. Aber - und das wiederhole ich - das ist ein persönliches Plädoyer für einen Verbleib am bisherigen Standort und gegen den Aufwand millionenschwerer Neuinvestitionen an einem anderen Standort, sehr geehrte Damen und Herren. Darüber hinaus wäre eine Übersiedlung der LAK in eine andere Region Niederösterreichs eigentlich eine Nichteinhaltung von ehemaligen Zusagen. Denn die seinerzeitige Standortentscheidung beruhte auf der Absicht der Stärkung einer infrastrukturell und wirtschaftlich schwachen Region. Dieser Region und dieser Stadt hat man auch den Bildungsschwerpunkt im Zuge der Regionalisierung zugeordnet. Ich glaube, daß man das nicht widerrufen sollte.

Ich fasse daher zum Thema Landesakademie zusammen: Die räumliche Nähe zur Donau-Universität und die Nutzung aller Kommunikations- und Umsetzungsmöglichkeiten mit den dort tätigen Wissenschaftlern wäre im Sinne einer praxisbezogenen strukturunterstützenden Bildungs-, Forschungs- und Wirtschaftspolitik nicht nur wünschenswert, sondern wäre für Niederösterreich essentiell und ist daher möglichst aufrecht zu erhalten.

Noch ein Wort, sehr geehrte Damen und Herren: Man hört manchesmal, das Argument, die Landesakademie stünde dann zu sehr im Schatten der Donau-Universität. Sie müßte dann unter Umständen so im Halbdunkel dahinvegetieren. Ich bin nahezu täglich vor Ort, ich war erst am Freitag bei der Einführung des 5. Lehrganges des MBA-Lehrganges und ich muß eher das Gegenteil feststellen. Viel eher wird noch einige Zeit die Donau-Universität im Schatten der Landesakademie dahinsegeln.

Nun, sehr geehrte Damen und Herren, abschließend ein paar Sätze zu den neu errichteten Fachhochschulen in Niederösterreich. Mit großer

Zielstrebigkeit haben zwei Standorte das Ziel einer Fachhochschule angestrebt und inzwischen den Betrieb aufgenommen. In Wr. Neustadt laufen seit Oktober dieses Jahres die Fachhochschulstudiengänge für wirtschaftsberatende Berufe und für Präzisions-, System- und Informationstechnik. Nicht nur das Land, sondern auch die Stadt Wr. Neustadt hat diesbezüglich große Anstrengungen und finanzielle Leistungen übernommen. Daher sollte die Anerkennung auch vom NÖ Landtag aus deutlich ausgesprochen werden. Als zweiter Standort wurde in Krems der erste Fachhochschulstudienlehrgang für Tourismusmanagement und Freizeitwirtschaft eingerichtet, der ebenfalls im Oktober seinen Lehrbetrieb aufnahm. Er ist natürlich vergleichsweise kleiner und hat wesentlich weniger Teilnehmer, weniger Studierende noch im ersten Jahrgang. Aber auch dort denkt man über eine zukünftige Ausweitung nach. Auch die räumliche Situation soll durch Errichtung eines multifunktionalen Zentrums großzügig gelöst werden, in dem neben der Fachhochschule auch ein Studentenappartmenthotel, ein Businesshotel und Mehrzwecksäle für Kongreß- und Kulturveranstaltungen vorgesehen sind. Also alles ein Themenbereich, der mit der Fachhochschule für Tourismus und Freizeitwirtschaft in engstem Zusammenhang steht. Die Errichtung soll durch private Investoren getragen werden - und das ist das Bemerkenswerte - um die öffentliche Hand weitestgehend zu entlasten. Ich möchte aber nicht verhehlen, sehr geehrte Damen und Herren, und da schaue ich auf die rechts von mir sitzende Kollegenschaft, ich möchte nicht verhehlen, daß durch eine relativ plumpe Vorgangsweise, sagen wir es offen, durch eine plumpe Vorgangsweise der Österreichischen Volkspartei die Eröffnung der Fachhochschule für Tourismus zu einer Parteiveranstaltung umfunktioniert wurde, was einen üblen Nachgeschmack hinterlassen hat. Ich kann der NÖ Volkspartei den Vorwurf nicht ersparen, daß sie durch ihre einseitige parteipolitische Vereinnahmung von gemeinsam getragenen und gemeinsam erkämpften Projekten sehr viele Mitkämpfer vor den Kopf gestoßen hat. Aber ich hoffe, daß das ein einmaliger Ausrutscher in diesem Zusammenhang war. Na, ganz so einmalig war es nicht, denn erst einige Wochen davor gab es ja auch einige sehr bemerkenswerte Werbeaktionen der Volkspartei in Niederösterreichs Schulen.

Aber zurück zum sachlichen Anliegen. Die rund zehneinhalb Millionen Schilling für die NÖ Fachhochschulen sind, um auf das eingangs von mir geschilderte Szenario der weltweiten Heraus-

förderung unseres Landes zurückzukommen, wohl kein umwerfend hoher Betrag. Sie sind aber ein erster Schritt in die richtige Richtung und in die Zukunft. Ob sich Niederösterreich mit seiner Förderung der Hochschulen und der Wissenschaft ausreichend die Zukunft sichern kann, das wird man ziemlich bald erkennen. Viel Zeit, Hoher Landtag, bleibt uns angesichts dieses ungeheuren Konkurrenzdruckes aus den unmittelbaren Nachbarländern, und hier besonders aus den neuen Reformstaaten und aus der übrigen Welt, sicherlich nicht mehr. In diesem Sinne möchte ich meine Ausführungen mit einem Zitat von Björn Engholm schließen: "Nur das, was wir an Leistung in den Weltwertschöpfungsprozeß einbringen, werden wir in Form von Wohlstand am Ende auch wieder herausholen." (*Beifall bei der SPÖ.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Hoffinger.

Abg. HOFFINGER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Ich werde mich mit den Landesberufsschulen und damit mit den zukünftigen Facharbeitern und Unternehmern befassen. Niederösterreich besitzt 21 Landesberufsschulen samt angeschlossenen Schülerheimen. Der gesetzliche Schul- und Schülerheimerhalter ist das Land Niederösterreich. Die wirtschaftliche Führung ist bis auf eine Ausnahme der Wirtschaftskammer Niederösterreich übertragen.

Im Schuljahr 1993/94 besuchten rund 21.000 Lehrlinge in 855 Klassen diese Berufsschulen. Von den rund 21.000 Lehrlingen sind 14.500 Schüler und 6.500 Schülerinnen. Sie wurden dabei von 681 Berufsschullehrern unterrichtet. Die Entwicklung der Lehrlingszahlen ist von Beruf zu Beruf recht unterschiedlich. In den letzten Jahren hat es starke Rückgänge in den kaufmännischen Berufen, vor allem beim Einzelhandelskaufmann und im gastgewerblichen Bereich - Koch/Kellner - gegeben. Manche technische Berufe, wie zum Beispiel der Elektrotechniker und der Elektroinstallateur erfuhren teilweise recht ordentliche Zunahmen. Im großen und ganzen hatte jedoch der Berufsschulbereich mit einem Schülerrückgang von ca. 20 % in den letzten zehn Jahren zu kämpfen. Der prozentmäßige Anteil der 15- bis 18jährigen Schüler blieb in all den Jahren jedoch mit rund 50 % nahezu gleich.

Trotz des Schülerrückganges mußten auf Grund der in den letzten drei Jahren vom Unterrichtsministerium verordneten Schulzeitverlänge-

rungen die Berufsschulen weiter ausgebaut und zusätzliche Lehrer aufgenommen werden. Das in aller Welt beachtete und geschätzte duale Ausbildungssystem, die parallele Ausbildung im Betrieb und in der Schule ist ein Grundpfeiler der heimischen Berufsausbildung. Bei verschiedenen internationalen Leistungswettbewerben zeigt sich immer wieder die hervorragende Ausbildung der österreichischen Lehrlinge. Ihnen wird einerseits im Betrieb und andererseits in der Schule in einem derzeit noch mehr oder weniger ausgewogenem Verhältnis das Rüstzeug gegeben, internationale Spitze im Lehrlingswesen zu sein. Eine Verwässerung des derzeit bestehenden dualen Ausbildungssystems wird in Zukunft nicht zielführend sein. Eine weitere Schulzeiterweiterung zu Lasten der betrieblichen Ausbildung ist aus verschiedenen Gründen sicher nicht das non plus ultra. Erstens werden die Betriebe weiter belastet, zweitens erhebt sich die Frage, ob die Ausbildungsziele damit in Zukunft noch erreicht werden können und drittens würde das Land Niederösterreich voraussichtlich wieder viel Geld investieren müssen, um den nötigen Schulbau zu finanzieren.

Auf baulicher Ebene hat das Land Niederösterreich, vertreten durch den gewerblichen Berufsschulrat für Niederösterreich, in den letzten Jahren große Summen in den Ausbau der Landesberufsschulen und Schülerheime investiert. In der vorigen Legislaturperiode wurden im Berufsschulbereich folgende Bauvorhaben verwirklicht: Neubau der Landesberufsschule Geras, Generalsanierung des Schülerheimes und Schulzubau in Zistersdorf, Schulzubau in Pöchlarn, Generalsanierung des Schülerheimes in Laa a. d. Thaya, Generalsanierung des Schülerheimes der Landesberufsschule I in Stockerau, Generalsanierung des Schülerheimes der Landesberufsschule Mistelbach, Aufstockung und Generalsanierung des Schulgebäudes der Landesberufsschule I in Stockerau. Die Kosten für diese Baumaßnahmen beliefen sich auf insgesamt 500 Millionen Schilling. Weiters hat der NÖ Landtag am 18. Februar 1993 ein weiteres Ausbau- und Investitionsprogramm für die NÖ Landesberufsschulen in der Höhe von 400 Millionen Schilling beschlossen. Folgende Bauvorhaben sind darin enthalten: Die Landesberufsschule Eggenburg, die Maurer in Langenlois, das Schülerheim in Lilienfeld, die Landesberufsschule Mistelbach, die Landesberufsschule Neunkirchen, die Landesberufsschule in Pöchlarn, die Landesberufsschule in St. Pölten, die Landesberufsschule Schrems, der Turnsaalzubau zur Landesberufsschule I in Stockerau und die Generalsanierung bzw. Neubau des Schülerheimes in

Theresienfeld. Diese Maßnahmen müssen zum Teil noch umgesetzt werden.

Grundsätzlich darf gesagt werden, daß sich die Landesberufsschulen baulich großteils auf einem sehr guten Niveau befinden. Drei Schülerheime, nämlich die in Langenlois, Pöchlarn und Stockerau II bedürfen jedoch in nächster Zeit einer Generalsanierung. Im Zuge einer Dezentralisierung in einigen Bereichen wurden bereits Überlegungen im Hinblick auf eine neue Schule im Süden Niederösterreichs angestellt. Auch im Bereich der technischen Ausstattung der Schulen wird ein neuer Investitionsschub in absehbarer Zeit wieder notwendig werden.

Das Budget 1995 für den Berufsschulbereich hat folgendes Aussehen: Im ordentlichen Haushalt gibt es Ausgaben von S 91,251.000,- - die gleiche Summe wie im Jahr 1994 - und Einnahmen von S 113,648.000,-. Im außerordentlichen Haushalt Ausgaben von S 22,515.000,-. Zum Vergleich: Im Jahr 1994, waren es S 16,134.000,-. Die Einnahmen betragen S 158.000,-. Der Landesbeitrag zum Berufsschulfonds, es wurde heute schon gesagt, beträgt S 38,500.000,- und man muß deshalb damit auskommen - und man wird auch damit auskommen - weil die neuen Bauvorhaben alle über den außerordentlichen Haushalt finanziert werden, also jene 400 Millionen Schilling, von denen ich gesprochen habe. Der ordentliche Haushalt war bis 1994 auf die einzelnen Schulen aufgeteilt, der Finanzkontrollausschuß vertritt nunmehr die Ansicht, daß in Befolgung der gesetzlichen Bestimmungen die detaillierte Aufteilung der für das jeweilige Haushaltsjahr erforderlichen finanziellen Mittel dem gewerblichen Berufsschulrat für Niederösterreich vorbehalten ist. Es wird daher ab dem Voranschlag 1995, also dem Voranschlag, den wir heute hier behandeln, ein Gesamtbetrag für alle Landesberufsschulen veranschlagt. Mit dem Budget 1995 wird sichergestellt, daß die gute Ausbildung unserer jungen Facharbeiter auch in Zukunft gesichert ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Marchat.

Abg. MARCHAT (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Bevor ich mich meinem ursprünglichen Thema, der Sportförderung und dem Kapitel Sport zuwende, möchte ich kurz eingehen auf das, was der Herr Abgeordnete Friewald bezüglich des

landwirtschaftlichen Schulwesens gesagt hat. Er hat da gesagt, die meisten Eltern sagen, der Sohn oder die Tochter sollen etwas lernen. Er meint damit einen Beruf außerhalb der Landwirtschaft. Für mich ist das vollkommen klar, daß es soweit kommen hat müssen, weil wir in der Landwirtschaft keine Perspektive haben für die Zukunft. Und ich muß ganz ehrlich sagen, wenn ich heute Kinder hätte, die schon in diesem Alter wären, würde ich es mir auch gut überlegen, ob ich einem Kind diese Ausbildung angedeihen lasse, wo schon von vornherein der Weg in den Nebenerwerb gezeichnet ist und er dann vielleicht irgendwo als Hilfsarbeiter landet. Und darum diese große Abwanderung von den Landwirtschaftsschulen zu anderen Berufen. Er hat wenigstens eines gesagt: Der Stellenwert der landwirtschaftlichen Schulen ist sehr hoch. Ich kann das nur unterstreichen. Ich frage mich aber, warum dann immer noch dieses "Konzept 2000" im Raum steht, das eigentlich außer Schulzusperren nichts bieten kann.

Ich möchte zum Kapitel Sport, Sportförderung, Spitzensport kommen. Das Budget ähnelt sehr stark dem Budget 1994. Es ist überhaupt nichts neu, die Budgetposten sind annähernd gleich. Keine Innovationen. Und wir haben eine Aussage des neuen Staatssekretärs Schäffer, der für den Sport zuständig ist. Er hat da gesagt in der "Kronen Zeitung", einen Großteil der Sportförderung in Österreich verbrauchen die Dachverbände und wir haben zu viel Dachverbände. Ich kann das nur unterstreichen, werde mir aber gut ansehen, was der Herr Staatssekretär jetzt daraus macht. Es müßte meines Erachtens eine Effizienzsteigerung her, ein starker Dachverband für alle Sportarten. Genau in diese Kerbe schlägt auch er. Daß das nicht so leicht geht und daß das auch in näch-

ster Zeit nicht sein wird, das weiß ich auch. In Niederösterreich ist es halt einmal streng nach dem Parteienproporz: Da ist der ASKÖ, da ist die Union - so wird das gemacht. Die Sportverbände und Sportvereine sind Spielwiese für politische Funktionäre und man rühmt sich dann, daß man halt irgendwo das Geld besorgt hat usw. Das sind daher Steuergelder! (*Abg. Mag. Schneeberger: Entschuldige, Du redest so viel Blödsinn! - Unruhe im Hohen Hause.*)

Das ist für Dich Blödsinn, das wird aber den Steuerzahler sehr wohl interessieren! Und genauso ist es auch. Es zeichnet sich auch aus, daß wir nur ein Kuratorium haben, das rot-schwarz besetzt ist und keinen Sportbeirat. Es gehört meines Erachtens durch einen Beirat ersetzt, wie das in anderen Dingen auch ist. (*Beifall bei der FPÖ. - Zwischenrufe bei LHStv. Prokop und Abg. Kautz.*)

Gut. Die Spitzensportförderung ist ein Kritikpunkt, den ich schon ein paar Mal angegriffen habe. Zwei bis drei Vereine in Niederösterreich bekommen die große "Kohle", die kleinen Vereine, die Randsportarten, gehen immer leer aus. Niederösterreich hat eine große Schar von Ausnahmeathleten, es gibt Weltmeister, Europameister, die eigentlich am Hungertuch nagen. Aber wir verlassen uns immer auf das Profitum im Fußball, bei den Handballdamen usw. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Wie weit das dann kommt, sieht man jetzt am Beispiel VSE St. Pölten. Ein Verein, der jedes Jahr mit Millionen gefördert wurde, mußte jetzt in die zweite Division absteigen. Der Profibetrieb geht weiter, die Verschuldung liegt bei über 20 Millionen Schilling und in dem Fall ist es halt der St. Pöltener Steuerzahler, der diese 20 Millionen Schilling übernehmen soll. Das nächste Beispiel - wenn ich schon einen "roten" Verein angegriffen habe, muß ich auch einen "schwarzen" hernehmen - ist der Kremser SC. Wir haben beim Kremser SC jahrelang Millionen hineingepulvert. Jeder, der ein bißchen sportinteressiert ist, weiß, wo die heute stehen, am Ende der Regionalliga Ost, vor dem Fall ins Bodenlose. Die Verschuldung ist da, es hatte sogar der ehemalige ÖVP-Bürgermeister dort für kurze Zeit die Präsidentschaft inne. Doch das hat alles nichts genützt. (*Weiterhin Unruhe im Hohen Hause.*)

Die Landessportschule in St. Pölten, muß ich sagen, ist ein Thema für sich. Daß etwas notwen-

dig ist in der Landeshauptstadt, ist durchaus zu begrüßen. Aber diese Dimension, daß das Land jährlich 22 Millionen Schilling an Leasingraten bezahlt und S 480.000,- dann wieder hereinkommen, ist, glaube ich, wirklich nicht zielführend. Es wäre einmal interessant zu hören, wie viele Bürger Niederösterreichs von dieser Landessportschule etwas haben und wieviele mitzahlen.

Ein eigener Fall ist die Tennishalle. Ich habe an die Frau Landeshauptmann eine Anfrage gestellt, ich freue mich schon auf die Beantwortung. Aber es ist wirklich "klaß", was da steht in der Landeskorespondenz. Ich zitiere das wörtlich: "Erfreulich ist auch die Auslastung der neuen Tennishalle, die vor einem Jahr errichtet wurde. In der ersten Saison wurde bereits eine hohe Auslastung erreicht, für die begonnene Saison 1994/95 besteht bereits eine Warteliste. Über den ganzen Tag gerechnet, zwischen 8.00 Uhr und 22.00 Uhr, liegt die Auslastung im Schnitt bei 95 %. Wer ein Tennisabonnement lösen will, muß bis 1996 warten." Es ist mir ganz klar, warum. Man muß sich die Preissituation anschauen. Die privaten Tennishallenvermieter sind nämlich im Wettbewerb gegenüber der Tennishalle in der Landessportschule chancenlos. Kurzes Beispiel: Die Stunde bis 18.00 Uhr kostet in der Tennishalle der Landessportschule S 160,-, am freien Markt, sprich in den privaten Tennishallen zwischen S 260,- und S 300,-. Jetzt kann man sagen, das ist gut, daß alle um S 160,- Tennis spielen können. Dem ist aber nicht so. Denn wie man schon gehört hat, kommt man ja auf eine Warteliste und es kann nicht jeder dort spielen. Aber die privaten Tennishallenvermieter sind durch diese Preispolitik wirklich in ihrer Existenz gefährdet und bedroht. Sie haben diese Bedenken auch bei uns schon deponiert. (*LHStv. Prokop: Sie kriegen eine detaillierte Antwort; mit Analyse!*)

Ich freue mich darauf, Frau Landeshauptmann! Aber ich sehe es überhaupt nicht ein, daß Privilegierte, und meistens sind es Privilegierte, in der Landessportschule mit Steuermitteln subventionierte Tennisstunden nehmen. (*LHStv. Prokop: Das ist ja nicht wahr!*)

Mit S 160,- ist das nicht kostendeckend, Frau Landeshauptmann! Das kann nicht kostendeckend sein mit S 160,-. Das kann man sich privat durchrechnen lassen, das geht sich nicht aus. Und ich sehe nicht ein, warum jeder niederösterreichische Steuerzahler seine Steuern dafür hergeben soll, daß etliche, und jetzt sage ich noch einmal das

Wort, Privilegierte, dort ihre Tennisstunden verbringen. (*LHStv. Prokop: Das ist ja falsch! Warten Sie auf die Antwort! - Beifall bei der FPÖ.*)

Jedes Hobby kostet Geld. Und wenn einer Tennisspielen gehen will - ich gehe selber Tennisspielen - dann muß er sich das auch leisten können. (*In der Folge eher heftige Unruhe im Hohen Hause.*)

Es kursiert, ich möchte das jetzt abschließend sagen, weil es wirklich nur ein Gerücht ist, und ich habe das auch in die Anfrage 'reingeschrieben, Frau Landeshauptmann, ein Gerücht, daß führende Landesbeamte - und ich sage wirklich, es ist ein Gerücht, ich wage das hier nicht zu behaupten - noch verbilligere Tarife auch noch bekommen. Wenn das stimmt, dann muß ich sagen, ist das für mich ein handfester Skandal, mit dem wir dann an die Öffentlichkeit treten werden.

(*Zweiter Präsident Haufek übernimmt den Vorsitz.*)

Ich finde, die Sportpolitik in Niederösterreich ist wirklich nicht für alle da. Der freie Zugang zu den Plätzen wird immer schwieriger gemacht, sprich die alte Wies'n, wie man früher gesagt hat, wo jeder kicken kann. Du mußt heute bei einem Verein sein, der dem "roten" oder dem "schwarzen" Lager angehört. Und solange sich das nicht ändert, muß ich sagen für meine Fraktion, werden wir dieses Kapitel ablehnen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Nowohradsky.

Abg. NOWOHRADSKY (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ganz kurz, bevor ich zu meinem Thema der Erwachsenenbildung komme, möchte ich auf den Kollegen Marchat replizieren. Nur, weil er eingeteilt hat die Vereine in "rote" und "schwarze". Es ist recht interessant: In meinem Bezirk gibt es einen Fußballverein, den Hohenauer ASV. Unbedingt wollte ein Gemeinderat von mir mit vielen tausend Schilling dort Präsident werden. Es ist ein "blauer", er gehört der FPÖ an. Man hat ihn nicht genommen, weil er dazu nicht fähig war. Das bitte nur dazu. (*Unruhe bei der FPÖ.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich widme mich heute dem Thema der Erwachsenenbildung. Jenem Bereich, der eigentlich im verhältnismäßig großen Unterrichtsbudget von 11

Milliarden Schilling nur einen ganz, ganz kleinen Anteil von 13,5 Millionen Schilling ausmacht.

Vor einem Monat trafen sich hier im NÖ Landhaus, im Landtagssitzungsaal, die Vertreter der NÖ Erwachsenenbildung. Man wählte am Vorabend zum Beitritt Österreichs zur Europäischen Union bewußt diesen historischen Saal, um auf die Bedeutung der Erwachsenenbildung im österreichischen Bildungssystem und auch auf die zukünftige Rolle im vereinten Europa hinzuweisen. Seitens des Landes Niederösterreich waren Frau Landeshauptmannstellvertreter Liese Prokop und Klubobmann Dr. Bauer anwesend und wiesen auch in ihren Eröffnungsreferaten auf die Bedeutung der Erwachsenenbildung hin. Sie hörten aber auch, wo in diesem Bereich der Schuh drückt.

Unter dem Schlagwort "lebensbegleitendes Lernen" bekennen wir uns alle zur Fort- und Weiterbildung nach dem Schulabschluß, egal, um welchen es sich dabei handelt. Die Funktion der Erwachsenenbildung hat sich von Grund auf geändert. Nicht nur als Ergänzung zum Schulunterricht, wie die Erwachsenenbildung früher immer wiederum angesehen wurde, sondern als immerwährende Bildung, als zukünftiges Erlernen von Fähigkeiten. Die Erstausbildung wird mehr und mehr zur Basisqualifikation, auf der die vielen im Leben notwendigen Bildungsschritte aufbauen.

Unser Weltbild ist starken Wertveränderungen unterworfen. Werte, die gestern noch Gültigkeit haben, verlieren total und sind heute schon überholt. Dies betrifft nicht nur das soziale, kulturelle und gesellschaftliche Umfeld, sondern auch die Berufswelt. Hatte die Erwachsenenbildung früher hauptsächlich die Aufgabe, einen gewissen Nachholbedarf zu befriedigen, tritt an dieser Stelle immer mehr die Notwendigkeit der fortlaufenden Bildungsergänzung. Die Erwachsenenbildung hat die wichtige Funktion, lebensbegleitende Lernmöglichkeiten anzubieten. Die in unserer Gesellschaft aber auf den einzelnen Menschen einwirkende rasante Veränderung hat zu einem immerwährenden Bildungsprozeß geführt. Die Stätten der Erwachsenenbildung werden zu einer notwendigen, aus der Gesellschaft nicht mehr wegzudenkenden Einrichtung, in der die Menschen mit den Fragen der Wissenschaft, der Religion, des Staates, des Weltbildes und vor allem auch des Berufes konfrontiert werden. Aus dieser Situation ergeben sich jene Zielforderungen, die in der einschlägigen Literatur und im Trend der Programme in den Vordergrund

rücken: Die kulturelle Bildung, die politische Bildung und die berufsbegleitende Bildung.

Vielfach wird heute allgemeine und berufliche Bildung streng getrennt. Ich glaube, man sollte diese beiden Dinge sehr eng aneinander führen. Denn hier geht es vor allem um die zukünftigen Qualitätsanforderungen. Als Säulen dieser Erwachsenenbildung dienen in Niederösterreich die verschiedensten Erwachsenenbildungseinrichtungen. Neben den konfessionellen Bildungswerken, den von der Wirtschaft getragenen Bildungseinrichtungen stehen traditionell die beiden großen niederösterreichischen Erwachsenenbildungseinrichtungen, der Verband der NÖ Volkshochschulen und das NÖ Bildungs- und Heimatwerk.

Natürlich wäre es nun sehr interessant für mich, nur über die NÖ Volkshochschulen als deren zweiter Vorsitzender zu sprechen, ich möchte aber auch auf das NÖ Bildungs- und Heimatwerk hinweisen. Es gehört zum Verband der Österreichischen Bildungswerke, die heuer, im Jahre 1994 das Jubiläum "40 Jahre Verband Österreichischer Bildungswerke" gefeiert haben. Der Schwerpunkt der Arbeit zielt vor allem, wie es die Präsidentin des Verbandes, Frau Landeshauptmannstellvertreter Liese Prokop in der Festschrift formulierte, auf die Entwicklung der sozialen, kulturellen und ökologischen Ressourcen auf der regionalen Ebene. Der Schwerpunkt der ersten Jahre lag auf volkskultureller und musischer Bildung und auf dem Heimatgedanken. Zu dem in den Siebziger Jahren der Punkt "soziokulturelle Gemeinwesenentwicklung" dazukam und Mitte der achtziger Jahre sich der Begriff "Dorferneuerung" in den Bundesländern unterschiedlich verbreitete. Gerade in Niederösterreich hat der Begriff Dorferneuerung wesentliche Bedeutung in den Gemeinden und Städten bekommen. Im Mittelpunkt der Tätigkeit des NÖ Heimatwerkes, das 1946 gegründet wurde, standen zunächst Volkskultur und Heimatpflege. Die Ausweitung der Aktivitäten im Sinne einer allgemeinen Erwachsenenbildung wurde 1953 durch die Erweiterung des Namens auf NÖ Bildungs- und Heimatwerk sichtbar gemacht. Es entstanden eigene Ortsstellen, deren Aufgabe es wiederum war, die Erwachsenenbildung im engeren Sinn wahrzunehmen. Das NÖ Bildungs- und Heimatwerk übernahm auch eine Dachfunktion für verschiedene ihm angeschlossene Einrichtungen und Verbände. Heute steht die Förderung gemeinwesenorientierter Bildungsarbeit im Vordergrund. Um die Bildungschancen im ländlichen Raum zu verbessern, bietet das NÖ Bildungs- und Heimatwerk seit 1985 auch Fernkurse an.

Nun zum Verband der NÖ Volkshochschulen, der 1956 gegründet wurde und interessanterweise - ein kurzer Rückblick in die Geschichte zeigt, daß in Krems 1885 der Volksbildungsverein Krems gegründet wurde - eigentlich Krems Ausgangspunkt von all diesen Volksbildungseinrichtungen war. Neben diesem gewiß interessanten historischen Rückblick ist es vor allem die Gegenwart und die Zukunft der Erwachsenenbildung, die uns heute beschäftigt. Damit die Volkshochschulen ihre Bildungsaufgabe in entsprechender Qualität und finanziell erschwinglich für alle Bevölkerungskreise erfüllen können, muß die öffentliche Hand der Volkshochschule ausreichende Förderungen zur Verfügung stellen. Dies auch und gerade vor dem Hintergrund, daß die Volkshochschule in Konkurrenz zu teils gemeinnützigen, teils gewinnorientierten Anbietern agiert und sich behaupten muß. Wobei ich sage, eine gesunde Konkurrenz ist geradezu förderlich, wie so manche Einrichtungen in gewissen Städten zeigen, wo zwei, drei Erwachsenenbildungseinrichtungen nebeneinander arbeiten können und durchaus positive Bilanzen aufweisen.

Auf diesem zunehmend wettbewerbsorientierten Erwachsenenbildungsmarkt ist die Volkshochschule bestrebt, weiterhin eine wichtige Rolle zu spielen. Die Volkshochschule wird deshalb auch in Zukunft die Qualität und die Professionalität ihrer Bildungsarbeit sicherstellen und noch mehr als bisher ihre Stärken darstellen. Diese sind zum Beispiel die hohe Bekanntheit, die Vielfalt, die Differenzierung im Angebot, die Kostengünstigkeit und vor allem die Flächendeckung und die pädagogische Qualitätssicherung. Die Angebote reichen von Sprachen, Kreativität, Gesundheit, Fragen des täglichen Lebens und der politischen Bildung bis hin zu weiteren Bildungsangeboten, die die Volkshochschulen hier anbieten. Die rasch wachsenden gesellschaftlichen Anforderungen an die Erwachsenenbildung, alle qualitativen Verbesserungen, Innovationen und das Betreten neuer Aufgabengebiete benötigen einen neuen hohen finanziellen und personellen Einsatz durch mehr hauptamtliche Mitarbeiter sowie einer entsprechender räumlichen Ausstattung und der Versorgung mit modernem technischen Gerät.

Seit 1990 hat das Bundesministerium für Unterricht und Kunst seine Förderungsmittel für die Erwachsenenbildung verdoppelt, um dadurch besonders die einleitende Professionalisierung zu fördern. Auch der neue Bundesminister Dr. Erhard Busek betonte, daß gerade in einem vereinten Europa die Erwachsenenbildung einen besonde-

ren Stellenwert einnehmen wird. Dabei steht das Erlernen von Fremdsprachen an erster Stelle. Die NÖ Volkshochschulen boten im Wintersemester 1992/93 rund 600 Kurse in Niederösterreich mit 15 verschiedenen Sprachen an, was einer Steigerung von 12 % entspricht. An diesen Kursen haben 7.700 Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher teilgenommen, wobei ich vielleicht für das sogenannte starke Geschlecht, in dem Fall also die Männer, hier sagen muß, daß sie nur die Hälfte des Anteiles der Frauen ausmachen. Generell kann man sagen, im Erwachsenenbildungsbereich sind die fleißigsten Kursbesucher die Frauen. An erster Stelle dieser Kurse steht Englisch mit fast einem Drittel, gefolgt dann interessanterweise von Italienisch mit 16 % der Kurse, dann Französisch und das geht so weiter bis Japanisch und sehr vielen anderen Sprachen, die uns sicherlich nicht so geläufig sind. Bei dem Kursangebot im heurigen Jahr konnte eine Steigerung von 16 % erreicht werden, das sind über 55.000 Teilnehmer, die heuer bei den NÖ Volkshochschulen an Kursen teilgenommen haben.

Zurückkommend auf die Personalförderung des Bundes: Der Verband mit seinen 68 Volkshochschulen war in der Lage, hauptamtlich akademische Mitarbeiter einzustellen. An den sechs Standorten konnten bereits in relativ kurzer Zeit erstaunliche Erfolge erzielt werden. Diese akademischen Mitarbeiter haben sich bestens bewährt. Sie müssen aber auch eine Zukunftsperspektive haben, das heißt, sie müssen entsprechend bezahlt werden. Hier sind die NÖ Gemeinden, wo diese sechs stationiert sind, eingesprungen und haben einen Teil der finanziellen Anforderungen ausgeglichen. Bei der Hauptversammlung des Verbandes der Österreichischen Volkshochschulen am 25. Juni 1994 in Linz wurde eine Resolution beschlossen. Die wesentlichsten Forderungen an Bund, Länder und Gemeinden betreffen eine Personalförderung sowie die Förderung der Infrastruktur. In Niederösterreich bieten sehr, sehr viele Gemeinden den Volkshochschulen oder überhaupt der Erwachsenenbildung Einrichtungen wie Schulen und dergleichen an, damit sie dort in diesen Räumlichkeiten unterrichten können. Wichtig ist aber vor allem eine dauerhafte finanzielle Förderung. Lobenswert an allen Landtagsklubs ist, daß diese NÖ Landtagsklubs alle geantwortet haben auf diese Resolution und auch unterstrichen haben, daß sie sich für eine Mittelerhöhung bei der Erwachsenenbildung einsetzen werden.

Das Budget im Bereich der Erwachsenenbildung ist in den letzten Jahren gewachsen. Der Rechnungsabschluß weist 10,5 Millionen Schilling aus, heuer sind 13,3 Millionen Schilling veranschlagt. Dies läßt hoffen, daß diese Entwicklung im Sinne einer umfassenden Erwachsenenbildung weiterhin anhält. Allein mit den eigenen finanziellen Mitteln kann der Betrieb dieser Institutionen der Erwachsenenbildung nicht aufrechterhalten werden. Hätten wir nicht tausende von ehrenamtlichen und nebenberuflichen Mitarbeitern, wir könnten das nicht leisten. Ich möchte an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an alle, die in der Erwachsenenbildung tätig sind sagen, es ist eine schwierige, aber eine schöne Aufgabe. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT HAUFEK: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Platzer.

Abg. PLATZER (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Auch ich möchte mich mit der Erwachsenenbildung befassen. Wir sagen ja selbst und hören immer wieder in den diversen Sonntagsreden, daß lebenslange Bildung angesagt wäre. Es ist also klar, unser Bildungssystem beginnt schon mit dem Kindergarten über die Pflichtschule, über die mittleren und höheren Schulen bis zu den universitären Hochschuleinrichtungen. Und dann, muß man sagen, nach der Bildung beginnt eben die lebenslange Weiterbildung. Nicht nur im beruflichen Bereich, obwohl ich den für ganz besonders wichtig erachte. Es ist einfach so, daß die Entwicklung unserer Gesellschaft der Erwachsenenbildung eine hervorragende Bedeutung zumessen muß. Dieser Bildungssektor wird unter dem Aspekt eines lebenslangen Lernens für den Einzelnen Chancen und Notwendigkeiten ergeben und für die öffentliche Hand eine unabdingbare Verpflichtung sein. Wir brauchen daher, wir brauchen sie wirklich in der Erwachsenenbildung, wir brauchen gesetzliche Rahmenbedingungen! Gesetzlich, organisatorisch und finanziell müssen diese Bedingungen in ein Gesamtbildungssystem integriert werden. Das heißt, notwendige strukturelle, finanzielle und personelle Voraussetzungen sind einfach festzuschreiben.

Wir brauchen Bildungschancen für alle mit einem Fördersystem, das vor allem grundlegende Bildungsangebote flächendeckend zugänglich macht. Wir brauchen Weiterbildungszeit, die gesetzlich geregelt ist und für alle Arbeitnehmer eine lebensbegleitende Weiterbildung sichert. Dazu

brauchen wir flächendeckende Angebote, zum Beispiel für die Grundbasis und Basisausbildung und für den zweiten Bildungsweg. Wir brauchen Bildungsberatung und Information und wir brauchen natürlich auch dafür multifunktionale Schulräume, eingebettet in einen Bildungsstättenplan, der regional und sozial gerecht den Zugang zu diesen einzelnen Bildungseinrichtungen schafft.

Ich bedaure, daß die Erwachsenenbildung bisher - und eigentlich auch im Jahr 1995 - in Niederösterreich, was die Wertigkeit und finanzielle Unterstützung betrifft, eher ein Mauerblümchendasein führen muß. Ich würde hier meinen, daß die öffentliche Hand doch etwas mehr als "offene Hand" auftreten müßte. Hier zeigt schon die Wichtigkeit oder die Wertigkeit der Erwachsenenbildung die Einbettung im NÖ Kulturbericht zwischen Denkmalpflege und Heimatpflege. Im Kulturbericht 1993 lese ich, mit den für die Erwachsenenbildung zur Verfügung stehenden Mitteln wurde nicht nur das sehr umfassende Arbeitsprogramm der großen Erwachsenenbildungsorganisationen gefördert, usw. Ich frage mich dann, wie schaut diese Förderung aus.

Die beiden größten Erwachsenenbildungseinrichtungen Niederösterreichs sind, das hat Herr Kollege Nowohradsky bereits gesagt, das Bildungs- und Heimatwerk und der Verband Niederösterreichischer Volkshochschulen. Wenn ich zitieren darf aus einem Schreiben des Amtes der NÖ Landesregierung vom 5. März 1993. In diesem wurde mitgeteilt, daß beide große Einrichtungen 2,2 Millionen Schilling bekommen würden für das Jahr. Nur, und deswegen sage ich nur, das Bildungs- und Heimatwerk wurde damit letztendlich wesentlich besser beteiligt als der Verband der NÖ Volkshochschulen, nämlich mit dem Doppelten an Steigerung gegenüber dem Anteil der Volkshochschulen. Bei den Volkshochschulen waren es um 550.000,- Schilling mehr, beim Bildungs- und Heimatwerk um praktisch das Doppelte. Es sei ihnen vergönnt. Wie sie es geschafft haben, weiß

ich nicht. Aber es sei ihnen selbstverständlich gegönnt, auch sie haben ihre finanziellen Schwierigkeiten und Probleme. Ich meine aber, 2,7 Millionen Schilling an Förderung für 68 NÖ Volkshochschulen, was in Wirklichkeit die Möglichkeit bedeutet, S 1,400.000,- zur Förderung an die einzelnen Volkshochschulen, 68 an der Zahl in Niederösterreich, weiterzugeben, das ist in Wirklichkeit ein Tropfen auf einem heißen Stein. Und ich lasse mir nicht sagen, daß mehr Förderung nicht möglich wäre.

Ich glaube, was die NÖ Volkshochschulen mit ihren meist ehrenamtlichen Mitarbeitern leisten, ist wirklich großartig. Aus dem statistischen Bericht, den zum Teil der Kollege Nowohradsky bereits zitiert hat, möchte ich schon die Gesamtsumme auch nennen. Die Gesamtsumme aller Veranstaltungen lag bei 6.354 im Jahr mit 355.000 Teilnehmern. Gegenüber einem Jahr vorher, in dem 335.000 Teilnehmer bei 5.969 Veranstaltungen gezählt wurden. Das zeigt also einen großen Aufwind und zeigt auch die Wichtigkeit einer verbesserten Förderung.

Aus den vielen großartigen Volkshochschulen, die es gibt, ich möchte nicht so viele Namen nennen, es ragt aber selbstverständlich Baden mit allein zwei Volkshochschulen heraus. Kollege Breiningner kann stolz sein und er fördert als Bürgermeister seine Volksbildungseinrichtungen ganz vehement. Ob jetzt Wr. Neustadt, ob Krems, ob die vielen kleinen Volkshochschulen im Land, sie alle machen großartige Programme im Sinne einer echten Erwachsenenbildung. Ich möchte nur ein paar Dinge nennen, damit man weiß, wovon wir sprechen, wenn wir von Erwachsenenbildung reden, von effizienter Erwachsenenbildung. Es war Zufall, daß ich das bekommen habe. Ich nehme aus dem Programm der Volkshochschule St. Pölten heraus: Zweiter Bildungsweg. Lehrgänge zu Studienberechtigungsprüfung, B-Matura, Englischzertifikatskurse, dann Italienisch, Ungarisch, Buchhaltung, EDV, CNC-Technik, bis zu Ernährungskursen, Gesundheitskursen, Hobbykursen, Zeichnen, Malen, ja bis zur Literatur, bis Psychologie und sogar bis zur Gesundheit, zu den Wirbelsäulenkursen und was-weiß-ich was noch alles. Ich kann das wirklich nicht im Einzelnen vorlesen, es ist eine großartige Sache. Wir brauchen uns also wirklich nicht zu verstecken. Und ich meine, daß sich gerade auch diese Volkshochschulen hier mehr Förderung verdient hätten.

Wir sind uns dessen bewußt, daß die Förderung zwar etwas besser geworden ist, aber bei weitem nicht so, wie wir es uns gewünscht hätten.

Wir haben dabei, die beiden Landesvorsitzenden, Abgeordneter Nowohradsky und ich, gemeinsam und zwar auch gemeinsam mit den Vertretern des Bildungs- und Heimatwerkes versucht, hier für die Erwachsenenbildung für das kommende Budget etwas mehr Fördermittel zu bekommen. Wir waren beim Herrn Landesrat Mag. Freibauer, der hat gesagt, er ist nicht zuständig. Wir waren beim Herrn Landeshauptmann, wie gesagt gemeinsam. Leider, und ich meine vielleicht und sage leider, war der Tag genau der 19. Mai 1994, an dem im Hause die Diskussion über die Abschaffung der Landesumlage gelaufen ist. Und der Herr Landeshauptmann hat uns damals gesagt, wenn die Landesumlage fällt, dann gibt es auch weniger Förderung für die Erwachsenenbildungseinrichtungen. Ich muß sagen, ich habe bis dahin nicht gewußt, daß die Erwachsenenbildungseinrichtung aus der Landesumlage gefördert wird. Jedenfalls habe ich auch eingewendet, daß andere Bundesländer, insbesondere die Bundeshauptstadt Wien, hier wesentlich mehr, zum Beispiel im Bereich der Volkshochschulen, ausgibt. Insgesamt nämlich 160 Millionen Schilling, keine zweieinhalb Millionen Schilling, wie wir sie erhalten. Auch das dürfte nicht sehr viel genützt haben. Es gibt zwar für heuer eine kräftige Steigerung, aber es ist, glaube ich, zu wenig. Vor allem deswegen, wenn, wie mir der Herr Hofrat Schmitz in einer Vorsprache am 10. November 1994 erklärt hat, aber nun die kleinen Organisationen mehr gefördert werden und vorgezogen werden müßten. Ich habe dann das Gefühl, daß die großen und effizienten Erwachsenenbildungseinrichtungen hier in Niederösterreich zu wenig gefördert werden und daß zu wenig anerkannt wird, was gemacht wird.

Ich fürchte auch um unser Ansuchen, das bis zum 1. März 1995 zu stellen ist, wenn immer wieder das Geld oder ein Teil des Geldes erst im Juli kommt und man weiß, daß man aber ab Jänner schon Ausgaben hat. Und ich fürchte ganz besonders auch, daß der Herr Dr. Ebhart wie bisher eine Gnade aus der Subventionsüberweisung machen wird. Ich fürchte das deswegen und sehe das nicht ganz so positiv wie der Kollege Nowohradsky, weil in diversen Sonntagsreden wieder auf die Wichtigkeit der Erwachsenenbildung hingewiesen werden wird, und, um es mit Nestroy zu sagen - und das fürchte ich - "es ist alles nicht wahr, es ist alles nicht wahr." (*Beifall bei der SPÖ.*)

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Mag. Schneeberger.

Abg. Mag. SCHNEEBERGER (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus!

Bevor ich grundsätzlich zur Bildungspolitik spreche, darf ich schon ein paar Worte zum Kollegen Platzer verlieren; nicht bezugnehmend auf seine letzte Wortmeldung. Wobei ich ihm zustehe, daß es legitim ist, daß man natürlich immer mehr verlangt und es logisch ist, daß gerade der Erwachsenenbildung ein entsprechendes Augenmerk geschenkt werden muß. Aber ich glaube, daß der Budgetansatz durchaus ein positiver ist und man sieht, daß die Arbeit in diesem Bereich Anerkennung findet.

Mir ist es klar, aus dem Munde des Kollegen Platzer ist es hervorgegangen, daß die Änderung im Unterrichtsressort nicht seine Freude findet. Das ist eigentlich logisch. Aber für mich ist das wirklich Anlaß zur Freude, diese Änderung. Weil ich meine, 25 Jahre SPÖ-Unterrichts- und Bildungspolitik ist genug. Es ist einfach Zeit für eine Kurskorrektur, Zeit, den Schulversuchen, die auf ideologischer Basis basieren, ein Ende zu bereiten. Aber auch die Zeit der Nivellierungspolitik im Schulbereich soll vorbei sein. Die Zeit ist reif für eine innere Reform, wie es Herr Bundesminister und Vizekanzler Dr. Busek schon angekündigt hat. Zeit auch für eine Begabtenförderung und vor allem auch für eine soziale Gerechtigkeit im Schulbereich, wenn ich an die Wegwerfwirtschaft der Schulbuchaktion denke. (*Zwischenruf bei Abg. Sacher.*)

Na, das ist das Erbe des Dr. Kreisky, Herr Kollege Sacher, das wissen wir alle ganz genau. (*Abg. Gruber: Also, das ist eine Ungeheuerlichkeit!*) So ein Erbe ist ja nichts Schlechtes, Herr Kollege Gruber! Es ist nur die Frage, was man erbt. Und da muß ich hinterfragen, ob dieses Erbe ein gutes ist. (*Unruhe bei der SPÖ.*)

Hoher Landtag! Wenn ich aber auf die Qualität der Bildungspolitik eingehe, und auch den Budgetansatz, was diese Bildungspolitik anlangt, so ist das sicherlich ein Gradmesser für die Priorität, die man einer Politik gibt. Wenn Herr Klubobmann Dr. Bauer heute gesagt hat, wir brauchen eine Gesellschaft mit Visionen, mit Pionieren und mit Teamgeist, dann ist das richtig. Das unterschreibe ich. Basis dafür ist eine gesunde Lebenseinstellung. Und diese Lebenseinstellung wieder wird geprägt von der Familie, aber auch vom Bildungssystem. Und hier meine ich, daß Niederösterreich durchaus vorbildlich ist. Die Ausgaben für die Infrastruktur im Bildungsbereich sind enorm, und wenn wir trotz der Budgetknappheit des nächsten Jahres unser jetziges Budget ansehen, dann kommt der

Steigerung im Bereich des Schul- und Kindergartenfonds eine besondere Bedeutung zu. Es kommt nicht von Ungefähr, daß man 30,8 % Steigerung aufweisen kann, das heißt, einen Betrag von 222 Millionen hier budgetmäßig vorsieht. Das muß man auch unter dem Aspekt sehen, daß sich der Bund quasi französisch verabschiedet hat. Wenn ich die 14. und 15. SCHOG-Novelle vor Augen führe, hat er zwar Gesetze beschlossen, aber zahlen muß es das Land, die Gemeinden oder die Eltern. Daher ist es umso bedeutungsvoller und hervorzuheben, daß wir in Niederösterreich sehr wohl diese Verantwortung ernst genommen haben und hier diesen Mehraufwand gerade für den Bereich der notwendigen Integration, der Führung der ganztägigen Schulformen, aber auch der Forcierung der Gesundheitsvorsorge unter dem Aspekt des Ausbaues der Turnsäle hier sehen.

Ein Positivum dieser Budgetansätze ist natürlich der damit verbundene Kultur- oder Konjunkturschub. Bildungsinvestitionen sind aber auch Investitionen, sind Maßnahmen zur Förderung der Wirtschaft. Und auch hier darf ich ihren Klubobmann zitieren, der von regionalpolitischen Effekten gesprochen hat. Und da darf ich gerade jene zwei Bereiche hernehmen, die im Vorjahr wahrscheinlich epochal die Bildungslandschaft Niederösterreichs verändert haben. Das ist zum einen die Fachhochschule und zum anderen im posttertiären Bereich die Donau-Universität. Wenn ich bei der Fachhochschule bleibe, so freut es mich, daß jetzt der Abgeordnete Gruber anwesend ist. Vielleicht gibt er die Botschaft seinem Bruder weiter. Nämlich jene Botschaft, warum ich meine, daß die Fachhochschulen zumindest mit einem Lehrgang in Krems und zwei Lehrgängen in Wr. Neustadt sind. *(Abg. Gruber: Ab wann ist eine Schule eine Fachhochschule? Ab wievielen Schülern?)*

Das wollte ich gerade sagen, lieber Herr Abgeordneter Gruber. Diese Hausaufgabe habe ich gemacht. Ich weiß es: Wenn man zwei Lehrgänge hat - Wr. Neustadt zählt zwei Lehrgänge - und wenn man innerhalb von fünf Jahren tausend Hörer hat. Wenn ich davon ausgehe - jetzt die Milchmädchenrechnung - daß Wr. Neustadt bereits 170 Hörer hat, dann können wir nachrechnen, wann wir die formale Voraussetzung auch haben, Fachhochschule zu sein. Und jetzt sollten wir als Niederösterreicher stolz sein, daß nämlich Wr. Neustadt der einzige Standort Österreichs ist. Nicht den Kopf schütteln! Der einzige Standort Österreichs, der zwei Lehrgänge an einem Ort und damit die Chance hat, als erster Standort Österreichs wirklich Fachhochschulstandort zu sein. In keinem

Bundesland Österreichs ist das gewährleistet. *(Beifall bei der ÖVP. - Unruhe bei der SPÖ.)*

Herr Kollege Gruber, jetzt darf ich aus der Schule plaudern. Dort drüben sind wir gesessen, in diesem Saal sind wir gesessen. Ob das der gute Bürgermeister war oder wer anderer, wir waren es. In diesem Saal sind wir gesessen, nämlich alle miteinander. In dem Saal sind wir gesessen, haben gesprochen, die Kremser, die Wr. Neustädter und die St. Pöltener. Worum es gegangen ist? Wie schaut der Fachhochschulwerdegang aus? Wie war das? Der Herr Bürgermeister Gruber ist auch drinnen gesessen und er hat gesagt... *(Heftige Unruhe im Hohen Hause.)*

Ihr wart ja nicht dabei, laßt es mich schildern. Der Herr Bürgermeister Gruber ist drinnen gesessen und hat gesagt, der Bund hat die Fachhochschule beschlossen. Das Land will eine Fachhochschule und wir St. Pöltener sind bereit, quasi als Gnadenakt, eine Fachhochschule in unserer Stadt zu plazieren. Was hat Krems und was hat Wr. Neustadt gesagt? Wir wollen diese Fachhochschule! Wir sind auch bereit zu investieren. Das ist der feine Unterschied! Und daher glaube ich, ist es nur gerecht und legitim, daß die ersten Schritte im Fachhochschulbereich in diesen beiden Städten gesetzt wurden. Und es zeigt,... *(Abg. Keusch: Schadenfreude sollte in Deinem Alter nicht mehr vorhanden sein. Das ist infantill!)*

Das ist keine Schadenfreude. Das ist eine Grundeinstellung, eine positive, die wir an den Tag legen. Das ist eine positive Grundeinstellung! Und die fehlt halt dort. *(Abg. Gruber: Wiener Neustadt hat aber eine rote Mehrheit!)*

Also das hat mich bei guten Sachen noch nie gestört, wenn wir gemeinsam gehen. Das ist ja der Unterschied. *(Beifall bei der ÖVP.)* Aber wenn man Bildungspolitik, Herr Kollege Gruber, in "Rot" und "Schwarz" teilt, dann hat man schon verloren. Weil dann hat man von Bildung überhaupt keine Ahnung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Eines möchte ich in diesem Zusammenhang sagen: Wenn man davon ausgeht, daß im Budget über 10 Millionen für diese Fachhochschulen, für die Lehrgänge in Niederösterreich vorhanden sind, dann gilt es auch hier zu danken. Weil die Zusammenarbeit - ich weiß, daß das unangenehm ist, das ist mir schon klar, aber ich werde trotzdem sagen, daß die Zusammenarbeit mit den Ressortverantwortlichen, speziell in der Kulturabteilung, eine hervorragende war. Und ich möchte hier nicht verhehlen, daß vieles auch der Zusammenarbeit mit Hofrat Schmitz zu verdanken ist.

Wenn ich aber die Fachhochschulen anreiße, dann darf die Donau-Universität im posttertiären Bereich nicht fehlen. Und ich glaube, daß mit Beginn dieses kommenden Jahres hier sicherlich Initiativen gesetzt werden, die gerade diesen Bereich als Alleinstellungsmerkmal für ganz Österreich darstellen können. Gefordert sind jene, die nunmehr das Sagen bei der Donau-Universität haben. Aber das ist auch Grund oder Anlaß dafür, zu danken. Der Herr Kollege Sacher hat das schon auch hier gebracht aus Kremser Sicht, verständlich. Danken all jenen, die an der Entstehungsgeschichte dieser Donau-Universität mitgearbeitet haben, nämlich die Verantwortlichen und Mitarbeitern der Landesakademie. Daraus folgt natürlich für uns sicherlich eine Verpflichtung. Eine Verpflichtung, in der Richtung zu überlegen, was geschieht mit dieser Landesakademie künftighin? Jene, die den Grundstein gelegt haben bzw. die erfolgreiche Basis für die Donau-Universität, für die muß natürlich überlegt werden, welche Möglichkeiten der künftigen Betätigung gibt es hier. Es sind heute einige aufgezeigt worden, aber hier sollte man auch den Weg gehen, den wir bei den Fachhochschulen gegangen sind, nämlich eine Präfeasibility-Studie, damit man wirklich weiß, ob hier die Investition in diese oder jene Richtung, die aufgezeigt wurde, eine richtige ist. Weil es doch notwendig ist, gerade im Bildungsbereich dort am meisten zu investieren, wo am meisten rückfließt. Hier besteht Handlungsbedarf bei der künftigen Positionierung der Landesakademie. Hier sind wir gefordert, entsprechende Vorschläge zu erarbeiten.

Hohes Haus! Der Bogen der Bildungsaktivitäten in Niederösterreich ist breit gespannt, der Qualitätsschub gerade im letzten Jahr ist sichtbar und damit ein wesentlicher Beitrag zur Attraktivität unseres Bundeslandes, ein wesentlicher Beitrag zu einer positiven Bewußtseinsbildung und vor allem zu einer stärkeren Identifikation mit unserem Bundesland. Ich glaube, 50 Millionen Schilling allein an Investitionen im Budget bzw. Budgetansätze für Fachhochschulen, für Landesakademie und für die Donau-Universität zeigt neben den Investitionen im Schulbereich, daß hier Bildungspolitik eine hohe Priorität hat und damit die Qualität der Politik in Niederösterreich unterstrichen wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Herr Abgeordneter Kautz hat sich zu Wort gemeldet.

Abg. KAUTZ (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Als Nachbar kann ich das nicht so unwidersprochen hier im Raum stehen lassen, was hier Mag. Schneeberger von sich gegeben hat. Ich glaube, und ich hoffe es nur, daß seine Ansichten sich nicht beim Bundeskanzler auch noch durchsetzen. Denn dann sind wir wieder dort, wo wir vor 25 Jahren waren. Daß sich nur jener eine gute Schule leisten konnte, dessen Vater eine dicke Brieftasche hatte. Und jener Schüler, dessen Vater keine dicke Brieftasche hatte, bekam ein Schulbuch, in das schon seit drei Jahren alles hineingeschrieben wurde und er daraus nicht lernen konnte. Ich hoffe nur, daß dieser Weg nicht so weit zurückgeht. Aber wenn ich den heutigen "Kurier" lese und die steirischen Ideen zu Schulversuchen lese, so glaube ich, daß sehr wohl das ÖVP-Modell dorthin geht. Denn die Schulversuche werden ausgeklammert. Und dort, wo man sich eine Privatschule leisten kann, dort gibt es dann den Schulversuch über Umwege. *(Abg. Mag. Schneeberger: Offenbar wie der "labour-chef" in England, der macht das genauso!)*

Was sie in England machen, will ich nicht beurteilen. Wir sind in Österreich und haben hier eine vorbildliche Schulpolitik bis jetzt betrieben, 25 Jahre lang. Wenn die ÖVP und ihr Vizekanzler jetzt diese Schul- und Bildungspolitik zurückdrehen wollen, dann muß ich sagen, adieu, liebes Österreich! Denn dann sind wir nicht am richtigen Weg. Dann sind wir auf dem Weg dorthin, woher wir gekommen sind: Aus der Finsternis in der Bildungspolitik. *(Unruhe bei der ÖVP.)*

Und ich glaube, wenn wir dorthin kommen, wo nur die Brieftasche des Vaters entscheidet, dann, glaube ich, haben wir eine falsche Politik eingeschlagen. *(Mag. Schneeberger: Unsere Bildung geschah doch vor mehr als 25 Jahren!)*

Ich bin schon solange auf der Welt und ich kenne dieses Bildungssystem. Ich habe mein Gymnasium unter anderen Voraussetzungen geschafft, ja schaffen müssen. Ich kam aus ärmlichen Verhältnissen und ich habe solche Schulbücher bekommen, die schon vier, fünf und sechs Jahre alt waren. Ich habe diese bekommen. Und ich weiß, wie es mir ergangen ist, wenn die anderen die bunten, die neuesten Schulbücher hatten mit aktuellen Themen drinnen. Ich weiß das, wie das ist. Ich kann aus eigener Erfahrung sprechen und daher will ich in diese Situation nicht mehr zurückkommen!

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich wiederhole jetzt diesen Stehsatz, den die FPÖ immer wieder bringt, denn kaum ist irgend jemand aus dem Saal gegangen, stellt sich der nächste FPÖ-Redner her und sagt, der Herr Landesrat oder die Frau Landesrat ist ja nicht im Saal. Ich sage jetzt, der Herr Marchat ist nicht im Saal, der Unterstellungen von diesem Rednerpult aus ver-lautbart und dann irgendwohin vielleicht essen geht oder woandershin sich verzieht. Ich sage es allerdings trotzdem: Man könnte seine Reden zum Sport seit drei Jahren hernehmen und immer wieder dasselbe verlesen. Und ich sage es jetzt nur noch ein Mal und ich verspreche, es ist heuer das letzte Mal. Denn wenn man es dreimal versucht, einen Menschen aufzuklären und er es nicht versteht, dann muß man aufgeben.

Es gibt Dach- und Fachverbände in Österreich. Dachverbände gibt es drei: Eine Union, einen ASKÖ und einen Allgemeinen Sportverband. Aufgabe dieser Dach- und Fachverbände ist es, Funktionäre heranzubilden, ist es, Trainer heranzubilden, ist es, Übungsleiter heranzubilden, ist es, Punkterichter heranzubilden und Bewerbsleiter. Das heißt, man muß auch jene Leute heranbilden, die für den Sport verantwortlich sind, angefangen beim Kassier im Umgang mit dem Finanzamt bis hin zum Trainer, bis hin zum Punkterichter. Ja, bis hin zu jenem, der wissen muß, wo er beim Weitsprung das Maßband anhalten muß. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Vielleicht weiß er es nicht, aber ich verspreche, die Aufklärung passiert heute zum letzten Mal. *(Abg. Haberler: Aber Herr Kollege Kautz, die anderen hungert man total aus!)*

Man hungert niemand aus, Herr Kollege! Man hungert niemand aus. Man versucht, das Geld richtig aufzuteilen. Daß ihr da niemand dabei habt, ist euer Problem. Aber ich darf auch noch einen Satz dazu sagen. *(Abg. Haberler: Weil es Millionen an "schwarzen Geldern" gibt!)*

Geld hat kein Mascherl. Aber eines: Gottseidank haben wir noch ein Profifußballtum in Österreich. Wie sonst könnte der Herr Meischberger illegal Spielervermittlung betreiben? Euer Generalsekretär betreibt illegale Spielervermittlung! Wo könnte er sich sonst betätigen, wenn wir keinen Profifußball hätten?

Nun noch einmal zur Landessportschule. Ich habe von diesem Rednerpult aus beim Bau der Sportschule auch Kritik geübt. Aber in eine andere Richtung: Weil sie mir zu klein war. Weil ich genau das vorausgesehen habe. Wir haben ja schon zugebaut. Das habe ich damals schon hier von diesem Rednerpult aus gefordert, bauen wir

gleich etwas größer, das kommt billiger, wir werden mit dem Raumangebot nicht auskommen. Ich habe recht behalten, denn die Sportschule wird angenommen. Die Ausbildungskurse werden mehr, sie wird angenommen von Aktiven, von Sportlern, aber auch von Funktionären. Und die Südstadt hat überhaupt keinen Abfall dadurch. Auch im Bundesleistungszentrum Südstadt sind wir voll ausgebucht und wir könnten ohne weiters im Weinviertel oder auch im Mostviertel eine dritte solche Stätte brauchen, wenn man rein vom Sportlichen ausgeht. Der FPÖ geht es aber nicht um Sport, ihr geht es darum, immer vom Steuerschilling dort zu reden, wo sie nichts mitzubestimmen hat. *(Abg. Haberler: Wo es unobjektiv wird, Herr Kollege Kautz!)*

Der Landessportrat setzt sich aus verschiedenen Mitgliedern zusammen. Unter diesen Mitgliedern sind drei Politiker, zwei von der ÖVP und einer von der SPÖ. Alle anderen Funktionäre kommen aus den Sportorganisationen, kommen von den Vereinen, kommen von den Verbänden; von den Dachverbänden und Fachverbänden. Nachdem Ihr nur kritisiert und in den Sportvereinen nie mitarbeitet, weil vor dem Arbeiten habt Ihr panische Angst - bei ehrenamtlicher Arbeit dürfte hier eine panische Angst vorhanden sein - seid Ihr in diesen Organisationen nicht vertreten. Es tut mir leid um Euch. Aber wenn Ihr mitarbeiten wollt, jeder Verein nimmt gerne Funktionäre auf, die ehrlich und anständig mitarbeiten wollen. *(Unruhe bei der FPÖ.)*

Das Geld, traue ich mir hier zu sagen, wird auf Grund von Leistungen und nicht nach Parteibuch-

zugehörigkeit verteilt. Wenn Ihr das nach Parteibuchzugehörigkeit verteilen wollt, so ist das Euer Problem. Bis jetzt, solange ich in diesem Gremium sitze, wurde das Geld immer noch nach sportlichen Leistungen und nach sportlichen Kriterien verteilt! *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

Ich hoffe, daß meine nunmehrige Kritik nicht in die falsche Kehle gelangt, denn ich kritisiere auch etwas, aber aus einem ganz anderen Grund. Nämlich die Spitzensportförderung. Es gibt hier Mannschaftssportarten, die per einstimmigem Beschluß eine gewisse Förderungssumme bekommen. Ich würde nun ersuchen und anregen, diese Sportarten neu zu überdenken, bzw. zu erweitern. Aus konkretem Anlaß. Es geht mir um die Kegler, denn auch das ist eine Sportart. Es ist kein Einzelbewerb, es ist eine Mannschaftssportart. Vier bei den Damen, sechs bei den Herren plus jeweils ein Ersatzmitglied bilden eine Mannschaft. Wenn ich nun sage, bei den Handballern sind sechs am Feld plus ein Tormann, also sind es sieben, so haben wir ungefähr die gleiche Anzahl. Wir in Neunkirchen hatten heuer das Glück, daß unsere Damenmannschaft österreichischer Cupsieger geworden ist und Österreich beim Europacup vertreten hat. Obwohl keine finanzielle Basis da war, wurden 10.000,- Schilling an Subvention zusätzlich gewährt. Daher mein dringender Appell, das Ganze neu zu überdenken, um Sportarten, die eben Mannschaftssportarten sind, nicht auszuschließen. Ich erinnere, bei der ersten Beschlußfassung haben wir die Volleyballer vergessen, da sind wir auch erst später draufgekommen. *(LHStv.)*

*Prokop: Da besteht ein Unterschied!*

Ja, es besteht ein Unterschied. Versuchen wir trotzdem bitte, das neu zu überdenken. Es handelt sich um eine Mannschaftssportart. *(LHStv. Prokop: Du hast auch schon für die Leichtathletik als Mannschaftssportart interveniert!)*

Zum leichtathletischen Europacup in Schwechat komme ich schon noch. Den habe ich nicht vergessen. Aber ich hoffe, daß wir hier die Richtlinien ändern, aus einem bestimmten Grund. Wenn ein Europacupsieg mit eineinhalb Millionen Schilling dotiert wird, wenn ein österreichischer Cupsieg mit 500.000,- Schilling dotiert wird, so müßte zumindestens der andere österreichische Cupsieg mindestens mit irgendetwas dotiert sein, nicht mit 0,00. Das heißt, ich gestehe zu, man hat daran nicht gedacht, doch jetzt ist die Situation eingetreten. Überdenken wir die ganze Situation der Spitzensportförderung und versuchen wir, auch das mit unterzubringen. Denn dieser Sportler trainiert genauso fleißig, trainiert genauso

oft, trainiert genauso ehrgeizig. Doch sein österreichischer Cupsieg zählt 0 und der andere österreichische Cupsieg wird mit 500.000,- Schilling bewertet. Daher, glaube ich, müßte hier versucht werden, die Situation der Vergabe neu zu überdenken.

Damit bin ich bei den Leichtathleten. Auch hier gibt es einen Europacup. Mir wird immer wieder gesagt, das ist etwas anderes. Es ist etwas anderes, das ist richtig. Es ist eine einzige Veranstaltung, in der eben Revanche gegeben werden soll. Aber trotzdem glaube ich, ist dieser Europacup, wenn er schon Europacup heißt, auch anders zu bewerten als irgendeine Sportveranstaltung, gleichgestellt mit anderen. Wenn es eine Europacupveranstaltung ist, so müßte sie höher dotiert werden.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, ein zweites Problem. Vor wenigen Tagen gab es in Schwechat einen Sportstammtisch. Dort wurde diskutiert über den Sport in den Volksschulen. Ich habe auch schon vor drei oder vier Jahren einmal hier darüber gesprochen, daß es nicht angehen kann, wenn eine Schule - es gibt nur noch wenige - keinen Turnsaal hat, daß also im Freien geturnt wird. Und wenn die Kinder nicht brav sind, daß dann vom Lehrer gesagt wird, weil ihr nicht brav wart, wird das Turnen gestrichen. Vielleicht etwas übertrieben ausgedrückt, aber so etwas soll es doch geben. Jetzt passiert ähnliches mit der Schulautonomie. In Schwechat wurde berichtet, von Fachleuten und auch von Lehrern bestätigt, daß in der Schulautonomie ein gewisser Freiraum besteht, mit Stunden nach eigenen Überlegungen umzugehen. Leider kommen Schuldirektoren fast ausschließlich aus anderen Gegenständen und sind selten Turnlehrer. Bei diesem Sportstammtisch wurde eben berichtet, daß zum Beispiel Informatik ein sehr begehrtter Teil in dieser Schulautonomie ist und daß Informatik auf Kosten der Turnstunden teilweise angeboten wird. Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Das darf es aber wirklich nicht geben! Leider, das gibt es. Da muß man versuchen, auf die Lehrer einzuwirken, da muß man versuchen bitte, auf den Landeschulrat einzuwirken. In Zeiten wie diesen, wo die Kinder sowieso so wenig Betätigungsmöglichkeit haben, wo sie 500 Meter weit mit dem Auto geführt werden anstatt, daß sie zu Fuß in die Schule gehen dürfen, kann man doch nicht auch noch eine oder zwei Turnstunden in der Woche streichen. Und nachher stellen wir fest, daß Haltungsschäden grassieren. Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Das darf es nicht geben, das soll es nicht geben! Es muß unsere Aufgabe als Politiker sein, das abzustellen. So gut

die Schulautonomie ist, aber sie darf bitte nicht auf Kosten der Turnstunde gehen.

Ich bin schon am Ende meiner Ausführungen, meine sehr geschätzten Damen und Herren und darf noch eines hinzufügen: Österreich hat sich beworben um die Ausrichtung der Fußball-Europameisterschaft für die U 16-Mannschaften im Jahre 1996. Einige Gemeinden haben sich dafür beworben, kommen vom ÖFB aus auch in Frage, nur gibt es kleine Hindernisse: Es gibt noch keine gedeckte Tribüne. Ich glaube, es sind wenige Vereine, die sich das finanziell bis jetzt noch nicht leisten konnten, eine kleine gedeckte Tribüne zu haben. Ich glaube, es wäre angebracht, hier, wenn wir schon diese Europameisterschaft bekommen, zu versuchen, wenn es Vereine gibt, die jetzt in kurzer Zeit eine Tribüne überdecken wollen, eine unter Umständen etwas verstärkte Förderung zu geben. Im Hinblick darauf, daß eben eine Europameisterschaft nicht alle 14 Tage in Österreich durchgeführt wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Der Herr Abgeordnete Litschauer erhält das Wort.

Abg. LITSCHAUER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine verehrten Damen und Herren!

Ich möchte einige Anmerkungen zu unserem NÖ Kindergartenwesen bringen. Kurz eine Vorbemerkung. Im Frühjahr dieses Jahres hat es auf der Bundesebene eine Diskussion über Kinderbetreuungseinrichtungen gegeben, insbesondere die Kindergärten standen im Mittelpunkt der Diskussion. Es ging vor allem darum, die entsprechenden Anpassungen hinsichtlich der Öffnungszeiten vorzunehmen, an die Bedürfnisse der Erziehungsberechtigten anzupassen und - auch darüber wurde diskutiert - möglichst österreichweit die Versorgungsdichte noch auszubauen. Ich muß sagen, natürlich ist das eine sehr wichtige Diskussion gewesen, zweifelsohne. Sie war aber nicht immer sehr zielführend. Denn gute Ratschläge und Empfehlungen können in dieser Frage sicherlich entwickelt werden und verbreitet werden, wenn man damit nicht auch gleich die Finanzierungsfrage lösen muß.

Es wäre sicherlich sehr einfach, auf der Bundesebene Modelle der Kinderbetreuung zu entwickeln und den Ländern die Last der Finanzierung kommentarlos zu überlassen. Für den Landtag von Niederösterreich, für Sie, meine sehr geschätzten Damen und Herren, war aber gerade diese bundesweit geführte Diskussion doch

Anlaß, nachzudenken und eine Initiative zu setzen. Und wir haben einen Initiativantrag eingebracht, durch den wir das an sich schon gute Kindergartenwesen in Niederösterreich noch zu bereichern gedenken und zusätzlich Modelle einer Tagesbetreuung, die von einer bestmöglichen Qualität im Interesse der Kinder ausgeht, festlegen wollen.

Lassen Sie mich kurz innehalten für eine Bestandsaufnahme. In Niederösterreich können wir feststellen, wir stehen quasi an der Spitze der Bundesländer, was die Versorgungsdichte anlangt. Wir haben heute schon die Zahlen gehört, es sind zur Zeit 983 Kindergärten in Betrieb und wir finden insgesamt über 2.000 Kindergarten- gruppen bereits als ein Angebot für unsere NÖ Eltern. In diesen Kindergartengruppen werden an die über 40.000 Kinder versorgt. Eine Statistik, mit der wir uns zweifelsohne sehen lassen können, und ich möchte hier auch sagen, daß sich gerade unsere Kindergärtnerinnen, aber auch die zuständige Fachabteilung beim Amt der NÖ Landesregierung wirklich bemüht, ein optimales Bildungsangebot zu bieten mit hoher Qualität. Und unsere Kindergärtnerinnen sind motiviert und engagiert, ihren Auftrag auch zu erfüllen. Feststellen möchte ich aber auch, daß in diesen Kindergartengruppen auch 520 Integrationen vorgenommen werden. Integrationen notwendigerweise, um auch hier den behinderten Kindern Möglichkeit zu geben, in einer Gruppe einbezogen zu werden, wo sie den Umgang mit Gleichaltrigen lernen.

Ausgehend von dieser Basisbetreuung, meine verehrten Damen und Herren, haben wir am 30. Juni 1994 hier eine Initiative gestartet, unser an sich gutes Modell in Niederösterreich noch zu verbessern, Schritte zu setzen in Bezug auf Verbesserung der Qualität. Ich darf diese Punkte uns in Erinnerung rufen. Es war dies erstens, zu trachten, daß die NÖ Familienhilfe entsprechend in Etappen angehoben wird und damit den Müttern und den Erziehungsberechtigten die Möglichkeit

zu geben, selber möglichst lange die Erziehung der Kinder wahrnehmen zu können. Zweitens wurden wir hier einig, daß die Tagesmutterbetreuung eine besondere Komponente, einen neuen Stellenwert erhalten soll. Und drittens - und das sei hier besonders erwähnt - soll das bestehende Kindergartengesetz ehestens novelliert werden. Wobei grundsätzlich der Nulltarif beibehalten wird, nur sollen analog der Tagesbetreuung im Schulbereich für zusätzliche Betreuungszeiten sozial gestaffelte Beiträge der Eltern einbehalten werden.

Dieser Initiativantrag, meine sehr geschätzten Damen und Herren, geht auf die Realitäten in unserer Gesellschaft ein. Es geht ein auf das Berufsbild unserer Frauen, das sich ja wesentlich geändert hat. Wir wissen zwar auf der einen Seite, daß die Kindererziehung in der eigenen Familie die beste Möglichkeit darstellt, wir wissen auf der anderen Seite aber auch, daß es viele Mütter gibt, die einfach diese Möglichkeit nicht haben können. Sie sind angewiesen auf gut funktionierende Betreuungsmöglichkeiten. Daher ist es unsere Aufgabe, entsprechende Rahmenbedingungen für Familie und Beruf zu schaffen, daß beides miteinander entsprechend verknüpft werden kann. Es ist daher für mich keine Frage, daß diese Maßnahmen, diese drei Punkte, Hilfestellungen sein sollen für die Erziehungsberechtigten. Hilfestellungen: Die Familienhilfe, wie ich erwähnt habe, die Institution der Tagesmütter soll ausgebaut werden - hier ist sehr wesentlich, daß wir das Berufsbild der Tagesmutter neu gestalten und auch entsprechende Förderungsmodalitäten vorsehen. Wobei ich glaube, daß gerade dieses Instrumentarium geeignet ist, für die zweijährigen Kinder und dreijährigen Kinder, weil eben die Tagesmutter eine familienähnliche Situation bietet, die beste Förderungsmöglichkeit für die Kinder dazustellen. Drittens natürlich müssen wir nachdenken, wie wir unsere Kindergärten im Landesdienst, die ja eine Serviceleistung sind, noch verbessern können im Bezug auf die Öffnungszeiten. Und das ist auch eine Aufgabe, die wir uns in dieser Frage gestellt haben.

Bei der Frage einer Verlängerung von Betreuungszeiten ist zunächst einmal davon auszugehen, daß wir wissen, daß die Vormittagsauslastung unserer Kindergärten in Niederösterreich nahezu hundert Prozent ausmacht. Wir wissen aber auch, daß die Nachmittagsauslastung sehr unterschiedlich ist, im städtischen Bereich mehr, im ländlichen Bereich etwas geringer. Aber im Schnitt kann man sagen, daß diese Auslastung bei 33 % - das ergeben die Berechnungen - liegen

wird. Um den Bedürfnissen der Eltern nach zusätzlichen Betreuungsmöglichkeiten und zusätzlichen Zeiten nachkommen zu können, sollten daher, ähnlich wie im Schulbereich, im Kindergarten sehr bedarfsorientierte Betreuungszeiten angeboten werden. Dies würde die gewünschte Verbesserung der Serviceleistung durch Verlängerung der Betreuungszeiten bringen. Allerdings bedarf es zur Lösung dieses Problems nicht nur der Novellierung des Kindergartengesetzes. Es ist heute schon angesprochen worden, daß sicherlich in Etappen auch die Größe der Kindergruppen zu reduzieren ist. Es muß aber auch insbesondere die Frage der Finanzierung des zusätzlichen Angebotes geklärt werden. Ich persönlich kann mir vorstellen, daß, wie ich bereits angeführt habe, wie im Schulbereich sozial gewichtete Beiträge eingehoben werden. Ausgehend von den echten Bedürfnissen der Eltern und Kinder, die regional durchaus unterschiedlich sein können, wäre daher bei der Festsetzung eines Kostenbeitrages auf das Einkommen der Eltern, die soziale Situation wie Arbeitsplatz, Wohnort, aber auch Anzahl der Kinder Bedacht zu nehmen. Diese Vorgangsweise würde auch die Konkurrenzfähigkeit von diversen Alternativangeboten, wie zum Beispiel auch die Tagesmütter, gegenüber öffentlichen institutionellen Betreuungsmodellen erhöhen und gleichzeitig den Eltern die freie Wahlmöglichkeit bei verschiedensten Betreuungsmodellen eröffnen.

Abschließend, meine sehr verehrten Damen und Herren, darf ich zu all den von mir angedeuteten Vorhaben, die ja auch schon im Initiativantrag vom Juni dieses Jahres enthalten sind, noch einmal grundsätzlich festhalten: Im Sinne einer bestmöglichen Qualität für das Kind sollten diese Vorhaben rasch umgesetzt werden, insbesondere das Kindergartengesetz möglichst bald novelliert werden. Den berechtigten Anliegen der berufstätigen Eltern und auch der Alleinerzieher kann sich die NÖ Landespolitik auf keinen Fall verschließen. Es müssen daher Lösungen im Interesse aller Betroffenen gefunden werden. Der Qualität der Betreuung für unsere jüngsten Landesbürger, für unsere Kinder, muß dabei ein absoluter Vorrang eingeräumt werden.

Es geht daher zum Schlusse kommend darum, die vorliegenden Ideen und Vorstellungen rasch aufzugreifen, konkrete Lösungsmöglichkeiten und Modelle anzubieten und damit die Bedürfnisse der Kinder und die sozialen Probleme der Eltern einer für alle akzeptablen Lösung zuzuführen. Wir sind mit diesen Initiativen am besten Weg dazu, eine Verbesserung der Qualität umzusetzen. Denn ich glaube hier sagen zu

können, für die Kinder kann man nicht genug investieren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Das Wort erhält nun die Frau Abgeordnete Auer.

Abg. AUER (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Herr Abgeordnete Litschauer hat in seiner Wortmeldung einige Punkte, die Kindergärten betreffend, angeschnitten, auf die werde ich natürlich auch eingehen. Allerdings nicht auf alles, denn ein Großteil davon betrifft die Gruppe 4, da komme ich sicher morgen noch einmal darauf zurück.

Finanzreferent Mag. Freibauer hat in seiner Einbegleitungsrede im Gegensatz zum Vorjahr - und das freut mich ganz besonders, daß er es heuer gemacht hat - doch den Familien breiteren Raum gewidmet. Ein ganz wesentlicher Teil davon hat die Kinderbetreuung betroffen. Beide Klubobmänner, Dr. Bauer und Böhm, haben davon gesprochen, den Familien realitätsbewußt zu helfen. Und beide haben gesagt, sie wollen nicht an Dogmen festhalten. Etwas Besseres hätte mir gar nicht passieren können, denn ein Großteil in diesem Bereich hängt sehr wohl an Dogmen, zumindest habe ich das Gefühl.

Wir haben, wie wir schon gehört haben, in Niederösterreich sehr viel bei der Kinderbetreuung erreicht. Wir sind stolz auf die flächendeckende Versorgung, auf den hohen Prozentsatz, auf die Integration Behinderter, auf die Ausbildung unserer Sonderkindergärten und auf einige Punkte, die man hier sicher noch dazu aufzählen könnte. Wir haben im Antrag vom 30. Juni 1994 beschlossen, mit dem Antrag 149/A im Zusammenhang mit den längeren Öffnungszeiten - zumindest stehen vorne im Begründungsteil folgende zwei Sätze: "Mit Beginn eines jeden Kindergartenjahres sollten die Bedürfnisse der Kinder und Eltern erhoben und entsprechend dokumentiert werden. Darauf aufbauend sind die entsprechenden Angebote auszurichten." Sehr gut! Nur der Zeitpunkt gefällt mir nicht! Ich nehme an und verstehe es so, daß das natürlich nicht für das beginnende Kindergartenjahr gelten kann. Wenn ein Kindergartenjahr beginnt und man ermittelt dann erst, wie die Bedürfnisse sind, dann ist das sicher für jene, die sich einschreiben haben lassen, zu spät. Alle die, die mit den normalen Öffnungszeiten nicht das Auslangen finden, mußten sich gezwungenermaßen bereits bis zum Beginn des Kindergartenjahres eine andere Lösung suchen. Das heißt, diese Er-

hebung kann nur für das darauffolgende Kindergartenjahr Gültigkeit haben oder man kann nur versuchen, so den Bedarf abzudecken. Allerdings darf ich dann nicht die Eltern der Kinder fragen, die bereits beginnen, in den Kindergarten einzutreten, sondern ich muß die Erhebung bei jenen jungen Familien und Eltern machen, die vielleicht in ein zwei Jahren ihr Kind in den Kindergarten schicken werden.

Ich glaube auch, daß wir festhalten sollen, daß wir diese Erhebung nicht durch das Kindergartenpersonal machen lassen sollten. Weil es ganz einfach verschiedene Interessen gibt. Eine Familie muß ihre persönliche Situation sehen, muß ihre persönlichen Wünsche sehen und muß die Wahlfreiheit haben, auf die wir so stolz sind. Die Kindergärtnerin sieht - auch das ist wichtig - natürlich nur das Wohl des Kindes in erster Linie und hat kaum oder weniger Verständnis für die Dinge, die rundherum in der Familie passieren. Ich glaube daher, ich gebrauche es nicht gerne, aber es soll vorkommen und möglich sein, daß dadurch, ob bewußt oder unbewußt, natürlich auch psychischer Druck auf Eltern ausgeübt werden könnte. Diese Fragebögen sollten daher entweder von anderen Institutionen, am besten wäre, über die Gemeinde vorgelegt und das Erforderliche ermittelt werden. Ich glaube aber auch, daß diese Fragebögen standardisiert und die Fragen seitens des Landes vorgegeben werden sollen, damit wir zu einheitlichen Regelungen und Normen kommen können.

Noch einige Überlegungen: Wenn man wirklich realitätsbezogen handeln will und das Motto unseres heurigen Budgets sagt ja, "Partnerschaft ist unser Weg". Wenn man das ernst nimmt und auch so meint, Partnerschaft nicht nur mit Zahlen sondern Partnerschaft mit den Kindern, mit den Familien und auch mit dem Kindergartenpersonal. Wenn man die Situation betrachtet, stellt man fest, daß immer mehr Kindergärtnerinnen ein unbefriedigendes Gefühl haben bei ihrer Arbeit, um nicht das garstige Wort "Frustration" zu nennen. Und einige steigen aus diesem Grund aus ihrem Beruf aus oder suchen eine Möglichkeit, anderswo ihre Kenntnisse einsetzen zu können. Das heißt, wir müssen uns diese Bedingungen anschauen, unter welchen diese Kindergärtnerinnen arbeiten. Vor allem glaube ich, daß eine Verbesserung der Arbeitssituation bei den Kindergärtnerinnen notwendig ist. Das heißt, sie müssen die Möglichkeit haben oder wir müssen Möglichkeiten schaffen, daß dort wo es erforderlich ist, sie sich mehr entfalten können, ihre Kreativität einsetzen können, sich intensiver dem einzelnen Kind widmen können. Sie haben

eine sehr gute Ausbildung genossen und sie sind oft nicht in der Lage auf Grund der großen Gruppengrößen von 28 bis sogar 30 Kindern wirklich diese gute Arbeit mit dem Kind zu machen. Das heißt, ein Ziel muß sein und das dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, die Verringerung der Gruppengrößen. Das bedeutet gleichzeitig einen wesentlichen Vorteil für das Kind, eine echte Qualitätsverbesserung, mehr Raum. Das bedeutet, tatsächlich eine Bezugsperson, die sich intensiver mit dem Kind beschäftigen kann. Und für das Kind auch die Möglichkeit, sich eher zurückziehen zu können und ähnliches mehr. Ganz besonders ideal wäre natürlich, wenn zusätzlich für jede Gruppe eine Helferin zur Verfügung stehen würde. Das heißt, wir könnten damit sowohl die Arbeitsbedingungen der Kindergärtnerin als auch die Bedürfnisse der Kinder besser abdecken. Und wenn ich schon genannt habe eine Helferin pro Gruppe, meine Damen und Herren, auch hier müßte man mit der Verbesserung der Qualifikation ansetzen und diesbezüglich wesentlich mehr tun. Bei der Ausbildung, bei der Fort- und Weiterbildung. Und diese Angebote müßten seitens des Landes auf der Hand liegen.

Ich habe mir wieder einmal genauer angeschaut die Dienstanweisung für die Kindergartenhelferinnen in öffentlichen Kindergärten. Sie ist gewaltig, sie ist wirklich umfangreich. Sie bildet eine Beilage zum Dienstvertrag, den natürlich jede Helferin unterschreiben muß, umfaßt mehrere Seiten. Die Helferin hat bei ihrem Aufgabengebiet natürlich auch die Mitarbeit im pädagogischen und im Betreuungsbereich. Daher wäre es so wichtig, hier wirkliche Qualitätsverbesserungen anbieten zu können.

Ein Problem, das sich sowohl für den Kindergartenhalter und die Familien gleichermaßen immer wieder zeigt und noch deutlicher geworden ist, ist das Problem mit den Springerinnen. Sie wissen, daß seit heuer großteils Springerinnen nur mit einer 20-Stundenverpflichtung angestellt werden. Jetzt stellen Sie sich einmal vor, eine Kindergärtnerin wird krank und der Kindergarten ist im Regelfall bis 14.00 Uhr oder 14.30 Uhr offen. Und jetzt kommt eine Springerin, die nur bis 12.00 Uhr im Dienst steht. Um 12.00 Uhr wird zugesperrt. Entweder steht jetzt der Kindergartenhalter vor Problemen, hier eine Regelung anbieten zu müssen, oder die Familie, auch dann, wenn die Frau nur halbtags berufstätig ist - bis 12.00 Uhr oder 12.30 Uhr im Regelfall - bis sie nach Hause kommt, ist es zumindest 13.00 Uhr, hat ein Problem. Weil sie nicht weiß, wie sie ihr Kind in dieser Zeit betreuen soll, von wem das Kind betreut wird oder wie sie dieses Problem

lösen soll. Und dazu kommt noch, meine Damen und Herren, daß wir einfach viel zu wenig Springerinnen haben. Damit passiert folgendes: Zu Beginn des Kindergartenjahres gibt es eine Anzahl Springerinnen. Dann bekommt eine andere Kindergärtnerin - und das ist ja gut, das wollen wir ja - ein Kind und geht in Karenz, sie bleibt zu Hause. Oder aber auch durch Krankheit, einen Unfall oder eine Operation kommt es zu längeren Ausfällen. Das heißt, Springerinnen werden zu Fixvertreterinnen und die Anzahl der Springerinnen wird immer geringer. Jede Bezirkshauptmannschaft und jeder Bürgermeister weiß, zu welchen Problemen es im Laufe des Kindergartenjahres kommt. Aus diesem Grund darf ich einen Resolutionsantrag einbringen (*liest*):

#### "Resolutionsantrag

der Abgeordneten Auer, Litschauer und Dkfm. Rambossek zu Gruppe 2 des Voranschlags des Landes Niederösterreich für das Jahr 1995, Ltg. Zl. 218, betreffend Personalreserve für Kindergärtnerinnen.

Im Personalstand des Landes Niederösterreich befindet sich auch eine Anzahl von Kindergärtnerinnen, die im Falle von Krankheit oder Karenzurlaub in einer Kindergartengruppe tätige Kindergärtnerinnen vertreten sollen (Springerinnen). Es ist verständlich, daß aus Kostengründen diese Personalreserve nicht zu hoch gehalten werden kann. Andererseits ist es doch erforderlich, daß im Bedarfsfall die kontinuierliche Betreuung der Kinder im Kindergarten gesichert ist.

In den letzten Jahren hat sich wiederholt gezeigt, daß offenbar diese Personalreserve nicht ausreicht. Die Landesregierung wird daher aufgefordert, allenfalls auch unter Anwendung von anderen geeigneten Modellen der Anstellung und Finanzierung die Personalreserve für Kindergärtnerinnen im erforderlichen Ausmaß auszuweiten."

Meine Damen und Herren! Gleichzeitig - und auch darüber haben wir gesprochen, bevor wir diesen Antrag fertig formuliert hatten - zeigt sich, daß es Kindergärtnerinnen gibt, die längere Zeit ihren Beruf unterbrochen haben. In den meisten Fällen deshalb, weil sie selbst Kinder hatten und über die Karenzzeit hinaus eben bei ihrem Kind oder ihren Kindern bleiben wollten.

Ein Teil dieser Kindergärtnerinnen, gut ausgebildet und mit Berufserfahrung, möchte gerne wieder in das Berufsleben einsteigen. Und ich glaube, dieser Antrag wäre eine Möglichkeit, jenen Kindergärtnerinnen zumindest die

Möglichkeit zu geben, leichter wieder in das Berufsleben einzusteigen. Ich meine damit aber, so einzusteigen, daß es vielleicht möglich ist, nachdem sie in der Zwischenzeit ja eine eigene Familie hat, nicht als Springerin kreuz und quer durch Niederösterreich, sondern vielleicht im engeren Umkreis ihres Heimatortes eingesetzt zu werden und vielleicht einmal auch Fixvertretungen zu bekommen und wieder einen Fixposten im Rahmen der Kinderbetreuung zu erhalten. Vor allem aber wären sie nicht sozusagen "Abrufpersonal", sondern sie hätten einen Dienstvertrag, wären sozial und arbeitsrechtlich abgesichert und - das glaube ich, wäre ganz ganz besonders wichtig - auch von der menschlichen Seite her gesehen wäre dieses Problem vielleicht etwas geringer. Man muß dieses Problem aber auch noch von einer anderen Seite sehen. Ich weiß schon, daß es schwierig zu lösen ist. Jetzt ist eine Springerin zwei, drei Jahre als Fixvertretung in einem Kindergarten, weil eben ihre Vorgängerin im Karenzurlaub ist. Jetzt kommt aber die Kindergärtnerin zurück und jetzt ist auf einmal die Springerin wieder Springerin, weil sie natürlich ihren Posten verliert und anderweitig wieder eingesetzt werden muß. Daß es schwierig ist, allen gerecht zu werden, ist verständlich. Doch ich glaube, man müßte wirklich Prioritäten setzen und genauer einmal prüfen, wie weit ist es vertretbar, weite Entfernungen in Kauf zu nehmen und wie weit, rein von der menschlichen, familiären Seite, ist es wichtig, diese Familie tatsächlich beisammen zu halten und die Kontakte enger zu gestalten. Ich hoffe, daß das so gehandhabt wird.

Einer der Punkte, die man sich auch überlegen sollte neben all den positiven Dingen, die wir haben, sind diese bedarfsgerechten Öffnungszeiten und die Ferienregelung. Die Ferienregelung ist ja, wie Sie alle wissen, ein Problem für sich. Es gibt ja Unterstützungen, um diese Probleme da oder dort vielleicht anders zu lösen. Und es gibt auch Hilfen seitens des Landes. Aber es gibt keine generelle Regelung. Und ich habe am Anfang gesagt, beide Klubobmänner haben gesprochen über Dogmen. Sind das Dogmen oder darf man darüber wenigstens laut nachdenken und sich den Kopf zerbrechen, wie man das lösen könnte? Ich glaube, daß im Antrag oder im Beschluß vom 30. Juni 1994 Ansatzmöglichkeiten da sind. Aber für mich, und ich habe es damals gesagt, sind es noch keine Lösungen. Und wenn der Kollege Litschauer gemeint hat, im Bund wurde diskutiert, aber man redet nur darüber, über die Finanzierung sagt man nichts, so möchte ich sagen, daß immerhin zumindest der Wille festgeschrieben steht in diesem Papier über den Finanzausgleich, hier

weiter diesen Ausbau zu forcieren. Es ist nicht alles genau ausverhandelt und fixiert. Auch steht drinnen, daß der Bund zusätzliche Mittel für diese Investitionen flüssig machen wird. Es wird nun sicher am Geschick der einzelnen Verhandler liegen und es wird darauf ankommen, wie weit es möglich ist und wieviel wir aus diesem Topf dann tatsächlich erhalten können. Und wieviel davon dann in die Realität umgesetzt werden kann.

Oder wenn der Kollege Litschauer gesagt hat bei der Kindergarten-Nachmittagsbetreuung, nur 33 % wird davon in Anspruch genommen, so muß man das sehr wohl beleuchten. Was heißt Kindergarten-Nachmittagsbetreuung? Wie lange sind die Öffnungszeiten? Sind sie tatsächlich schon bedarfsgerecht oder sind das einfach längere Zeiten, willkürlich bis 15.00 Uhr, 16.00 Uhr festgelegt? Denn es gibt sehr wohl bereits Überlegungen und ich denke mir, gerade bei diesen bedarfsgerechten Öffnungszeiten, gerade bei diesen Ferienregelungen muß man darauf Bedacht nehmen, muß die Realität sehen, nicht nur Dogmen und das war's. Sondern man muß versuchen, einen Schritt nach vor und nicht wieder nach rückwärts, nach dem Motto, möglichst wenig Kosten darf es.

Und wenn man dann, wie wir beschlossen haben, jetzt tatsächlich bedarfsgerecht anbietet, aber ausschließlich durch einen Kostenbeitrag der Eltern diese Mehrkosten abgedeckt werden sollen oder zumindest ein Großteil davon, sehr wohl unter Berücksichtigung des sozialen Aspektes, dann glaube ich, und ich habe nur ein paar Punkte angezogen, daß es sinnvoller wäre - sinnvoller für die Kinder, sinnvoller für die Familien - einmal zu überlegen, wie können wir diese Überlegungen, die wir haben, mittels bestehender Regelungen und Notwendigkeiten abdecken und wirklich Qualitätsverbesserungen einführen. Ein Beispiel war die Reduzierung der Gruppenszahl. Wenn ich Partnerschaft ernst nehme, dann bin ich überzeugt davon, daß alle Eltern eine Qualitätsverbesserung bei der Betreuung ihrer Kinder sofort und voll akzeptieren würden. Ich bin deshalb überzeugt, weil viele Eltern kommen und das auch sagen. Verbunden nämlich mit einer echten Qualitätsverbesserung. Und wenn man sich überlegt, ob nicht in Zusammenarbeit Bund, Land, Gemeinden und Eltern eine Qualitätsverbesserung herbeizuführen wäre und vielleicht einmal überlegt, mit einer Kostenbeteiligung aller - und da bin ich wieder im Gegensatz, ich weiß schon, jetzt werden viele über mich herfallen - wenn ich also sage, ich will das Bestmögliche für mein Kind, dann darf auch über den Nulltarif zumindest laut nachgedacht werden. Und darf dieser nicht von vornherein ein

Dogma sein, daß wir sagen, das greifen wir nicht an. Denn dann kommen wir so zu einer zweigeteilten Gesellschaft, zu einer Teilung unserer Kinder, von der Einstellung her. Zu einer Teilung bei den Problemen der Familien. Ich habe nachgelesen: Der Abgeordnete Platzer hat im Vorjahr bei der Gruppe 2 zum Thema Kindergarten gesagt, dann kommen wir dazu, daß Eltern, die sich erlauben können, oder Erziehungsberechtigte, die es sich erlauben können, zu Hause bei ihrem Kind zu bleiben, weil sie es sich finanziell leisten können oder weil sie es wollen, oder aus welchen Gründen immer, und die in der Lage sind, ihr Kind um 12.00 Uhr, um 14.00 Uhr oder um 15.30 Uhr abzuholen, ihr Kind zum Nulltarif betreut wissen, bestmöglich. Während jene, die angewiesen sind auf eine längere Betreuung, die nicht in der Lage sind, ihr Kind um diese Zeit zu holen, sehr wohl dafür bezahlen müssen. Daher glaube ich, daß man Qualitätsverbesserung für jede darüber hinausgehende Betreuung sehr wohl vielleicht mit einer Staffelung mit einem etwas höheren Betrag versieht. Als Überlegung im Zusammenhang und Hinblick darauf, daß das Kindergartengesetz novelliert werden muß. Daß man nicht nur ein, zwei Punkte herausgreift und in die Novelle einbringt, sondern daß man versucht, eine grundsätzliche Verbesserung der Betreuung der Kinder im Kindergarten zu erreichen. Unter dem Aspekt der Realität, unter dem Aspekt, laut denken zu dürfen, sich zusammensetzt vielleicht in einer Arbeitsgruppe und diese Dinge mit einbringt und einen Weg sich überlegt, wie man alles umsetzen kann, auch unter dem Aspekt der Finanzierbarkeit. Das möchte ich hier ausdrücklich betonen. Ich glaube, das wäre ein Weg, den man gerade bei dem Kapitel Kindergarten, wie wir es heute wieder auf der Tagesordnung haben, zumindest mit anmerken und sich genau überlegen sollte. *(Beifall bei der SPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Hiller.

Abg. HILLER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich darf mich zum Thema Sport zu Wort melden und darf einleiten, Sport und Körperkultur sind jene Bereiche unserer Gesellschaft, für die vielfältiges Engagement, ständig steigende räumliche Kapazität, aber auch gesteigertes Interesse immer weiter aufgebaut werden können. Sport ist heute Ausdruck von Lebensqualität, Sport ist auch ein Maßstab von moderner

Infrastruktur, Sport ist aber auch vielmehr zum Medium der Sensationsvermarktung geworden.

Sport und Politik waren und sind immer in einem besonderen Verhältnis zueinander gestanden. Von der Antike bis zur Gegenwart: Sport damals als Mittel der Politik, oder man kann auch die Frage stellen, heute Politik als Mittel des Sportes? Die Trennlinien sind sicherlich nie ganz klar erkennbar, dennoch hat sich die Entwicklung, der Bezug zwischen Sport und Politik ganz wesentlich geändert. Denn in den westlichen Demokratien ist die Inanspruchnahme des Sportgeschehens für politische Zwecke fast völlig absentiert. Von einer Beziehungslosigkeit zu sprechen, wäre aber auch zuviel gesagt. Es ist in andere Formen gebracht worden.

Hier im NÖ Landtag fassen wir heute den Beschluß über das Kapitel Sportförderung des Landes Niederösterreich und setzen somit auch weiter in Schwerpunkte über das Sportgeschehen in unserem Lande. Sport war schon vor Zeiten Propagandamaschinerie von Volkstribunen, diese Zeit ist Gottseidank vorbei. Das Motto dieses Budgets lautet "Partnerschaft" und ich glaube, Partnerschaft ist der richtige Bezug und Zugang, um die Sensibilität zwischen Sport und Politik entsprechend darzustellen. Partnerschaft, nicht nur in Einflußnahme darauf, was direkt am Sportgeschehen, an der Entwicklung der Sportanlagen spürbar ist, sondern NÖ Sportpolitik in Zusammenarbeit mit den von der Freiheitlichen Partei so oftmals kritisierten Verbänden auf vertikaler und horizontaler Ebene. Ich glaube, daß diese Schwerpunktbildung ganz wichtig für den Sport in Niederösterreich ist. Und daß das Sportbudget hier unterstützende Funktionen gibt, die nicht nur in beglückenden Maßnahmen über die Zuwendung von Geldern und Subventionen stattfindet, sondern auch gleichzeitig fachkundige Beratung und Information weitergibt, damit all das Wirken in den Verbänden, in den Vereinen auch bestmöglich zum Einsatz gebracht werden kann. Somit erreichen wir über das Sportbudget auch sicherlich wieder in dem kommenden Geschäftsjahr, im kommenden Budgetjahr kräftige Impulse und können das moderne Profil des NÖ Sportes weiter verbessern. Leider konnte das Sportbudget 1995 keine Ausweitung erfahren, bedingt durch die allgemeine Budgetsituation. Es kann aber dennoch der Aufgabenstellung voll gerecht werden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Der Zugang zum Sport ist verschiedenster Natur. In der traditionellen Form geschieht Sportausübung auch heute noch in überwiegendem Ausmaß über

zahlreiche ehrenamtlich geführte Vereine. Nicht gering zu sehen ist aber die Zunahme von Sportausübung über Fitnesscenters, touristische Einrichtungen und in Form von individueller vereinsunabhängiger Freizeitgestaltung. Ein Vorurteil vergangener Jahre ist heute bereits ausgeräumt. Auch darauf ist zu verweisen, daß Sport schon seit langem nicht mehr Angelegenheit nur der Jugend oder von Männern sei. Das Engagement der Damen, zum Beispiel im Reitsport, in der Gymnastik, im Schwimmen übertrifft bereits jenes der Männer bei weitem. Der Anteil im Tennissport und im Skisport ist in etwa ausgeglichen und auch an Erfolgen, sogar an internationalen Erfolgen brauchen unsere sportiven Damen ihr Licht bei weitem nicht unter den Scheffel zu stellen. Der Seriensieger Hypo-Südstadt ist hier zweifellos an der Spitze zu nennen, aber bei weitem keine allein dastehende Ausnahme. Gottseidank boomt auch der Seniorensport. Hier spielt neben der Körperertüchtigung und der Gesundheitsvorsorge vor allem auch die gesellschaftliche Integration unserer älteren Bevölkerung eine ganz, ganz wichtige Rolle. Für besonders erwähnenswert halte ich die in diesem Jahr von der Union Niederösterreich durchgeführte Aktion "Bewegter leben". Diese zielte nämlich gerade auf jene Gruppe von ehemals Sportaktiven ab, die über diese Aktion zum ersten Mal oft seit Jahren oder gar Jahrzehnten wieder an gemeinsamen sportlichen Tätigkeiten teilnahmen, für die sie gewonnen werden konnten. Ich würde mir wünschen, daß diese Aktion auch im nächsten Jahr weitergeführt werden kann und auch von anderen Verbänden oder Vereinen nachgeahmt wird.

Sehr geehrte Damen und Herren! Im Vereins-sport setzen sich seit Jahren vorhandene Trends weiter fort. Und zwar in folgenden wesentlichen Punkten: Vor allem der Drang in neue medienprä-sente Sportarten hält unvermindert an. Die Sport-berichterstattung rund um die Uhr durch interna-tionale Fernsehsender beeinflusst nachhaltig den Zugang zu bisher fremd gewesenen Sportarten. Wir hatten auch im NÖ Landessportrat heuer wie-der eine Aufnahme eines neuen Fachverbandes, nämlich des American Football. Auch das ist Aus-druck dieser Entwicklung. Damit ist aber auch festzustellen, daß die konventionellen Sportarten vor allem in Richtung Qualitätsverbesserung und Standardisierung auf einem höheren Niveau der Entwicklung sich befinden. Und daß die Anlagen-ausstattung, die Ausrüstung und die Verbesserung der Betreuung in den Vordergrund gestellt wird. Vor allem die Technik hält Einzug in viele Sportanlagen. Heute gibt es schon auf vielen Spielfeldern computergesteuerte Spielfeldbereg-

nungsanlagen, die aber auch Gottseidank in allen Spielklassen bereits Einzug halten. Unterkünfte und Sanitäräume sind piekfein ausgestaltet. Hier werden weder Kosten noch Mühen gescheut, um ein wirklich adäquates Sporthaus den Sportinter-essierten, den Sportausübenden anbieten zu kön-nen. In diesem Punkt ist vor allem das Land über den sogenannten "Sportschilling" ein starker Fi-nanzierungspartner für die Vereine, weil dadurch die vielfältigsten Investitionen, sei es Neuinvesti-tionen oder Adaptierungsarbeiten, wesentlich mit-finanziert werden können.

Ein dritter Punkt, den auch der Kollege Marchat kritisch angeschnitten hat, betrifft jenen Umstand, daß der Finanzbedarf des Profi- oder des Halbprofibereiches ständig ansteigt. Viele Vereine, auch in den obersten Spielklassen, kön-nen kaum diese Problematik bewältigen. Oft fehlt es in diesem Sektor an potenten Sponsoren, aber oftmals auch am guten Management. Oftmals sind auch die steuerlichen und sozialrechtlichen Fragen Stolpersteine mit fataler finanzieller Auswirkung. Das Land Niederösterreich, sehr geehrte Damen und Herren, fördert sehr wohl den Spitzensport, auch in den Vereinen. Und das richtlinienkonform. Aber wir können nicht annähernd die Vorstellungen mancher Spitzenklubs erfüllen, denn die Finanzprobleme, die großteils, muß man auch ehrlich sagen, in den Vereinen hausgemacht sind, sind mit bester Absicht und auch mit noch so großen Finanzmitteln nicht zu bestreiten. Die Lan-desförderung für den Spitzensport dient allen Ver-einen und allen Athleten und sie ist kalkulierbar und somit fair und gerecht in ihrer Anwendung.

Ein vierter Punkt gilt der Nachwuchsbetreu-ung in den Vereinen, welche sich zunehmend schwieriger gestaltet. Ich sehe hier folgende Fak-toren als Ursache. Zum einen erhält der Vereins-sport immer mehr Konkurrenz durch verstärktes nicht unbedingt vereinsverbindendes Angebot an Möglichkeiten zur Sportausübung. Zum anderen ist auch deutlich zu verspüren, daß die Fluktuation, der Vereinswechsel bereits für junge Athleten selbstverständlich wird und dieser Umstand auch von den Medien sehr stark motiviert und unterstützt wird. Außerdem sei hier noch angemerkt, daß es doch großteils an der Zusammenarbeit und Bereitschaft, vor allem auch zwischen Vereinen und Schulen krankt. Die Möglichkeit der Schulautonomie ließe es aber zu, daß hier wesentliche Verbesserungen im Bezug zwischen Schule und Verein geschaffen werden könnten. Und hier gilt es in Niederösterreich von einem löblichen Beispiel zu berichten. So betreibt der Fußballklub 1. FC Ortmanntal seit 1993 eine

sogenannte Fußballhalbtagschule mit Lehrern der Volksschule und Hauptschule Pernitz. Ein einmaliges Projekt, ja ein Experiment in Österreich, das bis jetzt auf enormen Zuspruch aus dem Bereich der Schüler und somit auch der die Verantwortung tragenden Eltern stößt. An die 40 Schüler werden in diesem Modell nachmittags betreut, angefangen bei der leiblichen Versorgung, der Essensversorgung, welche ein Cateringunternehmen übernommen hat. Es gibt dann auch eine Betreuung bei den Schulaufgaben und ab 16.00 Uhr wird dann in genau vorgegebenem Umfang das Training für die Jugend angeboten. Es hat sich dieser Sache auch schon der NÖ Landesschulrat, vor allem Herr Präsident Stricker angenommen und Unterstützung zugesagt. Ich hoffe, daß dieses Beispiel, wenngleich mit finanziellen Aufwendungen verbunden, viel Zuspruch und Nachahmung in Niederösterreich finden wird.

Sehr geehrte Damen und Herren! Neben den vielfältigen Förderungsmöglichkeiten des Breiten-

sportes ist die Sportpolitik des Landes über die zuständige Referentin, Frau Landeshauptmannstellvertreter Liese Prokop permanent bemüht, Leitprojekte des Sportes zu unterstützen, aber auch solche zu initiieren. Dabei geht es um qualitativ hochwertige Sporteinrichtungen und um das Abhalten attraktiver Sportveranstaltungen in unserem Bundesland. Für ein Land mit hohem Lebensstandard ist das einfach ein Muß, sich hier der internationalen Entwicklung zu stellen. Hier geht es nicht nur um den Sport mit seinen Idealen, hier geht es auch darum, daß unser schönes Land Österreich zum nicht unbeträchtlichen Teil von Einnahmen aus der Tourismuswirtschaft und auch von Erfolgen der Sportartikelhersteller lebt. Das heißt, daß attraktiver und hochqualifizierter sportlicher Erfolg eine gewisse Trendsetterwirkung auch in die Wirtschaft hinein mit sich bringt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Niederösterreich ist bezüglich zentraler Einrichtungen für den Spitzensport ein nach wie vor im Aufbau befindliches Bundesland. Allzusehr hatten in früheren Jahrzehnten die speziellen Einrichtungen der Bundeshauptstadt Wien den niederösterreichischen Bedarf mit abgedeckt und eine eigenständige Entwicklung verhindert oder hintanstehen lassen. In den letzten Jahren konnte vieles an Aufbauarbeit durchgeführt werden. Das Bundessportzentrum in der Südstadt, das Schulskiheim und Höhentrainingszentrum am Hochkar, die Fußballschule in Lindabrunn bieten seit vielen Jahren beste Trainings- und Betreuungsmöglichkeiten. Sowohl am Hochkar als auch in Lindabrunn sind vor kurzem erst umfangreiche Modernisierungsarbeiten abgeschlossen worden. Auch hier wurden Landesmittel eingesetzt. Das jüngste und umfangreichste Projekt dieser Art ist zweifellos die Landessportschule in St. Pölten, welche sich nach wie vor in der Aufbauphase befindet. Dieses Projekt soll im wesentlichen drei Aufgaben erfüllen: Zum einen soll die Aufgabe als Leistungszentrum voll erfüllt werden und das geschieht bereits. Zum anderen ist das Areal der Landessportschule als Sitz der Sportverbände prädestiniert, um zentralen Verwaltungsaufgaben bestens nachkommen zu können. Anfang 1996 wird auch der größte Fachverband Niederösterreichs, der NÖ Fußballverband seinen Betrieb in einem neuen, modernen Büroverwaltungsgebäude aufnehmen. Somit ist der Standort Landessportschule nicht nur erweitert worden, sondern er hat auch an Bedeutung wesentlich zugenommen.

Eine weitere Aufgabenstellung ergibt sich für die Landessportschule, aber auch für den Standort St. Pölten insgesamt, bezüglich der

Durchführung von bedeutenden internationalen Sportereignissen in unserem Bundesland. Und zwar auch für St. Pölten in der Funktion als Landeshauptstadt. Die Abhaltung eines ATP-Turnieres in diesem Jahr war sicherlich nur ein Anfang. Es wäre aber zu erwarten, daß mehr Unterstützung seitens der Kommune hier gegeben wird. Es wäre nämlich höchst an der Zeit, daß die Gemeindeverantwortlichen der Landeshauptstadt ihren Blickwinkel auch auf die Landessportschule erweitern und hier auch mehr Engagement und Zusammenarbeitsbereitschaft zeigen. Vor allem das reservierte und zaudernde Verhalten der Stadtverwaltung in Sachen Stadionausbau, aber auch in jüngster Zeit bei der Errichtung einer WM- oder EM-fähigen Mehrzweckhalle ist jedermann bekannt. Man kann sich die Details sparen, man kann dies in den Medien nachlesen. Ich kritisiere dabei, sehr geehrte Damen und Herren, vor allem den aufgetretenen Mangel an Kooperationsverhalten. Hier tritt eine Art Berührungsangst immer wieder auf, die auf jede neue Initiative in der Landeshauptstadt eine Reaktion zur Folge hat. Durch dieses Verhalten mancher Verantwortlichen bedingt wird man wohl noch lange auf eine Aufbruchstimmung allgemein als Institution und als Flair einer Landeshauptstadt warten müssen. Diese Vorhaben, das Sportstadion betreffend, sind vorerst schubladiert und das andere Projekt ist in eine andere bedeutende NÖ Stadt mit entscheidungsfreudigeren Kommunalpolitikern abgewandert. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Wenn man in diesem Land tatsächlich bedeutende Sportveranstaltungen des internationalen Spitzensportes ausrichten möchte, so muß man einfach eine moderne, zweckentsprechende Infrastruktur bieten können und ebenso die Fragen der Organisation und des Managements rechtzeitig abklären können, um sich damit auch entsprechendes Image in dieser internationalen Branche aufzubauen. Die Stadt Wr. Neustadt, vor allem die dort angesiedelten Business-Messenveranstalter haben durch ihre Entschlossenheit das Rennen um die Schaffung eines attraktiven Sportveranstaltungsortes souverän gewonnen. Eigentümerfrage, Standortfrage und Finanzierung sind geklärt. Somit kann eine der bedeutendsten internationalen Meisterschaften des nächsten Jahres in Niederösterreich abgehalten werden, nämlich die Handball-WM 1995. Ein weiterer

Austragungsort wird hier eine weitere NÖ Stadt, nämlich Krems sein. Auch dort wird gerade eine Mehrzweckhalle für eine Besucherkapazität von 1.700 Menschen errichtet. Wir werden auch, sehr geehrte Damen und Herren, weitere Kapazitätserweiterungen und Qualitätsverbesserungen erarbeiten müssen und uns der Austragung weiterer Wettbewerbe stellen müssen. Hier müssen wir einfach von uns aus ein gewisses Angebot gemeinsam mit den Gemeinden auf die Füße bringen.

Erfreuliches gibt es auch aus der Semmering-Region zu berichten. Bedingt durch die Installation von Schneekanonen wird bereits in wenigen Tagen, am 10. Dezember hier erstmals ein Europacup-Schirennen gefahren und die Region hat bereits den Ehrgeiz kundgetan, für das Jahr 1995 sich um ein Weltcuprennen zu bemühen. Durch diese Dynamik, durch diese beispielhafte Dynamik werden sicherlich wichtige Impulse für die gesamte Region Semmering gesetzt werden, welche nicht allein auf die sportliche Bewertung ihre Auswirkung haben wird.

Ein Sportereignis von ebenfalls großer Bedeutung ist für das Jahr 1996 angesagt. Es wird das von meinem Vorredner, den Herrn Abgeordneten Kautz, schon erwähnte Projekt der Fußball-europameisterschaft der Unter-16jährigen sein. Für mich als ehemaligen Kicker ist das natürlich eine besonders erwartenswerter Zeitpunkt und ein Geschehen, durch welches meine müden Knochen sicherlich auch noch so manches Kribbeln verspüren könnten. Ich glaube, es geht aber nicht um meine Impressionen, die ich damit verbinde, sondern vor allem, daß unserer Jugend wieder einiges auf dem Fußballsektor an kämpferischem, qualitativ hochstehendem Nachwuchsgeschehen vermittelt werden kann. Der Herr Kollege Kautz hat in diesem Zusammenhang auch die Aufrüstung der 30 Spielorte angesprochen. Ich kann berichten, daß von den 30 Spielorten bereits 27 eine entsprechende Überdachung der Tribünen haben. In Ardagger und Retz ist diese in Bau haben und ich kann mir vorstellen, daß Du, lieber Herr Kollege, Abgeordneter Kautz, als Bürgermeister der Stadt Neunkirchen auch Dein Projekt unter den herkömmlichen Förderungsbedingungen, ohne daß Deine Gemeinde und Dein Sportbudget für Jahre hinaus überstrapaziert wird, bewältigen wirst können. Du hast natürlich durch Deine Information besten Zugang zu den Richtlinien der NÖ Sport-

förderung und daher wird der Stadtgemeinde Neunkirchen kein einziger Schilling vorenthalten werden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Gerade die bestmögliche Motivation der NÖ Jugend zur Teilnahme am Sport geht vom Sportbudget 1995 durch viele Impulse aus und bringt Unterstützung vor allem auch den ein Vielfaches an Organisationsarbeit leistenden Funktionären in den vielen und vielfältigen Vereinen dieses Landes. Dieser Lebensabschnitt, die Jugend, ist ganz besonders bedeutend für den Zugang zum Sport. Ich wandle da ein Sprichwort ab: "Was Hänschen nicht sportelt, sportelt Hans sicher nicht mehr". Es gilt aber, den Sport gleichzeitig von der Sporthysterie und dem Sportrowdytum fernzuhalten und vor allem für die NÖ Landesbürgerinnen und Landesbürger als wertvolle Lebensbereicherung zur Sportertüchtigung, zur Lebensgestaltung und zum Erreichen von viel Lebensfreude zu gestalten und zu erhalten.

In diesem Sinne darf ich allen, die in der großen Familie des NÖ Sportes tätig sind, an allen Stellen und in welchen Verantwortungen auch immer, ein herzliches Dankeschön für ihr Mühewalten sagen und darf sagen, daß wir sehr gerne den Budgetansätzen in dieser Sparte und dem Budget insgesamt unsere Zustimmung erteilen werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Es hat sich noch der Herr Abgeordnete Gruber zu Wort gemeldet.

Abg. GRUBER (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Zuerst zum Kollegen Hiller: Ich würde ihn einladen, nach St. Pölten zu kommen und sich die Stadtsportanlage anzuschauen, damit er sich überzeugen kann, was die Stadt für den Sport übrig hat.

Meine Absicht ist eigentlich gewesen, eine kurzgefaßte Klarstellung abzugeben, damit keine Mißverständnisse hier im ehrwürdigen Sitzungssaal des Landtages hängenbleiben. Wir bemühen uns wirklich aufrichtig, in der Landeshauptstadt eine Fachhochschule einzurichten. Es gibt dazu einen Verein, dem gehören viele Privatpersonen an und auch die Wirtschaft unterstützt diese Be-

strebungen, so gut sie kann. Das könnte sogar noch besser sein. Wir sind aber nicht so hurtig an das Werk gegangen, sondern wollten eine gute Beratung einholen. Wir sind gewesen in Jena in der ehemaligen DDR und haben dort erlebt, wie man eine Fachhochschule neu einrichtet auf Grund der Erfahrungen des Fachhochschulbetriebes, den es seit mehr als 20 Jahren in der Bundesrepublik gegeben hat. Dort in Jena, in den ehemaligen Zeiss-Werken gab es einen Rüstungsbetrieb und ein großes Ingenieurhaus, das wurde für die Fachhochschule zur Verfügung gestellt. Also ausgezeichnete Voraussetzungen sind dort vorhanden und man hat bereits an die 3.000 Studenten für acht Fachrichtungen und eine allgemeine Fachrichtung. Ich muß dazu sagen, daß das Land Thüringen - dort sind die Länder für die Ausbildung und für die Finanzierung dieser universitären Lehrgänge zuständig - mehr als hundert Millionen Schilling bereits innerhalb von drei Jahren zur Verfügung gestellt hat. Also, mit dieser Erfahrung sind wir nach St. Pölten zurückgekommen und wir konnten nun die Realitäten abschätzen. Das Land Niederösterreich hat im vergangenen Jahr beim Budget zehn Millionen Schilling eingesetzt. Ich muß sagen, das ist soviel wie ein ganz bescheidener Beginn. Da ist noch sehr viel drinnen. Nämlich, Engagement und Initiative ist notwendig, damit wir in Niederösterreich diese fachbezogene, praktische Ingenieursausbildung erreichen.

Wir haben in St. Pölten jährlich 250 HTL-Maturanten und diese müssen dann entweder nach Linz, Wien oder Graz ausweichen, um ein Hochschulstudium absolvieren können. Oder sie gehen gleich arbeiten und werden gute HTL-Ingenieure, die die Wirtschaft braucht. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß diese HTL-Ingenieure, auch wenn wir die Bildung der Fachhochschulingenieure erreichen, nicht diskriminiert werden dürfen. Das ist sehr wichtig. Aber für die europa-bezogene Wirtschaft wird in künftiger Art und Weise dieser Diplomingenieur mit dem Zusatz "FH" notwendig sein. Und wir haben in Niederösterreich das Potential dazu, da müssen wir etwas machen.

Wir haben von der Kulturinitiative der Stadt St. Pölten und vom Klub der Wirtschaftsakademiker Niederösterreichs gemeinsam ein Symposium durchgeführt, ein hochkarätig besetztes Symposium mit mehreren Hochschulprofessoren. Es hat sich dazu bereiterklärt der Rektor der Fachhochschule von Frankfurt am Main. Dort gibt es 30.000 Hörer an der Fachhochschule. Und die Erfahrungen, die uns dieser Mann mitgeteilt hat, sind die Grundlage bitte sehr, für die Initiative und

Weiterführung zur Gründung und Führung der Fachhochschule in St. Pölten. Die Landeshauptstadt braucht Erfahrungswerte, damit wir hier weiterkommen können! Man darf nichts überstürzen. Ich beglückwünsche Wr. Neustadt, daß es schon so weit ist, aber das ist sicherlich der erste Beginn. Niederösterreich muß richtig durchstarten.

Ich glaube auch, daß es notwendig ist, die notwendigen Mittel aufzubringen. Und ich appelliere bitte sehr an die Mitglieder der Landesregierung, an den Finanzreferenten, wirklich jene Beiträge einzuplanen, damit wir tatsächlich den Wettbewerb im Rahmen der Republik, aber auch darüber hinaus in der EU für diese Ausbildung erreichen können. Wir kommen Wr. Neustadt sicherlich nicht in die Quere. Wir haben für St. Pölten - das Projekt wird demnächst beim Fachhochschulbeirat bereits eingereicht werden - drei Studiengänge für die Fachhochschule der Landeshauptstadt mit "Telekommunikation und Medien", mit den vertiefenden Fachrichtungen Medientechnik, Medienwirtschaft und Teleinformatik, weiters "Produkttechnologie und Qualitätsmanagement" sowie "Bau- und Anlagenbau" mit dem vertiefenden Bau- und Anlagenbaumanagement sowie der Anlagentechnik.

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Landtages! Ich wollte diese Mitteilung machen, damit erkannt wird, mit welcher Bestrebung wir daran sind, in der Landeshauptstadt der Jugend eine gute Chance für die Bildung zu eröffnen. Bildung macht frei! Wissen ist Macht! Niederösterreich hat die Voraussetzungen, der Rektor der Fachhochschule Frankfurt am Main hat mir gesagt, diese Stadt hat wirklich alles, was die Studenten brauchen. Man braucht nur mehr die Fachhochschule zu errichten. Diese Stadt hat alle Struktureinrichtungen, diese sprechen für eine universitäre Einrichtung, und diese Stadt ist prädestiniert für eine Fachhochschule, weil sie auch das Potential der Jugend besitzt. In diesem Sinne wünsche ich unserem Land einen guten Erfolg. Unterstützen Sie diese Bestrebungen! (Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.)

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Damit ist die Rednerliste erschöpft, der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. DIRNBERGER (ÖVP): Ich verzichte!

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Ich ersuche den Berichterstatter, nunmehr den Antrag zu der Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft, ordentlicher Teil und außerordentlicher Teil zu stellen.

Berichterstatter Abg. DIRNBERGER (ÖVP): Ich stelle den Antrag, die Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft, im ordentlichen Teil mit Ausgaben von S 11.187,764.000 und Einnahmen von S 8.928,258.000 sowie im außerordentlichen Teil mit Ausgaben von S 146,932.000 und Einnahmen von S 243.000 zu genehmigen.

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Der Antrag wurde gestellt, wir gelangen zur Abstimmung. (Nach Abstimmung über die Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft, ordentlicher Teil und außerordentlicher Teil in Erfordernis und Bedeckung): Mit den Stimmen der Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei und der Sozialdemokratischen Partei angenommen! (Zustimmung ÖVP, SPÖ; Ablehnung FPÖ, LIF.)

Bei den Beratungen wurde ein Resolutionsantrag der Abgeordneten Auer, Litschauer und Dkfm. Rambossek betreffend Personalreserve für Kindergärtnerinnen gestellt.

(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag): Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen!

Ich unterbreche damit die Verhandlungen über den Voranschlag des Landes. Die nächste Sitzung des Landtages findet morgen, den 6. Dezember um 9.00 Uhr statt. Die Beratungen über den Voranschlag werden mit der Spezialdebatte zur Gruppe 3 fortgesetzt. Die Sitzung ist geschlossen. (Schluß der Sitzung um 20.53 Uhr.)